

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner

Günter Grass

Klaus Harpprecht

Johannes Rau

Carola Stern

Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz

(Chefredakteur)

Ulrike Ackermann

Norbert Seitz

(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer

Tilman Fichter

Hans-Joachim Schabedoth

Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler

Jürgen Burckhardt

Gottfried Erb

Iring Fetscher

Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher

Reinhard Höppner

Reimut Jochimsen

Tomas Kosta

Ferdinand W. Menne

Thomas Meyer

Susanne Miller

Peter von Oertzen

Richard Schröder

Wolfgang Thierse

10

1993

40. Jahrgang

Inhalt

867 Editorial

Aktuelles

- 869 KLAUS BLOEMER
Reichsaußenpolitik zur
Selbstbedienung
- 873 FRIEDHELM HENGSBACH
Arbeit macht stark
- 880 HORST HOCHGREVE
Industriepolitik und kein Ende
- 883 EVE-MARIE KALLEN
Gespräch mit István Eörsi
- 889 DIRK ASCHWANDEN
Kampf als rechts-
extremer Mythos

Thema:

Bewegung in Nahost

- 894 FREIMUT DUVE
Helsinki liegt am Toten Meer
- 898 ANKE MARTINY
Fast jeder fünfte Israeli
ist ein Palästinenser
- 906 THOMAS KRAPF
Gespräch mit Naomi Chazan
(Meretz-Partei)
- 912 TIM RIEDEL
Der jordanische
Demokratisierungsprozeß
- 918 LUDWIG WATZAL
Zur Lage der Menschenrechte –
Die »Folterkonferenz« in Tel Aviv
- 925 AMIR ESHEL
Emil Habibi

Kontrovers

- 928 THOMAS FRIGO
Konservative Revolution
- 930 LUDGER HEIDBRINK
Gespräch mit Stefan Breuer

Kultur

- 934 JÜRGEN MANEMANN
Politisch-theologische
Anmerkungen zu Heidegger
- 940 CHRISTIAN JÜRGENS
Die Mimesis des Politischen
- 942 HERMANN GLASER
Die neue Blutrünstigkeit

Kritik

- 946 JUDITH KLEIN
Palästina-Berichte aus einem
halben Jahrhundert
- 949 Aharon Meggeds Roman
- 950 URSULA HOMANN
Wider die inszenierte Trauer
- 952 INGEBORG HECHT
Bilder einer Ausstellung aus
dem Warschauer Ghetto
- 953 RÜDIGER GÖRNER
Wende ohne Wandlung?
- 955 SIEGMAR MOSDORF
Die Kultur der Selbstzufriedenheit
- 958 HANS-JOACHIM SCHABEDOTH
Agenda 2000
- 960 Zu den Autorinnen und Autoren
- 960 Impressum

Titelfoto: dpa

Editorial

Beim Schwerpunktthema dieses Heftes ist B sozusagen nur ein einziger Artikel *aktuell*: Freimut Duves blitzschnell vor Redaktionsschluß hingeworfener Reisebericht. Duve war, wenige Tage vor dem historischen Händedruck der alten Feinde Jitzhak Rabin und Yassir Arafat, in den besetzten Gebieten. Die Beiträge von Anke Martiny, Thomas Krapf, Tim Riedel, Ludwig Watzal und Amir Eshel, alle vor Bekanntwerden des Autonomieabkommens über Gaza und Jericho geschrieben, sind für unsere Leser trotzdem interessant: Sie leuchten den Hintergrund der Staatsaktion aus, die da – in Anwesenheit des amtierenden amerikanischen Präsidenten Clinton und seines im Nahostgeschäft erfahrenen Vorgängers Carter – über die Bühne von Washington ging. Der Hintergrund ist blutig, denn die Bomben, die israelische Kinder in die Luft sprengten oder die Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila waren keine Erfindungen.

Rabin und Arafat gehen auf einer schrecklichen Straße. Für die radikalen israelischen Siedler, für viele Anhänger der orthodoxen religiösen Parteien und auch für bestimmte Interessengruppen unter den amerikanischen Juden sind die Führer der israelischen Labour-Party, Rabin und Peres, Leute, die man mit Chamberlain vergleicht; eine Beschimpfung, die heutzutage sowohl den Kalten Kriegern als auch den Birkenstock-Bellizisten locker sitzt. Gleichzeitig ist Arafat für die Hisbollah im Libanon, die muslimische Bewegung Hamas, aber auch für viele junge, von Not und Elend radikalisierte Palästinenser ein »jüdischer Spion«. Das Konzept, auf das die beiden jetzt eingeschwenkt sind – unser Autor Mohamed Rabie nannte es in dieser Zeitschrift das Konzept der »shared homelands« – ist der einzig gangbare Weg. Aber wer weiß, ob aus dem, was seit einem Jahrzehnt die »jordanien option« heißt, jemals eine Benelux-Konstruktion zwischen Israel, Palästina und Jordanien wird oder ob die Kondottiere, die Bandenführer siegen? Achmed Dschibril, der Führer des Militärkommandos der Volksfront für die Befreiung Palästinas hat schon den schönen Satz gesagt: »Ein Messer liegt in jeder Küche im Westjordanland.«

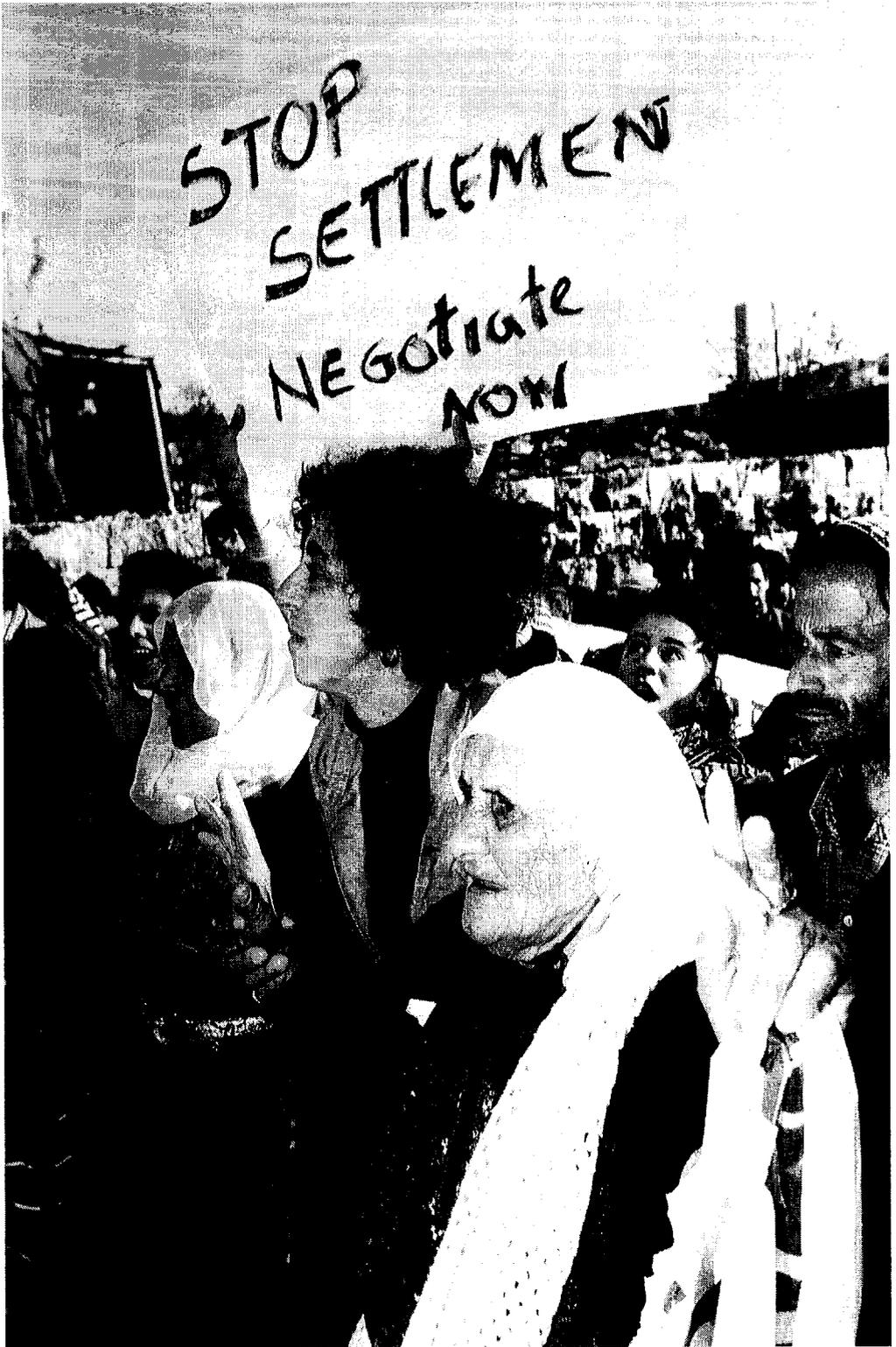
Der Mut, den Rabin und Arafat bewiesen haben, ist geradezu abenteuerlich. Das größere Risiko allerdings ist Arafat eingegangen. Ob er sich durchsetzt, hängt vollständig von der Frage ab, wie rasch er das Elend seiner Palästinenser mildern kann. Das aber kann er nur,

wenn ihm geholfen wird. Die deutschen Politiker, die an allen möglichen Kriegsschauplätzen der Welt »helfen« wollen (meist mit Soldaten) stehen jetzt vor einer Nagelprobe. Für den Golfkrieg haben wir Deutschen siebzehn Milliarden Mark bezahlt. Wieviel Milliarden werden wir für den Aufbau in Nahost opfern?

Helmut Kohl spielt mit dem Präsidentenamts. Steffen Heitmann, sein Kandidat für die Nachfolge Richard von Weizsäckers, mag ein integrierter Vertreter des konservativen ostdeutschen Bürgertums sein; wer hinter der Mauer leben mußte, kann vielleicht die Finessen des Maastricht-Prozesses, die Hoffnungen westdeutscher Frauen und die Ängste der der Shoa entronnenen Juden nur unvollkommen verstehen. Aber abgesehen davon, daß es in der politischen Klasse Ostdeutschlands bessere Leute als Heitmann gibt – Richard Schröder, Regine Hildebrand, Jens Reich zum Beispiel – das Entscheidende ist, daß Heitmann das Amt des Präsidenten beschädigen *müßte*. Auch Carstens und Heinemann haben, von unterschiedlichen Polen des politischen Spektrums kommend, Minderheiten unseres Volkes enttäuscht. Im Ergebnis aber waren sie Präsidenten des ganzen Volkes. Heitmann wäre ein Präsident des halbierten Deutschland – nicht etwa ein Präsident des Ostens, nein, ein Präsident der (demokratischen) Rechten. Wenn wir solch' einen Fehler machen, dürfen wir uns nicht darüber wundern, daß unsere Institutionen zum Teufel gehen. Weizsäcker war ein Halt im Sturm der modischen Politikverdrossenheit. Heitmann wäre eine Windmaschine.

Aus parteipolitischen Gründen könnte man AKohls waghalsiges Spiel begrüßen. Die Chancen von Johannes Rau, eine Mehrheit in der Bundesversammlung zu gewinnen, wachsen, je fragwürdiger die Interviews von Steffen Heitmann werden. Aber darf man diese Frage unter parteipolitischem Blickwinkel betrachten? Wenn die SPD bei Sinnen ist, dann muß sie jetzt die Volkswahl des Präsidenten fordern. Die Initiative muß Helmut Kohl aus den Händen genommen werden. Der Bundespräsident muß eine Integrationsfigur der Demokratie sein, nicht eine Erfindung des Kanzlers. Nichts ist entlarvender als eine Karikatur Ernst-Maria Langs in der Süddeutschen Zeitung, in der der Kanzler eine Gummipuppe aufbläst; sie trägt die Umrisse Steffen Heitmanns. Kohl zündelt. Nehmt ihm die Streichhölzer weg.

Peter Glotz



Protest von Palästinensern und Israelis gegen Siedlungen

Foto: dpa

KLAUS BLOEMER

Reichsaußenpolitik zur Selbstbedienung

»Wer Deutschland isoliert, der mag kurzfristig innenpolitischen Beifall von rechts gewinnen, aber langfristig stellt er unser Wohlergehen und unseren Frieden aufs Risiko.«

Helmut Schmidt

Bis gegen Ende des achten Jahrzehnts fristete ein Fähnlein großnational bewegter Mandatsträger am rechten Rande des Unionspektrums eher ein Schattendasein. Auf Regierungsebenen wahrte man damals noch diskret Abstand zu Sprüche klopfenden Nationalstaatlern, die in mokantem Parteijargon unter der Spitzmarke »Stahlhelmfraktion« firmierten. War in jenen Tagen der Ex-Bataillonsführer bis fünf nach Zwölf, Alfred Dregger, die Galionsfigur der großdeutschen Marschierer, so steht neuerdings dessen weltanschaulicher Ziehsohn, Manfred Kanther, als »Polizeigeneral Dr. von Staat« (sz) in vorderster Frontlinie der ausgewachsenen Republik. Der entnervte Krisenkanzler läßt nämlich gerade ein letztes Aufgebot ihm verbundener Kombattanten, mit Stahlhelm nicht auf dem Kopf, sondern in demselben, zur »Ardennenoffensive« antreten. Auf rutschigem Terrain des chaotisch zusammengeschusterten Einheitsstaats, über einen fahrlässig angerichteten europäischen Scherbenhaufen hinweg, schreitet der Generalist trotzig fürbaß, dem Wahlvolk von morgen das Panier vaterländischen Stolzes und splendorer Weltgeltung präsentierend.

Ein frisch restaurierter »Geist von Potsdam«, wie ihn Kohl Ende Juli vor Ort im Kreise handverlesener Soldaten suggeriert hat, und der »Geist von Belet Huen«, den zeitgleich Rüge vor laufenden Kameras an somalischer Wüstenpiste zitierte, setzen klare Akzente für eine stramm deutschnationale Einstimmungskampagne, mit der die Regierenden den fatalen Vertrauensschwund in der Bevölkerung unterlaufen beziehungsweise übertönen möchten. So will denn auch ein wilhelminisch gewandelter Bundeskanzler am liebsten keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche kennen, denen ganz gewiß ein Vorzugsplatz an der Sonne gebührt. Entsprechend eigenwillig klangen auch das neupreußische Vokabular und der Ton, der hier die Marschmusik zu machen schien, als Kohl den Potsdamer Herren vom

Territorialkommando Ost und anwesenden Brückenpionieren seine zeitgeistig veränderte Standortbestimmung vermittelte. Eckwerte neuen Denkens, allgemeingültig für unsere Gesellschaft, wurden dabei in den Raum gestellt: Vaterlandstreue, Wertebewußtsein und nationale Interessenwahrung. Da war die Rede von »gelebtem Patriotismus« in der Armee unserer Söhne und einer Wiederbesinnung auf Mut auch zu »letzter Konsequenz« des Soldatseins mit existentiellm Engagement. Daß Deutschland auf oberster Stufe aktiv an der Durchsetzung einer weltweit »vorausschauenden Sicherheitspolitik« auch unter Einsetzung militärischer Mittel mitzuwirken entschlossen ist, unterstrich der Kanzler in der frohen Botschaft, man könne in Kürze schon mit der Einladung zum Beitritt in den exklusiven Kreis ständiger Mitgliedsländer des Weltsicherheitsrates am East River rechnen. Ein »Nein« dazu würde die internationale Stellung unseres Staates beschädigen und schwächen, hieß es da pharisäerhaft in Anbetracht des vom Kanzler selbst und seiner Drückerkolonne weltweit betriebenen Lobbyismus.

Wie eng sich bei Kohl gerade der militärische Faktor mit seinem Sinn für weltpolitische Gewichtigkeit verbindet, fand peinlichen Ausdruck in Lobesworten für die Havelberger Pioniere, deren Manövereinsatz er beispielhaft für den inneren Einigungsprozeß nannte. Nicht nur die präsenten Soldaten aus NVA-Beständen dürften solches als blanken Hohn auf die wahrhaft bedrückende Beschaffenheit der ewig »neuen Länder« verstanden haben, für die schon eine Perspektive des »Zusammenwucherns« mit dem westlichen Mutterland wie reinster Euphemismus erscheinen muß.

Eben dieser unheilvolle Verlauf einer gesellschaftlichen Bewußtseinsspaltung, wobei die tragend menschliche Bausubstanz des schludrig wiedererrichteten Nationalstaats zusehends wegbröckelt, hat die an der eigenen Inkompetenz gescheiterte Regierungsführung veranlaßt, eine politische Kumpanei mit der ebenfalls in Identitätsnot geratenen Bundeswehrleitung einzugehen. Solches Fusionsabenteuer erscheint schon aus historischem Blickwinkel suspekt, als es böse Erinnerungen an die fatale Weimarer Allianz von Hugenbergs Deutschna-

tionaler Volkspartei und höchster Kommandoebene der Reichswehr weckt. Denn merklich beginnt jetzt das nach zivilem Demokratieverständnis *essentielle Primat der Politik* praktisch gegenstandslos zu werden, nachdem Kohl seinen Parteihirten Volker Rühe aus dem Adenauerhaus auf die Hardthöhe beordnete, damit dieser in konzeptioneller Gleichschaltung mit dem ranghöchsten deutschen Militär, Klaus Naumann, den Schulteranschlag von profilbedürftigen Unionspolitikern und ambitionierten Uniformträgern offiziell vollziehen konnte. Als Politstrategie hatte der über dem soldatischen Alltag frei schwebende Bundeswehr-Generalinspekteur bereits seit '91 für das Bundeskabinett Pilotdienste in Richtung militärisch unterfütterter Globalengagements geleistet.

Auf der Grundlage eines brandneuen außenpolitischen Philosophie vorformulierenden »Naumannpapiers« hat dann auch prompt der tatendurstige Ministernovize Rühe im November vergangenen Jahres »Verteidigungspolitische Richtlinien« erlassen, wonach Entscheidungen in Fragen äußerer Sicherheit des souveränen Deutschlands prinzipiell nach den eigenen Wertevorstellungen und nationalen Interessen zu treffen sind, auch wenn diese nicht in Einklang mit jeweiligen Vorstellungen auf verbündeten Seiten oder bei sonstigen Partnern stehen sollten. Die weltumspannende Dimension dieses Vademecums neudeutschen Anspruchdenkens (orientiert offensichtlich an amerikanischem Vorbild aus der Bush-Ära) gipfelt in der lapidaren Beschreibung »vitaler Sicherheitsinteressen«, wozu »die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung« nach interventionistischem Freifahrtmuster gehörten. Nach Meinung des Freiburger Militärhistorikers Wolfram Wette hätte man solche Leitthesen früher rundheraus als imperialistisches Programm bezeichnet. Ex-NATO-General Gerd Schmückle, ein ehemals enger Straußvertrauter, dazu ebenfalls in der ZEIT: »Wenn man das liest, bleibt einem die Spucke weg . . . bei solchen Sprüchen muß aufgepaßt werden, daß nicht ein altes deutsches Generalstabsleiden erneut aufbricht . . .«

Nun, einen Generalstab dürfte sich in Bälde der mit heißer Souveränitätsluft aufgeblasene Nationalstaat Kohl'scher Prägung schon leisten, und der Chef des Traditionsapparates, zugleich auch Tonangeber einer militant instrumentierten *Reichsaußenpolitik*, kann nur Naumann heißen. Zivilpolitiker Rühe indessen besorgt die protokollarischen und PR-Geschäfte auf Weltniveau: verhandelt unverbindliche »Mi-

litärpakte« à la Kiew und übt sich in Truppenbetreuung, sei es in Kambodscha oder am Horn von Afrika, um auf seine Weise Deutschlands Reifennachweis für die US-Führungsetage zu erbringen.

Zurück in die Zukunft

Ein »Zurück in die Zukunft«, wie es über diesem Kapitel neuester deutscher Geschichte stehen könnte, wurde eingeläutet, als mit dem Herbst '89 US-Präsident Bush ins Land gezogen kam, um auf pfälzischem Boden seinem Duzfreund Helmut die Partnerschaft bei der Führung im politischen Weltgeschäft anzutragen und bald darauf Statthalter Egon Krenz in Berlin die Mauerpfosten aufreißen ließ. Aus beiden Überraschungsmomenten bezieht offenbar Kohl, bis dahin noch eher biedermännisch provinziell lavierend, sein aufgesetztes Sendungs- und Machtbewußtsein, das ihn nun schon knapp vier Jahre hindurch zum notorischen Veruntreuer im eignen Land sowie gefürchteten Roßtäuscher im Umgang mit befreundeten Nationen der europäischen Nachbarschaft werden ließ.

Zu einem Stück Vergangenheit ist allerdings die besinnungslose Zeit der inflationär als »historisch« ausgewiesenen Daten und Taten geworden, die sich ums einig Vaterland gerankt haben. Längst erschöpft sich inzwischen die Wahrnehmung geschichtsträchtiger Geschehen in Zustandsanalysen und Zahlenvergleichen, aus denen sich ständig neue Tiefstwerte des gesellschaftlichen Klimas und Rekordmarken gesamtwirtschaftlichen Niedergangs ergeben. Aber gerade solche Wechselfälle deutscher Befindlichkeit, mit Ausschlägen zu übersteigertem Selbstgefühl und wachsendem Leidensdruck, hinterlassen vielfach im ohnehin verunsicherten Umland ein Bild von potentieller Unkalkulierbarkeit und besorgniserregender Labilität. Setzt sich darauf noch Kohls innenpolitisch motiviertes Drängen auf vermehrte Einflußnahme und demonstrative Darstellung von Deutschlands Größe in der Weltarena, so kann das schleichernde Selbstisolierung nur Vorschub leisten. Vergessen sind nämlich nicht die serienweisen Alleingänge und Überrumpelungen, die sich der auch außenpolitisch übertaktierende Kanzler im Rausch historischen Missionsbewußtseins geleistet hat.

Das begann mit dem handstreichartigen Anschlußprozeß, als er per 1. Juli 1990 (unter Protest der Bundesbank und gegen den Rat aus einschlägigen Ministerien) die D-Markfalle, gespickt mit noblen Umtauschgeschenken, zuschnappen ließ, um über Einführung der ge-



Volker Rühle als Feldherr von Belet Huen

Foto: dpa

samtdeutschen Währung praktisch die politische Vereinigung vorwegzunehmen, wodurch die international vereinbarten 2 + 4-Gespräche mehr oder minder zur Farce geraten mußten und der Vertrag zur Deutschen Einheit nur noch zur Festlegung eines neuen gesetzlichen Feiertages gut sein konnte.

Was von dem unter Zeitdruck gebastelten deutsch-polnischen Abkommen zur Sicherstellung des territorialen Status quo, das gerade mal noch die sich verabschiedenden Kontrollmächte zum *sine qua non* für ihre Tolerierung abschließender Vereinigungsverfahren gemacht hatten, auf lange Sicht zu erwarten ist, wird sich erweisen, wenn einmal die Schalthebel auch der auswärtigen Politik zentral von der grenznahen Hauptstadt Berlin aus bedient werden. In Bonn jedenfalls wurde noch am 2. Juli dieses Jahres ein neues Lastenausgleichsgesetz unterzeichnet, das Schlesien als »zur Zeit unter fremder Verwaltung« stehend bezeichnet!

Die Geschichte der deutschen Vereinigung wirke in Europa nach, das im Begriff sei, in Kategorien nationaler Denkspiele zurückzufallen, resümierte die FAZ lakonisch. Unter dem Eindruck weltweiter und europäischer Finanz- und Währungskrisen wird mancherseits bereits eine

Analogie zwischen den monetären Auswirkungen des amerikanischen Vietnamkrieges und des ebenso durch hemmungslose Staatsverschuldung wie auch Geldmengenschöpfung gekennzeichneten deutsch-deutschen Landnahmeputschs hergestellt: Jeweils verloren bewährte Leitwährungen (US-Dollar und DM) ihren das Umfeld stabilisierenden Einfluß, was unvermeidlich auch politischen Vertrauensverlust innerhalb der internationalen Systeme nach sich ziehen mußte. Dies bietet nur *ein* aktuelles Beispiel dafür, daß nicht so sehr Deutschlands objektiv (und irreversibel) veränderte Parameter, wie Bevölkerungsgröße, territoriale Ausweitung und ein geopolitisch verlagerter Standort, auslösend für einen gegenwärtigen Entfremdungsprozeß sind, als vielmehr die Summe von Fehlkalkulationen und Täuschungsmanövern im Gefolge des mit Karacho vollzogenen Vereinigungsaktes.

Schon seit November '89, also im Vorfeld einer sich noch unklar abzeichnenden deutschen Wende, begann Kohl zielstrebig auf ein europäisches Spektakel hinzuwirken, das sich gut zwei Jahre später in Maastricht als vorprogrammierter Flop erweisen sollte. Nachdem er im April 1990 Mitterrand für eine gemeinsame

Initiative in Richtung auf eine schemenhafte Europäische Politische Union gewinnen konnte, hatte er nicht nur ein Feigenblatt für die nationalstaatliche Restauration parat, sondern durfte sich wieder mal als Praezepor Europas profilieren. Als sich das faktische Scheitern der mit (vorerst) zwölf heterogen gewachsenen EG-Teilnehmern und einem berstenden Absichtskatalog total überfrachteten Konferenz herausstellte, glaubte Kohl ein ausreichendes Alibi für den Rollenwechsel deutscher Politik auf europäischer Szene in der Hand zu haben.

So wurde der Dezember 1991 zum Monat der Wahrheit, als mit dem Gaukelspiel von Maastricht und dem Sündenfall nach altem Muster eigenmächtig betriebener Balkanpolitik die Doppelstrategie des auf souveräne Staats- und Selbstdarstellung kaprizierten Kanzlers in aller Deutlichkeit zutage trat. Nach einer im vorhergehenden Herbst sich überschlagenden Einstimmungskampagne durch unionstreue Medien hatte Kohl sich Ende November im Bundestag auf eine diplomatische Anerkennung Kroatiens »gemeinsam mit *möglichst vielen* EG-Staaten« noch vor Jahresende festgelegt und damit bewußt das Risiko einer folgeschweren Aufsplitterung der Gemeinschaft in Kauf genommen. Um die Statik der EG vor nachhaltigen Erschütterungen zu bewahren, einigte sich schließlich das volle Dutzend europäischer Partner auf einen gemeinsamen Anerkennungsstermin Mitte Januar '92; das geschah entgegen mehrheitlich geäußerten Befürchtungen, damit eine Eskalation und Ausweitung des Sezessionswütens im jugoslawischen Völkerbereich zu provozieren, – was inzwischen auf grausamste Weise bewiesen worden ist. Auf dem Dresdner Parteitag der CDU feierte damals Kohl das von ihm erzwungene Abstimmungsergebnis von Brüssel als »einen großen Erfolg für uns und die deutsche Politik«; sattelte aber gleich noch drauf, indem er am 23. Dezember bereits die völkerrechtlich verbindlichen Beziehungen zu Zagreb und Laibach herstellen ließ. So war er seiner Sache sicher, einen Heimsieg errungen zu haben, nachdem er ein wiedererstarktes Deutschland als Schutz- und Einflußmacht auf balkanischem Boden installiert hatte.

Was ist nach alledem von einer gemeinschaftlichen Außenpolitik, einem Essential in Maastricht, noch zu halten?! Ganz ähnlich verhält es sich mit der ebenfalls dort auf der Wunschliste erschienenen verteidigungspolitischen Identität EG-Europas: Das von Kohl angeregte und erst kurz vor dem Hollandgipfel fest vereinbarte Deutsch-Französische Korps mußte zwangsläufig seine Signalwirkung als Muntermacher im Zwölferkreis verfehlen, weil

man deutscherseits im nachhinein darauf bestand, das genuin europäische Truppenkontingent zur freien Verfügung für die amerikanisch geführte NATO bereitzuhalten.

Die europapolitischen Rankünen und Verwirrspiele der Bundesregierung erlebten ihren vorläufigen Höhepunkt, als angesichts des kollabierten Europäischen Währungssystems (EWS) der Kanzler nonchalant per Urlaubsinterview seinen EG-Partnern mitteilen ließ, ihn irritiere eine Terminverschiebung der für 1996/1999 beschlossenen Einführung der ECU-Gemeinschaftswährung keineswegs. Immerhin hatte doch gerade er in Maastricht auf der Festschreibung dieses Zeitplans bestanden, weil vorgeblich damit die entscheidende Ausgangsstufe für eine Politische Union – die er vermutlich damals schon insgeheim *ad calendas graecas* geschrieben hatte – abgesichert sein sollte. Das Kreuz auf die Krone deutschnationaler Selbstherrlichkeit setzte danach noch sein Finanzminister Waigel, der in München zynisch erklärte: »Entweder die Europäische Zentralbank kommt nach Frankfurt, oder aus der ganzen Veranstaltung wird nichts.« So hat es denn auch gleich noch der im Zerschlagen diplomatischen Prozellans – im Wechsel mit schwäbelnder Schönrede – geübte Kinkel in Dresden fertiggebracht, dem französischen Kollegen Juppé erneut den Anspruch auf einen Dauersitz im Sicherheitsrat und die Europabank in *Mainhattan* ans Herz zu legen, als dieser ihm seine Besorgnis über das Auseinanderdriften beider Länder in der Wirtschafts- und Währungspolitik vortrug.

Bei Baladurs Bonnbesuch bestätigten sich alarmierend die atmosphärischen wie objektiven Verständigungsschwierigkeiten, und in England kommt unverhohlene Freude auf über die nunmehr »offene Ehe« der beiden Kernstaaten des Kontinents. Wie (leider) recht hatte doch Helmut Schmidt, als er neulich unter der Überschrift »Wenn Deutschland Europa kaputtmacht« in einem Pariser Blatt über den möglichen Einsturz der EG und die Isolierung Deutschlands menetekelte.

Auf den verschiedenen Politikebenen schlägt jetzt ein Gesamtkonzept durch, nach dem die Kohl-Regierung ihr fiskalisches Versagen und den sich daraus ergebenden Sozialkatastrophenkurs im einig Krisenland beim mißnutigen Wahlvolk durch repräsentativen Zugewinn an Weltgeltung zu übertünchen versucht. Dazu gehörte selbstverständlich auch das Berlin-Spektakel um »Olympia 2000«, von Kohl als bedeutsamer Investitionsbeitrag für die ostdeutschen Entwicklungsländer ausgewiesen.

Einem um Machterhalt bangenden Kanzler,

der seine letzten, höchst fragwürdigen Hoffnungen auf das Blendwerk teutonischen Nationalstolzes setzt, paßte es wohl ins Kalkül, wenn Bundeswehrsoldaten mit Segen der UNO an Befriedigungsmissionen nach US-Maß teilnahmen, also entsprechend medienwirksam, bei geringem Verlustrisiko, abzulaufen versprechen. So erklärt sich auch Kohls prioritärer Drang an den East River; spekuliert er nicht längst darauf, daß gerade rechtzeitig zur Bundestagswahl die UN-Generalversammlung im Herbst '94, auf Vorschlag Amerikas etwa, die Aufnahme Deutschlands in die Führungsriege des Welt sicherheitsrats bestätigen könnte. Auf daß dem Einheitswahlcoup eine Kanzlerkür im Glorienschein deutschen Weltprestiges folge!

Kassandra-Warnrufe vor einer Neuauflage der Entente cordiale, mit der Briten und Franzosen auf ein allzu machtbewußtes Deutschland reagieren könnten, mögen heute noch etwas voreilig klingen, dürften perspektivisch aber durchaus angebracht sein.

FRIEDHELM HENGSBACH

Arbeit macht stark

Das Beschäftigungsrisiko zersetzt den Willen zur Demokratie

Der Streik der ostdeutschen Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen vor ein paar Wochen war eine gewagte Aktion. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich gegen die außerordentliche Kündigung der Tarifverträge gewehrt. Die Neuverhandlungen führten zu einem Kompromiß, der einem stillen Erdulden und Hinnehmen dessen, was die Arbeitgeber angeboten hatten, vorzuziehen war. Wer an der gesellschaftlich organisierten Produktion teilnimmt, kann sich wehren, hat Einfluß und Macht.

Ihre Ohnmacht dagegen erfahren diejenigen, die schon seit zehn Jahren aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind, die jährlich mehr als zwei Millionen Arbeitslosen in Westdeutschland. Dazu kommen jetzt die fast vier Millionen Menschen in Ostdeutschland, die mit dem Zusammenbruch der dortigen Industrieproduktion ohne Beschäftigung sind. Sie sind

ohnmächtig, weil sie auseinander dividiert, persönlich verantwortlich gemacht, zu Problemgruppen sortiert und des Mißbrauchs von Sozialleistungen verdächtigt werden.

Es ist erstaunlich, wie scharf die verfestigte Massenarbeitslosigkeit seit Monaten beobachtet wird. Drei kumulierende Prozesse wirken zusammen und beeinflussen die Lage auf dem Arbeitsmarkt dramatisch: Erstens der strukturelle Umbau der Kommandowirtschaften des real existierenden Sozialismus in halbwegs funktionierende Marktwirtschaften mit einer radikalen Nachfrageumlenkung und einem tiefen Einbruch der Industrieproduktion. Zweitens die konjunkturelle Abschwächung, die sich scheinbar unausweichlich wie eine atlantische Kaltfront der deutschen Wirtschaft nähert. Und drittens eine technologisch bedingte Arbeitslosigkeit, insofern die technikbedingte Produktivitätsrate die zu erwartende Wachstumsrate übersteigt.

Ebenso erstaunlich ist es, wie die verfestigte Massenarbeitslosigkeit semantisch verdrängt wird. Daß die herrschende ökonomische Theorie das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit nicht zur Kenntnis nimmt, dafür im Nebel ihrer mathematischen Modelle herumstochert, ist nicht verwunderlich. Und daß der Sachverständigenrat, die Forschungsinstitute und die meisten Hochschullehrer seit Jahren ausschließlich die hohen Lohnkosten oder die zu starre Lohnstruktur für die wirtschaftliche Krise verantwortlich machen, hat bloß noch Unterhaltungswert.

In das Vakuum sozio-ökonomischer Diagnose tritt eine Reihe neuer Semantiken. Erstens die biographische Semantik, die gesellschaftliche Individualisierungsschübe jenseits von Klasse, Stand und Erwerbsstellung registriert und dabei leicht die markt- und erwerbsabhängigen Risiken der persönlichen Lebensform ausblendet. Zweitens die psycho-physische, ästhetische Semantik des Erlebens, die den Blick auf die einkommensabhängigen Faktoren verstellt, die für die Bildung sozialer Milieus eine Rolle spielen. Drittens die ökologische Semantik, die jene tragende Konfliktlinie der Industrie-, Dienstleistungs-, Freizeit- und Risikogesellschaft in den Schatten drängt, die unbeeindruckt durch die Interpretationsleistung der Medien weiterhin entlang der Verfügungsmacht über Produktionsmittel und Kaufkraft verläuft. Viertens die nationale Semantik der wiedergewonnenen deutschen Normalität, die die Analyse der sozio-ökonomisch bedingten Ungleichheit ablöst. Kaum eine Phase der Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik ist bisher so detailliert beobachtet und regi-



Hamburger Arbeitsamt

Foto: dpa/Pohlert

striert worden; aber auch kaum eine Phase der Arbeitslosigkeit trifft die Gesellschaft derart sprach- und reaktionslos an.

Die verfestigte Massenarbeitslosigkeit ist politisch mitverursacht. Mitte der siebziger Jahre prägte Helmut Schmidt die Kampfformel, daß ihm 5 % Inflation lieber seien als 5 % Arbeitslosigkeit. Als dann Ende der siebziger Jahre beides eintrat, hagelte es Spott und Hohn auf den damaligen Bundeskanzler. Deshalb schien die wirtschaftspolitische Wende zur angebotsorientierten, monetaristischen Wirtschaftspolitik, die in den USA unter Reagan und in Großbritannien unter Thatcher als erfolgreich angesehen wurde, fällig. Aber was haben das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes, auch des Arbeitsmarktes, der tendenzielle Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen sowie die angebliche Kontrolle der Geldmenge als vorrangige Form der Wirtschaftspolitik nach zehn Jahren gebracht?

Die achtziger Jahre sind charakterisiert durch ein beispiellos anhaltendes Wirtschaftswachstum, einen Anstieg der verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte 1982–1989 um 30 %, eine Verdoppelung ihres Geldvermögens 1979–1989 auf 2,9 Billionen DM. Außer-

dem durch eine erhebliche Verbesserung der Unternehmensgewinne, einen Anstieg der liquiden Mittel der westdeutschen Produktionsunternehmen auf 670 Mrd. DM Ende 1991, vagabundierende internationale Finanzströme, die, abgekoppelt von den Güterkreisläufen, nur zum Teil investitionswirksam geworden sind, durch ein Wirtschaftswachstum, das nicht voll beschäftigungswirksam wurde. Jetzt im Jahr 1993 liegt die Inflation bei 4 %, die Arbeitslosenquote bei 7 %. Gab es in den achtziger Jahren wenigstens einen Lernprozeß, daß die angebotsorientierte, monetaristische Wirtschaftspolitik gescheitert ist?

Die verfestigte Massenarbeitslosigkeit spaltet die Gesellschaft. Das beispiellos anhaltende Wirtschaftswachstum der achtziger Jahre war begleitet von einer beispiellosen Öffnung der Schere zwischen denen, die an diesem Wachstum teilhatten, und denen, die davon ausgeschlossen waren. Von den registrierten Arbeitslosen erhalten 40 % keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. 3,6 Mill. Menschen beanspruchten 1989 Sozialhilfe; ein Drittel derer, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, gab die Arbeitslosigkeit als Grund ihrer Notlage an. Die Zahl der geringfügigen Be-

schäftungsverhältnisse stieg auf über 2 Mill. Die neue Armut hat viele Gesichter: Arbeitslose, Wohnungssuchende, gesundheitlich Beeinträchtigte, Sozialhilfeempfänger, alleinerziehende Frauen, ältere Frauen, Ausländer, kinderreiche Familien; in Westdeutschland leben 10 % der Bevölkerung unterhalb der relativen Armutsgrenze. Die gesellschaftliche Spaltung äußert sich auch in der Schieflage der Einkommensverteilung. 1980–1989 sind die Nettogewinne viermal so stark gestiegen wie die Nettolöhne; die Selbständigenhaushalte verfügten 1991 über das Dreifache des Durchschnittseinkommens. Noch krasser ist die Schieflage der Vermögensverteilung: Die Vermögenseinkommen der Selbständigenhaushalte sind zur Zeit etwa sechsmal so hoch wie die der Arbeiterhaushalte. Und schließlich sind die Lasten der deutschen Einigung ungleich verteilt: Die Belastungen auf Grund höherer Verbrauchssteuern und Telefongebühren sowie der Solidaritätsabgabe hat bei den unteren Einkommensgruppen die Entlastungen aus der Steuerreform 1986–1990 überkompensiert, bei den mittleren Einkommensgruppen bloß neutralisiert.

Der gesellschaftliche Spaltungsprozeß bedroht die Demokratie. Von den politischen Entscheidungsträgern, die zu Lohnverzicht und Opferbereitschaft aufgerufen hatten, damit nach einer Gewinnsteigerung die Investitionsneigung zunehme und mehr Arbeitsplätze geschaffen würden, wird die Einlösung der Zusagen gefordert. Die Politiker scheinen jedoch wie gelähmt, währenddessen das ungenutzte Humankapital entwertet und zerstört wird. Durch prozyklisches Sparen, Streichen und Kürzen verschärfen sie die Krise oder weichen in Formen symbolischer Politik aus: sie täuschen Geschäftigkeit vor, inszenieren ein Medienspektakel und ringen sich Kompromisse ab, die sich am Tag danach bereits als nicht tragfähig erweisen und kein sachgerechter Beitrag zur Lösung eines Problems sind.

Die politischen Repräsentanten haben regelmäßig und systematisch die schwächeren Glieder der Gesellschaft ausgegrenzt, deren Sozialleistungen gekürzt. Sie haben seit Jahren gegen wechselnde Adressaten, nämlich Asylbewerber, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und kranke Arbeitnehmer die Mißbrauchsdebatte geschürt. Dabei wird der Mißbrauchsvorwurf in der Regel von oben nach unten erhoben, obwohl offensichtlich ist, daß die rechts- und sozialstaatlichen Vorteile meist proportional mit dem Einkommen wachsen, und obwohl die Wohlfahrtsverbände wiederholt darauf hingewiesen haben, wie haltlos der Vorwurf des Mißbrauchs

und der Verdacht des sozialen Wildwuchses sind.

Eine Gefahr für die Demokratie sehe ich in dem um sich greifenden Leistungsfiel, das auf Olympiakämpfer zugeschnitten ist. Die Gesellschaft soll anscheinend nach den Spielregeln für Sieger umgebaut werden, die den jeweils Stärkeren das Überleben sichert. Der Kult und die Arroganz der vermeintlichen Leistungsträger, die sich von den Leistungsverweigerern abgrenzen und dem Leistungswettbewerb offensiv stellen, treibt die einzelnen ArbeitnehmerInnen, Unternehmen, Städte, Regionen und Nationen in eine ruinöse Rivalität hinein. Dadurch wird ein Klima der Überlegenheit und Unterlegenheit, des Ellenbogenkampfes um Vorteile, der individuellen Profilierung um jeden Preis geschaffen. Leistungsunterschiede und erfolgreiche Abgrenzung zählen am Ende mehr als die Gleichheit der Menschen auf Grund ihrer Personwürde, als gesellschaftliche Solidarität und das Engagement für das öffentliche Interesse.

In einem solchen Klima der individuellen Rivalität und des Drangs nach sozialer Überlegenheit durch angeblich bessere Leistungen suchen die jeweils Schwächeren ein Ventil, durch das sie ihren persönlichen und gesellschaftlichen Frust abreagieren können. Das Ende einer solchen Kettenreaktion nach unten ist schließlich Fremdenfeindlichkeit. In den Asylbewerbern bzw. den Arbeitsmigranten wird dann eine Art Sündenbock gefunden, der für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und soziale Diskriminierung verantwortlich gemacht werden kann. Aus vielfältigen Gründen ausgegrenzte und benachteiligte Gruppen sammeln sich im Bekenntnis natürlicher Ungleichheit und völkischer Überlegenheit. Da die politischen Repräsentanten dem Ruf nach durchgreifenden und einschneidenden Maßnahmen gegen die Fremden nicht schnell genug nachkommen, kommt es zu gewaltsamen Übergriffen. Indem man die Erfahrung macht, daß erst Gewalt gegen Fremde und brennende Häuser den Politikern Beine machen und diese zu wenig symbolischen Ersatzhandlungen zwingen, kommt eine gefährliche Spirale unkontrollierter, nämlich ziel- und zweckloser Gewaltausbrüche und ebenso irrationaler politischer Entscheidungen zustande, beispielsweise den eigenen Wohlstand militärisch abzusichern, weltweit Flagge zu zeigen und die Risiken der globalen Armutswanderung auf die deutschen Nachbarn abzuwälzen. Nationales Pathos mag zwar ursprünglich mit dem Widerstand einer benachteiligten Minderheit, also mit dem Willen zur Befreiung des Volkes zusammenhängen, es endet jedoch

häufig genug damit, daß politische Grundrechte eingeschränkt werden und die Demokratie beschädigt wird.

Der arbeitsethische Standort

Der ethische Standort ist das Gegenteil des einzelwirtschaftlichen Standortes, der Rivalität der einzelnen ArbeiterInnen, Unternehmen, Regionen und Nationen. Er formuliert die Bedingungen der Möglichkeit von Konkurrenz, nämlich verlässliche Erwartungen, gemeinsame Absprachen, zustimmungsfähige Regeln der Kooperation. Er nennt den Maßstab verantwortlicher Entscheidung, nämlich möglichst viele Betroffene einzuschließen und möglichst viele Handlungsfolgen zu berücksichtigen. In der Formel des kategorischen Imperativs wird diejenige Handlungsmaxime ausgezeichnet, durch die man zugleich wollen kann, daß sie ein allgemeines Gesetz werde bzw. durch die sowohl die eigene Person als auch die Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel gebraucht wird. In der Sprache der kommunikativen Ethik sind es die Grundnormen einer Kommunikationsgemeinschaft, deren Reichweite unbegrenzt ist, die alle Beteiligten als gleichberechtigte Partner anerkennt und ihnen das Recht einräumt, ihre Interessen angstfrei zu vertreten.

Der ethische Standort, der sich an dem orientiert, was verallgemeinerungsfähig ist und die Menschenwürde eines jeden achtet, ist keine Spielregel ausschließlich für Sprinter oder bloß für Sieger, schließt vielmehr immer die Schwächeren und Benachteiligten ein. Das allgemeine Interesse läßt sich demgemäß nie an den Interessen beispielsweise der Randbelegschaften, der Arbeitslosen, der ethnischen Minderheiten und der kommenden Generationen vorbei definieren.

Der arbeitsethische Standort sucht den Erwartungen der Menschen in Mittel- und Osteuropa gerecht zu werden, die Marktwirtschaft und Demokratie, westlichen Wohlstand und persönliche Freiheiten für vereinbar gehalten haben. Eine demokratiefähige Marktwirtschaft zeichnet sich dadurch aus, daß möglichst viele Menschen, die arbeiten können und wollen, an der gesellschaftlich organisierten Arbeit, am gesellschaftlich produzierten Reichtum und an den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Beteiligung gilt als der neue Name für Gerechtigkeit. An erster Stelle steht demnach die Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit, nicht bloß die Beteiligung am Reichtum, den andere erarbeiten, indem man etwa Arbeitslosengeld und -hilfe oder ein

Grundeinkommen erhält und allenfalls in einen sekundären Arbeitsmarkt eingegliedert wird. Die Arbeitslosen wollen kein Almosen, sondern Arbeit als Lebensmittel; darauf haben sie ein Recht.

Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit hat etwas mit gesellschaftlicher Anerkennung zu tun, daß die Begabungen und Interessen eines Menschen gesellschaftlich wertvoll sind. Das Prädikat gesellschaftlicher Wertschätzung, das einer Arbeit verliehen wird, gibt den Arbeitenden Selbstbewußtsein, Selbstachtung, Würde. Die Gesellschaft gibt ihnen zu verstehen, daß sie gebraucht werden, um auf die säkularen und globalen Herausforderungen eine Antwort zu finden, daß sie den politischen Willen hat, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen und die eigene Wirtschaftsform so zu transformieren, daß sie auf die jetzt lebenden Menschen und die kommende Generation übertragbar ist, und daß sie das, was politisch gewollt ist, auch finanzieren kann. Die gesellschaftliche Anerkennung ist die erste, die soziale Dimension menschlicher Arbeit. Gleichfalls grundlegend ist die zweite, die personale Dimension: daß die Nachfrage nach Arbeitskräften bzw. das Angebot an Arbeitsplätzen den einzelnen Menschen die Chance bietet, daß sie in der Arbeit die eigenen Fähigkeiten entwickeln und entfalten, daß sie in der Arbeit sich selbst verwirklichen und mehr Mensch werden.

Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten erfüllt dann die dritte, die naturale Dimension menschlicher Arbeit. Die Arbeit eröffnet den Zugang zu den Gütern der Erde, nämlich zum gesellschaftlich produzierten Reichtum und sichert den eigenen Lebensunterhalt. Beteiligung an der Arbeit, am Reichtum bleibt unvollendet, solange das Demokratiegebot an den Werkstören oder am Unternehmensportal endet. Marktwirtschaft und Demokratie sind erst dann einander angenähert, wenn das von Haus aus kapitalistische Unternehmen eine Verfassung erhält, wenn die Manager ihre Entscheidungskompetenz und ihr Direktionsrecht sowohl vor den Aktionären als auch vor der Belegschaft verantworten müssen, wenn bei unternehmerischen Entscheidungen die Interessen der Belegschaft den gleichen Rang einnehmen wie die Interessen der Kapitaleigner.

Die Reflexion über den arbeitsethischen Standort soll eine Verständigung über fünf arbeitspolitische Handlungsfelder erleichtern. Wenn selbst die Erfahrungen der achtziger Jahre bestätigen, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften von der nach Gütern und Diensten abgeleitet ist, und wenn die Investitionsnei-

Neu. BfG Card & Phone Konto.



Mit BfG Visa Card und Telebanking.

Mit dem neuen BfG Card & Phone Konto schenken wir Ihnen die Freiheit. Frei von Öffnungszeiten, unabhängig von Bargeld. Durch BfG Visa Card und Telebanking. So können Sie Ihre finanziellen Angelegenheiten souverän erledigen.

► BfG Telebanking - Per Telefon überweisen, Daueraufträge einrichten, ändern oder löschen, Kontostand abfragen, eurocheques bestellen.

► BfG Visa Card - Bargeldlos bezahlen

bei weltweit mehr als 10 Millionen Geschäften, Hotels, Restaurants, Autovermietungen, Tankstellen.

► BfG Kontoführung - Alle anfallenden Buchungen, Kontoauszüge am Kontoauszugsdrucker, eurocheque-Karte, eurocheques.

Das alles gibt es für 12 Mark im Monat. Neugierig? Sie möchten jetzt mehr über das neue BfG Card & Phone Konto wissen? Rufen Sie uns kostenlos an.

01 30/62 26

BfG BankAG

GRUPPE CREDIT LYONNAIS

gung der Unternehmen in Ostdeutschland mehr durch Absatzerwartungen als durch ein Lohnkostenkalkül bestimmt wird, dann müßte eine erfolgswirksame Arbeitspolitik vorrangig nachfrageorientiert sein. Ein politisches Aufbauprogramm Osteuropas mit großzügiger Kreditgewährung der Geschäftsbanken und Bürgschaften der Regierung könnte einen berechenbaren Rahmen und gleichzeitig ein evidentes Signal für unternehmerische Entscheidungen setzen.

Politische Handlungsmöglichkeiten

Ein solches politisches Nachfragesignal ist aus einem zweiten Grund unverzichtbar: Gegenüber dem Phantom-Argument der zu hohen Lohnkosten, das einzelwirtschaftlich und aus der Perspektive der miteinander konkurrierenden ArbeiterInnen, Unternehmen, Regionen und Nationen, die sich im marktwirtschaftlichen Wettbewerb behaupten und ein vorteilhaftes Standortprofil aufbauen müssen, plausibel ist, besteht die vornehmste Aufgabe der politischen Entscheidungsträger darin, die verbindlichen Regeln zu setzen, auf gemeinsame Absprachen zu drängen und dafür zu sorgen, daß verlässliche Erwartungen aufgebaut werden. Denn der marktwirtschaftliche Wettbewerb funktioniert nur solange, als Formen ge-

sellschaftlicher Regulierung und wirtschaftlicher Kooperation ihm zugrundeliegen. Konkurrenz ohne die Rahmenbedingung einer Kooperation entartet in eine ruinöse Rivalität, die für alle Beteiligten zerstörerisch wirkt.

Wenn möglichst viele Menschen an der gesellschaftlich organisierten Arbeit beteiligt werden sollen, müssen neue Produkte und Produktionsverfahren entdeckt und entwickelt werden, die den säkularen und globalen Herausforderungen in Osteuropa, im weltwirtschaftlichen Süden und in den Industrieländern gerecht werden. Ein sozial- und umweltverträglicher Wirtschaftsstil wird vermutlich nicht erstmalig in der Republik Tschechien geschaffen, sondern muß in den Industrieländern ausprobiert werden. Diese Aufgabe erscheint außerordentlich dringend, denn Wirtschaftsstruktur und Lebensform, die gegenwärtig in den Industrieländern praktiziert werden, sind nicht auf die ganze Welt und auf kommende Generationen übertragbar. Sie sind nicht verallgemeinerungsfähig und insofern verantwortungslos, sozusagen kriminell.

Deshalb wäre es abwegig, weiterhin auf die Reaktionskette: Produktionswachstum – Wachstum der Beschäftigung – Wachstum der Einkommen – Finanzierung des Sozialstaats und der Umweltsanierung zu vertrauen. Diese Kette ist längst brüchig geworden. Denn her-

Heimarbeit

Foto: JOKER/R. F. Steußloff



kömmliches Wachstum stößt an ökologische Grenzen, Wirtschaftswachstum mit nachsorgendem Umweltschutz wird zunehmend teuer, Wirtschaftswachstum ist nur begrenzt beschäftigungswirksam. Eine umweltorientierte Arbeitspolitik kann sich indessen nicht in der bloßen Konversion einzelner Produkte und Produktionsverfahren erschöpfen. Es geht um eine fundamentale Umsteuerung der Wirtschaft durch eine Rahmensetzung, die eine andere Definition der einzelwirtschaftlichen Rentabilität erzwingt und einen veränderten qualitativ reicheren Lebensstil ermöglicht.

Da nicht mehr erwartet werden kann, daß das Vollbeschäftigungsziel im herkömmlichen Sinn allein durch Wirtschaftswachstum erreicht wird, müssen andere Wege gesucht werden, möglichst viele arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen an der gesellschaftlich organisierten Arbeit zu beteiligen. Eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die Produktivitätsrate die Wachstumsrate übersteigt, dringend geboten. Die gegenläufigen Vorschläge einiger Politiker, die ökonomische bzw. finanzielle Krise dadurch zu lösen, daß Beamte länger arbeiten oder daß die Wochen- und Lebensarbeitszeit aller Erwerbspersonen verlängert wird, ist weder ursachengemäß noch zielkonform; sie ist einfach dumm und töricht. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit muß fair zwischen Männern und Frauen verteilt werden. Eine beziehungs-gerechte, geschlechtsneutrale Neuverteilung bedeutet für die Männer, daß sie ihr Volumen an Erwerbsarbeit reduzieren und ihren Anteil an materieller Hausarbeit, Erziehungs- und Beziehungsarbeit erhöhen; dadurch verlieren sie nicht, sondern gewinnen an Lebensqualität. Den Frauen muß entsprechend ihren Interessen der Zugang zu allen Formen und Positionen der Erwerbsarbeit erleichtert werden. Für beide ist demgemäß eine flexible Gestaltung der Erwerbsarbeitszeit anzubieten, die auf die individuelle Biographie sowie eine partnerschaftliche bzw. familiäre Lebensplanung Rücksicht nimmt.

Eine breite Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit setzt voraus, daß das Verursacherprinzip auch auf dem Arbeitsmarkt durchgesetzt und der finanzielle Verschiebebahnhof beispielsweise zwischen den Gebietskörperschaften und der Bundesanstalt für Arbeit stillgelegt wird. Denjenigen privaten Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen, die beschäftigungswirksame Entscheidungen treffen, indem sie Erwerbspersonen einstellen oder entlassen, müssen die finanziellen Auswirkungen solcher Entscheidungen, nämlich die Entla-

stung bzw. Belastung der öffentlichen Haushalte oder der Versicherungsgemeinschaft unmittelbar zugerechnet werden. Der föderale Finanzausgleich ist um eine arbeitspolitische Komponente zwischen Bund, Bundesanstalt, Ländern und Gemeinden zu ergänzen.

Schließlich ist jene systematische Fehlsteuerung der Produktionsstruktur zu beseitigen, die eine breite Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit systematisch erschwert, nämlich die vorrangige Ankopplung der Sozialleistungen an das Arbeitsverhältnis. Solange die Lohnsumme die Bemessungsgrundlage für die Beiträge zur Sozialversicherung bildet, werden Unternehmen, die relativ arbeitsintensiv produzieren, gegenüber relativ kapitalintensiv produzierenden Unternehmen praktisch benachteiligt und dazu gedrängt, Arbeitskräfte zu entlassen und durch Maschinen zu ersetzen, um so Lohnnebenkosten einzusparen. Um diese Diskrepanz zwischen dem, was einzelwirtschaftlich vernünftig, gesamtwirtschaftlich jedoch unvernünftig ist, abzubauen, müßte die Finanzierung der Sozialleistungen beschäftigungsneutral an die Nettowertschöpfung der Unternehmen, nämlich die Gesamtheit der erzielten Einkommen, gekoppelt werden.

Der Gefahr, daß eine verfestigte Massenarbeitslosigkeit die Demokratie als politische Verfassung und gesellschaftliche Lebensform bedroht, kann begegnet werden, indem der arbeitsethische Standort zurückgewonnen wird und die skizzierten arbeitspolitischen Handlungsmöglichkeiten ergriffen werden. Die Schlüsselrolle der Erwerbsarbeit ist zwar in solchen Empfehlungen unverkennbar, aber auf absehbare Zeit bleibt es dabei, daß die gesellschaftlich organisierte Arbeit soziale Anerkennung und persönliche Selbstachtung, aufrechten Gang vermittelt. Sie macht stark und demokratiefähig.

Industriepolitik und kein Ende

Der Beginn des industriellen Zeitalters – so lautet eine gängige These – sei eng mit der Entfaltung unternehmerischer Initiative und Risikobereitschaft verbunden gewesen. Doch der Siegeszug der Industrialisierung war nicht nur das Ergebnis von Gewerbefreiheit, Gewinnstreben, Abbau von Handelsschranken und Öffnung von Märkten. Denn die Ablösung der aus dem Mittelalter überkommenen Bedarfsdeckungswirtschaft, der handwerklich geprägten Produktionsweise und der Zunftvorrechte wurde durch die merkantilistische Wirtschaftspolitik des absoluten Staates entscheidend vorbereitet. Ihre Instrumente waren vielfältig; unter ihnen nahm die Förderung von Mechanisierung, Manufaktur- und Fabrikwesen einen bedeutenden Rang ein.

Die Wirtschaftspolitik der Merkantilisten führte im 18. Jh. an die Schwelle der Industrialisierung; über den Export kostengünstig produzierter Waren sollte eine aktive Handelsbilanz erreicht und damit das Wachstum staatlicher Einnahmen gesichert werden. Doch was vor mehr als 200 Jahren unter dem Signum staatlicher »Gewerbepolitik« als technisch-ökonomischer Fortschritt begann, hat sich längst in sein Gegenteil verkehrt. Bei der heutigen staatlichen »Gewerbepolitik« geht es überwiegend nicht um das Vorantreiben neuer, sondern um das Konservieren alter Produktionsweisen, und dieses Konservieren beschert dem Staat kaum noch Einnahmen, sondern führt eher zu wachsenden Ausgaben. Dieses zweifelhafte Vehikel wird gemeinhin Industriepolitik genannt.

Was ist Industriepolitik?

Hinter dem Begriff »Industriepolitik« verbergen sich ebenso unterschiedliche Zielsetzungen wie unterschiedliche, oft auch diffuse Rezipienten. Die Zielsetzungen – die sich bisweilen miteinander vermischen – reichen von der mehr oder minder offenen Konservierung alter Industriestrukturen über die ideologische Absicherung problematischer Produktionsweisen bis hin zu der beim ersten Hinsehen »fortschrittlichen«, aber mit Haken und Ösen versehenen Forderung nach einer »vorausschauenden Industriepolitik«.

Betrachten wir die Befürworter der Industriepolitik etwas näher, so fallen zunächst die »Strukturkonservierer«, wie sie genannt werden sollen, auf. Sie sind seit geraumer Zeit, ge-

nauer: seit dem Sichtbarwerden der Ergebnisse sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaften, wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten; die Forderung nach »Erhalt industrieller Kerne« gehört zu ihren bevorzugten Losungen. Dem Vernehmen nach haben sie auch das Rezept dafür in der Tasche: an der Ruhr, an der Saar, an der nordwestdeutschen Küste, so hören wir, habe man gelernt, wie mit dem Strukturwandel umzugehen sei. Doch die Ergebnisse sind bei genauem Hinsehen ernüchternd: Immer weniger Arbeitsplätze werden mit wachsenden öffentlichen Mitteln subventioniert. Wurde allein durch Finanzhilfen des Bundes und durch Steuervergünstigungen im Kohlenbergbau ein Arbeitsplatz im Jahre 1980 noch mit 21 000 DM subventioniert, so kletterte der Betrag bis zum Jahre 1990 auf 52 000 DM, im Schiffbau in der gleichen Zeit von 6 000 auf fast 17 000 DM. Von diesen Summen kann die gleichfalls krisengeschüttelte Textil- und Bekleidungsbranche nur träumen: hier stiegen im gleichen Zeitraum die Subventionen, auf den einzelnen Arbeitsplatz bezogen, von 800 DM auf 2 000 DM. Es zeigt sich, daß dort, wo die Probleme massiert auftreten, die schützende und konservierende Hand des Staates verlässlicher ist als in einer ländlichen Gegend, in der ein Textilbetrieb schließen muß. Es zeigt sich aber auch, daß die oft vorgetragene Versicherung der Strukturkonservierer, man fordere ja keine Dauer- und Erhaltungssubventionen, ungläubwürdig ist.

Ein von 1970 bis 1992 allein auf Bundesebene, und nur bezogen auf die alten Bundesländer, von 26 Mrd. DM auf 86 Mrd. DM angestiegenes Subventionsvolumen bei rückläufiger Beschäftigung spricht für sich. Damit liegen nicht nur die finanzwirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Perspektiven des »Konzepts« der »Sicherung industrieller Kerne« klar auf der Hand; auch in Westdeutschland gibt es »alte« Industriestrukturen in Fülle, Tummelplatz für Industriepolitiker unterschiedlicher Provenienz. Sage in zehn Jahren, bei einem Subventionsvolumen, das dann möglicherweise bei 200 Mrd. DM liegen wird, niemand, es habe für Fehlentwicklungen keine Hinweise gegeben.

Im Gegensatz zu den »offenen« Strukturkonservierern argumentiert die zweite Gruppe, die wir die »Bekennenden« nennen wollen, grundsätzlicher. Ungeachtet der nachhaltigen

Schäden, die in der kurzen Geschichte des industriellen Zeitalters den natürlichen Lebensgrundlagen zugefügt wurden, vertreten sie die These, daß es zur Industriegesellschaft keine Alternative gebe.

»Bekennende« und »Vorausschauende«

Kein Wunder also, daß allein der Begriff »Dienstleistungsgesellschaft« dieser Gruppierung suspekt ist. Die durchaus offene Frage, ob auf lange Sicht Industriegesellschaften oder eher »nachindustrielle« bzw. Dienstleistungsgesellschaften in der Lage sein werden, soziale und ökologische Gleichgewichte zu garantieren, ist für sie bereits beantwortet: selbstverständlich Industriegesellschaften. Sie verdrängen die These Ulrich Becks, daß die Industriegesellschaft sich selber abschaffe, und bekennen sich auch nach Tankerunglücken, Störfällen in der chemischen Industrie und nach jeder Meldung über das erneut gewachsene Ozonloch zu eben dieser Industriegesellschaft, so, wie man sich zum Islam, zum Judentum oder zu einer christlichen Kirche bekennt. Eine konservative Grundhaltung ist den »Bekennenden« durchaus eigen, allerdings nicht im Sinne von Erhard Eppers Definition eines »Wertkonservatismus«, sondern eines ziemlich eindeutigen »Strukturkonservatismus«. Die »Bekennenden« nehmen zwar dort, wo Akzeptanzprobleme auftreten, die Umweltpolitik unter dem Postulat »Ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft« in ihren Dienst. Verbesserung des Arbeitsschutzes, Verminderung von Risiken, Ressourcenschonung, sichere Entsorgung sollen die Akzeptanz industrieller Produktion sichern helfen. Doch man zögert auch nicht, zur Stabilisierung und Einführung problematischer Produktionen Schutz- und Trutzbündnisse »notfalls auch mit Teufels Großmutter« einzugehen, wie es ein Vertreter dieser Gruppierung einmal bezeichnet hat.

Man wird an dieser Stelle auf die »fortschrittliche« Variante der Industriepolitik verweisen. Damit sind wir bei der dritten Gruppe, die aus »vorausschauenden« Industriepolitikern besteht. Sie trauen es sich glatt zu, »zukunfts-trächtige« Industriestrukturen zu erkennen, zu fördern, zu gestalten. Selbstverständlich gehören zu einer »vorausschauenden« Industriepolitik auch die Kenntnis zukünftiger Nachfragestrukturen, zukünftiger Beschaffungs- und Absatzmärkte, die Kenntnis zukünftiger Kunden und deren Präferenzen, die Kenntnis zukünftiger Faktormärkte und deren Kosten. Über all dieses Wissen verfügen die »Vorausschauenden« souverän. Sie sind im Besitz der Informa-

tionen, Daten und Kriterien, nach denen »aktive, zukunfts-trächtige« Industriepolitik ausgestaltet werden kann. Das Mekka der »Vorausschauenden« befindet sich in Brüssel, bei der Europäischen Gemeinschaft, ihr Katechismus ist der Vertrag von Maastricht. Über eine massive Förderung von Schlüsseltechnologien in ausgewählten Industriezweigen der Europäischen Gemeinschaft soll den beiden konkurrierenden Wirtschaftsblöcken USA und Japan/Pazifischer Raum begegnet werden. Doch auch hierzulande ist im Zusammenhang mit der »Sicherung industrieller Kerne« in den neuen Bundesländern, ja sogar in der Diskussion um die Sicherung des Stahl-, Chemie-, Automobil-, Maschinenbau-, kurz: des Industriestandorts Deutschland der Ruf nach »vorausschauender Industriepolitik« laut geworden.

Wem diese Einteilung als zu grob erscheint, dem sei ohne weiteres recht gegeben. Industriepolitik tritt in vielerlei Gestalt auf: als Forschungspolitik, als Technologiepolitik, als Rüstungsexport aus »strukturpolitischen Gründen«, als Abschottung gegen Industrieprodukte aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch jetzt ist die Aufzählung nicht komplett. Der Erfahrungsreichtum der Industriepolitiker ist groß.

Bei der Frage schließlich, wer hinter der Industriepolitik steht, versagen alle herkömmlichen Typisierungsschemata. Beamtete Technologieberater und gewerbesteuerungsrige Oberbürgermeister, westdeutsche Sozial- und ostdeutsche Christdemokraten, Bremer Hochschullehrer und Brüsseler Bürokraten, schließlich auch – rechts hin, links her – Chemie- und Metallgewerkschafter: es gibt kaum eine Partei, kaum eine Gruppierung, in der sich nicht Anhänger irgend einer Form der Industriepolitik finden.

Wovon eine Volkswirtschaft leben kann

Kaum ein anderes Wort ist in jüngster Zeit so zum Schreckgespenst hochstilisiert worden wie der Begriff *De-Industrialisierung*. Daß an der Errichtung dieses Schreckgespenstes Industriepolitiker vorrangig beteiligt waren, versteht sich am Rande. Doch schon seit 1970, dem Höhepunkt der Industrialisierung in der alten Bundesrepublik, ist eine allmähliche De-Industrialisierung beobachtbar, die sich insbesondere in Regionen mit »alten« Industriezweigen rascher vollzieht. In den von diesen Entwicklungsprozessen besonders betroffenen neuen Bundesländern decken die Marktkräfte die Schwächen der dort vorhandenen Industrien schonungslos auf; die Redlichkeit gebietet es,

die damit verbundenen, überaus harten Anpassungsprozesse als Hinterlassenschaft des früheren, zentralgeleiteten und schließlich untergegangenen Wirtschaftssystems zu sehen.

»Am Horizont des Jahres 2000«, so sagte 1975 der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG in einem Interview, »sieht man ein Zeitalter heraufziehen, in dem Volkswirtschaften wie die deutsche im wesentlichen Patente, Verfahrenstechniken und Blaupausen exportieren«. Und auf den Einwand, davon könne man aber nicht leben, antwortete er: »Davon kann eine Volkswirtschaft leben. Wenn dafür draußen genug Bedarf vorhanden ist und wir ihn besser und schneller als andere befriedigen können, könnte man davon sogar gut leben.« Heute, achtzehn Jahre nach dieser Prognose, müssen wir den zeitlichen Horizont gewiß etwas weiter in das nächste Jahrhundert hineinschieben. Doch die Grundlinie ist in dem Interview klar aufgezeigt worden, und sie wird von den seitherigen Erfahrungen bestätigt. Die Zahl der Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen hat sich seit Mitte der 70er Jahre in etwa verdoppelt; die Zahl der Industriebeschäftigten ist von 1970 bis 1990 um über eine Million gesunken. Das Vordringen der Dienstleistungsgesellschaft, das mit dem Abbau von industriellen Arbeitsplätzen einhergeht, ist insbesondere in den großen Verdichtungsräumen der alten Bundesrepublik, in denen sich Trends am ehesten andeuten, unübersehbar: der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe lag 1990 dort nur noch zwischen 23 und 27 v. H. Und im verbleibenden industriellen Sektor ist der Großbetrieb, immer noch Hätschelkind der Industriepolitik, längst nicht mehr vorherrschender Träger der Beschäftigung.

In der alten Bundesrepublik wurden in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten seit 1970 überproportional Arbeitsplätze abgebaut. 1970 arbeiteten hier noch 3,3 Millionen Menschen, 1989 waren es noch 2,6 Millionen. Gewiß haben hier Rationalisierungsvorgänge mitgewirkt, doch gegenüber dem Beschäftigtenabbau in Großbetrieben erwies sich – der mittelständische Sektor als stabiler. Auch in den neuen Bundesländern entwickeln sich – wenn man dem für seine Seriosität bekannten Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung folgt – kleine und mittlere Betriebe zu einem, wenn auch noch unzureichenden, Stabilisierungsfaktor der Wirtschaft. Der mittelständische Teil des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes, so das Institut, habe in den letzten Jahren »in beachtlichem Umfang an Terrain gewonnen«.

Am Horizont des Jahres 2000, so soll die zitierte Prognose erweitert werden, sieht man ein Zeitalter versinken, in dem auf ein Zeichen hin 2000 und mehr Industriebeschäftigte der Betriebsversammlung oder dem Feierabend zueilten.

Was zu tun übrigbleibt

Hier soll nicht der Auffassung, daß der Markt alles und der Staat gar nichts leisten könne, das Wort geredet werden. Staatliche Institutionen müssen sich jedoch bei ihren Aktivitäten auf das beschränken, was sie eindeutig besser leisten können als der Markt. Neben den »klassischen« wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern gehören dazu die herkömmliche regionale Strukturpolitik, die Vervollständigung der Infrastruktur und die Vervollständigung des raumordnungs- und umweltpolitischen Rahmens. Alles, was früher, vornehm verbrämt, mit dem Begriff »sektorale Strukturpolitik« umrissen wurde und heute Industriepolitik genannt wird, gehört nicht dazu. Für die »Sicherung industrieller Kerne« in den neuen Bundesländern würde das bedeuten: rasche Privatisierung des bisher noch in Treuhandbesitz befindlichen Teils des industriellen Bestands, Bereitstellung wirtschaftsnaher Infrastruktur an ausgewählten Schwerpunkten sowie unternehmensbezogene Starthilfen im Wege der regionalen Strukturpolitik. Auch wenn die »Vorausschauenden« es gar nicht gerne hören: über »zukunftssträchtige« Produktionen wird in einem marktwirtschaftlichen Suchprozeß und nicht in Behörden und auch nicht in Strukturräten entschieden. Eine wesentliche Voraussetzung ist der Abbau von Dauersubventionen; hier ist das westliche Deutschland stärker in der Pflicht als das östliche.

Knappe öffentliche Mittel müssen in jeder Hinsicht – arbeitsmarktpolitisch, ökologiepolitisch, sozialpolitisch, kulturpolitisch – so effektiv wie möglich eingesetzt werden. Von diesem finanzwirtschaftlichen Rationalprinzip sind wir unter dem Einfluß der Industriepolitiker weit entfernt. Es ist in Deutschland keine politische Konstellation denkbar, die die Kraft hätte, z. B. einen spürbaren Abbau der Kohlesubventionen durchzusetzen. Dabei gibt es für den Einsatz öffentlicher Mittel bei Beachtung des genannten Grundsatzes Aufgaben in Hülle und Fülle: Sanierung, Modernisierung und Ökologisierung des Haus- und Wohnungsbestandes, Erhalt der historischen Bausubstanz, Dorferneuerung und Landschaftspflege, Modernisierung der kommunalen und staatlichen Infrastruktur, des Verkehrs- und Telekommunikationswesens,

Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung, Altlastensanierung, Boden- und Gewässerschutz, Sanierung von Abwasseranlagen. Wenn die jährlichen Umweltschäden allein in den neuen Bundesländern einer Größenordnung von 70 Mrd. DM entsprechen, wird gleichzeitig deutlich, wo, regional gesehen, der Schwerpunkt dieser genannten Aufgaben liegen muß. Dies gilt nicht nur für den Umweltschutz. Wenn man bedenkt, daß in der historischen Bausubstanz der neuen Bundesländer 350 000 Objekte der Sanierung und Restaurierung harren, dafür 1992 gerade eben 363 und 1993 gar nur 275 Mill. DM zur Verfügung stehen, während gleichzeitig die Treuhandanstalt 1993 allein für industrielle Sanierungshilfen 15 Mrd. DM bereithält, wird das Dilemma so recht deutlich. Dabei wäre die Sicherung der historischen Bausubstanz eine kulturpolitische Jahrhundertaufgabe, ein wichtiger Beitrag zur Lösung des Wohnungsproblems und ein Arbeitsmarktprogramm mit langfristiger Perspektive, ganz im Gegensatz zu dem, was bisher unter dem Stichwort »Sicherung industrieller Kerne« bekannt wurde.

Dies sind nur wenige Beispiele dafür, wie Arbeit, Wohnen, Umwelt und Sicherung des kulturellen Erbes miteinander verknüpft, wie knappe öffentliche Mittel nach dem Rationalprinzip eingesetzt werden könnten. Man ziehe die Schubladen auf, hole die Programme zum Thema »Arbeit und Umwelt« der achtziger Jahre heraus, wische den Staub herunter, lese dort über die Beschäftigungswirkungen dieser Programme nach, nehme auch die bisherigen Erfahrungen, die es in Ansätzen ja bereits gibt, zur Hand, und vergleiche sie mit den Ergebnissen der Industriepolitik. Doch für derartige Schritte ist der Einfluß der Industriepolitiker bisher wohl noch zu stark. Ein Ende ist nicht abzusehen.

EVE-MARIE KALLEN

Gespräch mit István Eörsi

István Eörsi, geboren 1931 in Budapest, freier Schriftsteller, Dramatiker und Essayist. Nach 1956 vier Jahre Haft, 1982 Berufsverbot, bis 1987 Publikationen nur im Samizdat. Übersetzte zahlreiche Theaterstücke und Lyrik ins Ungarische. Veröffentlichte mehrere Gedichtbände, einige Bücher Kurzprosa, Essays, Theaterstücke; in deutscher Sprache: Stücke, 1984; Erzählungen, 1987; Gefängnisbuch, 1992. Publiziert in den wichtigsten europäischen Zeitschriften.

Eve-Marie Kallen: Herr Eörsi, wie sehen Sie im heutigen Ungarn die Rolle der Intellektuellen?

István Eörsi: Das Problem ist, daß die Intellektuellen über Themen politisieren, die den Massen nicht so wichtig scheinen. Denn mit welchen Problemen müssen die Massen jetzt in Ungarn kämpfen? Mit der Arbeitslosigkeit, die sie vorher nicht kannten, auch mit der schwächer werdenden Kaufkraft des *Forint* und überhaupt damit, daß sie oftmals keine Zukunft sehen. Die jungen Leute, die jetzt die Schule verlassen, haben keine Stellung und wissen nicht, was sie machen sollen.

Doch wovon handeln die meisten Diskussionen der Intellektuellen? Davon, wer Leiter des Fernsehens sein soll, wer Leiter des Rundfunks, was die demokratischen Urprinzipien sind, wie man diesen Staat lenken soll, was die Rolle der Regierung sei und die der Opposition. Das alles hat mittelbar natürlich sehr viel mit dem Schicksal des Volkes zu tun, doch unmittelbar glauben die Menschen: Hier sitzen wir also nun mit mehreren Parteien, die wir alle bezahlen müssen, und vorher hatten wir eine einzige Partei, die wir auch bezahlt haben. Und diese Leute sprechen nun über Dinge, die gar nicht darüber entscheiden, ob wir morgen überhaupt noch Arbeit haben und Brot kaufen können! Und so haben die großen Massen diese beiden Dinge unbewußt, in der Seele, miteinander verknüpft.

Unter Kádár hatten wir essen können, und wir hatten unsere Stellung! Es gab zwar keine Demokratie und keine Pressefreiheit – und natürlich ist die Pressefreiheit Sache des ganzen Volkes, denn wenn das Volk nicht gut informiert werden kann, wird das rückwirken auf die gesamte Lebensqualität – aber unmittelbar spüren sie das nicht. Was also ist die Rolle der Intellektuellen? Da ist zunächst der Aspekt

Schriftstellertum und Politik. Es ist wahr, daß in dieser Region auf einmal sehr viele Schriftsteller Politiker geworden sind. In Ungarn ist der Staatspräsident ein Schriftsteller und auch in der Tschechei, und andere spielen andere wichtige Rollen. Ich glaube, man muß unterscheiden zwischen Schriftstellern, die politisieren, und Schriftstellern, die Politiker geworden sind. Schriftsteller politisierten immer schon in Osteuropa. Das hat eine lange Tradition, denn wir hatten weniger demokratische Institutionen, und diese waren außerdem zurückgeblieben. Auch hatten wir keine Citoyens, keine breite Schicht der Bourgeoisie, die politische Aufgaben auf sich genommen hätte. Statt demokratischer Traditionen hatten wir immer die Dichter. Und daß die Dichter auch jetzt, ebenso wie die Schriftsteller und die Intellektuellen im allgemeinen, eine große Rolle spielen, hängt mit dieser traditionellen Rolle der osteuropäischen Intellektuellen zusammen, daß sie sich irgendwie verantwortlich fühlen für das Schicksal der Nation.

Aber es ist ein Grenzfall und zwar meist ein tragischer, wenn ein Schriftsteller nicht politisiert, sondern Politiker wird! Es gibt nämlich einen großen Unterschied in der Arbeit dieser beiden Gruppen. Ein Politiker, auch ein anständiger und ehrlicher, muß die taktischen Überlegungen immer in den Mittelpunkt seiner Arbeit rücken. Damit will ich nicht sagen, daß jeder Politiker ein unmoralisches Wesen ist und jeder Schriftsteller ein moralisches. Aber zur Arbeit eines Politikers gehören die Überlegungen darüber, was er von seiner Wahrheit betont und was er verschweigt. Aber wenn ein Schriftsteller schreibt, kann er nicht daran denken, ob es taktisch gut ist, dieses oder jenes Adjektiv zu benutzen. Er schreibt das, was er für das beste hält. Wenn ein Schriftsteller den Beruf des Politikers ergreift, kommt er in eine schizophrene Situation, denn einen Teil seiner Arbeit muß er unter solchen und einen anderen Teil seiner Arbeit unter völlig anderen Methoden, unter völlig anderen seelischen Bedingungen ausüben. Und das geht meistens nicht!

Ich glaube, die Schriftsteller, die Berufspolitiker werden, können eigentlich nicht in die Literatur zurückkommen, bzw. meistens verlassen sie diese eben darum! Damit will ich nichts Schlechtes sagen. Wahrscheinlich sind sie dort nützlicher als in der Literatur! Sie gehen eben darum herüber, weil sie innerlich spüren, daß sie als Schriftsteller fertig sind oder doch in Problemen stecken oder in einer Situation, in der sie das Schriftstellertum nicht weitermachen können. Nun zu der eigentlichen Frage: ein Schriftsteller muß seine Arbeit an-

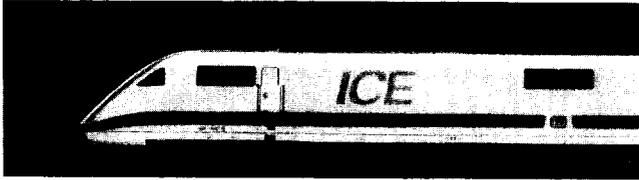
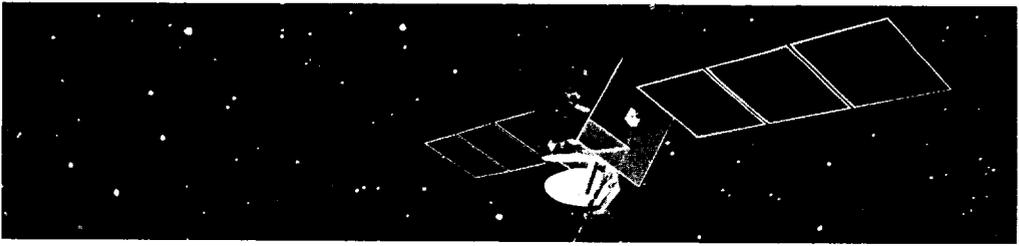
ständig machen, auch in dieser Zeit. Alle Intellektuellen müssen das. Es gibt keine ganz besonderen Aufgaben. Es ist nämlich auch ein Teil der schriftstellerischen und dichterischen Arbeit, die eigene Persönlichkeit auszuarbeiten. Denn wenn ich Namen nenne wie: Goethe, Heine oder Baudelaire, dann spreche ich nicht zuerst von Gedichten, sondern von einer Figur, von einem Jemand, und erst nachher kann ich von Gedichten sprechen. Ich könnte sagen: Goethe ist ebenso wichtig wie Faust! Faust ist künstlich, Goethe lebte einmal. Aber sie sind ähnlich wichtige Figuren, die die Menschheit irgendwie teilt: die Frage nach meinem Verhältnis zu Goethe ist bezeichnend für mich. Ich sage das deshalb, weil in Ländern wie Ungarn viele Dinge fehlen: es gibt keine Rohstoffe, keine Technologie, keine Handelskontakte. Am meisten aber fehlen die *authentischen Persönlichkeiten!*

Wenn wir jetzt konkret politisch darüber sprechen, glaube ich, daß die Schriftsteller in ganz Osteuropa unerwartet nach dem Zusammenbruch des Kommunismus überall eine Hauptaufgabe darin vor sich sehen, zwischen der Alternative zu wählen: Wollen wir eine nationalistisch-populistische Entwicklung, oder wählen wir eine demokratische Richtung, sei sie nun bürgerlich-liberal oder sozialistisch, jedenfalls aber eine in Richtung auf ein Weltbürgertum tendierende Alternative!

Kallen: Wie konnte es kommen, daß jemand wie István Csurka mit *Magyar Fórum* und *Magyar Út* eine so große Gefolgschaft hat?

Eörsi: Csurka ist auch schon sechzig; er gehört zu dieser älteren Generation. Sein Vater war ein engagierter Antisemit und ein ganz berühmter Rechter. Übrigens ist Csurka ein sehr begabter Mensch, der nach 1956 zehn Jahre lang – wie ich glaube – bleibende Werke geschrieben hat: Kurzgeschichten, Stücke, die gar nicht populistisch sind. Er ist als Schriftsteller absoluter Urbanist, gehört zu jener großen urbanistischen Tradition in Ungarn, die von der Linken mit teilweise jüdischer Abstammung getragen wurde. Aber es ist weder wichtig, noch hat es stilistisch Folgen, ob jemand nun jüdischer Abstammung ist oder nicht. Ich will damit sagen: diese ganze populistische Tendenz, die er jetzt repräsentiert, steht in totalem Gegensatz zu dem, was er literarisch nach 1956 geschaffen hat.

Kallen: Sie sind selbst ein großer 56er, sind damals ins Gefängnis gekommen und haben viel Schreckliches erlebt. Wenn Sie diese Erfahrungen nun in Beziehung stellen zu dem, was seit 1989 in Ihrem Lande läuft, was für ein Gefühl haben Sie? Diesmal gab es eine unblutige Revo-



Hochtechnologie steht
hoch im Kurs.

DAIMLERBENZ



lution. Wie sehen Sie die Defizite, die wirklichen Verbesserungen oder die Hoffnungen auf solche?

Eörsi: Erstens würde ich nie das Wort Revolution auf die Ereignisse von 1989 anwenden. Diese Veränderung ist nicht gekommen, weil das ungarische Volk aufgestanden ist oder weil die Intellektuellen *Samisdat* gemacht haben – wie ich selbst übrigens auch – sondern das System ist unter seinem eigenen Gewicht zusammengebrochen, weil die Russen es von außen nicht mehr gehalten haben. Es war eine weltpolitische Krise; die Russen sahen, daß sie sich nicht weiter über Wasser halten konnten, und das hat das Schicksal dieses Systems entschieden. Aber damit will ich nicht sagen, daß es nicht sehr von uns selbst abhängt, was dann in dieser Situation entsteht und wie wir uns jetzt weiterentwickeln.

Es gibt jetzt *zwei* große Überraschungen, eine ganz schlechte und eine ziemlich gute. Die ganz schlechte ist: wir müssen erleben, daß nach zwei Generationen das ganz alte Ungarum mit seinen Handbewegungen und dem Lächeln, den Ideologien und der herrischen Art, dem Mut und all den übrigen Attributen wiederbelebt wurde wie durch ein Wunder, als ob die vierzig oder fünfzig Jahre nicht vergangen wären. Manchmal sehe ich im Parlament solche Abgeordnete, wie ich sie in meiner Kindheit in der Wochenschau im Kino sah. Dasselbe Lächeln, dieselbe Handbewegung, dieselbe Überheblichkeit, Verachtung, und auch dieselbe nationalistische, rassistische, manchmal faschistische Ideologie.

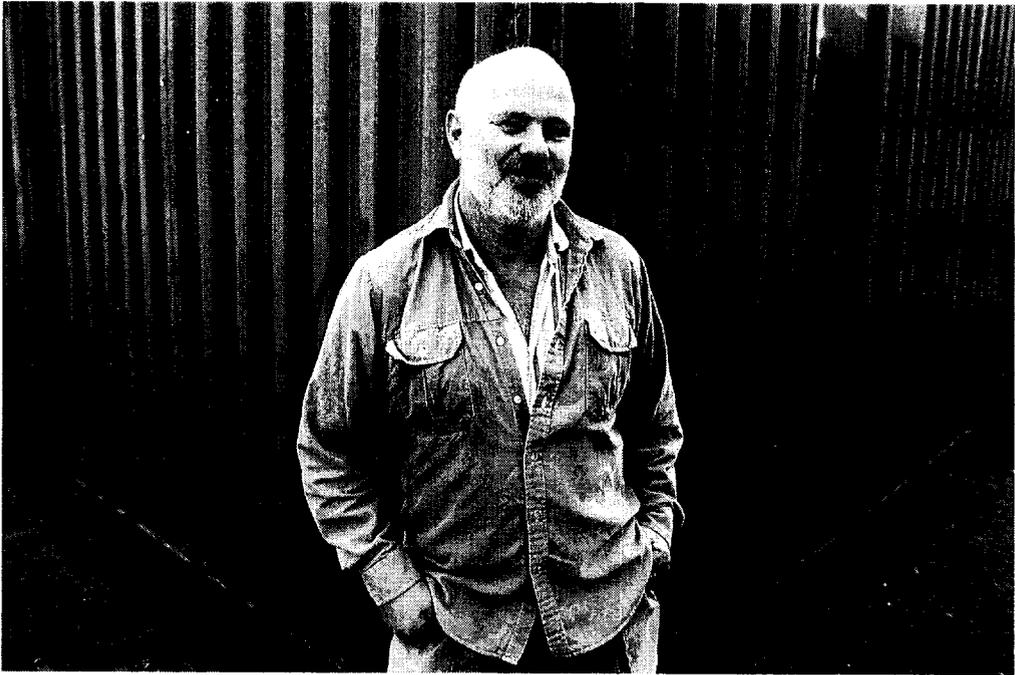
Die andere Überraschung aber ist die, daß diese Verhaltensweise innerhalb der ungarischen Bevölkerung keinen großen Erfolg hat. Innerhalb der Regierungspartei sind diese Strömungen allerdings leider sehr stark. Deshalb sind sie gefährlich, denn diese Strömungen sind in der Mitte der Macht zu spüren, und man kann in einer labilen osteuropäischen Situation nie wissen, wann die demokratischen Formen verletzt werden und wann solch ein in der Mitte der Macht stehender Rechtsextremismus einen Putsch oder die Verhängung des Ausnahmezustandes versucht. Alles kann passieren, wenn sie fürchten, die nächsten Wahlen zu verlieren, was sicherlich der Fall sein wird! Warum werden sie sie verlieren? Das ist nun die zweite Überraschung: weil die Bevölkerung diese Art von Rechtsradikalismus, Horthyismus und Antisemitismus ganz einfach nicht will! Sie wollen hören, wie ihnen aus der wirtschaftlichen Krise herausgeholfen werden kann, usw. Hinzu kommt eine junge Generation mit sehr vielen begabten und souveränen Menschen, die unter

dem ungarischen Parteiregime sich nicht hätten mucksen können.

Ich arbeite z. B. viel für die Zeitschrift *MÁGYAR NARANCS*, also »Ungarische Orange«. Das ist ein irrer Titel, denn es gibt bekanntlich in Ungarn keine Orangen. Unter diesem Namen aber veröffentlichen die Jüngsten, die früher zu der Partei *FIDESZ*, also den Jungdemokraten, gehörten, die sich aber, weil sie eben so ketzerisch sind, von ihrer Partei entfernten. Bei diesen jungen Leuten, alle so zwischen 25 und 35, bin ich jetzt Mitarbeiter. Und dabei sind fünf bis acht Journalisten, die höchstes Niveau erreichen, nicht nur stilistisch, sondern in der Souveränität, mit der sie Themen behandeln und Vorurteile einfach nicht in Betracht ziehen. Diese Entwicklung kann man auch unter den Soziologen und den Ökonomen beobachten und auch im Parlament. Diese jungen Leute haben eine innere Freiheit, die sie nicht aus den letzten vierzig bzw. siebzig Jahren gewinnen konnten. Es ist eine Souveränität, die nicht von oben alles abwartet, sondern selbst denkt und ohne Autoritätsehrfurcht handelt und spricht. Das ist die zweite Überraschung, die ich als angenehm bezeichnen kann.

Kallen: Sie schreiben im Nachwort Ihres Buches »Ich fing eine Fliege beim Minister« etwas über die zweite Hälfte der Kádár-Zeit, in der ja mehr und mehr Freiheiten gegeben wurden und auch mehr und mehr Wohlstand eintrat. Diese positiven Entwicklungen hatten aber auf ihrer Rückseite immer einen Preis. So entstand Mißtrauen. Herrscht jetzt wiederum ein solches Mißtrauen, daß eben auf der Rückseite der Demokratie ein Preis ist, ein unangenehmer Preis? Etwa die Armut, oder eine andere Art politischer Bevormundung?

Eörsi: Der relative Wohlstand unter Kádár hatte einen sehr hohen Preis, nämlich die Staatsverschuldung. Diesen Preis müssen wir jetzt bezahlen. Denn dieser Wohlstand war nicht das Ergebnis einer harmonischen ökonomischen Entwicklung, sondern wir haben ganz einfach mehr ausgegeben als wir produziert und verdient haben. Es ist wahr, daß große Schichten da bereichern durften: sie hatten ein Wochenendhaus oder einen kleinen Trabant, Wartburg oder Lada oder vielleicht sogar einen westlichen Wagen. Dafür mußten sie aber erst einmal in einer Halblegalität leben! Denn sie kauften das nicht von dem Geld, das sie an ihrem richtigen Arbeitsplatz verdienten, sondern von Schwarzarbeit. Man konnte spüren: es wird zwar zugelassen, aber jeder ist doch irgendwie angreifbar. Falls jemand dann nicht nur sich auf diese Weise bereichern, sondern auch ein bißchen politisieren wollte, konnte er



István Eörsi

Foto: Isolde Ohlbaum

ganz leicht aus ökonomischen Gründen gefaßt werden. So wurde mit der Gnade des Staates jedem erlaubt zu betrügen und die Gesetze ein bißchen zu umgehen, aber es gab scharfe Bedingungen. Diese lagen in der Politisierung der Gesellschaft. Das war Kádárs größte Errungenschaft. Er hat von '56 gelernt, man solle kommunistische Ideen nicht verbreiten, denn dann werden die Menschen die kommunistischen Ideen mit der Wirklichkeit vergleichen, und das bringt die Revolution. Und so wurde die notwendige Entwicklung zu einem Citoyen wieder aufgehalten. Nicht *Citoyens* wurden da herausgebildet, sondern *Klienten* der Macht!

Die jetzige Regierung Ungarns würde ich nicht für die Armut verantwortlich machen. Es gibt keine Regierung in Ungarn, die die Staatsschulden und die industrielle Struktur, die die ganze Zeit mit Verlust gearbeitet hat, so umgestalten könnte, daß es nicht Armut und Arbeitslosigkeit gäbe! Aber *erstens* ist diese Regierung deshalb so schlecht, weil sie kein erkennbares Programm hat, also gehen die Menschen in einen Tunnel, dessen Ende sie nicht sehen. *Zweitens*, und das ist schlimmer: seitdem diese Regierung gemerkt hat, daß ihre Popularität immer weiter schwindet, beginnt sie, Strukturen wiederaufzubauen, die es schon früher gab, d. h. sie macht wieder Klienten! Die Regierung will, daß die ganze Industrie, die Banken, die

Presse, das Erziehungswesen unmittelbar von ihr abhängig sein soll. Sie wollen bestimmen, wer der Leiter von Hörfunk und Fernsehen ist, um wirklich die ganze öffentliche Information unter ihre Kontrolle zu stellen. Wir hatten einen unabhängigen Präsidenten der Nationalbank. Er wurde abgelöst und durch einen Mitarbeiter von Ántall ersetzt.

Wir haben eine Treuhandgesellschaft, die ganz von der Regierung abhängig ist. Das bedeutet, daß das ausländische Kapital, daß ins Land kommen will, gute Gründe hat zu versuchen, mit der Regierung auf gutem Fuß zu stehen. Und so könnte man auf allen Gebieten des ungarischen gesellschaftlichen Lebens beweisen, daß die Regierung, anstatt eine freie Gesellschaft mit gegeneinander kämpfenden Tendenzen aufzubauen, eine parteistaatliche Entwicklung durchführt in der Hoffnung, daß dann so viele Leute an ihrer Wiederwahl interessiert seien, daß sie doch bei den nächsten Wahlen davonkommen und weiterregieren können.

Kallen: Ich wundere mich eigentlich, Herr Eörsi, daß sie bisher das Wort »Freiheit« noch gar nicht in den Mund genommen haben! Die Ungarn sind doch ein sehr individualistisches, der Macht gegenüber zutiefst skeptisches Volk. Wo bleiben diese Eigenschaften heute?

Eörsi: In der Seele gibt es Freiheit. Auch in der Wirklichkeit gibt es sehr viel mehr Freiheit als

früher. Man kann z. B. frei reisen. Es gibt noch immer eine freie Presse. Man kann sich frei ausdrücken. Es gibt Bücher. Seit vier Jahren sind sechs oder sieben Bücher von mir herausgekommen. All das kann ich nicht leugnen. Ich sage nur: es gibt da eine Tendenz, ganz einfach durch wirtschaftliche und juristische Mittel, diese Klientur aufzubauen. Z. B. im Bankwesen ist es sehr stark, denn für die Banken ist es aus den verschiedensten Gründen günstig, die Regierung zu unterstützen. Die Banken geben z. B. für Csurkas Blätter unglaublich viel Geld. Das gehört natürlich zur Freiheit: jeder kann sein Geld dem geben, dem er es geben will. Ich meine nur, es gibt eine Tendenz, die sehr tief in der ungarischen Geschichte verwurzelt ist, nämlich Klienten zu schaffen, anstatt freie Citoyens zu bilden. Verhältnisse zu bilden, in denen es immer gefährlicher wird, gegen den Strom zu schwimmen. Viele Leute denken heute: es ist besser, ein bißchen den Schwanz einzuziehen und mit Freiheit, die da ist, *nicht* zu leben!

Kallen: Wie geht es Ihnen in der derzeitigen Situation? Woran arbeiten Sie? Wie hat sich Ihr Leben seit dem Antritt der Regierung Äntall geändert?

Eörsi: Mein Leben hat sich insofern verändert, als ich vor 1989 ein marginalisierter Intellektueller war; das bedeutet, ich habe sehr viel im Ausland gelebt. Ich konnte in Ungarn nicht arbeiten; ich hatte Berufsverbot! Meine Bücher kamen immer schwieriger heraus. Als Mitglied der demokratischen Opposition war ich verdächtig und isoliert. Jetzt kann ich ein öffentliches Leben führen, meine Bücher und meine Stücke kommen heraus. Ich kann in Tagesblättern von großer Auflage veröffentlichen und mich überhaupt absolut frei fühlen. Andererseits gehöre ich auch jetzt zu einer Gruppe der Opposition, die am wenigsten geliebt wird, weil ich meinen ironisch-satirischen Stil weiter fortsetze. Die Regierung mag aber keine Ironie, wenn sie gegen sie gerichtet ist. Das hat sie mit fast allen Regierungen der Welt gemeinsam. Und da ich nun einmal eine satirisch-scharf sich ausdrückende Natur habe, bin ich bei der Regierung nicht beliebt und gelte auch als ein bißchen gefährlich. Und ich bin ganz sicher, wenn die jetzt anstehenden Änderungen in Rundfunk und Fernsehen zustandekommen, werde ich wieder nicht dort auftreten können, nicht weil ich verboten werde, sondern weil ganz einfach die entsprechenden Programme gestrichen werden, und auch die Redakteure werden nachdenken, ob es günstig ist, mich einzuladen!

Ich bin ganz sicher, daß es in zwei, drei Jahren, wenn diese Regierung weiter bleibt, so

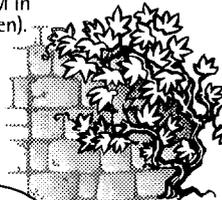
weit kommen wird. Einerseits arbeite ich jetzt im Theater wie früher schon in *Kaposvár*; das ist die Arbeit als Dramaturg. Außerdem arbeite ich an einem großen, sagen wir bescheiden: an einem langen Buch. »Meine Zeit mit Gombrovic« ist der Titel. Gombrovic ist ein schon 1969 verstorbener Exilautor aus Polen, und er hat ein Tagebuch geschrieben. Ich schreibe nun über sein Tagebuch von etwa tausendzweihundert Seiten mein Tagebuch, es ist also ein doppeltes Tagebuch, ein Riesenessay, der auch subjektive Elemente beinhaltet, etwas zwischen einem Essay und einem Tagebuch. Da will ich alle Probleme, die den Herrn Gombrovic, aber auch mich beschäftigen, auf aktuelle Weise, aber doch mit einer bestimmten philosophischen Distanz, ausdrücken. Diese Beschäftigung kommt deshalb, so glaube ich, weil ich die großen Veränderungen seit 1989 noch nicht schriftstellerisch aufarbeiten kann. Da fehlt Distanz, ich bin zu wütend!

Kallen: Sie sind wütend? Worauf?

Eörsi: In meinem Stück wollte ich eine »GmbH Saubere Vergangenheit« beschreiben: Menschen, die alle Schweinereien größerer und kleinerer Art im Parteiensystem gemacht haben, versuchen jetzt, mit viel Inspiration und Engagement, ihre Vergangenheit neu zu schreiben. Wenn ich darüber nachdenke, werde ich doch manchmal wütend über die Tatsache, daß die ungarischen Intellektuellen schon wieder nicht in der Lage sind, ihre eigene Vergangenheit sauber in sich aufzuarbeiten. Gegen diese Selbststilisierung wollte ich dieses Stück schreiben. Ich finde es nämlich sehr tragisch, wenn ein Mensch sich zwei- oder dreimal in seinem Leben neu stilisieren muß, wie es jetzt bei uns sogar zum dritten- oder viertenmal passiert.

ALLES BLOSSE FASSADE?

Schade. Denn begrünte Fassaden und Dächer sind nicht nur ein Genuß für das Auge. Mehr in der Broschüre "Naturschutz ums Haus" (für 5,- DM in Briefmarken).



NABU
Postfach 30 10 54
5300 <53190> Bonn 3

NABU Naturschutzbund Deutschland

Kampf als rechtsextremer Mythos

Bei der Beschäftigung mit rechtsextremen Themen ist eine verblüffende Feststellung zu machen: Oft genug sind bei zentralen Motiven die Traditionslinien des Originals so mächtig, daß die neueren Autoren, nicht nur in ihrer Argumentationsweise, sondern bis in ihre Begrifflichkeit hinein verwechselbar/ununterscheidbar ihren Vorbildern treu bleiben. Das Gros der rechtsextremen Vorstellungen ist seit Jahrzehnten weitestgehend unverändert – jenseits aller politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen – ein Setzkasten von gleichbleibenden Motiven. Allein schon durch dieses Beharren gibt sich die rechtsextreme Mythologie den Anschein »ewige Wahrheiten« zu verkünden.

Die von rechtsextremen Ideologen, gestern wie heute in geringen Variationen propagierten Parolen »LEBEN IST KAMPF« und »NUR DER STÄRKSTE ÜBERLEBT« – sozialdarwinistische Perversionen des, aus der Biologie stammenden Darwinschen Gedankens vom »survival of the fittest« – sind ein Sozial-Mythos. Dieser bedingt nebenbei automatisch den Mythos vom Freund-Feind-Verhältnis als seismäßiger menschlicher Existenzform. Diese Biologisierung gesellschaftlicher Kategorien unterstellt und suggeriert den »natürlichen« und damit unabänderlichen Charakter des Kampfes auch in der menschlichen Gesellschaft und stellt eine Ontologisierung von Gewalt als »natürlicher« und »normaler« Verkehrsform zwischen Menschen dar (Gewalt als Deutungsmuster). Das Bekenntnis zum Kampf als zentraler Kategorie der »Daseinsanalytik« ist bei älteren wie neueren Rechtsextremen unerläßlicher Teil ihrer Programmatik. Hiermit lassen sich die anderen rechtsextremen Mythen-Topoi, wie z. B. Rasse, Blut, Volk, Vaterland und Schicksal, bruchlos verknüpfen.

Der Kampf-Mythos ist nicht zuletzt deshalb zentral, weil er psychoanalytisch argumentiert – mit seiner Gewalt-Ontologie einen lustvollen Frontalangriff auf das bestehende liberal-demokratische System und darüber hinaus der gesamten Zivilisation bedeutet, als deren Fundament Freud die kulturschaffende und -erhaltende Aggressionshemmung erkannte.

Hitler nannte sein Buch kurz: *Mein Kampf* (1925 & 1927). Die Zahl der Passagen in denen, auch in stilistischen Varianten, Kampf, Kämpfen, Kämpfer, Ringen, Sieg und Niederlage the-

matisiert werden ist Legion (Beschwörungsmagie). Der Kampf gilt ihm als »ewige Wahrheit« im Ringen um die »unabhängige völkische Selbsterhaltung«:

»Wer das Leben will, der kämpfe also, und wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens, der verdient das Leben nicht... Denn wer nicht bereit oder fähig ist, für sein Dasein zu streiten, dem hat die ewig gerechte Vorsehung schon das Ende bestimmt.«

Der Kampf ist ein Existential. Der Sieg gilt als Über-Lebensprinzip das Unabhängigkeit und Freiheit garantiert. Als Alternative, d. h. bei Niederlage, oder auch, wenn dem Kampf nur schon ausgewichen wird (»fauler Friede«), droht immer nur eines: Untergang – oder in abgemilderter Form: Abhängigkeit und Knechtschaft.

Der Kämpfer kämpft – nach seinem eigenen Verständnis – um eine Not zu wenden. Und das tut er nicht zu seinem eigenen Nutzen, sondern zum Besten seines Kollektivs: Des Volkes, der Volksgemeinschaft – die ihrerseits wieder Sozial-Mythen sind. Der Kämpfer kämpft also selbstlos; das ist die Askese, das Opfer, das er für »das große Ganze« auf sich nimmt. Ernst Röhm, Chef der SA, schrieb:

»Nicht für sich will er kämpfen, wir alle wollen für uns gar nichts, keine Pfründe, keine gutbezahlten Pöstchen; wir sind aber der Überzeugung, daß der großen Not nur durch Kampf abgeholfen werden kann. Wir müssen bereit und willens sein, für die Freiheit und Rettung unseres Vaterlandes zu den Waffen zu greifen, unsere Person und unser Leben für das Vaterland einzusetzen.«

Nach dieser Vorstellung kann nur aus dem völligen Chaos, dem vollständigen Untergang des Alten, das strahlende Neue erwachsen – Magie des Feuerzaubers. Goebbels formuliert in seinem, nur selten beachteten belletristischen Versuch *Michael* das Bekenntnis: »Der Kampf macht frei, Dich und mich, uns alle.« Der Kampf, der Einsatz des eigenen Lebens gilt ihm als »Lebensbejahung«.

»Das Leben kann man nur erhalten, wenn man bereit ist dafür zu sterben. Kampf kostet Blut. Aber jeder Blutstropfen ist Saat. Deutsche Geschichte ist nichts anderes als die fortlaufende Kette des Kampfes der deutschen Seele gegen ihre... Widersacher. (Ziel ist; d. Verf.) eine Mission zu erfüllen, vor allem an

Deutschland . . . das deutsche Volk frei zu machen nach innen und außen. Das ist eine Weltmission. Wenn Deutschland untergeht, dann geht das Licht der Welt aus.»

In sein Tagebuch schrieb Goebbels:

» . . . wir Jungen . . . proklamieren . . . den Kampf! Geistige Erlösung? Nein Kampf bis aufs Messer. Nur nicht das Vitalste im Leben, Politik, Geschichte vergeistigen wollen.«

Der aufopferungsvolle Kampf gegen alle, die dem deutschen Volk Schaden zufügen wollen – das Judentum, die Marxisten, die Kapitalisten, die liberalen Bürger – wird als »wahrer, tiefster Lebensinhalt gepriesen. Wer nicht kämpfen will gilt als »feige . . . ist nur noch ein zoologisches Lebewesen, mehr nicht«, gehört nicht mehr zur Gemeinschaft des »Volksganzen«, wird ausgeschlossen.

Michael Kühnen

Für die neueren Rechtsextremen soll hier der 1991 verstorbene Michael Kühnen stehen. Als einer der wenigen Selbsternannten »Führer« im rechten Lager hatte er den Vorzug, einen elaborierten Code zu besitzen und – selbstverständlich in seinen Begriffen und Kategorien – argumentieren zu können. Auch Kühnen führt den Begriff »Kampf« bereits im Titel seiner wichtigsten Schrift ein: »Die zweite Revolution. Glaube und Kampf« (1979). (»Die zweite Revolution« hieß Goebbels erste Buchveröffentlichung 1926, »Glauben, gehorchen, kämpfen« – ein Motto Mussolinis). Die selbstgesuchten Parallelen zu Goebbels, Röhm und Hitler sind augenfällig. Wie Hitler in seiner »Festungshaft«, so schrieb auch Kühnen im Gefängnis. Aber nicht nur in symbolträchtigen Äußerlichkeiten, sondern auch in seiner Argumentation bleibt Kühnen den Vorbildern treu:

»Die nationalsozialistische Bewegung kämpft gegen eine Welt von Feinden: gegen Liberalkapitalismus, Marxismus und Reaktion, gegen Materialismus, Zionismus und die Gefahren des Rassenkrieges . . . Wir stehen an einem Scheideweg: Entweder wir wählen den bequemen Weg der Kapitulation und damit den allmählichen Untergang oder den gefährvollen Weg in den Kampf. Wir . . . haben den Kampf gewählt . . . Der Kampf ist unser Lebensinhalt. Es ist gesund und natürlich, Freude am Kampf und an der männlichen Bewährung zu finden. Nur wenn wir im Kampf stehen, uns selbst bestätigen, dem Feind entgegenzutreten – dann finden wir unser Glück . . . Nichts ist wirklich, solange es sich nicht im Kampf bewährt hat, dort geädelt und bestätigt wurde. Der Kampf, das Ringen der Gewalten – das ist

die Auslese der Besten, der Würdigen. Hier finden sich die Menschen, die Geschichte machen, hier fallen die Entscheidungen . . . so trifft Stahl auf Stahl.«

Im Interview bekennt Kühnen: »Dieses Kämpferische hat eine eingehende . . . eine ungeheurere Faszination« und charakterisiert die rechtsextreme Gewaltbereitschaft und -anwendung als »romantisch«. Das pathetisch-ideologische des Gewalt- und Kampfverständnisses kann kaum treffender beschrieben werden. Dieser »Tatglaube« ist zutiefst anti-rationalistisch, gefühls- und ahnungsvoll, dem Mythischen einer säkularisierten Heilslehre entspringend.

Die Behauptung, der Kampf sei »männlich«, stelle Männlichkeit unter Beweis, stimmt zumindest insoweit mit der Wirklichkeit überein, als nur 3 % der von der Polizei gefaßten rechtsextremen Gewalttäter weiblichen Geschlechts sind. Ansonsten gilt hier aber nicht, daß die »Kämpfer« besonders männlich sind, sondern besonders männlich sein und erscheinen wollen (Männlichkeitswahn). Das Postulat von der Männlichkeit des Kampfes ist ein Produkt der Selbststilisierung.

Für den überwältigenden Teil der adoleszenten männlichen Rechtsextremen gibt der Übergang von der vormundschäftlichen Sozialisation zur Selbständigkeit den Ausschlag. Weil sie in der Gesellschaft wenig gelten, versuchen sie mit ihrem Verhalten das vorgegebene Rollenmuster des »starken Mannes« zu übernehmen und übertreiben es noch, um ernst genommen und anerkannt zu werden. Um diesen originär unpolitischen Aspekt jugendlicher Entwicklung weiß auch Kühnen und versucht ihn für seine politischen Ziele durch den Kampf-Mythos zu funktionalisieren und zu überhöhen. Das macht den Mythos besonders attraktiv für jene jungen Männer, die eine Gewaltsozialisation erfahren (und erlitten) haben und denen es in einer beschleunigt sich modernisierenden Gesellschaft zunehmend schwerfällt – und fallen muß – überkommenen Rollenbildern zu entsprechen.

Gewaltsozialisation, nicht nur im Sinne des Erlebens und Erduldens, sondern gerade auch des Ausübens von Gewalt ist »männlich« und überträgt subjektive Erfahrungen der primären Lebenswelt auf die Sphäre des Politischen. Gewaltbereitschaft und -ausübung sind in diesem Kontext fast immer kompensatorisch für eigene Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit.

Kühnen über die bewußt herbeigeführte Funktionalisierung, die Überlagerung unpolitischer jugendlicher Suchbewegungen durch rechtsextreme Ideologie:

»Da ist eine gewisse elementare Unzufriedenheit gerade in der Jugend, die im Kern Sinnsuche ist, aber sich an konkreten Mißständen entzündet . . . Selbst, wenn die konkreten Mißstände etwas abgebaut werden . . . würde die Sinnsuche bei der Jugend bleiben und damit auch 'n gewisses revolutionäres Potential. Das . . . versuchen wir . . . anzusprechen . . .«

Mit dieser Einschätzung befindet sich Kühnen in Übereinstimmung nicht nur mit seinem Vorbild Goebbels (»Die Jugend ist idealistisch. Daher wird sie sich nie mit einem Jammerdasein abfinden, sondern . . . versuchen, die Grundlagen zu einer Änderung zu schaffen . . .«, sondern sein Befund über das Adoleszenzverhalten deckt sich auch mit Ergebnissen der neueren, ethnopschoanalytischen Sozialisationsforschung, wie sie z. B. Mario Erdheim vertritt.

Zynisch wird Kühnen, wenn er den zunächst unpolitischen Jugendlichen mit seiner Ideologie einen Köder zuwirft und ihnen bei Teilnahme an der Gruppe und an der »Bewegung« als Ersatz für die »innere Richtungslosigkeit, die Sinnlosigkeit des modernen Lebens, die Gefahren der Zukunft« (Kühnen) eine »Neue Ordnung« verspricht, die »inneren Halt und Geborgenheit« (Kühnen) garantiert. Kühnen kalkuliert nicht zu Unrecht, daß dieses Angebot auf eine starke Nachfrage trifft. Daß er bewußt unpolitische Impulse bei seinen Anhängern nutzt gibt Kühnen unumwunden zu:

». . . der Kampf überhaupt . . . ist das Wichtigste . . . ist praktisch für uns auch der Zusammenhalt. Wenn Schulung, dann kann man nur im Kampf schulen . . . Denn wenn die Leute festgenommen werden, dann fragen sie: »Warum werden wir jetzt festgenommen . . .?« und dann erkläre ich ihnen . . . Und da kann man das dran aufhängen, und sie sehen es aus ihrer praktischen Erfahrung.«

Nachdem der politische Pädagoge freimütig über seine Verfahrensweise berichtet, wird die Funktionalisierung der jugendlichen »Suchbewegung« deutlich: Zuerst kommt die Action, die Randalie, das Gruppengefühl, die Zusammengehörigkeit, der für den suchenden Jugendlichen zunächst einmal unwichtige Inhalt wird nachgeliefert. Die Inhaltsleere und damit das Faszinierende des »Kampf-Mythos« präsentiert sich hier in Reinkultur. So gelingt die Verschränkung von primärer Erlebniswelt und nicht erlebbarem sekundärem politischem System, mit Hilfe der Kampf- und Gewaltideologie, deren universale Gültigkeit behauptet wird. Gewalt – schafft, Eindeutigkeit, Fakten – beendet das Reden. Dies kann auch – neben anderen Ursachen – die lawinenartige Zunahme rechts-

extremer Aktivisten und Aktivitäten in den FNL erklären. Den vor zerstörter Vergangenheit, gebrochenen Perspektiven und unsicherer Zukunft stehenden Jugendlichen wird bei deren zunächst unpolitischer Orientierungssuche eine Leerformel zur Kanalisierung ihrer Bedürfnisse angeboten, die oftmals in Ermangelung anderer Angebote, angenommen wird. So kann die zunächst noch nicht politisch motivierte Suche nach Geborgenheit, Halt oder auch nach Erfahrung der eigenen Grenzen, die oftmals mit Gewaltausübung verbunden ist politisch funktionalisiert werden. Dies gilt zumal, wenn die angebotene Ideologie an tradierte Werte und Einstellungsmuster anzuknüpfen vermag (z. B. Autoritarismus des DDR-Systems und rechtsextremer Ideologien) oder Kompensationen anbietet (Ohnmachtserfahrung und Ausübung von Gewalt). Denn ist es unter Umständen nur noch ein kleiner Schritt von jugendlicher Sinnsuche und Subkultur hin zum Rechtsextremismus, wie Hooligans und Skinheads lehren.

Neben der kompensatorischen Bedeutung hat der Kampf, laut Kühnen, auch die Funktion der Selbstbestätigung, d. h. Anerkennung durch andere. Vorbild ist hier das von E. Jünger apologetisch beschriebene »Fronterlebnis«, das Anerkennung, Kameradschaft, Zusammengehörigkeitsgefühl und damit auch Geborgenheit sichert. Der Kampf »adelt«, so sagt Kühnen, hebt also aus der gemeinen, aus Schwäche den Kampf scheuenden Masse heraus. Korrespondierend zur »Adelung« gebiert der Kampf – d. h. die Teilnahme und nicht etwa erst der Sieg – »Würdige«. Diese sind solche, die eingetreten »für die Sache« über sich selbst hinausgewachsen sind und ihr Leben eingesetzt haben (Überhöhung).

Insgesamt sind diese Vorstellungen ein Rückgriff auf eine romantisierende Sicht des mittelalterlichen Rittertums. Die von Kühnen versprochene »Neue Ordnung« beschreibt er selbst als eine solche, »wie einst die des Mittelalters«. Das Ganz Neue ist also das Uralte. Kühnens Ausführungen offenbaren ein ästhetisierendes und vor allem dramatisierendes Konzept des Kampfbegriffes. Der Kampf macht das alltägliche, d. h. für arbeitslose Jugendliche: langweilige Leben spannend, erhebt über das Alltägliche, reißt aus der Kontingenz der Ereignisse heraus.

Hier dürfen sich alle Geknechteten, Unsicheren, Schwachen, Ohnmächtigen und Opfer angesprochen fühlen: Der Kampf, die Ausübung von Gewalt (unter der sie, in direkter oder struktureller Gestalt oftmals gelitten haben und die sie zu dem gemacht hat, was sie sind) ist nach dem Kampf-Mythos nun ihre Ret-

tung. An dieser Stelle wird die Verschränkung von lebensweltlichen, primären Erfahrungen mit dem sekundären System Politik und die Bedeutung des definitiven Monopolanspruchs des Mythos für alle Bereiche sowie seine Funktion als Zukunftsperspektive augenfällig.

Symbolik und Rituale

Wie zentral der Kampf-Mythos bei rechtsextremen Jugendlichen ist zeigt sich auch in ihren Symbolen und Ritualen, die allesamt mit dem Kampf-Mythos korrespondieren: Die (Fallschirm-)Springerstiefel und die sogenannten Bomber(»Piloten«)jacken, der militärische Haarschnitt (gegebenenfalls eine uniformähnliche Kluft), die ReichsKRIEGSflagge – samt und sonders Symbole, die auf martialisches Verhalten hindeuten. Der Hitler-Gruß, das »Sieg Heil, der aggressive Gestus des Aufnehmers »Ich bin stolz ein Deutscher zu sein«, die Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937 sind gemeint als provozierende Kampfansagen an das herrschende System. Die Marschformation und die Trommeln bei Umzügen, Beerdigungs- oder Gedenkveranstaltungen für »gefallene« Kameraden und Mahnwachen funktionieren nach dem Schema militärischer Zeremonien. Deutlich hier die Selbststilisierung der rechten Kämpfer Ordnungsmacht zu sein.

Deutlich der Wunsch ernst genommen zu werden.

Dabei dienen diese Symbole jenseits ihrer oberflächlichen Aussagen an die Außenwelt vor allem der Milieubildung und -bindung innerhalb der Gruppe. Die Symbole haben die Funktion ein- bzw. auszugrenzen. Nach innen sind sie identitäts- und einheitsstiftend, nach außen provozieren sie und schotten ab. Funktion solcher Symbole ist es, durch die herbeigeführte Homogenisierung der Eigengruppe und die Ausgrenzung der Fremdgruppe, das Gefühl von Zusammengehörigkeit und damit Sicherheit zu verbreiten.

Leben und Welt sind nicht statisch und bleiben deshalb angewiesen auf Sinngebungs- und Deutungsmuster. Durch die Definition von Welt und Leben als »ewigem Kampf« wird zugleich auch der Ausweg, die Lösung als eindeutig gegeben suggeriert: wo Gewalt/Kampf herrscht, da kann auch nur mit Gewalt/Kampf geantwortet werden. Wenn der Kampf-Mythos anerkannt wird, dann ist Gewalt nicht Mittel zu einem Zweck und braucht auch nicht mehr über diesen Umweg legitimiert zu werden. Das ist irritierend für diejenigen, die bisher geglaubt haben, Gewalt sei Mittel zum Zweck, oder mit der Ausübung von Gewalt solle ein Ziel erreicht werden. Aber im Kampf-Mythos ist Gewalt vielmehr Selbstzweck, dynamisches Daseins-

Neonaziführer Michael Kühnen

Foto: JOKER/A.v.d. Osten-Sacken



prinzip, oder schlicht: Das-nicht-mehr-zu-Rechtfertigende. Von dieser – jenseits der oberflächlichen Formulierung des Mythos existierenden – tiefsten objektiven Inhaltsleere, von der Verschiebung des Inhaltes in die Funktion geht die, von Kühnen oben beschriebene Faszination des Kampf-Mythos aus.

Die Verknüpfbarkeit des Kampf-Mythos mit völkisch-rassistischen Argumentationsmustern ist augenfällig. Die behauptete ›Eigenart‹ eines als substanzhaft und homogen unterstellten ›Volkes‹ tritt dann gegen jene, diese ›Eigenart‹ und Einheitlichkeit gefährdenden Elemente. Das Schlimmste, Chaos und Apokalypse Herbeiführende, das völkisch oder rassistisch Argumentierende gestern wie heute kannten und kennen, ist die Gefahr der Vermischung. Die eugenische, rassenbiologistische Fiktion von der ›Reinerhaltung‹ des ›arteigenen‹ Blutes sichert nach dieser Meinung die ›Gesundheit‹ des ›Volkskörpers‹, garantiert Stärke und Überleben. ›Vermischung‹ wird immer gleichgesetzt mit ›Verschmutzung‹ und ›Schwächung‹; ›Vermischung‹, ›Durchrassung‹ trifft immer den vitalen Lebensnerv des ›Volkes‹

Diese Argumentationsweise feiert in der aktuellen ›Asyldebatte‹ mehr oder weniger prononciert ihre Urständ. Dabei zeigt sich, daß es sich bei solchen Argumentationen nicht um ein Randphänomen handelt, sondern, daß die Träger dieses Bewußtseins gerade auch in der gesellschaftlichen ›Mitte‹ zu finden sind, denn diese Argumentationsweise tönt inzwischen teilweise auch aus den Volksparteien. Umgesetzt wird dieses Denken nicht nur theoretisch bei Bundestagsdebatten über den Artikel 16 GG und die Beschleunigung des Asylverfahrens, sondern auch praktisch bei den meist von Jugendlichen begangenen Übergriffen auf ausländische Mitbürger, Asylantenunterkünfte etc.

Die psychologische Funktion der bipolaren Freund-Feind-Weltordnung, die Einteilung in Eigengruppe vs. Fremdgruppe, ist ebenso banal wie wirksam: Sie bedeutet subjektive Aufwertung eines Unterlegenen und Deprivierten (oder auch relativ Deprivierten) oder als unterlegen und depriviert sich Fühlenden. Dies gilt um so mehr für Jugendliche, die sich einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt sehen aber noch keinen Platz in der Gesellschaft gefunden haben und deren Aussichten sich zusehends verschlechtern. Verschärft gilt dies noch im Fall der FNJ. Der ›kleine‹ ohnmächtige und verunsicherte, weil orientierungslos gewordene Einzelne wird durch die Ideologie zu einem höherwertigen Kollektivwesen aufgewertet und fühlt sich aufgehoben und geborgen (Säkularisiertes Heilsversprechen). Die Eigengruppe er-

scheint gut, die Fremdgruppe unheimlich und böse. Weil die Mitglieder der Eigengruppe sich – aufgrund welcher Ursachen auch immer – bedroht fühlen, muß es für sie auch einen Bedroher geben. Auch, wenn es unpersönliche politische, ökonomische oder sonstige Ursachen sind, oder gar Selbstverschulden, tendieren die rechtsextremen Ideologen (und nicht nur diese) dazu, ›Verursacher‹ für die Veränderung, d. h. Verschlechterung dingfest zu machen. Es ist psychologisch entlastend, einer angebbaren Person oder Personengruppe Schuld an einem Zustand zuzuweisen, anstatt die faktischen Ursachen für diesen Zustand mühevoll zu analysieren und gegebenenfalls sogar eigene Mitverantwortlichkeit zuzugestehen. Daß solche Art personalisierender Schuldzuweisung nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben muß zeigt der, in der Sozialpsychologie verwendete Begriff solcher mit Schulddelegationen beladener Opfer an: *Sündenböcke*. Dabei ist es eines der wichtigsten Erfolgsrezepte rechtsextremer Ideologien/Mythologien, über ein roh vereinfachtes Feindbild ungehindert die eigene Gemeinschaft zu vereinen und im Haß gegen den gemeinsamen Gegner zu festigen.

Ein nahe an der Grenze zum Pathologischen rangierendes – oder diese auch überschreitendes – Konglomerat aus Narzismus und Verfolgungswahn tritt zu Tage. Mit der Vision, organisierte dunkle böse Mächte umstellten, verfolgten und bedrohten Deutschland, wird dieses selbst zum Guten, Hellen, Wahren aufgewertet. Wenn alle bzw. der eine in vielen Masken (*Satanalogie*) gegen es sind, dann muß Deutschland umgekehrt gegen alle sein. Die Omnipotenzphantasie zeigt sich als Kehrseite oder Reflex des Verfolgungswahns und der dazugehörigen Verschwörungphantasie. Heute sind es in der rechtsextremen Agitation vor allem die Ausländer und Asylanten, die nach Deutschland ›hineindrängen‹ und das deutsche Volk überfremden und ausbeuten wollen. Der große vereinheitliche Feind von heute ist: ›Der Fremde‹. Gegen ihn hat der Kampf begonnen.

Thema: Bewegung in Nahost

FREIMUT DUVE

Helsinki liegt am Toten Meer

Die Friedenschancen im Nahen Osten

Auf der Pinnwand war eine Megakurve gezeichnet, auf fast zwei mal zwei Meter zackte die Kurve tief in den Keller. Mit roten Buchstaben waren Merkworte auf Jahresdaten gemalt. Es ging um vierzig Jahre, es ging um den Verfall der PLO-Forderungen von der Vernichtung Israels und der Rückkehr nach Jaffa bis heute, bis zum September 1993. Bis zur Selbstverwaltung in Jericho. Das war am Treppenaufgang zum großen Hörsaal der BIR ZEIT Universität mitten in Palästina in der Nähe von Ramallah. Studenten standen vor der Kurve und nickten. Ein Mann aus Jerusalem, Mitte fünfzig, stand mit Tränen in den Augen davor: Arafat hat alles verspielt. Die Genossen sind umsonst gestorben.

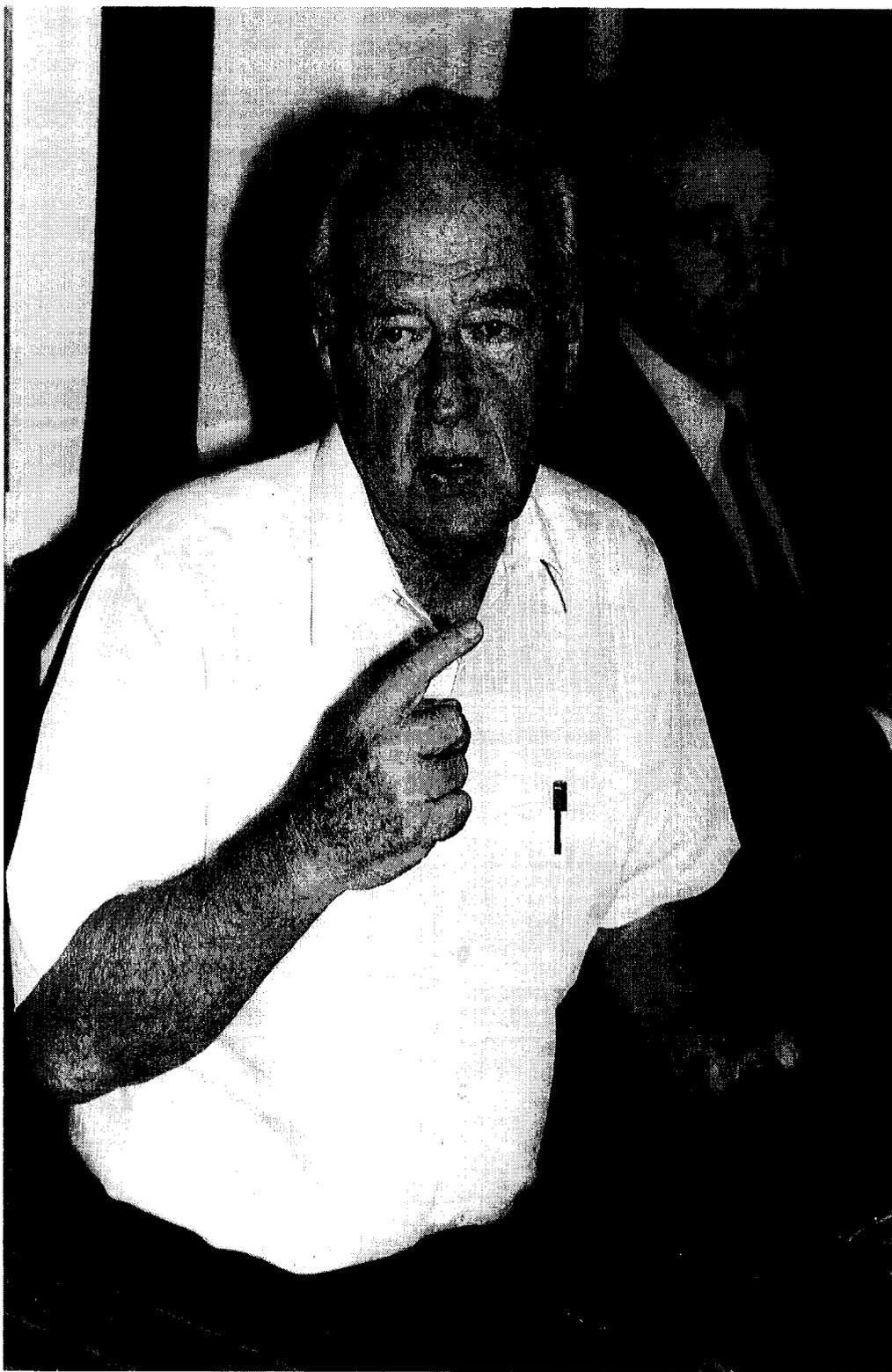
Eingeladen hatte eine neue Organisation PANORAMA zur »Ersten Palästina Konferenz über Demokratie« für die letzten Tage im August. Ich sollte über das deutsche Demokratie-Modell berichten. Die anderen »Modelle« wurden von Professoren vorgestellt. Hinter PANORAMA steht der *Habbash*-Flügel der PLO, die, wie man mir zuvor sagte, radikale Ablehnungsfront. Mit auf dem Podium Faisal Hussein, der offizielle Verhandlungsführer der Palästina-Delegation bei den Friedensverhandlungen der letzten Monate, aber ausgeschlossen von den direkten Kontakten, die jetzt zu dem Durchbruch geführt hatten. Er gehört zur legendären Hussein-Familie, den alten Chefs von Jerusalem.

Hussein trägt als zweiter Redner mit leiser Stimme seine Position vor. Schildert die Chancen des Abkommens zwischen Arafat und Peres. Er redet frei, ohne Text. Die Journalisten zeichnen jedes Wort auf. Wie werden die Studenten, wie werden die radikaleren PLO-Leute reagieren. Hussein erhält verhaltenen Beifall. Keine Zwischenrufe, Aufmerk-

samkeit, die Entspannungschance, die Arafats Delegation im fernen Oslo erarbeitet hat, hier zeigt sie sich auf den Gesichtern der jungen PLO-Intellektuellen.

Wir hatten uns in der Pause zum Gespräch verabredet, das wir abends in seinem Haus in Jerusalem fortsetzen. Es ist optimistisch. Der Tag in BIR ZEIT hat die immense Klugheit deutlich werden lassen dieser »Grundsatzklärung zur Übereinkunft über eine Interim-Autonomie«, wie das Papier umständlich überschrieben wurde. Nicht nur in den Zeitungskomentaren, auch in diesen Gesprächen wurde die Weisheit dieser »Grundsatzklärung« deutlich. Sie schafft eine friedliche Diskussionsstimmung, gerade weil sie undeutlich in der Geografie und deutlich in den Zeiträumen ist. Rasche gegenseitige Anerkennung, dann aber fünf Jahre lang Verhandlungen über zentrale Fragen künftigen Zusammenlebens von Israel und Palästina. Hussein war nicht überrascht über den freundlich gelassenen Empfang: Die Studentenschaft der Palästinenser hat sich in den letzten Jahren gewandelt, sie sind pragmatischer geworden, und trotz ihrer Trauer an konkreten Schritten mehr interessiert als an ungebrochener Radikalität.

Nach Hussein's Rede war die Begrüßungsrede von Georges Habbash verlesen worden. Maschinensprache wie seit Jahrzehnten: Zionismus, Imperialismus, Verrat, Selbstherrlichkeit der PLO-Führung. Und natürlich entschlossene Total-Ablehnung. Ich kann nicht erkennen, daß sein Text mehr Beifall findet als die freie Rede von Hussein. Aber es wird deutlich, daß dieser Flügel der PLO fast unter Schock steht. Denn auch ihm dämmert die ungeheure Attraktivität des Durchbruchs: Das Papier ist konkret beim Zeitraum und vage beim geografischen



Israelische Regierung billigt Palästina-Vereinbarung

Foto: dpa

Raum. Das aber heißt, es zwingt zu genau dem, was bisher gefehlt hat, zu einer intensiven Diskussion um tausend Fragen, die sich in der Tat stellen. Das Abkommen ist wie eine Schleusenöffnung für einen Strom an Diskussionsgegenständen, die jeden interessieren.

Dem Mann mit den Tränen vor der traurigen Kurve erzähle ich unsere Geschichte von der Oder-Neiße-Grenze und den deutsch-polnischen Verträgen. Ich erzähle dem Mann von den polnischen Deutschen, die jetzt im Sejm als Abgeordnete sitzen. Der Kalte Krieg bei uns hat vierzig Jahre gedauert.

Accord über eine Zeitkarte statt über die Landkarte

Israels Außenminister Peres und PLO-Chef Arafat haben etwas getan, was Willy Brandt vorgemacht hatte. Wenn die Politik in eine ausweglose Lage gerät, dann müssen die Möbel in der Wohnung umgerückt werden. Das gibt eine neue Sicht auf die verfahrenere Lage. Nach dem Verrücken der Möbel konnte Entspannungspolitik beginnen, ist der Helsinki-Prozess ermöglicht worden. Jetzt haben Arafat und Peres das Gegenteil gemacht von dem, was sich Vance und Owen für Bosnien ausgedacht haben, die mit der Landkarte angefangen und den Zwang zur Vertreibung hoffähig gemacht haben. In Israel und Palästina geht es jetzt um eine Zeitkarte: Sie öffnet lange Strecken und viele Fragen, sie erzwingt Gespräche: Denn jeder stellt Fragen: Was wird aus Jerusalem, wieso Jericho? Wird es eine eigene PLO-Polizei geben? Wie sehen die künftigen Wirtschaftsbeziehungen mit Jordanien, wie die mit Israel aus? Ist eine Freihandelszone denkbar? Wird endlich die Brücke über den Jordan leichter passierbar? Können die palästinensischen Kaufleute ohne Schwierigkeiten künftig leichter den Flughafen in Tel Aviv benutzen? Könnte Jerusalem zu einer Art Brüssel des Nahen Ostens werden? Fragen über Fragen, die wir alle seit Jahren stellen, für die es aber keine gegenseitigen anerkannten Gesprächspartner gab.

Die alte PLO wie auch die alte Regierung Israels hatten stets nur gestanzte Antworten: die gegenseitige Nichtanerkennung. Für die PLO der Mythos der endgültigen Rückkehr, für die Israelis der Mythos der endgültigen Sicherheit. Jetzt ist die Schleuse geöffnet, statt der vorgefertigten Antworten neue Fragen zu stellen, die etwas mit der Weltlage nach dem Kalten Krieg, mit der militärischen Lage nach dem Golfkrieg und der ökologischen Lage nach dem hemmungslosen Wasserverbrauch in der Region zu tun haben. Und mit neuen Wünschen einer nicht mehr ideologischen Generation, die sich nicht vom Hamas-Fundamentalismus überrennen lassen will, und nicht von dessen iranischen Finanzierern. In solchen Gesprächen kann deutlich werden, daß der moderne säkularisierte Teil der PLO den nichtreligiösen Israelis näher steht als dem iranischen Fundamentalismus. Daß die Fiktion von Weltfronten – hier alle Araber und Iraner, dort alle Israelis, Europäer und Amerikaner – nicht mehr gilt, wenn es um die wirtschaftliche soziale und ökologische Zukunft einer vom Krieg gezeichneten Region geht.

Die Gespräche mit Vertretern des oppositionellen Flügels der PLO, mit Angehörigen des Auswärtigen Ausschusses der Knesseth und mit dem Außenministerium haben mich optimistisch gestimmt. Aber auch die Begegnungen mit jüdischen Familien in Tel Aviv und Haifa und palästinensischen Studenten in Jerusalem und Bir Zelt haben gezeigt: Wenn je, dann hat der Frieden für die Region jetzt eine Chance. Woher mein Optimismus?

Viele junge arabische Studenten in BIR ZELT sind der Phrasen überdrüssig, immer weniger können wirklich mit dem ewigen Verratsvorwurf etwas anfangen, wenn es jetzt um konkrete Fragen gehen wird, die ihr Leben bestimmen werden: Gibt es Stipendien für die arabischen Studenten, die endlich auch Business-Administration, oder Computertechnik lernen wollen? Wird in Palästina investiert werden? Wird endlich der ganze Spuk der umständlich verrückten Reise-

rei, über die halbzerstörte Jordanbrücke – ein Tag Wartezeit – aufhören? Und die unbarmherzigen Kontrollen durch die israelische Armee?

Nicht alle lassen sich auf solche Fragen ein. Viele sprechen von Verrat an den Zielen, aber kaum jemand kann die Alternative: Fortgang des Krieges logisch und moralisch als aussichtsreich für die PLO begründen. Natürlich erholt sich die Führung der fundamentalistischen *Hamas*-Bewegung vom ersten Schock und organisiert die Front der radikalen Ablehnung. Natürlich besteht die Gefahr, daß auch der Terror wieder zunimmt. Und natürlich laufen die israelischen Siedler in der Westbank Sturm gegen das Peres-Arafat-Papier. Aber der Prozeß ist nicht mehr aufzuhalten.

Optimismus also unter drei Voraussetzungen:

- Europa und die USA müssen rasch sehr konkrete Schritte tun, um Arafat zu helfen: Anerkennung, wirtschaftliche Hilfe, Koordinierung der Entwicklungshilfe, Strukturhilfe. Die demo-

kratischen Organisationen der Palästinenser müssen nicht nur endlich salonfähig, sie müssen auch wirtschaftlich lebensfähig werden.

- Israel muß sehr schnell Zeichen guten Willens in der Behandlung der Palästinenser in den besetzten Gebieten zeigen. Nicht nur die Rückkehr der Deportierten *Hamas*-Leute, sondern auch die Rückkehr von PLO-Leuten, die vor über zehn Jahren deportiert wurden, muß möglich sein.
- Die angrenzenden Staaten, Syrien, Jordanien und der Libanon haben gemeinsam mit Israel und Palästina eine Reihe von sehr konkreten geografischen Problemen zu lösen – allen voran die Wasserversorgung. Jerusalem ist der ideale Ort für solche überstaatlichen Verhandlungen und eines Tages auch Behörden. Schon heute braucht Jerusalem eine Perspektive: Wie Brüssel kann es Hauptstadt eines Nationalstaats bleiben, seine zunehmende Bedeutung als Zentrum der ganzen Region setzt den Streit um die Hauptstadtfrage dann mehr und mehr an die zweite Stelle.



Machen Sie Ihre Hausordnung selbst!

Am liebsten wollen Kinder spielen und herumtoben. Das ist ja auch ganz natürlich. Aber in den meisten Mietshäusern werden ihnen nur Vorschriften gemacht.

Warum schreiben Sie Ihre Hausordnung nicht selbst? Dort, wo es Ihnen und Ihren Kindern gefällt. In Ihrem eigenen Heim. Mit uns haben Sie dafür den richtigen Partner. Denn das Wüstenrot-Bausparen ist renditestark und flexibel.

Fragen Sie jetzt gleich Ihren Wüstenrot-Berater. Er weiß Bescheid.



wüstenrot

Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

Fast jeder fünfte Israeli ist ein Palästinenser

Im Februar 1949 wurde eine Delegation von Knessetabgeordneten nach Rehovot geschickt, um Dr. Chaim Weizman davon in Kenntnis zu setzen, daß er zum ersten Präsidenten des jungen Staates gewählt worden war. Unter den Mitgliedern der Delegation war Seif al-Doin Zu'bi aus Nazareth, leicht erkennbar durch seine traditionelle Kopfbedeckung, die Kefia. Weizman zog ihn zur Seite und sagte aufgeregt: »Jetzt habe ich fast alles erlebt, wovon ich immer geträumt habe in meinem Leben. Aber da ist noch ein Traum, den ich gern erfüllt sehen möchte: Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Ihr, die arabischen Bürger dieses Staates, solltet als eine Brücke zum Frieden dienen.«

Sehnsucht

Diese Anekdote erzählte Seif al-Doin Zu'bi selbst in einem 1987 in arabisch erschienenen Bändchen mit Lebenserinnerungen von Augenzeugen, und Sarah Ozacky-Lazar nahm sie zum Ausgangspunkt eines Vortrags, der bei einer dreitägigen Konferenz über »Israel's Arabs as a Political Community in Formation« Ende Mai 1993 an der Hebräischen Universität in Jerusalem gehalten wurde. Es gibt keinen Zweifel daran, daß es vor der Gründung des Staates Israel, aber auch in den Jahrzehnten danach immer Menschen auf beiden Seiten und in beiden Völkern gegeben hat, die an ein friedliches Zusammenleben glaubten und ihre Kraft für Frieden und Verständigung einsetzten. Noch ist Chaim Weizmans Traum nicht realisiert, die Sehnsucht aber ist womöglich noch tiefer und schmerzlicher geworden, weil den israelischen Arabern im Staat der Juden, als den Israel sich definiert, mehr und mehr bewußt geworden ist, was es heißt, wenn

»mein Staat sich mit meinem Volk im Konflikt befindet«, wie ein oft zitierter Spruch lautet.

»Ich habe keine doppelte Identität«, sagt der palästinensische Israeli Sufian Kabha aus dem geteilten Dorf Barta'a am Rande der Westbank, »auch keine verwaschene Identität, und ganz sicher habe ich keine vor sich hindämmernde Identität. Ich habe gelernt, die Identität als israelischer Bürger mit der palästinensischen Identität zu koordinieren, und sie ist jetzt eine einzige Identität, nur komplexer« (Grossman, S. 58). Aber genau diese komplexe Identität wird den israelischen Arabern immer wieder abgesprochen, weil ihre Rolle nicht eindeutig erscheint, wenn es denn zur Gründung eines palästinensischen Staates und zu einem wirklichen Frieden mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten kommt. Rafi Israeli beispielsweise, vom »Jerusalem Center for Public Affairs«, spricht vermutlich vielen jüdischen Israelis aus dem Herzen, wenn er behauptet, die in Israel lebenden Araber verkörperten eine Mischung aus vier Identitäten: Israelisch, Palästinensisch, Arabisch, Muslimisch. Bei so einer brisanten Mischung erscheint Mißtrauen allemal angebracht, ohne daß zugleich gefragt werden müßte, ob denn die jüdisch-israelische Identität nach 45 Jahren unmißverständlich und eindeutig umrissen ist.

Koexistenz

Überall auf der Welt ist die Beziehung zwischen ethnischen Gruppen von unterschiedlicher Religion, Sprache und Volkszugehörigkeit innerhalb desselben Staates schwierig. Und überall auch sind fünfundvierzig Jahre seit der Errichtung eines Staates ein äußerst kurzer Zeitraum, um gleiche staatsbürgerliche Rechte und eine gerechte Beteiligung al-

ler Bürgerinnen und Bürger an den bürgerlichen Rechten zu verwirklichen, wenn die Ausgangspositionen sehr unterschiedlich sind. Im Nahen Osten gelten die Normen von Familie, Clan, Stamm, religiöser Sekte und Nation gewöhnlich mehr als die abstrakten Normen eines demokratisch verfaßten Staates. In Israel gilt dies für die arabische Minorität gewiß stärker als für die jüdische Majorität; aber beide Völker haben ihre Schwierigkeiten, sich ein wirklich demokratisches Zusammenleben mit fair geteilten Chancen vorzustellen. Sind die Maßstäbe eines frommen Juden aus dem Jemen mit einem frisch eingewanderten Juden aus der Ukraine wirklich vergleichbarer als jene eines arabischen Rechtsanwaltes aus Nazareth mit einem jüdischen Anwalt aus Haifa?

»Verstehe ich wirklich, was eine jüdisch-arabische Koexistenz bedeutet? Und was wird dabei von mir als Jude in Israel gefordert? Wieviel Platz bin ich in Wahrheit bereit, »ihnen« in dem jüdischen Staat einzuräumen? Habe ich mir jemals in allen Einzelheiten und aller Lebens-echtheit eine wirklich demokratische, pluralistische und gleichberechtigte Lebensweise in Israel vorgestellt?« So fragt sich selbstkritisch David Grossman (S. 22). »Geteilte Rechte in einem jüdischen Staat wird heißen, daß Araber Seite an Seite mit Juden als Minister in der Regierung arbeiten, als Generaldirektoren in Verwaltungen und Konzernen, als Chefs von Krankenhäusern und als Universitätsprofessoren. Es wird heißen – nach einem Friedensvertrag mit unseren Nachbarn –, daß Araber in der Armee dienen. . . und Seite an Seite mit Juden El-Al-Maschinen fliegen. Es wird heißen, daß, wenn eine weitere Generation herangewachsen ist, Umm el-Fahm und Baka al-Gharbiya mit ihren jüdischen Nachbarstädten Pardes Hanna und Migdal Ha'emek mehr gemeinsam haben werden als heute.« So träumte Alouph Hareven, der Direktor von Sik-kuy, einer Organisation für die Realisierung gleicher Rechte, vor einem Jahr in der Jerusalem Post. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Kränkung

»Ohne Genehmigung können wir keinen Weg machen. Wenn du das machst, kommen sie morgen und graben alles um, wie in Alarian: die Leute hatten ein Straßenstück von 700 m Länge geebnet, und dann kamen sie her und gruben alles wieder um. Ich weiß nicht, was ich dir sagen soll. Wir haben nicht einmal ein Schild, auf dem steht: »Ein Chud« . . . Wenn du uns einen Brief schreibst mit der Adresse »Ein Chud«, geht er zurück mit dem Stempel »Empfänger unbekannt«. Schreib »Nir Ezion« – und der Brief kommt an. So wohnt man also in einem nicht genehmigten Haus das sie einem jederzeit zerstören können, man gehört nirgends hin, in den offiziellen Karten des Staates stehen wir nicht, nur in den Karten der Armee und der Naturschützer, was soviel heißt wie: wir sind Terroristen oder Tiere. . .«

Diese bittere Schilderung findet sich in David Grossmans 1992 erschienenen Buch »Der geteilte Israeli. Über den Zwang, den Nachbarn nicht zu verstehen« (S. 87 f.). Hier ist alles enthalten, was die israelischen Palästinenser seit 1948 an Kränkung erfahren haben und mit sich herumschleppen: Vertreibung und Entwurzelung, Trennung von Familienzusammenhängen, Enteignung, Entwürdigung, Bevormundung und bis zum heutigen Tage Ungleichbehandlung und Schlechterstellung. Da berichtet einer aus Nazareth, daß seine Frau 1964 nicht in Haifa bleiben durfte, wo ihr Kind im Krankenhaus lag, sondern jeden Abend nach Nazareth zurückfahren mußte – mit dem Bus wohlgermerkt. Die Freizügigkeit ohne vorherige Genehmigungspflicht durch die Militärverwaltung wurde den israelischen Arabern nämlich erst im Dezember 1966 zuerkannt. Ein anderer aus Umm el-Fahm erzählt, daß seine Stadt erst ein rundes Jahrzehnt später Strom erhielt als die nahegelegene jüdische Moschaw-Siedlung: »Die Hühner in den Ställen und deren Brutkästen hatten früher Strom als wir.« Und die Araber in der Innenstadt von Haifa

beschweren sich, daß ihnen die Mittel für die Instandsetzung ihrer 1948 enteigneten Häuser verweigert werden; statt dessen läßt man die Häuser verfallen, erklärt sie für unbewohnbar, treibt deren Bewohner aufs Land – und restauriert dann für jüdische Neueinwanderer.

»Siehst du, daß die Demokratie hier eine ziemliche Illusion ist. . . , denn auch die Orthodoxen hier sind eine Minderheit, eine kleinere Minderheit als die Araber im Staat, eine Minderheit, die sich selbst als nicht-zionistisch deklariert, und schau dir an, wie sie euer Leben bestimmen. Schau dir an, wieviel Geld sie bekommen. Aber als Peres daran dachte, eine Koalition mit den Arabern einzugehen, da waren sofort alle da: Wieso das denn? Sie sind Araber und nicht-zionistisch! Als ob die Orthodoxen etwa Zionisten wären! Als ob sie in der Armee dienen würden! Wir sind a priori nicht mit im Spiel, nicht in der Politik, nicht in den Medien, nicht in der Wirtschaft«, klagt ein israelischer Palästinenser (Grossman S. 103). Und gleichwohl werden die arabischen Israelis von ihren Brüdern in den besetzten Gebieten, als »Sahne-Araber« verspottet – so als ob sie es sich in jedem Einzelfall ausgesucht hätten, in Israel zu leben. Das Leben und die Kriege haben die Menschen in dieser Region halt irgendwo hingespült. Richtig freiwillig sind wohl nur die wenigsten an dem Ort, an dem sie leben.

Unwissen

Im Juli 1993 erklärt die Hebräischlehrerin Smira ihrer Ulpanklasse aus russischen Neueinwanderern, amerikanischen Touristen, Palästinensern aus der Westbank und wenigen Europäern das schwierige Zusammenleben von Juden und Arabern in einem Staat von der Vorgeschichte Israels. Dabei nennt sie Nazareth in Galiläa als Stadt, in der Juden und Araber zusammenleben. Aus der Klasse wird sie korrigiert: Nazareth sei eine rein arabische Stadt, nach 1955 sei Nazareth Illit (= Obernazareth) als jüdische Entwicklungsstadt auf enteignetem arabischen Boden errichtet wor-

den, es gebe zwei Stadtverwaltungen, und in Obernazareth lebten nur wenige Araber, in Nazareth selbst keine Juden. Beide Städte hätten heute etwa je 60 000 Einwohner. In Nazareth Illit gibt es ein Industriegebiet, viele Verwaltungsämter und schöne Grünanlagen, in Nazareth gibt es 10 000 Kinder im Alter von 0-6 Jahren, eine hohe Arbeitslosigkeit, keine Industrie, keine Verwaltung, keine Grünanlagen und eine Mehrheit der »Demokratischen Front« im Stadtrat, die seit achtzehn Jahren um einen staatlich genehmigten Bebauungsplan kämpft, sowie um ausreichende Schul- und Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze. Das meiste Geld erhält Nazareth von christlichen Kirchen des Auslands.

Diese Geschichte wird nicht erzählt, um eine bestimmte Person anzuprangern: Smira ist eine intelligente, gut ausgebildete, vielgereiste Frau, in Israel geboren und erzogen, aufgrund ihrer Herkunft mehrsprachig. Aber ihr Kenntnisstand über die arabische Minorität in Israel kann als typisch gelten. Nach 1948 haben sich nur in vier Städten gemischte Bevölkerungen erhalten: Tel Aviv/Jaffo, Lod/Ramla, Haifa und Akko (Jerusalem ist ein besonderes Kapitel, weil es bis 1967 geteilt war). Andere ehemals rein arabische Städte wie Tiberias, Zefat oder Ashkelon wurden zu rein jüdischen Städten. Die meisten jüdischen Städte sind Neugründungen, und die arabische Minderheit Israels konzentriert sich im Norden des Landes und wohnt in sogenannten »Dörfern«, selbst wenn diese jetzt oft mehr als 20 000 Einwohner haben. Man weiß also wenig voneinander, weil man getrennt wohnt, getrennt lernt, getrennt arbeitet. Es gibt kaum Gemeinsamkeiten, und man muß sich regelrecht anstrengen, um als Jude Einblick in das Alltagsleben der arabischen Minorität zu gewinnen. Ein Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, der in Berlin studieren konnte, bedankte sich kürzlich vor allem auch deshalb für dieses Privileg, weil er als Jude erstmals mit arabisch-israelischen Mitmenschen zusammengetroffen

war, die keine Hilfsarbeiter beim Straßenbau, sondern Studenten wie er waren.

Im Begründungsantrag für ein Projekt, das jüdische und arabische Schülerinnen und Schüler von Schulen aus benachbarten Orten zu gemeinsamen Lerngruppen zusammenführen will, heißt es expressis verbis: »The principle of the Givat Haviva programs is that the two peoples who live in this land are ignorant of one another. The separation in living and learning centers has perforce resulted in a situation in which the lack of exposure and interface has resulted not simply in ignorance but in suspicion, distrust and even dislike and hatred.«

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses der Knesset, der Labour-Abgeordnete Avraham Burg, erntete Wut und Empörung, als er im Dezember vergangenen Jahres ein Umfrageergebnis präsentierte, das unter jüdischen Israelis

fast vierzig Prozent ermittelte, die Gewalt gegenüber israelischen Arabern rechtfertigen. Er leitete aus der Untersuchung die Forderung an die Regierung ab, mehr Geld, Energie und Eifer in die Erziehung zu Demokratie und Koexistenz zu stecken. Man verübelte ihm den Zeitpunkt der Präsentation und den Vergleich mit fremdenfeindlichen Übergriffen in Deutschland. Recht hatte er wohl dennoch.

Bei der Gründung des Staates Israel betrug der arabische Bevölkerungsanteil rund 13 Prozent – 90-110 000 Menschen von einer runden Million. So genau kann das niemand sagen, weil viele Palästinenser aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben waren, etliche von ihnen aber später zurückkehrten. 1950 gab es dann ein »Gesetz für verlassene Besitztümer«, das jeden, der seinen gewöhnlichen Wohnort vor dem 1. 9. 1948 verlassen und sich außerhalb Israels begeben

Abgeschobene Palästinenser in der »Sicherheitszone« zwischen Israel und Libanon

Foto: dpa



hatte, außerdem »Bürger eines feindlichen Staates« – also wohl Araber – war, seines Besitztums und seiner offiziellen Anwesenheit verlustig erklärte, so daß dieser sich hinfort nur noch geduldet als »anwesender Abwesender« in seiner angestammten Umgebung aufhielt. – Auf dieser Grundlage existieren heute noch mehr als fünfzig »vergessene Dörfer«, zum Teil nach wie vor ohne Wasser und Strom, und nur vier von ihnen haben eine Schule. Die Zahl der dort lebenden Menschen ist nicht genau bekannt. Nach 1967 wurden die Golanhöhen und Ostjerusalem zunächst unter jüdische Verwaltung gestellt und zu unterschiedlichen Zeitpunkten später dem Staat Israel einverleibt. Dies brachte einen Zuwachs an arabischer Bevölkerung. Seither hält sich der Prozentsatz der palästinensischen Minderheit ziemlich konstant bei acht-zehn Prozent, trotz verstärkter Einwanderung von Juden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion allein wegen der höheren Geburtenrate unter den Arabern. Die arabische Bevölkerung Israels ist im Durchschnitt erheblich jünger.

Aus dem statistischen Jahrbuch Israels kann man unschwer ermitteln, daß annähernd die Hälfte der arabisch-israelischen Familien unter der Armutsgrenze lebt, während es bei den jüdisch-israelischen Familien nicht einmal zehn Prozent sind. Die Arbeitslosigkeit unter den arabischen Israelis ist – je nach Ort und Berufsgruppe – zwei- bis dreimal so hoch wie die durchschnittliche Arbeitslosigkeit. Die Zuschüsse des Staates für jüdische Schulen sind erheblich höher als die für arabische Schulen. Bis zum Haushaltsjahr 1993 waren die staatlichen Schlüsselzuweisungen für Orte vergleichbarer Größe fünfmal größer bei jüdischen im Vergleich zu arabischen Kommunen.

Diese Litanei ließe sich endlos und mit vielen empörenden Details fortsetzen. Hier kommt es aber nur auf zwei Dinge an: die Zahlen sind alle bekannt, an den Universitäten finden immer wieder Konferenzen zu Einzelfragen statt, in den Zeitungen ist zwar vielleicht nicht genug, aber doch immer wieder von der

Ungleichbehandlung zu lesen, und trotzdem nimmt die jüdische Majorität Fakten schwer zur Kenntnis, weil sie mit ihnen kaum je direkt in Berührung kommt. Zum zweiten ist durch den Ausbruch der Intifada im Dezember 1987 eine hohe Hürde von Angst und Mißtrauen gegenüber arabischer Gewalt auch innerhalb Israels errichtet worden. War schon vorher die Bereitschaft, mit der Minorität zu teilen, nicht besonders groß, so läßt sich jetzt noch mit Angst und Gefahr argumentieren, wenn man die Berührung mit den arabischen Israelis meiden will. Kommt hinzu, daß die arabischen Israelis sich zwar von der Intifada gewöhnlich nicht infizieren ließen, aber sich doch seither viel deutlicher als Palästinenser fühlen: »Früher, wenn man mich gefragt hat, sagte ich immer, einfach so, israelischer Araber. Jetzt bin ich stolz auf mein Palästinensertum, denn es steht nicht im Widerspruch zur Staatsbürgerschaft oder zum Gesetz im Staate Israel« (Grossman S. 53).

Realismus

Am 13. Juli 1992 wird nach der im Juni bestandenem Wahl das Parlament in Jerusalem würdig eröffnet. Die Mehrheiten haben sich verschoben, designierter neuer Ministerpräsident ist Itzhak Rabin. Vor seiner Wahl, die nach langer Debatte erst am späten Abend erfolgt, hält er eine bemerkenswerte Rede. Darin heißt es dem Sinne nach, er schäme sich für die jahrzehntelange Diskriminierung der Araber Israels. Dann kündigt er größere Hilfen für die arabischen Kommunen und die Bildung eines eigenen Ausschusses für arabische Angelegenheiten an. – Seiner Regierung gehören zwar die arabischen Parteien nicht ausdrücklich an, sie wird aber von ihnen geduldet. Zwei Vizeminister arabischer Volkszugehörigkeit aus der Arbeitspartei und der Meretzkoalition werden ernannt.

Niemand kann daran vorbei, daß die Gründungserklärung des Staates Israel vom 14. Mai 1948 diesen Staat als »Ju-

denstaat auf dem Boden Israels« definiert, der für jeden Juden jederzeit offensteht und dem jüdischen Volk als Nation einen Platz unter den anderen Nationen der Welt weist. Niemand kann es auch ändern, daß Israel bis zum heutigen Tage weder eine Verfassung noch eine verfassungsähnliche Erklärung von Grundrechten besitzt, denn die Grundsatzfragen, die zuvor gelöst werden müßten, lassen sich nicht lösen, ehe mit den arabischen Nachbarstaaten und mit den Palästinensern ein Frieden erreicht ist.

Allerdings hat der Supreme Court eine Reihe von verfassungsähnlichen Prinzipien verabschiedet, darunter eines, das zur Gründungserklärung in einem Spannungsverhältnis steht: jegliche Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Glauben, politischer oder sonstiger Überzeugung ist verboten. – Die Staatssymbole Israels, Flagge, Wappen und Hymne, sind jüdische Symbole.

Vor diesem Hintergrund ist ein auf gleichen Rechten und Chancen beruhendes Zusammenleben von jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit ein langer und mühevoller Prozeß. Ganz sicher bedarf es auch noch rechtlicher Fortentwicklungen dadurch, daß arabische Israelis gegen nachgewiesene Ungleichbehandlung klagen. Wie David Grossman am Schluß seines Buches wohl zu Recht kritisiert, hat es die arabisch-israelische Minorität der herrschenden Majorität bisher oft zu leicht gemacht, einfach wegzusehen und die Rechte der Minorität mit Nichtachtung zu strafen.

Aber mit Rabins Regierungserklärung ist von der jüdischen Seite ein kleiner Anfang zum Besseren gemacht. Der Ausschuß für arabische Angelegenheiten arbeitet inzwischen, und die arabischen Kommunen haben 1993 eine substantielle Verbesserung der staatlichen Zuschüsse erreicht. Allerdings sind sie den jüdischen Kommunen noch längst nicht gleichgestellt, und die jahrzehntelangen Versäumnisse lassen sich nicht von einem Tag auf den anderen reparieren. Außerdem sind insbesondere die größten arabischen Kommunen sehr ver-

schuldet, weil sie in den letzten Jahren mit den jüdischen Kommunen Schritt halten wollten und zu große Risiken eingegangen sind. So können zur Zeit eine Reihe von arabischen Kommunen die Gehälter ihrer Bediensteten nicht zahlen, was sich wenige Monate vor einer Kommunalwahl nicht sehr gut macht.

Ein beachtlicher Wandel zum Positiven wurde auch dadurch ausgelöst, daß zum erstenmal seit anderthalb Jahrzehnten kein orthodoxer Jude mehr das Erziehungsministerium leitet. Zunächst begann die couragierte Bürgerrechtlerin Shulamith Aloni, das israelische Erziehungswesen umzumodeln. Ihr folgte der liberale Meretz-Politiker Rubinstein nach, der vielleicht nicht so viele Kontroversen auslösen wird und von daher mehr Stetigkeit bringt. Beiden aber liegt die Erziehung der israelischen Jugend zur Wahrung der Bürgerrechte, zu Demokratie und Koexistenz am Herzen. Beide streiten für höhere Ausgaben des Staates für die Erziehung. Für das Haushaltsjahr 1993 hat die Erziehungsministerin Aloni dieses durchgesetzt; ihr Nachfolger will das fortsetzen.

Groß sind die Defizite für die arabische Minorität bisher im kulturellen Sektor. Die den kommunistischen Parteien und Staaten Europas verbundene »Demokratische Front« in Galiläa hatte in den vergangenen Jahren aus Europa eine nennenswerte Unterstützung für Bibliotheken und Kulturhäuser, für Kulturaustausch, kleine Festivals und für Stipendien erreicht. Damit ist jetzt Schluß, ohne daß erkennbar wäre, wer in die Rolle der einstigen Gönner schlüpfen könnte. Es sieht so aus, als sei das Selbstbewußtsein der Palästinenser in der Zwischenzeit gewachsen, so daß sie diesen Teil ihrer Zukunft in die eigenen Hände nehmen werden.

Veränderung

Ende Juli 1993 berichtete der Parteivorsitzende der Arabischen Nationalen Partei Abdel Wahab Darawshe, seines Zeichens langjähriges Mitglied der Knesset, der bis zum Januar 1988 Mit-



Izhak Rabin besucht eine palästinensische Schule in Ost-Jerusalem

Foto: dpa

glied der Arbeitspartei gewesen war, von bemerkenswerten Veränderungen im politischen Verhalten der israelischen Araber. War es noch bei der letzten Knessetwahl nicht gelungen, die arabischen Stimmen zu bündeln und auf die aussichtsreichsten Kandidaten und Parteien zu konzentrieren, so daß die Araber durch ihre Zersplitterung ihren Einfluß nicht zur Gänze ausspielen konnten, zeigt sich im Vorfeld der Kommunalwahlen jetzt ein neuer Trend. Von der Arbeitspartei und später vom Likud haben die Palästinenser abgeschaut, daß innerparteiliche Vorwahlen ein Instrument sind, mit dem sich innerhalb der Partei eine Mobilisierung erreichen läßt und mit dem man Meinungstrends vor dem eigentlichen Wahltag erkennen kann. So wurden innerhalb arabischer Großfamilien oder Familienclans in verschiedenen arabi-

schen Orten jetzt Vorwahlen durchgeführt, um den attraktivsten Kandidaten für die Kommunalwahl herauszufinden. Mit dieser Maßnahme haben die Palästinenser alte und moderne gesellschaftliche Elemente ihrer arabischen Gesellschaft verbunden: Clan und Partei. Darawshe war ganz begeistert von der Lernfähigkeit seiner Leute und meinte, der Erfolg werde nicht auf sich warten lassen.

In der Tat sind Israels Araber eine politische Gemeinschaft im Werden. Die alte Grundsatzfrage, ob mehr Integration oder mehr Polarisierung angestrebt wird, wird zunehmend, ausgehend von der kommunalen Ebene, pragmatisch entschieden: Wir wollen was für unsere Leute tun und erreichen. Dabei bedienen sie sich derselben Tricks und Methoden, wie ihre jüdischen Vorbilder auch: keine

Verbindung auslassen und jeden ausländischen Kontakt zu nutzen versuchen.

Zudem hat sich im Laufe der letzten Jahre der Bildungsstand deutlich erhöht, und aufgrund ausländischer Stipendien sind junge Männer und Frauen mit guter Universitätsausbildung, Fremdsprachenkenntnissen, Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten, internationalen Verbindungen und politischer Schulung in ihre Heimat zurückgekehrt. Viele von ihnen finden keine adäquate Arbeit und engagieren sich daher als Pädagogen – in den weiterbildenden Schulen oder indem sie sich eigne Fortbildungseinrichtungen schaffen, die ihnen ein Auskommen geben und ihren arabischen Mitbrüdern und Mitschwestern beruflich weiterhelfen. Politisches Engagement in der Kommune ist dabei fast automatisch mit eingeschlossen. All jene mit Studiererfahrungen in Europa oder den USA und Kanada sind außerdem gegen den flottierenden Fundamentalismus immunisiert. Sie werden nicht auf ein besseres Jenseits warten, sondern im Diesseits kämpfen.

»Es gibt eine neue Generation von Arabern in Israel. Ein neues Potential. Mit offenen Wünschen an die Welt. Ich akzeptiere nicht, daß mich der Staat so behandelt, wie er meinen Vater behandelt hat. Das muß klar sein. Ich bin ein stolzer Mensch, modern, gebildet, mit Selbstbewußtsein. . . Ich will ein gleichberechtigter Bürger sein und nicht hundert Jahre darauf warten! Ich will, daß meine Tochter genauso wie dein Sohn eine gleichberechtigte Bürgerin ist«, so zitiert Grossman den palästinensischen Israeli Dr. Said Zaidani, der einen Autonomie-Plan für die Palästinenser in Nordisrael vertritt, weil er an die Integration und die Verwirklichung gleicher Rechte in einem integrierten Staatswesen nicht mehr glaubt (Grossman S. 174).

Auf kritische Einwände entgegnet Zaidani: »Ich möchte, daß du merkst, daß du ein Problem mit mir hast. Und dieses Problem wird irgendwann einmal in der Zukunft explodieren. . . Wenn du Tausende von Arabern mit Dokortitel hast,

die keine Arbeit finden, dann wird es krachen. Wenn du Zehntausende hast, die innerhalb des Staates keinen Arbeitsplatz haben, und über fünfzig Prozent Palästinenser, die unter der Armutsgrenze leben, obwohl wir mit Mühe achtzehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, dann kannst du auf eine Explosion ganz sicher warten.«

Noch gilt die arabische Minorität Israels als bequem, weil sie sich wenig wehrt und ihre Diskriminierung ziemlich geduldig trägt. Aber es darf sich niemand täuschen: vom Fortschritt in den Friedensverhandlungen hängt die Selbsteinschätzung der arabischen Israelis ganz entscheidend ab. Schlimm genug, daß bisher niemand daran dachte, ihnen eine Rolle in dieser Auseinandersetzung um einen Interessenausgleich zwischen Juden und Palästinensern zuzuweisen. Wenn aber irgendeines fernen Tages dieser Interessenausgleich formuliert sein wird, dann wird man erfahren, daß die »Sahne-Araber« Israels ihre Rechte längst kennen und endlich einfordern. Vielleicht kommt es aber auch anders, und der Friedensprozeß zieht sich so in die Länge, daß zuvor schon die Probe aufs Exempel gemacht wird, wie Said Zaidani an die Wand malte. Denn faktisch erweist sich die Friedensfähigkeit Israels am Umgang mit der arabischen Minorität im eigenen Land – zur Zeit jedenfalls weit mehr als am Verhandlungstisch im fernen Washington.

Literatur:

- Al-Haj, Majid, Education and Social Change among the Arabs in Israel, Universität Haifa, April 1991
Bitan, Dan, »The Image of the Arab in Israeli Textbooks«, Truman Institute der Hebrew University, Jerusalem. Winter 1991/92
Grossman, David, Der geteilte Israeli. Über den Zwang, den Nachbarn nicht zu verstehen, München 1992
Konferenzberichte der Konferenz »Aspects of Integration of the Arab Community in Israel«, Jerusalem, November 1991
Konferenzberichte der Konferenz »Israel's Arabs as a Political Community in Formation«, Jerusalem, Mai/Juni 1993
Maron, Stanley, Minorities in Israel. A Socio-Economic Analysis, Yad Tabenkin Research Institute. Juli 1989
Sela, Avraham und Zilberman Ifrach, »Israel's Arab Community in the Context of the Peace Process«, Jerusalem, Winter 1991/92

Gespräch mit Naomi Chazan

Knessetabgeordnete Naomi Chazan, geb. 1946 in Jerusalem, ist Professorin für afrikanische Geschichte und Politikwissenschaft an der Hebräischen Universität Jerusalem. Dort leitete sie 1990-92 das »Harry S. Truman Research Institute for the Advancement of Peace«. Mit seinem Interesse an der Nord-Süd-Problematik gilt das »Truman Institute« als das einzige Friedensforschungsinstitut im Nahen Osten mit einer »außerwestlichen« Orientierung.

Seit Juli 1992 ist Chazan Knessetabgeordnete des linksliberalen »Meretzblocks«, der mit zwölf Mandaten die zweitstärkste Fraktion der Regierung Rabin stellt. Nachfolgendes Gespräch wurde am 10. 8. 93 aufgezeichnet, zehn Tage nach dem Ende der israelischen militärischen Operation im Libanon (25.-31. 7. 93). – Interview und Übersetzung aus dem Hebräischen von Thomas Krapf.

Thomas Krapf: Frau Chazan, der *Meretzblock* gilt in weiten Teilen der israelischen Öffentlichkeit als die zuverlässigste parlamentarische Interessenvertretung der Friedensbewegung in Israel. Wie steht es heute um den Friedensprozeß, ein gutes Jahr nach Amtsantritt der Regierung Rabin, einer Regierung, die nicht zuletzt wegen Meretz an einer Friedenslösung Interesse hat?

Naomi Chazan: Dies ist eine sehr komplexe Frage, die ich in zwei Fragen unterteilen möchte. Einerseits spreche ich jetzt als Friedensbewegte im Staat Israel. Zwar haben wir eine Regierung von »Tauben«, die Dinge getan hat, an denen wir beteiligt gewesen sind und für die wir mitverantwortlich sind, welche nach unserer Auffassung nicht auf jeden Fall dem Frieden förderlich sind. Nämlich die Ausweisung der Hamasleute (im Dezember 92), der sich manche von uns widersetzt hatten, sowie Probleme, die mit der Absperrung der besetzten Gebiete zu-

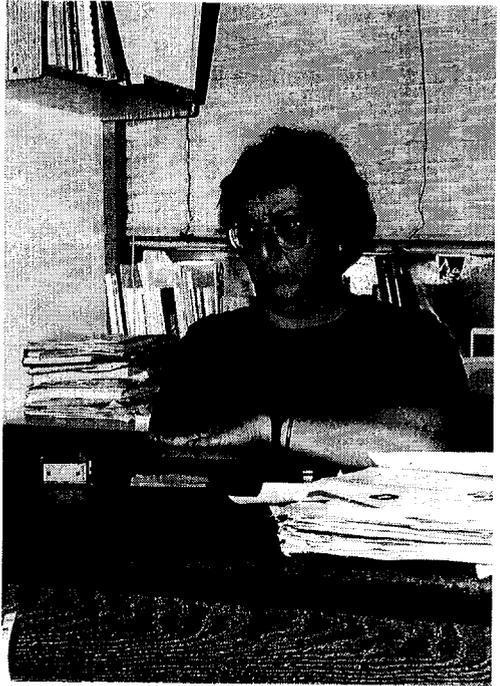
sammenhängen (seit 1. 4. 93), und jetzt kürzlich die Militäraktion im Libanon. All dies ist für uns sehr, sehr problematisch. Es gibt unter uns solche, die meinen, daß dies nicht nur nicht den Frieden voranbringt, sondern dessen Aussichten verschlechtert. So gesehen ist hier Raum für eindringliche Selbstkritik gegeben. All dies steht auf der einen Seite. Auf der anderen Seite habe ich nicht den geringsten Zweifel, dies sage ich in aller Eindeutigkeit, daß es beim Friedensprozeß im zurückliegenden Jahr echte Fortschritte gegeben hat und daß dies sehr, sehr schnelle Fortschritte gewesen sind.

Dies unter zwei Gesichtspunkten: Erstens, was vollkommen neu ist für diese Regierung, die Eröffnung der Gesprächsschiene mit Syrien sowie die Fortschritte bei den Verhandlungen mit Syrien, so sehr, daß es jetzt in der Öffentlichkeit sogar Reaktionen auf die Verhandlungen mit Syrien gibt. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es viele Fortschritte. Und was am wichtigsten ist, ist die Entwicklung mit den Palästinensern und alles was zu einer Übergangslösung führt, die dann zu einer Autonomieregierung der Palästinenser führt, wobei es sich um den Kern des Konflikts handelt. Zwar gibt es noch keine Übereinstimmung, aber es gibt sehr, sehr große Fortschritte. Zunächst ist diese Regierung unter der Voraussetzung angetreten, daß Autonomie kein Weg ist, um die israelische Herrschaft über die besetzten Gebiete fortzuschreiben. Vielmehr hat sie verstanden, daß Autonomie ein Stadium auf dem Weg zu einer gerechten Lösung ist. Sie hat das Programm, »Frieden für Gebiete«, mit dem Programm »Gebiete für Frieden« ausgetauscht. Das heißt, die Konzeption ist eine vollkommen andere. Über diese Verhandlungskonzeption hat es viele Differenzen gegeben, manche von ihnen waren echte Probleme, andere waren überflüssig. Aber mit diesen Grundsätzen, mit dieser

Einstellung war vollkommen klar, daß eine (palästinensische) Selbstverwaltung für eine Übergangszeit beabsichtigt ist. Ebenso, daß Autonomie nicht nur über Menschen, sondern auch über das Gebiet, in denen sie leben, gewährt werden muß und daß Regierungskompetenzen abgegeben werden müssen. Und daß mehr und mehr mit den legitimen Vertretern geredet werden muß.

Es gibt jetzt sehr intensive Kontakte zur PLO, teilweise indirekte, ich glaube, sie werden mehr und mehr direkt geführt werden. Es wird verstanden, daß die gemäßigten Kräfte gefördert werden müssen, weil deren palästinensische Alternative eine Alternative ist, die den Friedensprozeß nicht fördern will. Wie wir auch glauben, daß in Israel eine Alternative zur gegenwärtigen Regierung eine Regierung wäre, die nicht willens wäre, in diesen Dingen schwere Entscheidungen zu treffen. Was die Verhandlungen betrifft, gibt es Meinungsverschiedenheiten über gewisse Punkte. Jedoch sind aus den Verhandlungen echte, sachliche und substantielle Verhandlungen geworden und so gesehen hat es Fortschritte gegeben. Was die Probleme auf diesem Weg betrifft, ist wichtig, daß diese Regierung heute dem Friedensprozeß in höherem Maß verpflichtet ist, als sie dies vielleicht am Anfang gewesen war. Denn alle wissen, daß auf lange Sicht der Prüfstein dieser Regierung, nämlich die Probe an der Wahlurne, letztlich nur die Frage ist, ob sie einen Friedensvertrag zustande bringt. Als Eröffnung dürfte das Ihre Frage beantworten.

Krapf: Um konkreter zu werden, möchte ich eine Frage aufgreifen, die das spezielle Dilemma von *Meretz* betrifft – im Grunde ein Problem, mit dem sich viele liberale Parteien auf der Welt konfrontiert sehen: nämlich der Konflikt, inwieweit *Meretz* die eigenen liberalen Werte bei deren Umsetzung im politischen Alltag preisgeben kann, ohne sich selbst untreu zu werden. Sie haben ja bereits sehr heikle, konkrete Situationen im vergangenen Jahr angesprochen, nämlich die Ausweisung der Hamasleute, die Absperrung der besetzten Gebiete sowie die



Naomi Chazan vom *Meretz*block

Foto: privat

Militäraktion im Libanon, bei denen *Meretz* äußerst unwohl gewesen ist. Was sind unter diesem Gesichtspunkt die Grenzen der Kompromißfähigkeit von *Meretz*?

Chazan: *Meretz* ist im Grunde eine Partei, die weitgehend in der Opposition entstanden und gewachsen ist, mit sehr entwickelten Positionen und ich denke mit sehr weit entwickelten Werten. Parteien wie unsere sehen sich in solchen Fragen immer mit schweren Dilemmata konfrontiert. Aber ich will vom Ende her beginnen: Man kann die ganze Zeit recht haben, aber dann ist man nicht in der Regierung. Denn in der Opposition hat man von seiner eigenen Sicht aus immer recht. Aber man muß sich entscheiden zwischen Rechthaben und Einflußnehmen auf Veränderungen. Willst du immer recht haben – bitte schön. Aber dann kannst du nicht in der Regierung sein und Verantwortung übernehmen. Wenn du aber Einfluß nehmen willst, weil du glaubst, daß jetzt die historische Stunde dazu gegeben ist, dann tust du Dinge, aber du hast nicht immer recht. Und

dann hat man das Dilemma auszugleichen: nämlich einerseits zwischen seinen Werten, d. h. recht zu haben und den eigenen Werten treu zu bleiben, und andererseits Dinge zu fördern, die einem wichtig sind. Das wird ein Dauerproblem einer Partei wie *Meretz* sein. Wir haben uns entschieden, in dieser Regierung zu sein, weil diese Regierung den Dingen am nächsten steht, die wir für richtig und gerecht halten. Deshalb schlucken wir Dinge, die uns sehr schwer fallen. Aber wenn es zum kritischen Stadium kommt – und wir alle stellen uns unentwegt die Frage nach dem kritischen Stadium – werden wir aussteigen. Aber dann werden wir wissen, daß wir nur noch die Macht haben zu schreien, aber nicht mehr Einfluß nehmen können.

Solange wir aber noch glauben, die Möglichkeit zu haben, Einfluß zu nehmen, werden wir weiterhin in dieser Regierung bleiben. Ich sage dies in aller Eindeutigkeit, bei allen Dilemmata: Ich möchte immer recht haben. Und ich werde auch nicht meinen Werten zuwider handeln. Aber ich weiß, daß der höchste Wert zur Zeit ist – und manchmal muß ich eine Prioritätenskala meiner Werte einführen –, daß ich mir sicher sein will, daß wir *alles* getan haben, und sollten wir nicht Erfolg gehabt haben, so können wir zumindest mit uns im Reinen sein, daß wir alles getan haben, um einen gerechten Friedensvertrag zu erreichen, der für uns gut ist, der für die Palästinenser gut ist und für die Araber gut ist. Ich möchte nicht in der Lage sein, mir in zwei Jahren sagen zu müssen, ich hätte mehr tun können, aber ich habe auf die Möglichkeit verzichtet. Denn wir wissen, was hier die Alternativen sind: Wenn es keine Regierung mit *Meretz* gibt, wird es keine Fortschritte beim Friedensprozeß geben. Denn die Alternative zu einer Regierung mit *Meretz* ist eine Regierung, die die Okkupation fortschreiben wird. Es geht hier um eine erstrangige moralische und öffentliche Verantwortung. Ich werde mich an einem Aussteigen nicht beteiligen, es sei denn, wir hätten jede Möglichkeit genutzt, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

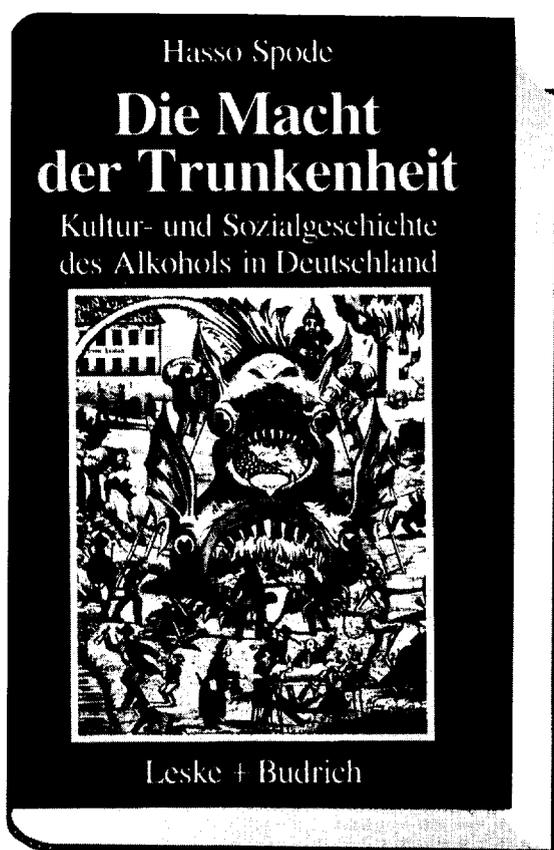
Krapf: Angesichts des angesprochenen Dilemmas ist mir noch nicht klar, wo für Sie nun die Grenzen liegen.

Chazan: Sobald nach unserer Einschätzung eine Situation eintritt, in der wir denken, daß keine Möglichkeit besteht, Friedensverträge zu erreichen, werden wir die Regierung verlassen. Das ist die Grenze, und das ist auch unser höchster Wert. Das löst nicht die anderen Dilemmata. Ich bin im zurückliegenden Jahr sehr viel im Bereich der Menschenrechte tätig gewesen, und ich tue dies unentwegt, und ich werde dies auch weiterhin unentwegt tun, denn dies ist mit ein Grund, aus dem ich mich in der Politik engagiere. Aber Sie fragen nach der Grenze. Die Grenze ist, daß wir zu dem Schluß kommen, daß dieser Prozeß nicht vorankommen kann. Dann werden wir aussteigen. Das ist eine echte Grenze. Aber vorläufig, und das ist unser großes Dilemma, übernehmen wir kollektive Verantwortung für Dinge, denen wir uns widersetzt hatten: Wir waren gegen die Vertreibung von einer Viertel Million Zivilisten im Libanon, und wir haben uns auch anderen Dingen widersetzt – Dingen, die mit unserer Weltanschauung vollkommen unvereinbar sind. Wir haben in der Regierung Widerstand geleistet, wir haben in der Knesset Widerstand geleistet. Wir haben für Dinge kollektive Verantwortung übernommen, die mit unserer Überzeugung unvereinbar sind. Wir werden dies auch weiterhin tun, bis wir zu der Überzeugung gelangen, und ich hoffe, daß wir nicht in eine solche Situation kommen werden, daß wir den Friedensprozeß nicht voranbringen können. Das ist für uns die Grenze.

Krapf: Wenn von Ihrer Partei zur Zeit Bestandsaufnahmen über das erste Jahr in der Koalitionsregierung vorgenommen werden, so ist das freilich eine sehr kurze Zeit. Angesichts dessen, was Sie über Dilemmata und zumutbare Verzichte darlegten, erscheint naheliegend, daß die Möglichkeiten, die Koalition fortzusetzen, in Ihrer Partei skeptisch beurteilt werden.

Chazan: Gewiß. Bei der Ausweisung der Hamasleute, das war ein gravierender

Von der tiefen Geschichtlichkeit des Phänomens Alkohol.



Eine faszinierende Darstellung:

Hasso Spode. Die Macht der Trunkenheit. Kultur- und Sozialgeschichte des Alkohols in Deutschland. 388 Seiten. Leinen mit Schutzumschlag. 48,—DM.
ISBN 3-8100-1034-0

Leske + Budrich

Fehler, gab es große Zweifel. Bei der Absperrung der besetzten Gebiete etwas weniger, weil die Absperrung die unterschiedlichsten Auswirkungen gezeitigt hat. Beim Libanonkrieg war die Ablehnung stark, und wenn dieser Krieg noch zwei Tage gedauert hätte, hätte mit großer Wahrscheinlichkeit die Mehrheit entschieden, daß sie die Verantwortung dafür nicht übernehmen will. Aber ich möchte dazu noch etwas Grundsätzliches sagen: Hätten wir diese Zweifel nicht, so wären wir nicht die Partei, die wir sind. Daß wir diese Zweifel haben, ist ein Charakteristikum unserer Partei. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, im Zwiespalt zu stehen. Wir müssen zweifeln und jedes Mal unser Engagement in der Regierung erneuern, indem wir unsere Zweifel aussprechen. Deshalb sind wir *Meretz* und nicht die Arbeitspartei. Das gehört zu unserem Selbstverständnis. Wir werden weiterhin unsere Zweifel haben, und wir werden weiterhin in der Regierung unseren Einfluß geltend machen. Ich hoffe, daß dies nicht zur Entscheidung führen wird, aussteigen zu müssen. Denn unser Prüfstein ist eine Frage – eine Situation, die in der Politik allgemein sehr selten ist, daß eine Partei ihre Zukunft an einem Punkt festmacht –, nämlich der Erfolg des Friedensprozeß’.

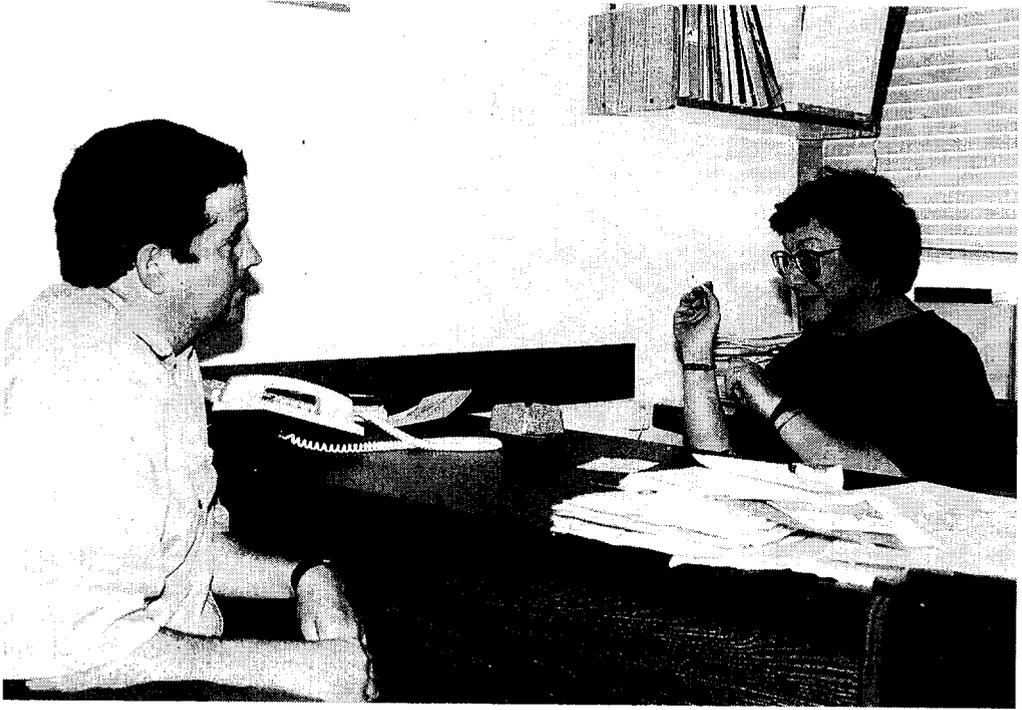
Krapf: Ich möchte noch einmal auf Aspekte der eingangs angesprochenen Thematik zurückkommen, nämlich auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung, ob ausschließlich palästinensische Vertreter aus den besetzten Gebieten oder ob, wie von *Meretz* und den »Tauben« in der *Arbeitspartei* vertreten wird, auch die PLO Ansprechpartner sind. Könnten Sie dazu etwas sagen?

Chazan: Es gibt keine Meinungsverschiedenheiten darüber, nicht einmal unter den Gegnern des Friedensprozeß’, daß wenn es einen israelisch-palästinensischen Friedensvertrag geben wird, daß die PLO daran beteiligt sein wird. Alle wissen, daß die Entscheidungen von der PLO getroffen werden und zwar im wesentlichen von der PLO-Führung in Tunis. Zu sagen, daß man die PLO beim Frie-

densprozeß nicht dabei haben will, heißt, daß man keinen Frieden will, jedenfalls denke ich so. Diese Antwort ist einfach, sogar einfältig, aber es ist eine Auffassung, von der ich völlig überzeugt bin. Deshalb denke ich, ist die Ablehnung der PLO-Beteiligung ein kindisches Spiel. Die palästinensische Delegation berät sich mit der PLO, die von der PLO bestellten Berater sitzen in Hotels in Washington. Wir wissen, daß die palästinensische Delegation im April an der neunten Verhandlungsrunde teilgenommen hat, weil die PLO-Führung in Tunis einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat. Wir wissen, daß es dann zu keiner Einigung gekommen ist, weil ein entsprechender Beschluß von der PLO-Führung in Tunis gefaßt worden war. Es ist vollkommen klar, daß mit der PLO verhandelt werden muß. Die Frage ist heute lediglich, wann das geschehen wird.

Die jüngste Krise, wobei es um eine halbe oder um eine ganze Neuentwicklung ging, hängt weitgehend mit dem Entscheidungsprozeß innerhalb der PLO zusammen und nicht mit der Problematik, von der wir gerade reden. Über diese kann nicht klar genug gesagt werden: Die Gegner des Friedensprozeß’ wissen, daß ihr Widerstand gegen Verhandlungen mit der PLO Widerstand gegen den Frieden bedeutet, denn sie wissen, wer den Ausschlag gibt. Es wird Zeit, nicht in dieser Weise mit denen zu reden, die unseres Wissens den Ausschlag geben, sondern mit ihnen zu klären, ob wir mit ihnen zu einer Einigung kommen können. Es hat keinen Sinn über die nicht substantiellen Fragen zu reden. Denn es gibt umstrittene Fragen, und, wie gesagt, muß man sehen, ob man zu einer Einigung kommen kann oder nicht. Aber darin liegt das Absurde: Wenn ich mich mit jemandem streite, und ich will mit ihm eine Einigung erzielen, dann gehe ich nicht zu einem Dritten, sondern ich gehe direkt zu ihm, wenn ich tatsächlich eine Einigung mit ihm suche.

Krapf: Das heißt, Sie akzeptieren nicht die Position der zur Zeit wohl tonangebenden Kräfte in der Arbeitspartei, daß die Vertreter aus den besetzten Gebieten



Thomas Krapf im Gespräch mit Naomi Chazan

Foto: privat

bei den Verhandlungen über eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts die authentischeren Vertreter der Palästinenser als die PLO-Führung in Tunis sind?

Chazan: In der Vergangenheit habe ich nationale Befreiung gründlich erforscht. Ich habe die britische Position nicht akzeptiert – damals war ich freilich ein Säugling – als sie versuchten, für uns zu entscheiden, wer für die jüdische Bevölkerung im Land Israel repräsentativ sei. Ich lehne entschieden jeden Versuch ab, für mich und für Israel festzulegen, wer unser *authentischer* Partner ist oder wer *authentisch* die Leute vertritt, mit denen wir in Verhandlungen eintreten. Die Palästinenser müssen entscheiden, wer ihre *authentischen* Vertreter sind. Dazu haben sie noch keine Gelegenheit bekommen. Nun sehen die Bewohner der besetzten Gebiete in der palästinensischen Delegation ihre authentische Vertretung während die Delegation sich außerdem als die Vertretung der PLO sieht. Sie sehen sich als Vertreter der PLO. Ich habe

nicht festgelegt, was sie sagen. Sie sagen, sie sind die PLO. Sie kommen zu uns und sagen: »Beteiligt die PLO.« Wenn wir also wollen, daß sie authentisch sind, und sie sagen uns, sie sind die PLO, dann ist die echte Authentizität eine Delegation von Bewohnern der besetzten Gebiete, die zugleich auch PLO-Vertreter einschließt, weil sie sagen, daß sie authentisch sind. Und die einzige Art, dies zu prüfen, ist, wenn im Zusammenhang mit einer Übergangslösung Wahlen stattfinden, die zeigen werden, wer wirklich authentisch ist. Aber es ist eine Annäherung, wenn wir für jemand anderen entscheiden und wenn wir sagen, daß wir nicht akzeptieren, daß der, den wir zuvor als authentisch anerkannt hatten – schließlich hatten wir die Palästinenserdelegation aus den besetzten Gebieten als authentisch anerkannt – nicht mehr authentisch seien. Denn wenn sie authentisch ist, müssen wir sie ernst nehmen, und sie sagt, sie vertritt die PLO und identifiziert sich mit dieser. Auch hier muß man konsequent sein.

Krapf: Könnten Sie darlegen, wie sie die Übergangslösung sehen? Wie sehen Sie die politische Zukunft der Dauerlösung? Und wie stellen Sie sich die Übergangslösung zu einem Palästinenserstaat vor?

Chazan: Sie stellen wieder eine sehr komplexe Frage, die ich zerlegen muß. Wir sprechen derzeit über eine Übergangszeit, über die im übrigen in den Grundsatzverträgen (*Camp David*) in allen Punkten Einigkeit besteht, mit Ausnahme von zwei Dingen, die freilich sehr wichtig sind. Zum einen geht es natürlich um den Status von Jerusalem, sowohl in den Verhandlungen, als auch während der Übergangszeit und die Meinungsverschiedenheiten unter den Palästinensern ergeben sich daraus, daß die PLO-Führung in Tunis bereit ist, die Jerusalem-Frage zu verschieben. Sie ist in dieser Frage gemäßiger als die Palästinenserdelegation. Ich denke, wir werden über die Jerusalem-Frage eine Einigung finden. Es gibt Lösungen. Das ist zum einen das Verschieben der Jerusalem-Frage bis zur Einigung über die Dauerlösung. Und zum anderen freier Zugang der Palästinenser zu Jerusalem, was die Realität ohnehin erforderlich macht, weil achtzigtausend Palästinenser in Jerusalem leben.

Die zweite umstrittene Frage ist die Frage der Jurisdiktion, für die es im Grunde bereits Lösungen gibt. Wir sind einer Übergangslösung nahe. Jetzt will ich zunächst auf die Übergangslösung während einer Autonomie eingehen, bevor ich den zweiten Teil ihrer Frage aufgreife. In den bilateralen Beziehungen müssen neue Dynamiken der Interaktion entwickelt werden, die sich von jenen der zurückliegenden sechsundzwanzig Jahre der Okkupation unterscheiden. In diesem Sinn ist die Übergangszeit eine Zeit der Prüfung, des Sichkennenslernens, in der verschiedene Ebenen der Zusammenarbeit ausprobiert werden. Dies ist eine Zeit, in der nicht überprüft wird, ob Frieden sein wird, sondern es geht um den Charakter des Friedens. Jeder will für sich die optimale Lösung. *Meretz* vertritt die ganze Zeit, und ich bin davon vollkommen überzeugt, daß die Lösung des

israelisch-palästinensischen Konflikts die gegenseitige Anerkennung im Kontext der Selbstbestimmung ist. Dabei vertreten wir, daß das Recht auf Selbstbestimmung heißt, daß die Palästinenser, bei Wahrung der Interessen des Staates Israel, das Recht haben, zu entscheiden, wie sie ihren politischen Wünschen Ausdruck verleihen möchten. Nun sagen sie heute, daß sie einen palästinensischen Staat wollen. Wenn sie das wollen, und ich bin von ihrem Recht auf Selbstbestimmung überzeugt, dann unterstütze ich auch die Schaffung des Palästinenserstaats. Wenn sie diesen im Rahmen einer Konföderation mit Jordanien wollen, so ist das das Recht des Palästinenserstaats. Worauf es grundsätzlich ankommt, ist, daß wenn wir von palästinensischer Selbstbestimmung reden, so müssen wir *ihnen* das Recht geben, im Rahmen unserer Verträge mit ihnen selbst zu entscheiden, welche Eigenart ihre Selbstbestimmung haben wird. Ich lehne einen Palästinenserstaat in keiner Weise ab, im Gegenteil denke ich, daß dies langfristig auch Vorteile für Israel hat. Aber innerhalb dieser Möglichkeit, Föderation-Konföderation des Palästinenserstaats, ist alles, was für sie akzeptabel ist, im Rahmen der Verträge mit uns, auch für mich akzeptabel. Ich habe damit kein Problem.

TIM RIEDEL

Der jordanische Demokratisierungsprozeß

Der Staat Jordanien ist aufgrund seiner geographischen Lage mit Grenzen zu Israel, Palästina, Ägypten, Saudi Arabien, Irak und Syrien in besonderem Maße den ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzungen im Staatensystem des Nahen Ostens ausgesetzt. Dabei sah sich das seit der »Staatsgrün-

dung« 1923 regierende Haschemitische Königshaus angesichts der wirtschaftlichen Uneigenständigkeit Jordaniens stets gezwungen, gegen die machtpolitischen Interessen seiner Nachbarn in einem sich beständig ändernden System von zwischenstaatlichen Allianzen Schutz zu suchen. Erst als sich in den 70er Jahren die weltpolitische Lage und damit auch die Machtverteilung im Nahen Osten weitgehend konsolidiert hatte und Ideologien an Bedeutung für die Staatszielbestimmung verloren, nahm auch die existentielle Bedrohung des Haschemitischen Königreiches langsam ab, und das Regime konnte sich in der darauffolgenden Zeit relativer Ruhe stärker innenpolitischen Zielen widmen.

Diese Phase innerstaatlicher Konsolidierung und Entwicklung ist mit dem Beginn der Intifada im Dezember 1987, mit der vollständigen administrativen Ablösung Jordaniens vom Westjordanland 1988 sowie mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime Osteuropas 1989/1990 in ein neues Stadium getreten. So hat Jordanien im Herbst 1989 einen Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozeß in Gang gesetzt, dem allgemein Modellecharakter für die umliegenden Staaten im Nahen Osten zugeschrieben wird, und es hat sich bei den 1991 in Madrid neu aufgelegten Nahostfriedensgesprächen als engagierter und auf eine dauerhafte Lösung drängender Teilnehmer präsentiert. Dies gilt als unumstritten.

Entwicklungen

Die im Herbst 1989 begonnene Demokratisierung Jordaniens und die Madrider Friedenskonferenz vom Oktober 1991 lassen sich scheinbar unabhängig voneinander herleiten. Als ursächlich für den jordanischen Demokratisierungsprozeß werden dabei in erster Linie die nicht-palästinensischen Aufstände im Süden Jordaniens vom April 1989 aufgeführt, die als Protest gegen die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation und gegen Korruption und Vetternwirtschaft innerhalb des Regimes Forderungen

nach umfassender demokratischer Erneuerung mit sich brachten, während als Ursache für den Beginn der Friedensgespräche externe Faktoren wie das Ende des Kalten Krieges, die militärische Ausblutung Irans und Iraks und das politische Vakuum nach dem zweiten Golfkrieg genannt werden. Tatsächlich jedoch sind es allgemeine Entwicklungen, welche den Beginn beider Prozesse erst ermöglichten und ihren – hoffentlich erfolgreichen – Ausgang in hohem Maße miteinander verknüpfen.

Jordanien und Palästina

Als das Haschemitische Königshaus im Arabisch-Israelischen Krieg 1948 das Westjordanland mit Ostjerusalem für sich eroberte, betrachtete es dies als ersten Schritt zur Verwirklichung der großarabischen Träume des Emirs Abdallah, Sherif von Mekka und Herrscher des Haschemitischen Königshauses, der ursprünglich von Saudi Arabien nach Amman gezogen war, um ganz Libanon, Syrien, Palästina und Transjordanien unter seiner Führung zu vereinigen. Ungeachtet ägyptischer, syrischer und irakischer Anfeindungen, die aufgrund ebendieser regionalen Vormachtansprüche der Haschemiten die Jordanische Ausdehnung auf Palästina und die heiligen Stätten Jerusalems mit Ablehnung verfolgten, nahm Abdallah die Annexion des Westjordanlandes in den folgenden Jahren selbstbewußt in Angriff und verfolgte eine Politik der Gleichberechtigung und Eingliederung Palästinas in das jordanische Staatswesen.

Sein Enkel König Hussein, der 1953 als 18jähriger die Regierungsverantwortung übernahm und seitdem die Staatsgeschichte Jordaniens leitet, setzte diese Politik der Gleichberechtigung in dem immer wieder betonten Selbstverständnis fort, daß er als Sherif von Mekka und Erbe der großen arabischen Revolution für die Bevölkerung Palästinas als unabtrennbarer Teil der Bevölkerung Jordaniens und des gesamten arabischen Raumes verantwortlich sei. Dieses Bewußtsein der jordanisch-palästinensischen

Identität und der haschemitischen Verantwortung für beide Teile wurde durch zwei palästinensische Flüchtlingswellen 1948 und 1967 noch verstärkt, welche den Anteil der Palästinaflüchtlinge und ihrer Nachkommen auf über 50 % der Gesamtbevölkerung des heutigen Jordaniens erhöhten.

Die Palästinenser selber sowie die anliegenden arabischen Staaten stellten jedoch beständig, insbesondere nach der Eroberung des Westjordanlandes durch Israel 1967, den haschemitischen Repräsentationsanspruch für Palästina und die Palästinenser heftigst in Frage. So wurde durch die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) 1964, durch den Palästinensisch-Jordanischen Bürgerkrieg vom September 1970, sowie durch den Arabischen Gipfel von Rabat 1974, auf welchem der Alleinvertretungsanspruch der PLO für alle Palästinenser festgelegt wurde, deutlich, daß das haschemitische Ideal einer vollständigen Integration Palästinas in ein haschemitisch regiertes Jordanisches Königreich nicht durchsetzbar war. Letzter und deutlichster Ausdruck der Einsicht König Husseins in diese Tatsache war 1988 die Entscheidung, endgültig alle administrativen und rechtlichen Verbindungen zum Westjordanland zu kappen, und damit zweier voneinander unabhängigen Entwicklungen – einer palästinensischen und einer jordanischen – Vorrang einzuräumen.

Demokratie und Entspannung

Die neuere politische Entwicklung Jordaniens – Demokratie als innenpolitische Tendenz sowie Entspannung als außenpolitisches Ziel – kann vor diesem Hintergrund nicht losgelöst von den Entwicklungen um Palästina gesehen werden.

Eine Liberalisierung des politischen Systems bedurfte nach dem Scheitern der Integration einer vorherigen Trennung der jordanischen und palästinensischen Angelegenheiten, um dem palästinensischen Bevölkerungsteil die Wahl einer positiven Identität zu eröffnen und

so eine differenzierte Loyalität zum haschemitischen Regime erst zu ermöglichen. Erst danach war für die palästinensische Bevölkerung eine Unterstützung des Regimes möglich, ohne gleichzeitig die palästinensische Identität zu verleugnen oder die Perspektive auf eine Rückkehr nach Palästina aufzugeben. Die Liberalisierung war zudem erst möglich, nachdem über ein Jahrzehnt politischer Stabilität einen Wirtschafts- und Bildungsaufschwung mit sich brachte, der einen großen Teil der palästinensischen Bevölkerung gut in die jordanische Gesellschaft integrierte, oder zumindest eine solche Perspektive bot, gleichzeitig aber neue Formen der politischen Beteiligung der integrierten palästinensischen Kreise an politischen Entscheidungen erforderte. Und zuletzt wären weder die Demokratisierung des politischen Systems noch der Nahostfriedensprozeß in diesem Maße denkbar gewesen, hätten nicht das Ende des Kalten Krieges und die Auflösung traditionellen Blockdenkens die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Veränderung innen- wie außenpolitischer Parameter mit sich gebracht.

Der Nahostfriedensprozeß

Die kompliziertesten Fragen der Nahostfriedensgespräche stellen sich zwischen Israel und den Palästinensern. Während die Rückgabe der Golanhöhlen an Syrien schon fast vorgesehen scheint (obwohl die jüngsten Auseinandersetzungen um die sogenannte israelische »Sicherheitszone« im Südlibanon sowie heftige Proteste in Israel dies noch verhindern könnten) und die jordanische mit der israelischen Delegation »nur« um ein kleines Stückchen Land entlang der Demarkationslinie sowie um Flüchtlingsfragen verhandeln muß und dabei schon fast eine Lösung erzielte, stehen die palästinensische und die israelische Seite vor Unstimmigkeiten, die sich mit dem bisher gezeigten Maß an Friedenswilligkeit nicht lösen lassen. Ohne in die Details der Auseinandersetzung zu gehen, läßt sich sagen, daß die palästinensische Position (keine Ausklammerung Ost-Jerusa-

lems, keine Fortsetzung der administrativen Oberhoheit über die besetzten Gebiete durch die israelische Militärregierung, vollständiger Abzug aus den besetzten Gebieten als langfristiges Ziel) von Jordanien vollständig geteilt wird. Die Verflechtung jordanischer und palästinensischer Geschichte bedingt dabei, daß Jordanien auf keinen Fall einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnen wird, solange kein die Palästinenser zufriedenstellendes Ergebnis auf der Israelisch-Palästinensischen Ebene erreicht worden ist. Die vor kurzem von Yassir Arafat und König Hussein aufgestellten Komitees zur Vorbereitung der Konföderation von Restpalästina mit Jordanien unterstreichen, daß die enge Verknüpfung Jordaniens mit Palästina durch die offizielle Trennung der Interessen nicht schwächer, sondern sogar stärker geworden ist.

Die Demokratisierung Jordaniens setzte zu einem Zeitpunkt ein, als die weltpolitische Lage flexiblere und offenere Staaten zu erfordern begann, als das Bildungsniveau und die wirtschaftliche Entwicklung in Jordanien neue Formen der politischen Partizipation verlangten, und als die ausschließliche Fixierung des Regimes auf die Bevölkerung des heutigen Jordaniens ohne das Westjordanland die palästinensische Opposition entradikalisierte.

Als erste Schritte der Demokratisierung wurden dabei im Herbst 1989 die ersten relativ freien Parlamentswahlen seit 1956 abgehalten, gleichzeitig erfolgte die Begnadigung vieler politischer Gefangener, die Liberalisierung von Presse und Fernsehen (welche allerdings in einem 1993 verabschiedeten Pressegesetz vom frei gewählten Parlament teilweise wieder zunichte gemacht wurde), dann die Verabschiedung einer *Nationalcharta* 1991, in der alle relevanten politischen Kräfte inklusive der Muslimbrüder, der Ba'athisten, der Kommunisten und aller palästinensischen Fraktionen sich auf ein freiheitliches politisches System im Austausch gegen Loyalität zum Königshaus verpflichteten, sowie 1992 die Legalisierung politischer Par-

teien, welche ebenfalls seit 1957 verboten gewesen waren. Die nächsten Parlamentswahlen, diesmal in einem Mehrparteiensystem, sind für November 1993 angesetzt.

Die Existenz von bis jetzt 20 politischen Parteien und freie Parlamentswahlen lassen jedoch für sich allein noch nicht auf ein demokratisches System schließen; der tatsächliche Stand der Demokratie in Jordanien bedarf genauerer Analyse.

Konstanten jordanischer Politik

Die jordanische Verfassung ist auf das Königshaus zugeschnitten und verleiht dem Monarchen nach wie vor diktatorische Vollmachten. So ist der König Oberbefehlshaber der Streitkräfte, er ernennt und entläßt den Premierminister und das Kabinett, er ernennt das legislativ gleichberechtigte Oberhaus des Parlaments und hat das Recht, das Unterhaus aufzulösen; er hat zudem ein Vetorecht auf Gesetze, das nur mit Zweidrittelmehrheit beider Kammern überstimmt werden kann. Die Tatsache, daß vor wenigen Monaten das 74. Kabinett in der 70jährigen Geschichte Jordaniens ernannt worden ist, belegt, daß der Monarch von seinen Vollmachten auch Gebrauch macht und daß an seinem Willen auch weiterhin kein Weg vorbeiführt.

Dennoch hat König Hussein nie diktatorisch und allein auf sein Militär vertrauend regiert, sondern durch geschicktes Taktieren, Kooptieren, Teilen und Beteiligen ein informelles System der Partizipation und Repräsentation aufgebaut, welches alle Eliten und Schichten zu berücksichtigen wußte. Dieses System der nicht offiziellen Konfliktregulierung baute auf drei in Jordanien traditionell bedeutungsvollen Schemata auf: »Patronage« (Vorteilsgewährung im Austausch für Loyalität), ein »individualisiertes Politikverständnis« (gedient wird Persönlichkeiten und nicht Ideen oder Parteien) und starke »Familienbande« erschweren es den sich jetzt formierenden politischen Parteien, Einfluß zu gewinnen und als Parteien in die tra-

ditionellen Entscheidungsprozesse einzudringen.

Zudem läßt das neue Parteiengesetz nur eine sehr vorsichtige Öffnung zu einem Mehrparteiensystem zu, da es die Existenz politischer Parteien von einem strikten System der Lizenzierung abhängig macht, ihnen jegliche Unterstützung von seiten des Auslandes verbietet und Unterstützung aus dem Inland auf Individuen und von diesen auf ungefähr 14 000 DM jährlich beschränkt. Die Benutzung jeglicher öffentlicher Einrichtungen ist den Parteien untersagt, Richter und Mitglieder der Sicherheits- und Streitkräfte sind von der Mitgliedschaft in Parteien ausgeschlossen, und es findet keine finanzielle Unterstützung der Parteien von seiten des Staates statt.

Vor dem Hintergrund eines auf den Monarchen zugeschnittenen verfassungsrechtlichen Systems, traditionell auf informellen Abläufen beruhenden Entscheidungsprozessen, eines restriktiven Parteiengesetzes und einer, traditionell und historisch bedingt, Parteien gegenüber ohnehin zurückhaltenden Bevölkerung, macht daher die Existenz politischer Parteien allein noch keinen nennenswerten Unterschied im Demokratiegehalt des politischen Systems.

Die jordanischen Parteien im Nahostfriedensprozeß

Die bislang 20 lizenzierten jordanischen Parteien reflektieren regional wie ideologisch alle Schichten der Bevölkerung. Beteiligt sind betont transjordanische Strömungen ebenso wie die Muslimbrüder, Kommunisten, palästinensische Gruppierungen und liberale bis konservative nationalistisch orientierte Parteien. Die neuen Parteien stellen daher, trotz ihrer relativen Machtlosigkeit und Zurückhaltung, eine Bereicherung für das politische System Jordaniens dar, als Multiplikator ebenso wie als Medium weiterreichender und vor allem offener politischer Partizipation.

Das jordanische Regime hat zu keiner Zeit Zweifel daran gelassen, welch hohen Stellenwert es dem Gelingen des

Nahostfriedensprozesses zumißt; es hat somit ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und Prestige mit dieser Frage verknüpft. Diese Priorität ist nicht nur mit der Notwendigkeit zu erklären, durch Friedenswilligkeit die internationale Isolation nach dem zweiten Golfkrieg aufzubrechen und Geldquellen neu zu erschließen, sondern sie ist auch geleitet von der Erkenntnis, daß ohne ein langfristig stabiles Staatengefüge in der Region die bis jetzt ruhigen innenpolitischen Fraktionen auch den gerade gefundenen innerjordanischen Konsens wieder aufkündigen werden. In einer Analyse der Position jordanischer Parteien zur Palästinafrage wird deutlich, wie eng ein erfolgreicher Ausgang der Nahostfriedensgespräche und das Gelingen der Demokratisierung Jordaniens zusammenhängen.

Die Muslimbrüder Jordaniens, die machtvollste politische Gruppierung unter den »Islamisten«, gewinnen einen großen Teil ihrer Zustimmung durch substantielle Ablehnung der Friedensverhandlungen und eine radikale Palästinahaltung, die Platz für einen Staat Israel nicht vorsieht. Dennoch sind sie bis jetzt gut in das informelle politische System Jordaniens eingefügt, an den Entscheidungsprozessen beteiligt, und sie stehen nicht in direkter Opposition zum Regime. Ihre Popularität bei der Bevölkerung steht jedoch auf wackligen Beinen; es ist zu befürchten, daß sie, sobald die Unzufriedenheit mit dem Regime in der Bevölkerung zunimmt und dementsprechend die Erwartungen an die Muslimbrüder steigen, diese Popularität durch eine fundamentalere Sozialpolitik und aber eben auch durch eine noch stärker radikalisierte Palästinapolitik zu halten versuchen. Die Muslimbrüder Jordaniens scheuen die direkte Auseinandersetzung mit dem Regime, und einer Friedensregelung mit Zustimmung der Palästinenser in den Besetzten Gebieten werden sie sich nicht widersetzen; aber je länger und erfolgloser sich der Friedensprozeß hinzieht, desto wesentlicher ist es für die Muslimbrüder, sich von dem dann scheinbar erfolglosen Regime ideologisch



1989: König Hussein kommentiert die ersten allgemeinen Parlamentswahlen seit 22 Jahren

Foto: dpa/epa

abzugrenzen. Gerade wenn man die Islamistische Bewegung auch als eine Abwehrreaktion gegen den politischen und kulturellen Imperialismus des Westens begreift und den Staat Israel als Speerspitze und permanent sichtbare Inkarnation dieses Imperialismus und aller westlichen Überlegenheit versteht, wird erkennbar, welche fundamentale Bedeutung der Verlauf der Friedensgespräche für die Popularität der Muslimbrüder in Jordanien und Palästina besitzt.

Traditionelle jordanische und etablierte palästinensische Kreise liberaler und konservativer Grundhaltung stehen dem Regime positiv gegenüber und se-

hen die Friedensgespräche nicht ablehnend, aber mit großer Skepsis. Sie werden alle Ergebnisse akzeptieren, aber auf ihre Unterstützung wird das Regime im Falle eines Scheiterns der Friedensgespräche nicht zählen können.

Parteien der verschiedenen palästinensischen Fraktionen sind bislang in den neuen jordanischen Konsens integriert, sie lehnen die Friedensgespräche jedoch im Rahmen der von ihrer Mutterorganisation vertretenen Haltungen ab. Auch sie werden ein von den Palästinensern in den Besetzten Gebieten akzeptiertes Ergebnis nicht ablehnen, ihr fortgesetzter Konsens mit dem Regime wäre

jedoch ohne ein dauerhaftes Ergebnis der Friedensgespräche auf unsichere Fundamente gestellt.

Die konservativen, regimetreuen, »transjordanisch« orientierten Parteien erscheinen als zuverlässigster Partner der Regierung, da sie als einzige Parteien das Schicksal der Palästinenser nicht mit ihrer Haltung zum Regime verknüpfen. Dennoch sind es gerade diese betont unpalästinensisch eingestellten Parteien, deren Haltung gegenüber den Palästinensern im Lande (»Die sollen Jordanier werden, wenn sie hier leben wollen«) nur tragbar ist, wenn es gelingt, den Palästinensern eine Wahlmöglichkeit zu offerieren.

Die Perspektive

Der Nahostfriedensprozeß und die Demokratisierung Jordaniens wurden erst möglich durch die Auflösung weltweiter Blockbildung im allgemeinen und durch eine Trennung jordanischer und palästinensischer Ziele im speziellen. Der Demokratisierungsprozeß Jordaniens ist dabei einen großen Schritt weiter als vor 1989, er ist jedoch von unseren westlichen Maßstäben einer »Parteiendemokratie« noch weit entfernt.

Dennoch hat die Demokratisierung Jordaniens dem Nahostfriedensprozeß insoweit vorgegriffen, als sie erstmalig auf einem Grundkonsens aller politischen Fraktionen aufbaut, der eine Trennung palästinensischer und jordanischer Angelegenheiten voraussetzt. Dieser Grundkonsens ist von islamistischer, palästinensischer und von jordanischer Seite in Gefahr, sollte es im Friedensprozeß keine Lösung geben; die Palästinafrage wäre dann weiterhin Determinante jordanischer Innenpolitik, dadurch Gefährdung des Regimes und somit wesentliches Hindernis für eine Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses.

Der Westen muß sich bezüglich des Nahostfriedensprozesses fragen, welche Faktoren im Nahen Osten eine Demokratisierung wie die derzeit in Jordanien stattfindende bis jetzt verhindert haben; denn auch dieser zarte Versuch wird

nicht gelingen, solange nicht eine tragfähige Lösung der Palästina-problematik gefunden ist. Im bisherigen Verlauf des Friedensprozesses wurden jedoch noch keine Kompromisse angeboten, die tatsächlich die Möglichkeit einer langfristig friedlichen Koexistenz von Israelis und Palästinensern erkennen ließen.

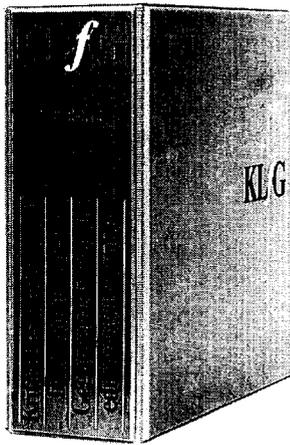
Der Artikel basiert auf einem Forschungsaufenthalt des Autors in Jordanien von September 1992 bis Juli 1993 sowie auf einer wissenschaftlichen Ausarbeitung über den Prozeß der Parteienbildung und die Demokratisierung des politischen Systems Jordaniens.

LUDWIG WATZAL

Zur Lage der Menschenrechte – Die »Folterkonferenz« in Tel Aviv

Während mit großem Pomp die Weltmenschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen in Wien eröffnet wurde, fand zur gleichen Zeit in Tel Aviv eine Konferenz statt, die sich unter den Titel »Der Internationale Kampf gegen Folter und das israelische Beispiel« mit der Folterpraktik des israelischen Geheimdienstes *Shin Bet* an Palästinensern befaßte. Veranstalter waren die »Vereinigung der israelisch-palästinensischen Ärzte für Menschenrechte (PHR)« und das »Öffentliche Komitee gegen Folter in Israel (PCATI)«. In unmittelbarer Nähe der deutschen Botschaft und ohne Beteiligung der deutschen Korrespondenten vor Ort diskutierten Vertreter israelischer und palästinensischer Menschenrechtsorganisationen sowie Repräsentanten des Internationalen Roten Kreuzes, *amnesty international* und des UN-Flüchtlingshilfswerkes (UNWRA) über die Folterpraktiken, deren Auswirkungen auf die Opfer, möglichen Rehabilitationsmaßnahmen und politischen Gegenstrategien.

edition text + kritik Schreiben andernorts:



Heinz Ludwig Arnold (Hg.)

Kritisches Lexikon zur fremdsprachigen Gegen- wartsliteratur - KLfG -

Loseblattwerk,
ca. 6.100 Seiten, DM 275,-
öS 2.145,- / sfr 275,-
Register und sechs Ordner

Das KLfG stellt Leben und Werk herausragender Schriftsteller der Weltliteratur vor: zeitgenössische Autorinnen und Autoren, die die Literatur ihres Sprach- und Kulturraums prägen. Die kritische Darstellung orientiert sich am originalsprachigen Werk und reflektiert den jeweiligen gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrund. Die Bibliographien verzeichnen alle Originalausgaben und Übersetzungen ins Deutsche sowie die wichtigste Sekundärliteratur.

Reihe Schreiben andernorts
Hg. von Renate Oesterheld

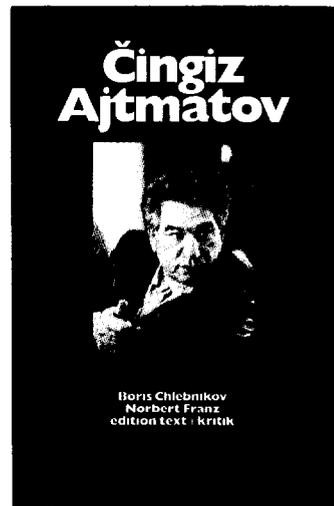
Erhard Engler
Jorge Amado
180 Seiten, DM 28,50
öS 222,- / sfr 29,50
ISBN 3-88377-410-3

Helmut H. Koch
Ernesto Cardenal
181 Seiten, DM 28,50
öS 222,- / sfr 29,50
ISBN 3-88377-417-0

Hermann Herlinghaus
Alejo Carpentier
188 Seiten, DM 26,50
öS 207,- / sfr 27,50
ISBN 3-88377-404-9

Klaus Kreimeier
Nadine Gordimer
166 Seiten, DM 26,50
öS 207,- / sfr 27,50
ISBN 3-88377-390-5

Hartmut Fähndrich
Nagib Machfus
170 Seiten, DM 26,50
öS 207,- / sfr 27,50
ISBN 3-88377-389-1



Boris Chlebnikov /
Norbert Franz
Čingiz Ajtmatov
182 Seiten, DM 28,50
öS 222,- / sfr 29,50
ISBN 3-88377-409-X

edition text + kritik GmbH
Levelingstraße 6 a
81673 München

Die sachliche Atmosphäre der Konferenz ließ auf eine gewisse Routine der Vortragenden mit dem Gegenstand schließen.

Ansehensverlust

Der Tenor der Konferenz: Mit Wissen und Billigung der Regierung werden Palästinenser durch den Geheimdienst Shin Bet gefoltert, an deren Folgen einige sterben, andere sich aus Verzweiflung in ihren Zellen erhängen und die Mehrzahl psychische und physische Schäden davonträgt. Die Menschenrechtsorganisationen versuchen – mit wenig Resonanz im westlichen Ausland –, durch ihre Veröffentlichungen auf diese Mißstände aufmerksam zu machen. Nach Meinung ihrer Sprecher ist es völlig unverständlich, daß die »Freunde Israels« nicht bei der israelischen Regierung intervenieren. Denn sie sehen den Einsatz für die Menschenrechte als ein universelles Anliegen an, das nicht durch politische Rücksichtnahmen relativiert werden dürfe. So forderte die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer in einem Interview mit dem Autor die Deutschen auf, »nicht länger zu diesen Vorgängen zu schweigen und trotz eines möglichen Antisemitismusvorwurfs sich von Israel nicht länger moralisch erpressen zu lassen. So will Israel die Stimme des Gewissens, die sich gegen unsere Vergehen an den Palästinensern erhob, zum Schweigen bringen – durch Erinnerung an die Verbrechen, die die Nazis uns gegenüber begangen hatten. So lautet der Haupteinwand Israels: »Mit eurer Vergangenheit habt ihr kein Recht, uns Moral zu predigen«.

Die Kritik an Menschenrechtsverletzungen gilt universal. Sie hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Daß Israel auf Kritik aus Deutschland besonders sensibel reagiert, ist nur zu verständlich. Insbesondere durch die rassistisch und vulgär-nationalistischen Exzesse gegenüber Fremden in der letzten Zeit ist man in Israel sehr beunruhigt und äußert zu Recht Kritik daran. Uns ist dadurch schlagartig deutlich geworden, daß wir mit dem Fremden in humanerer Weise als bisher umgehen müssen. Wenn die Juden nach

2000 Jahren immer noch an einem Mord zu tragen haben, um wieviel schwerer haben wir es dann nach sechs Millionen, um Hendrik Broder zu zitieren.

Israel hat gegenüber den sie umgebenden arabischen Despoten den großen Vorteil, daß es die 15 Menschenrechtsorganisationen frei und unbehelligt arbeiten läßt, was man von den wenigen Menschenrechtsorganisationen in den verschiedenen arabischen Ländern nicht sagen kann. Israel ist zu Recht stolz auf seine am Westen orientierte rechtsstaatliche Tradition. Um so mehr sollte das Land bemüht sein, auch die Palästinenser an diesen demokratischen Regeln unter der Besatzung partizipieren zu lassen; denn das Recht ist unteilbar. Ein demokratisches Land wird daran gemessen, inwieweit es sich an rechtsstaatliche Regeln hält. Von Diktaturen erwartet man dieses sowieso nicht. Als Demokratie wird Israel deshalb mit anderen Maßstäben gemessen.

Die Kritik von Menschenrechtsverletzungen in Israel kommt nicht aus dem Ausland, sondern israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen sowie Persönlichkeiten wie Yeschayahu Leibowitz klagen die Regierung wegen diverser Vergehen an. Den Umstand einer 26jährigen Besatzungszeit halten viele Intellektuelle nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus moralischen Gründen für eine Katastrophe. Sie fragen sich nicht ohne Grund, wie lange sich das Land diesen Luxus noch leisten könne, bevor es völlig sein internationales Ansehen sowie die große humanistische Tradition des Judentums verspielt habe.

Zu diesem Ansehensverlust tragen die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen bei. Zu den am häufigsten begangenen Rechtsbrüchen zählen: die Sprengung und Versiegelung von Häusern, völkerrechtswidrige Deportationen, Kollektivstrafen, Verhängung von Ausgangssperren, Menschen unter Administrativhaft zu stellen und in Internierungslager zu sperren, Diskriminierungen im Steuer- und Sozialversicherungssystem sowie Folterungen, deren häufig-

ste Methoden sind: Schlaf- und Essensentzug, das Tragen von dreckigen Kapuzen, Eingesperrtsein in engen Räumen, in denen es nicht möglich ist, aufrecht zu stehen (*closet*) oder in die kalte Luft geblasen wird (*refrigerator*), Verbalinjurien, Morddrohungen, körperliche Mißhandlungen sowie Schlagen und Treten in den Genitalbereich und andere Perverstitäten.

Nach Haim Gordon von der Ben Gurion Universität in Beer Sheva sind die Folterungen durch den Geheimdienst »legalisierter Sadismus«. In zivilisierten Ländern sei es üblich, daß die »Schuld bewiesen werden muß. Die Frage der Schuld der Palästinenser stellt sich aber nie, das interessiert die Shin Bet-Verhörer nicht«. Nach Meinung der renommierten israelischen Menschenrechtsorganisation *B'Tselem* beteiligt sich fast das gesamte israelische Sicherheitsestablishment an der Rechtfertigung der Menschenrechtsverletzungen. Eine oft verwandte Begründung ist die »Anpassung der Regularien an die neue Situation«. In bezug auf die Tötung von Palästinensern durch »Todesschwadronen«, sogenannte undercover units, die aus als Araber verkleideten Israelis bestehen und mißliebige Palästinenser liquidieren, bewertet *B'Tselem* wie folgt: Der Armeesprecher »creates the impression that the IDF Spokesperson gives the media misleading information, based on distorted reports from forces in the field . . . or, even worse, announcements intended to knowingly cover-up illegal activity«.

Bürokratisierung?

Erst kürzlich hat PHR eine Skizze des »Slaughter House«, der speziellen Verhöreinheit des Geheimdienstes im Zentralgefängnis von Gaza, veröffentlicht, die von ehemaligen Gefangenen erstellt worden ist. Für eine rechtliche Kontrolle des Geheimdienstes sprach sich auf der »Folterkonferenz« der bekannte Menschenrechtsanwalt Avigdor Feldman aus. Der *Shin Bet* existiere jenseits des Gesetzes; »er kam mit dem Staat Israel«.

Seine Macht sei durch kein Gesetz legitimiert; er existiere als ein »parasitäres System«, das in den offiziellen Strukturen der Polizei und den Gefängnissen arbeite und seine Macht für illegale Zwecke nutze. Der jeweilige Gefängnisdirektor habe in dem Teil, in dem der *Shin Bet* arbeite, keinerlei Befugnisse. Für Feldman gibt es zwei Kategorien von Staaten: die einen bestreiten jede Art von Folter, andere hingegen geben ebensolche zu. Israel sei auf dem Weg zu letzterem, weil hier eine »Bürokratisierung der Folter« stattfinde. Israel sei ein Beispiel dafür, wie sich ein Staat eine Rechtfertigung für Folter schaffe und dabei das Image eines demokratischen Systems aufrechterhalte. Die Medien schauten weg; sie wollten damit nichts zu tun haben. Die Fundamente dieser »postmodernen Foltergesellschaft« seien durch den Landau-Bericht gelegt worden, der dem Geheimdienst von Rechts wegen die Anwendung »moderater physischer Gewalt« gestatte. Dieses System der »verbürokratisierten Folter« arbeite ohne »Schamgefühl« und habe sich in den letzten vier bis fünf Jahren herausgebildet.

Das System der Folter kann nur in Kooperation mit den Ärzten aufrechterhalten werden. Nach Meinung von Rela Mazali von PHR »geben die Ärzte ihre Genehmigung zur Folter der Gefangenen, da sie sie während der Verhöre sehen, und diese nicht unterbinden«. In einem Formblatt, das die Ärzte regelmäßig ausfüllen, bestätigen sie, daß die Gefangenen eine Kapuze tragen, für lange Zeit stehen können und für Verhöre gesundheitlich tauglich sind. Die »Folterkonferenz« in Israel zeitigte bereits zwei Erfolge: Ursprünglich wollte Justizminister David Liba'i eine Gesetzesinitiative gegen Folter, die in der Knesset eingebracht wurde, verhindern. Aufgrund öffentlichen Drucks mußte er diesen Gesetzesantrag an eine spezielle Kommission weiterleiten. Auch die Vorsitzende der israelischen Ärztevereinigung, Miriam Zangen, hat an Ministerpräsident Yitzhak Rabin einen Brief mit den Worten geschrieben: »Ärzten ist die Zusammenarbeit mit Folterknechten streng

verboten.« Dem Ärzteverband war nicht bekannt, daß sich einige Berufskollegen zu solchen Tätigkeiten bereiterklären. Nach Zangen stehe ein solcher Fragebogen im Widerspruch zur Tokioer Erklärung von 1975, nach der jedem Arzt verboten ist, sich an Folterungen zu beteiligen. Der Ärzteverband will seine Mitglieder auf das Formular und die eindeutig ablehnende Haltung des Vorstandes hinweisen.

Nach der Regierungsübernahme von Ministerpräsident Yitzhak Rabin hat sich die Lage der Menschenrechte der Palästinenser nach übereinstimmender Meinung aller Repräsentanten der palästinensischen und israelischen Menschenrechtsorganisationen verschlechtert. Seine Entscheidung, über 400 Palästinenser gegen das Völkerrecht und alle Normen der Humanität im unwirtlichen Libanongebirge abzukippen, führte zur Eskalation der Gewalt. Die seit dem 30. März 1993 in Kraft befindliche totale Abriegelung der besetzten Gebiete, die ein ganzes Volk mit einer Kollektivstrafe überzieht, die völkerrechtswidrig ist, war als Antwort auf die Terroranschläge von Palästinensern auf israelische Soldaten und Zivilisten gedacht. Selbst sogenannte *Meretz-Liberale* wie der Direktor der israelischen Menschenrechtsorganisation *B'Tselem*, Yizhar Be'er, sehen in der totalen Abriegelung keine Verletzung der Menschenrechte. »Jede Macht hat das Recht, seine Grenzen zu schließen.« Die jetzige Situation verstoße nicht gegen das Völkerrecht, so Be'er. »Es ist eine Art des Friedens.« Die Abriegelung kann nach ihm aufrechterhalten werden; die Palästinenser müssen aber nur Zugang zu den elementarsten sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen sowie zu Ost-Jerusalem haben.

Von der zeitlichen Befristung der Abriegelung ist Israel in der Zwischenzeit abgerückt. Nach Angaben der Regierung gilt sie unbefristet. Die totale Abriegelung hat auf die palästinensische Bevölkerung verheerende ökonomische und soziale Auswirkungen, da nach israelischen Angaben rund 65 000 Palästinenser – vor der Abriegelung waren es

125 000 – aus dem Gaza-Streifen und der Westbank eine Arbeitserlaubnis in Israel erhalten haben und nur einige ihre Verwandten in Ost-Jerusalem besuchen können. Diese Maßnahmen werfen die Frage nach den völkerrechtlichen Grundlagen israelischer Besatzungspolitik auf.

Der ursprüngliche Kern des Problems ist nicht primär ein politischer – dies wurde es erst im Laufe der Besatzungszeit –, sondern ein rechtlicher. Israel hat zwar »politische Fakten« geschaffen, ist aber dadurch noch lange nicht im Recht. Die Okkupation der Westbank, des Gaza-Streifens und der Golan-Höhen war völkerrechtlich eine »kriegerische Besetzung«. In einem solchen Falle kommen das Haager Abkommen von 1899 und die Haager Landkriegsordnung (HLKO) vom 18. Oktober 1907 sowie die Vierte Genfer Konvention (VGK) zum Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte vom 12. August 1949 mit ihren Protokollen von 1977 zur Anwendung. Diese beiden Rechtskreise, der Haager und der Genfer Rechtskreis, gehören zum humanitären Völkerrecht. Daneben gibt es noch den Schutz der Menschenrechte; zu ihm zählt z. B. der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966. In dieser Art Vertragsvölkerrecht werden die Beziehungen eines Staates zu seiner eigenen Bevölkerung in Friedenszeiten geregelt. Beide Bereiche, Völkergewohnheits- und -vertragsrecht, gehören eng zusammen.

Israel erkennt nur die HLKO als auf die besetzten Gebiete anwendbar an. Die VGK mit ihren 429 Artikeln wird von Israel – gegen die Meinung aller Völkerrechtler – dagegen nicht anerkannt, obwohl das Land sie 1951 ohne Vorbehalte unterzeichnet hat. Israel stützt seine Argumentation auf Artikel 2 der Konvention. Dort heißt es, daß die VGK auf alle Fälle eines erklärten Krieges oder eines anderen bewaffneten Konfliktes anzuwenden sei, der zwischen zwei oder mehreren Hohen Vertragsparteien entsteht, auch wenn der Kriegszustand von einer dieser Parteien nicht anerkannt wird. Die VGK findet Anwendung auf eine teilweise oder totale Besetzung eines Gebietes

einer Hohen Vertragspartei, selbst dann, wenn einer Besetzung kein Widerstand entgegengebracht worden ist. Einige israelische Juristen – unter ihnen der Präsident des Obersten Gerichts in Israel, Meir Shamgar, argumentieren, daß sich die vGK nur auf Besetzungen durch eine Hohe Vertragspartei bezögen, wenn diese ein Gebiet legitim besessen habe. Dies träfe aber weder auf Jordanien, das die Westbank annektiert, noch auf Ägypten, das den Gaza-Streifen nur militärisch verwaltet habe, zu. Diese Position wurde bereits 1977 von dem damaligen israelischen Außenminister Moshe Dayan vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgetragen.

Die internationale Völkerrechtsgemeinschaft weist die israelischen Einwände mit den Argumenten zurück, daß die Gültigkeit der vGK nicht von der formalen Souveränität über ein Gebiet abhängt. Sie sei auf alle Gebiete anwendbar, unabhängig vom Status derselben. Artikel 2 sei somit auf alle gewaltsamen Konflikte, die zwischen zwei oder mehreren Parteien entstanden sind, anzuwenden. Artikel 4 der vGK garantiert allen Menschen Schutz, die sich unter der Kontrolle einer Besatzungsmacht befinden.

Während Israel die Anwendbarkeit

der vGK in Frage stellt, fühlt sich das Land an die »humanitären Bestimmungen« der vGK gebunden, ohne jedoch zu sagen, worin diese bestehen. Es fällt schwer einzusehen, daß die Bestimmungen, die Folter verbieten, nicht als »humanitär« bezeichnet werden können. Da die vGK von fast allen Staaten unterzeichnet worden ist, muß sich die Staatengemeinschaft fragen lassen, was sie gegen Verstöße eines Vertragspartners tut, da laut Artikel 146 bis 149 solche Verstöße einen schweren Bruch der Konvention darstellen und geahndet werden müssen. Artikel 146 sieht Strafmaßnahmen für solche Verletzungen wie willkürliches Töten, Folter, Deportationen, ungesetzliche Haft und willkürliche Verhinderung eines fairen Prozesses vor. Da Israel gegen alle diese Straftatbestände fortwährend in den besetzten Gebieten verstößt, ist die internationale Staatengemeinschaft zum Eingreifen und Handeln verpflichtet, da sie sonst selbst die vGK verletzen würde. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Setzte man noch gegen Saddam Hussein – wegen Nichtbeachtung einiger UNO-Resolutionen – eine internationale Armada in Gang, ist von einer solchen gegen Israel weit und breit nichts zu sehen. Bisher hat Israel 66 UN-Sicherheitsratsresolutionen nicht befolgt

Nachrichten über die Nahost-Friedenskonferenz

Foto: dpa



plus 29 weitere, die durch ein amerikanisches Veto gestoppt worden sind. Wie sagte Felicia Langer auf der »Folterkonferenz«: »Wenn ein Staat solche Immunität genießt, verliert er alle Hemmungen.«

Illegale Siedlungen

Vom Standpunkt des Völkerrechts sind alle israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten illegal und müssen bei einer friedlichen Regelung geräumt werden. Nach Artikel 49/6 VGK ist es einer Besatzungsmacht nicht gestattet, »Teile ihrer eigenen zivilen Bevölkerung in das Gebiet, das sie besetzt hält, zu transfieren«. Auch darf das Eigentum nach Artikel 33 VGK und 46 HLKO nicht zerstört oder enteignet werden, was aber immer wieder in Form von Sprengungen von Häusern geschieht. So wurden in den Monaten Mai bis Juli allein drei Häuser der Großfamilie von Ibrahim Ahmad Hassan Mash'al im Dorf Suwakra vom Militär gesprengt, das letzte am 26. Juli 1993. Da die Familie diese Häuser ohne Baugenehmigung errichtet hatte – sie hatte sich seit 1988 vergeblich um eine bemüht –, scheint die Besatzungsmacht formal im Recht zu sein. Nach Artikel 119 der Notstandsverordnungen aus der britischen Mandatszeit ist das Zerstören von Häusern gestattet. Auch dieses »Recht« findet selektiv – wenn es zum Nutzen Israels ist – immer noch Anwendung. Im Gegensatz zu den Palästinensern erhalten israelische Siedler Genehmigungen für die Errichtung ihrer Siedlungen.

Hatte man bis 1979 das Land für »militärische Zwecke« enteignet und das Land an Siedler übertragen, so bedient man sich heute der juristischen Formel vom »Staatsland«. Gemäß Militärerlaß Nr. 59 definiert Israel das Land, das am 6. Juni 1967 dem feindlichen Staat gehörte, als eigenen Staatsbesitz. Ergänzend legitimiert Militärerlaß Nr. 364 die Erklärung der Behörden, daß dieses Land bis zum Beweis des Gegenteils Staatsland bleibe. Nach Artikel 55 HLKO darf eine Besatzungsmacht Staatseigentum nur nach den Regeln des Nieß-

brauchs nutzen und verwalten. Artikel 50 HLKO verbietet die Verhängung von Kollektivstrafen. Diese werden aber ständig in Form von Ausgangssperren – oder wie seit dem 30. März 1993 in Form der totalen Abriegelung der besetzten Gebiete geschehen – verhängt.

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten beklagen sich in Gesprächen über die vielfältigen Diskriminierungen durch die israelische Besatzungsmacht. Eine besondere Art der Benachteiligung erfahren die palästinensischen Arbeiter, die in Israel beschäftigt sind. Sie zahlen für Sozialleistungen, die nicht wieder an sie zurückfließen. Die Ungleichbehandlung geht auf eine Entscheidung vom 8. Oktober 1970 zurück, nach der israelische und palästinensische Arbeiter die gleichen Sozialabgaben zu entrichten hätten. Die Gründe für diese Entscheidung waren erstens, daß die Lohnskala durch den Import billiger Arbeitskräfte nicht zu stark beeinträchtigt werden sollte, und zweitens, daß die Anstellung der Arbeiter aus den besetzten Gebieten nur temporär sein sollte, weil man zu dieser Zeit den Status der Gebiete von Regierungsseite auch noch als vorübergehend angesehen hatte.

Ogleich die palästinensischen Arbeiter den vollen Sozialversicherungsanteil bezahlen, erhalten sie nur einen geringen Teil in Form von Sozialleistungen wieder zurück. So steht ihnen im Falle eines Arbeitsunfalles oder der Schließung des Betriebes eine Kompensation zu. Sie erhalten jedoch kein Arbeitslosengeld, keine Rente, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Invalidenrente, Lohnfortzahlung bei Schwangerschaft wie ihre israelischen Kollegen. In den letzten 23 Jahren wurden den palästinensischen Arbeitern 13,7 Prozent für Sozialversicherung abgezogen. Nur 2,7 Prozent wurden aber tatsächlich in die Sozialversicherung übertragen. Der Rest floß in den Säckel des Finanzministers, obwohl auf dem Lohnstreifen auch dieser Betrag für die Sozialversicherung ausgewiesen war.

Die Beträge, die in den Säckel des Finanzministers geflossen sind, wurden niemals veröffentlicht. Die israelische

Menschenrechtsorganisation *Kav La'oved* (Workers Hotline), die sich besonders der Rechte der palästinensischen Arbeiter annimmt, nennt diesen Vorgang einen »Massenbetrug«. Die Begründung von seiten des National Insurance Institutes (NII) lautete, daß »die Nutznießer nicht ausfindig gemacht werden konnten«. Workers Hotline hält diese Begründung für einen »hollow excuse for a government which monitors the movement of all Palestinians with the thoroughness of a tine tooth comb«. Auf diesem Wege werden enorme Summen akkumuliert. Von den einbehaltenen Gesamtbeiträgen zur Sozialversicherung wurden 1991 rund 86 Mio. Shekel vom NII zum Finanzministerium transferiert. Die tatsächliche Summe, die zum NII überwiesen wurde, belief sich auf 6,6 Mio. Shekel. Im Jahre 1992 beliefen sich die Beiträge für erstere auf 104,5 Mio. Shekel an das Finanzministerium und 7,8 Mio. Shekel für die NII. »Diese Ungleichheit hat ihre Ursache in einer Regierungspolitik, die die Besoldungsstelle anweist, eine unkorrekte Buchführung zu unterhalten«, so Workers Hotline in ihrem Rundbrief vom März 1993.

Man sollte meinen, daß eine solche Gleichbehandlung ein klassisches Betätigungsfeld für eine Gewerkschaftsorganisation sein würde. Doch der offizielle israelische Gewerkschaftsverband HISTADRUT sieht hier keinen Handlungsbedarf. Palästinensern ist es nicht gestattet, dort Mitglied zu werden. Dies hindert den Staat aber nicht, 0,8 Prozent des Lohnes von Palästinensern an die HISTADRUT abzuführen, für »professional organization care«, wie es in dem Beschluß vom Oktober 1970 heißt. Die HISTADRUT setzt sich weder für eine Lohnfortzahlung für Palästinenser bei Arbeitslosigkeit noch für die Anwendung des Sozial- und Arbeitsrechts für palästinensische Arbeiter, die in den Siedlungen beschäftigt sind, ein. Diese Untätigkeit setzt die Arbeiter einer noch größeren Ausbeutung aus, als sie sowieso schon ausgesetzt sind. Selbst in HISTADRUT-eigenen Coop-Gesellschaften ist es der Gewerkschaft gelungen, einigen ihrer Arbeiter

nur die Hälfte des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohnes zu zahlen.

Daß dieser »Massenbetrug« von Staats wegen auch von israelischen Verbänden nicht mehr schweigend hingenommen wird, zeigt die Eingabe der *Flower Growers Union* vom 31. Juli 1991 an das Oberste Gericht Israels gegen das Labor Bureau. Der Verband argumentierte, daß er nicht mehr länger bereit sei, Sozialabgaben für die Arbeiter aus den besetzten Gebieten an die NII zu zahlen, da diese Zahlungen zum größten Teil dem Finanzministerium zugute kämen; dies stelle eine zusätzliche »illegale Steuer« dar, weil das Geld nicht der NII zuflüsse. Der Verband bat das Gericht, ihn von dem Teil der Zahlungen, der an das Finanzministerium fließt, zu entbinden. Das daraufhin eingesetzte ministerielle Komitee erarbeitete ein Gesetz, das einen neuen Namen bekam, aber alles beim alten beließ.

AMIR ESHEL

Emil Habibi

An der Preisverleihung des israelischen Staatspreises für Literatur 1992 saß ich ganz geduckt«, erzählt Emil Habibi, an den als erstem palästinensischen Autor die höchste israelische Staatsauszeichnung gehen sollte. »Ich fühlte an diesem Staatsempfang die ganze Tragödie meines Volkes als Last auf meinen Schultern.« Was mich am meisten beschäftigte war, fügt der Autor, der zwei Jahre zuvor den PLO-Literaturpreis entgegennahm, hinzu, »ob ich Schamir die Hand geben sollte oder nicht. Aber dann bekam ich Hilfe von der radikalsten Rechtspartei in Israel. Vier ihrer Mitglieder begannen mit Buhrufen. Einer von Ihnen, der bereits einen Preis erhalten hatte, schrie, er gebe diesen erhaltenen Preis zurück, wenn dem Feind des israelischen Volkes ein Preis verlie-

hen werde. Als ich das hörte«, fährt er fort, »konnte ich meinen Kopf erheben. Die Leute im Saal begannen auf das Geschrei zu reagieren. Mehr als viertausend Eingeladene waren dort, darunter viele Araber, und die große Mehrheit wehrte sich gegen diese Rechtsradikalen, ja, man warf sie aus dem Saal. Alle waren mit mir. Und der, der sich nun unbehaglich fühlte, war nicht mehr ich, sondern Schamir. Einen Moment lang«, erzählt er, »fürchtete ich, daß er nun mir die Hand nicht mehr schütteln würde.«

Man müßte über Emil Habibi, sehr wahrscheinlich gegen seinen Willen, als Symbolfigur des bitteren Konfliktes zwischen Palästinensern und Juden sprechen. Zur Symbolfigur wurde er auch wegen seiner Entscheidung, den israelischen Staatspreis anzunehmen. Dieser feinfühligste Autor, der seit mehr als zwanzig Jahren als einer der bedeutendsten arabischen Autoren unserer Zeit gilt, mußte sich gegen die Angriffe arabischer und palästinensischer Kollegen – er sei ein Verräter – entscheiden, um, so rechtfertigt er seine Entscheidung, die Strömung in Israel zu unterstützen, die für eine gerechte politische Lösung des Konfliktes eintritt. Er wußte nämlich, daß drei der fünf Professoren des Preiskomitees Aktivisten der israelischen Friedensbewegung sind. Emil Habibi, der, wie er es ausdrückt, sein Leben lang »zwei Melonen in einer Hand« zu halten versuchte – die der Literatur und die der politischen Arbeit – wählte somit die salomonische Lösung.

Der 1921 in Schafa Amr bei Nazareth, damals Palästina, geborene Lehrer- und Ingenieursohn, ließ sich zuerst als Raffinerie-Ingenieur ausbilden, wählte dann aber bald den publizistischen Weg. Seine erste Station war der mandatorisch-palästinensische Rundfunk in Jerusalem. Emil Habibi gehört in dieser Zeit, also die vor der Entstehung des Staates Israel, zu den Gründern der palästinensischen und später der israelischen Kommunistischen Partei. Von nun an widmet sich Emil Habibi der Aktivität im Rahmen seiner Partei, die jahrzehntelang maßgebend das politische Bewußtsein der in Israel nach

1948 gebliebenen Palästinenser prägte. Viele Jahre war er Herausgeber des Parteiorgans »Al-Ittihad (Die Union)«, zu deren Gründer 1944 er ebenso zählt. Fast zwanzig Jahre lang, zwischen 1952 und 1972, vertritt er seine Partei als Knessetabgeordneter.

Auch während der Zeit jener intensiven politischen Arbeit, schreibt Emil Habibi Prosa. Neben dem Werk palästinensischer Dichter, wie Samich al-Kassim, Machmud Darwisch und Taufik Sajjad, stehen seine Kurzgeschichten im Mittelpunkt des literarischen Interesses der Palästinenser in Israel. Dennoch ist es vielleicht bezeichnend, daß er erst 1974, also nach seinem Rücktritt vom Knesset, mit seinem Buch »Der Peptimist« höchste literarische Anerkennung finden konnte. Das Kunstwort »Peptimist« versucht, das von Habibi erfundene arabische Wort »Mutasa 'il« – ebenfalls die Zusammensetzung von »Pessimist« und »Optimist« – wiederzugeben. Said, der Held oder eher Antiheld dieser pittoresken Geschichte stellt in der komplexen Beschreibung seiner Figur mehr als eine bloße Fabelkreatur dar. Said muß ja, in der Realität einer unterdrückten Minderheit, wie die der in Israel lebenden Palästinenser, beide Perspektiven – die des sarkastischen Pessimisten, sowohl als auch die Perspektive eines nüchternen Optimisten, ständig bewahren.

Als Kleinspitzel der israelischen Sicherheitskräfte verkörpert Said, der auch der »Glücklose« genannt wird, viele der menschlich nur denkbaren Schwächen. Dennoch wird er in seinem Verhalten nicht pauschal verurteilt. »Bei meiner literarischen Arbeit fand ich heraus«, erzählt Emil Habibi in einem Interview der schweizerischen Wochenzeitung (14. 5. 93), »daß das beste Maß für Humanismus die menschliche Schwäche ist: Schwäche zeigen und nicht verstecken – sie dabei aber nicht ausstellen, sondern respektieren«. Und Said, wie auch die anderen Figuren in dem Werk Habibis, zeugen von menschlichem Respekt.

Die Fähigkeit Saids die eigene »Geschichte der Schwächen« so zu erzählen, daß bei den Lesern kein Eindruck entste-

hen könnte, es handele sich um eine ein-dimensionale Interpretation der Ereignisse, ist wohl Spiegelbild der eigenen Einstellung Emil Habibis zur Vielschichtigkeit der Realität. So besaß Habibi schon 1947 die bei den Palästinensern zu jener Zeit kaum vorhandene Weitsichtigkeit, dem von der UNO vorgeschlagenen Teilungsplan Palästinas zuzustimmen. Dieses Realitätsverständnis bestimmt auch weitgehend seinen literarischen Stil, der von Ironie und klugem Witz gefärbt ist. Einem Emil Habibi ist es somit auch erlaubt, sich über das bis hinauf zu Yassir Arafat rituell gemachte V-Zeichen zu mokieren: »Als würden wir Palästinenser von Sieg zu Sieg eilen. . .«.

Wie Said, der »Peptimist«, so ist auch Abdalkarim Abul-Abbas, der Protagonist in »Das Tal der Dschinen«, Palästinenser. Man kann in der Beschreibung dieser fiktiven Figuren aber darüber hinaus, den der Moderne so charakteristischen »Kampf gegen die Zeit« wiederentdecken. Dieser Kampf resultiert in der Prosa Habibis aus dem existentiellen Chaos, den seine Akteure auch in ihrer politischen Unterdrückung innewohnen. So ist in »Das Tal der Dschinen« die meisterhaft gezeichnete Kernsituation, die eines gigantischen Verkehrsinfarktes in Haifa. In der Stadt also, die seit hundertfünfzig Jahren von Arabern und Israelis gleichzeitig bewohnt wird. Haifa ist auch der Wohnort Emil Habibis; da wo das mögliche friedliche Zusammenleben zwischen Arabern und Juden seit 1948 nie ernsthaft in Gefahr geraten würde. Neben dem phantastischen, dem Verlauf dieser verzwickten politischen Fabel über das Verhältnis der 1947/48 aus Palästina geflüchteten oder vertriebenen Palästinenser zu denen, die da geblieben sind, beweist Emil Habibi in diesem Buch seine wahre Erzählkunst. Die Kunst nämlich, eine authentische »Geschichte« aufzuzeichnen über die unmögliche Liebe eines Spätückkehrenden zu seinem Land und zu einer Frau, die ihn ihr Leben lang, trotz seiner Abwesenheit, liebte.

Die späte, selbstkritische Nachsicht des zurückkehrenden Abdalkarim Abul-Abbas darf auch als ein Hinweis für die



Emil Habibi

Foto: Hal Wyner

1989 eigene politische und persönliche Wende im Leben Emil Habibis gelten. Als Gorbatschow für die Aufhebung der Kluft zwischen Politik und Ethik sprach, »da wurde es mir klar«, erzählt Habibi, »daß ich selber und unsere Bewegung uns durch machiavellistische Haltung weit von unseren Idealen entfernt hatten. . .« 1989 muß er dann, nachdem es zu einer scharfen Auseinandersetzung kommt, von all seinen politischen Posten zurücktreten. 1991, als seine Genossen in der Parteiführung den Moskauer Putschisten zujubelten, zog er sich von der Partei endgültig zurück. Seine tiefverwurzelte humanistische Überzeugung stellte für ihn dann auch alte Ideologien und Bündnisse in Frage. Seit 1991 konzentriert er sich auf das literarische Schreiben und führt seinen eigenen Verlag in Haifa. Politisch blieb er nach wie vor, im Rahmen eines israelisch-palästinensischen Friedenskomitees von Autoren und Intellektuellen, die ständig für eine Kompromißlösung des Nahostkonfliktes eintritt, aktiv.

In deutscher Sprache liegen die oben genannten Bücher Emil Habibis – »Der Peptimist« und »Das Tal der Dschinnen« – in Übersetzung und mit einem informativen Nachwort versehen, vor.

Kontrovers

THOMAS FRIGO

Konservative Revolution

Das Vorhaben des Hamburger Soziologen Stefan Breuer ist begrüßenswert, in einer überschaubaren Monographie die hinter dem Etikett »Konservative Revolution« verborgene geistig-politische Bewegung der Zwischenkriegszeit zu durchleuchten. Die paradoxe Bezeichnung bündelt nach herkömmlichem Verständnis das Ideenkonglomerat jener Denker und Publizisten, deren »Programm« man zu meist vage mit den Schlagworten: Gegenauflklärung, Antiliberalismus, Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, Streben nach dem autoritären, ständisch gegliederten Staat, aggressiver Nationalismus, Kulturpessimismus umreißt.

Stefan Breuer nahm Anstoß an solch gängiger Subsumtion jenes diffusen politischen Gebräus unter dem handlichen Terminus »konservative Revolution«, der »inzwischen zum selbstverständlichen Ordnungsbegriff (...) avanciert« sei und die ideengeschichtliche Forschung sehr weitgehend »penetriert« habe (S. 3). Daher gilt sein Interesse zuallererst der Prüfung, ob die Vorstellungswelt der als »konservativ-revolutionär« rubrizierten Autoren überhaupt »einen Kern gemeinsamer Überzeugungen enthält, der ihr eine spezifische Identität verleiht« (S. 6).

Die hiermit eingeleitete Fahndung nach einer übergreifenden, eindeutig konturierten »Doktrinärdeologie« (S. 48) der »konservativen Revolutionäre« (neben den genannten Protagonisten berücksichtigt die Studie insbesondere Hans Freyer, Edgar J. Jung, Ernst Niekisch, Wilhelm Stapel, Hans Zehrer) führt zur Offenbarung einer heillosen Wirrnis. Verbunden scheinen jene Agitatoren lediglich durch gewisse Grundmuster der Mentalität (eine »Kombination von Apokalyptik, Gewaltbereitschaft und Männerbündlertum«, [S. 47]) und einen dumpfen, abgründigen Haß auf den politischen Liberalismus, der als Urheber der vom »Westen« oktroyierten Nachkriegsordnung und somit als Ziehvater des verachteten Weimarer »Systems« galt. Ansonsten aber bietet das Gruppenbild der präpotenten Helden der »KR« den Anblick eines recht ungeordneten, zerrissenen Heerhaufens.

Überzeugend versteht es Breuer, die disparaten Positionen der »konservativen Revolutio-

näre« in wesentlichen Grundsatzfragen bloßzustellen. Man begegnet Lobrednern einer entfesselten kapitalistischen »Raubtierwirtschaft« (Spengler, Moeller) und Theoretikern eines autarken planwirtschaftlichen Staatssozialismus (Zehrer); Aposteln einer heilsgeschichtlich verbrämten »renovatio« des christlichen Kaisertums (Stapel) und Visionären eines hochtechnisierten und -gerüsteten Staates, der durch den spartanisch-militanten Typus des »Arbeiters« geprägt ist (E. Jünger); maßlosen Imperialisten, die ein germanisch-slawisches Weltreich »von Wladiwostok bis Vlissingen« verkünden (Niekisch), und »bescheidenen« Anhängern eines von Großdeutschland geführten europäischen Staatenbundes (Jung).

Die augenfälligen Diskrepanzen im Ideenfundus der »konservativen Revolutionäre« spiegeln sich auch in ihren Stellungnahmen zur Tagespolitik. Es fehlte nicht an Bewunderern des Mussolinischen Cäsarismus oder der revolutionären Taktik Lenins, an Parteigängern der »Harzburger Front« oder der autoritären Präsidialregierungen in der Endphase der Weimarer Republik. Teils währte man, die nationalsozialistische Bewegung eigenen Zielen dienstbar machen zu können, teils kollaborierte man willfährig mit Hitlers »nationaler Erhebung«; Jung und Niekisch hingegen zählen zu den frühen Opfern des NS-Terrors.

Seine Absicht, »das Konstrukt »Konservative Revolution« zu dekonstruieren« (S. 5), hat Breuer soweit fraglos mit Sorgfalt und Bedacht durchgeführt. Doch was ist damit eigentlich erreicht? Für eine Erhellung des komplexen Ordnungsbegriffs »Konservative Revolution« wäre es wohl sinnvoll gewesen, dessen Verbreitungsgeschichte etwas ausführlicher zu analysieren. Hierbei verdiente etwa die Tatsache einige Beachtung, daß Thomas Mann, Ernst Troeltsch und Hugo von Hofmannsthal, die maßgeblich Verantwortlichen für eine zeitgenössische Popularisierung des anstößigen Kompositums, diesem von vornherein durchaus verschiedenartige Bedeutungen beigelegt haben: darüber hinaus haben sich jene Autoren mit den brisanten politischen Strebungen der genuin »konservativ-revolutionären« Deklamatoren keineswegs identifiziert. Insofern waren ideologische Uneindeutigkeit und Nichtvorhandensein einer

geschlossen faßbaren »Bewegung« von allem Anfang an Charakteristika des Phänomens »konservative Revolution«. Die Anführungszeichen, mit denen jener Begriff – schon aus rein semantischen Gründen – gleichsam seit seiner Erfindung versehen wurde, hat Breuer also letztlich nur markanter akzentuiert.

Andererseits hätte eine detailliertere Betrachtung der durchaus Vorhandenen institutionellen und biographischen Verflechtungen zwischen den Vorkämpfern der »KR« (Zeitschriften, politische Zirkel, persönliche Freundschaften bzw. Rivalitäten) Hinweise auf ein unleugbares gemeinsames Selbstverständnis jener proteischen Gruppierung bieten können. Was heute als poröse – wohl gar erst nachträglich konstruierte – Schirmherrschaft eines unklaren Oberbegriffs fragwürdig erscheint, konnte für die Zeitgenossen durchaus die Realität einer, wenn auch lockeren, Zusammengehörigkeit besitzen; vom traditionellen Konservatismus einer ostelbischen Agrarlobby verstand man sich eben genauso abgegrenzt wie vom platt-germanentümelnden Grobianismus der »Völkischen« oder vom demagogischen Nationalsozialismus.

Nichtsdestoweniger befürwortet Breuer eine terminologische Radikalkur: die »Konservative Revolution« solle »aus der Liste der politischen Strömungen des 20. Jh. gestrichen werden« (S. 181). Der Wert seiner Untersuchung bemißt sich aber wohl nicht zuletzt an deren konstruktivem Beitrag – und dieser überzeugt leider wenig: Breuer möchte nämlich den obdachlos gemachten »konservativen Revolutionären« eine renovierte Zuflucht innerhalb der Behelfsunterkunft »neuer Nationalismus« zuweisen. Die Anfechtbarkeit dieses Vorschlags, der einen Zuwachs an Beliebtheit, nicht an Verbindlichkeit mit sich bringt, erweist sich aber bereits in der Nötigung, jenen Sammelbegriff nach sozial- und wirtschaftspolitischen Kriterien wiederum in mehrere »Subtypen« aufzuspalten – denn hierbei repräsentiert beinahe jeder »neue Nationalist« einen gesonderten Typus (S. 195). Und wenn Breuer die modernen Geisteserben der alten »neuen Nationalisten« aus Weimarer Tagen u. a. im islamischen Fundamentalismus wittert (S. 201), so scheint er seine bisher geübte skrupulöse Unterscheidungssorgfalt selbst zu desavouieren.

Um also ein Fazit zu formulieren, das im Bilde der Titelgebung vorgelegter Studie bleibt: nach dem sehr instruktiven Sektionskursus des »Anatomen« Breuer wollen wir den arg geschundenen Korpus der »Konservativen Revolution« doch nicht so ohne weiteres im Massengrab politischer Phantome verscharren. Die zerstückelten Glieder und Organe mögen, *faute*

de mieux, unter jener gemeinschaftlichen Etikettierung, ruhig weiterhin der Forschung dienen, wohlpräpariert hinter Glas und geziert mit zwei Versen, die Dr. med. Gottfried Benn einst Ernst Jünger widmete: »Wir sind von außen oft verbunden, wir sind von innen meist getrennt.«

Stefan Breuer: Anatomie der Konservativen Revolution, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1993. 232 S., DM 39,80.

LUDGER HEIDBRINK

Ein Gespräch mit Stefan Breuer

Die »Gesellschaft des Verschwindens« und die »Konservative Revolution«

Stefan Breuer, Jahrgang 1948, ist Professor für Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Zu seinen bekanntesten Veröffentlichungen zählen »Die Krise der Revolutionstheorie« (1977), »Sozialgeschichte des Naturrechts« (1983), »Aspekte totaler Vergesellschaftung« (1985), »Imperien der alten Welt« (1987), »Max Webers Herrschaftssoziologie« (1991), »Die Gesellschaft des Verschwindens« (1992) und zuletzt »Anatomie der Konservativen Revolution« (1993).

Ludger Heidbrink: Herr Breuer, in Ihrem Buch »Die Gesellschaft des Verschwindens« beschreiben Sie den fortschreitenden Prozeß einer Selbsterstörung der technologischen Zivilisation, die die Kontrolle über sich selbst verlieren hat und auf ihren eigenen Untergang zusteuert. Womit begründen Sie diesen Prozeß?

Stefan Breuer: Der Gedanke selbst ist nicht ganz neu. Er wurde von anderen Autoren vorgedacht wie Marx, der den Prozeß der Entfaltung des Kapitalverhältnisses als einen Zerstörungsprozeß beschrieben hat. Allerdings hat Marx sich den Konsequenzen durch einen Sprung in die Geschichtsphilosophie entzogen. Als andere Autoren wären Adorno, aber auch – malgré lui – Niklas Luhmann zu nennen. Es gibt also eine Reihe von Vorgaben in der modernen Gesellschaftstheorie und neueren Soziologie, auf die man sich stützen kann. Ich denke aber auch an ökologische Debatten, in denen



Stefan Breuer und Ludger Heidbrink im Gespräch

Foto: Anje Kirsch

der Zivilisationsprozeß als entropische Entwicklung beschrieben wird. Hier wird mit naturwissenschaftlichen Argumenten gezeigt, daß die moderne Zivilisation ihre Ressourcen in einer unumkehrbaren Weise aufbraucht, indem sie verwertbare in tote Materie, Produktion in Müll und so schließlich Ordnung in Chaos verwandelt. Dieser Bereich ist bisher in der Soziologie unterbewertet worden, die sich mit Tröstungen und Verharmlosungen aus der Affäre zu ziehen versucht hat.

Heidbrink: Sie sprechen in diesem Zusammenhang auch von einer zunehmenden Verrohung der Gesellschaft und der Verwahrlosung der Alltagskultur. Läßt sich heute so etwas wie eine Entzivilisierung innerhalb des Zivilisierungsprozesses beobachten?

Breuer: In der Tat entspricht der Zerstörung der äußeren eine Zerstörung der inneren Umwelt. Auch hier hat Marx schon Wesentliches erkannt, als er die Unterwerfung des Proletariats unter maschinenförmige Arbeitsprozesse und die Verwandlung des Arbeiters in »variables Kapital« beschrieben hat. Dieser Gedanke muß zu Ende geführt werden, auch nach innen auf die Subjekte hin. Anders als Norbert Elias, der den Zivilisierungsprozeß in dieser Hinsicht

als zunehmenden Souveränitätsgewinn dargestellt hat, sehe ich eher einen Trend zur Aufspaltung des Subjekts in ein »multiphrenes« Selbst, dem es immer schwerer fällt, die unterschiedlichen Handlungsanforderungen zu koordinieren. Allerdings möchte ich nicht von einer generellen Entzivilisierung sprechen, sondern vielmehr von einer gleichzeitigen Steigerung von Affektmodellierung und Affektlockerung. Die erstere nimmt in allen Bereichen zu, etwa durch die Zeitökonomie und die Computerisierung; aber auch die letztere wächst, wo immer der nachlassende Außendruck es zuläßt.

Heidbrink: In Ihren Arbeiten versuchen Sie, die Tradition der *Kritischen Theorie* mit den Mitteln der *Systemtheorie* und der Weberschen *Herrschaftssoziologie* fortzusetzen. Wo sehen Sie heute den Ort von Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie?

Breuer: Es ist richtig, ich komme aus der Kritischen Theorie, über die ich den Einstieg in die Sozialwissenschaften gefunden habe. Ich habe jedoch ab einem bestimmten Zeitpunkt den Eindruck gewonnen, daß einige Teile der Kritischen Theorie in die falsche Richtung gehen und deshalb eine Selbstkritik nötig ist. Im Unterschied zu Habermas, der die Kritische Theo-

rie an die Aufklärung anschließen will, möchte ich den Strang der Selbstkritik der Aufklärung verstärken. Dazu muß auf das Marx'sche Erbe zurückgegriffen werden, und zwar auf Marx als Kritiker des Kapitalismus, nicht als Theoretiker der proletarischen Revolution. Letztere war schon vor der Oktoberrevolution tot, und die siebzig Jahre des Sowjetregimes sind ein ebenso grausiges wie überflüssiges Experiment gewesen. Gleichzeitig muß die Kritische Theorie lernfähig gegenüber anderen theoretischen Strömungen wie der Systemtheorie gemacht werden. Denn bei Luhmann, wenn man sich von vordergründigen Formulierungen löst, findet sich eine ungeheure Sensibilität gegenüber Entwicklungen der Moderne, eine Fundgrube von Einsichten, auch wenn man viele von Luhmanns Schritten selbst nicht teilt.

Heidbrink: Ein methodisches Fundament ihrer Diagnosen bildet die Marx'sche Werttheorie, wonach die Tauschabstraktion über die reine Zirkulationssphäre hinaus sämtliche Lebens- und Wissensformen der kapitalistischen Gesellschaft durchdringt und zu einer universalen Herrschaft sachlicher Abhängigkeiten führt. Halten sie dieses Instrumentarium, das auf dem Vorrang der Arbeit und des Kapitals gründet, heute immer noch für brauchbar?

Breuer: Natürlich besitzt der Rekurs auf Marx seine Probleme. Alle Versuche, das Marx'sche Modell in Richtung auf eine Totalanalyse zu vervollständigen, die von einer Kernstruktur aus bis an die Oberfläche gelangt, haben nur geringen Erkenntniswert erbracht. Andererseits steckt in dieser Theorie nach wie vor ein großes Erklärungspotential, und zwar im besonderen hinsichtlich einer gesellschaftstheoretischen Ableitung der modernen experimentellen Wissenschaften. In der Werttheorie selbst liegt meiner Meinung nach die einzige Konzeption vor, die es ermöglicht, die Naturwissenschaften auf die historisch singuläre Form der Vergesellschaftung zu beziehen, wie sie mit der okzidentalen Kultur entstanden ist. Im Unterschied zu allen anderen Kulturen sind wir nicht in der Lage gewesen, die durch die rationalen Wissenschaften entstandenen Formen der intellektuellen Abstraktion sozial einzukapseln und sie damit unter Kontrolle zu bringen. Die Werttheorie erlaubt natürlich nur die Erklärung gewisser Kernstrukturen der Moderne, wobei vor allem die Entstehung des mechanistischen Weltbildes plausibel gemacht werden kann. Alle späteren Entwicklungen kann diese Theorie nicht mehr adäquat erfassen. Dennoch bietet die Werttheorie einen Erklärungsschlüssel, der nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden sollte.

Heidbrink: Den Grund für die mögliche Selbstzerstörung der modernen Gesellschaft machen Sie vor allem an der Verselbständigung autonomer Funktionssphären wie Wirtschaft, Wissenschaft und Politik fest. Es ist sicherlich eine zutreffende Beobachtung, daß der einzelne diesem Prozeß insgesamt ohnmächtig gegenüber steht, aber gibt es nicht doch noch Einflußmöglichkeiten durch basisdemokratische Öffentlichkeiten wie Bürgerrechtsbewegungen oder Großdemonstrationen?

Breuer: Das glaube ich durchaus. Ich versuche, einen sehr langfristigen Trend zu beschreiben, von dem nicht abzusehen ist, wie lange er dauert. Ich hoffe, daß das Ende so weit wie möglich hinausgeschoben werden kann. Wann das ist, kann niemand wissen, wir sind keine Propheten, und auch die Naturwissenschaften bieten hier keine verlässlichen Vorhersagen. Insofern bleibt für konkretes politisches Handeln noch sehr viel Raum. Die Ökologiebewegung der siebziger Jahre hat unser Bewußtsein für die bestehenden Schwierigkeiten geschärft. Nur sollten solche Bewegungen nicht verherrlicht werden. Man darf nicht übersehen, daß die Möglichkeiten einer direkten politischen Partizipation in Großstaaten beschränkt sind und die Vorstellung einer basisdemokratischen Bewältigung der Ökologieproblematik den Vorstellungen des 18. Jahrhunderts verhaftet bleibt.

Heidbrink: Herr Breuer, in Ihrem aktuellen Buch machen sie den Vorschlag, den Sammelbegriff der »Konservativen Revolution« für so unterschiedliche Kritiker der Weimarer Republik wie Carl Schmitt, Hans Freyer, Ernst Jünger, Oswald Spengler, Ernst Niekisch und andere fallen zu lassen und durch die Bezeichnung »Neuer Nationalismus« zu ersetzen. Welche Vorteile bietet diese Neuetikettierung?

Breuer: Ich sehe zwei Vorzüge. Einmal wird diese Strömung aus der Geschichte des Konservatismus herausgenommen und die Suggestion korrigiert, es handle sich um so etwas wie eine Modernisierung traditioneller, aber etwas verstaubter Positionen. Konservatismus bedeutet historisch eine Gegenposition zur modernen kapitalistischen Gesellschaft. Die genannten Autoren dagegen stehen durchweg auf dem Boden der durch diese Gesellschaft geschaffenen Tatsachen, auch wenn sie ihnen eine andere politische Form verleihen wollen, als sie im Westen üblich ist. Zweitens ist der neue Begriff enger. Er bezeichnet einen Idealtypus, der es erlaubt, die Distanz eines Autors oder auch eines Werkes zum Typus zu »messen« (soweit dies in geisteswissenschaftlichen Analysen überhaupt möglich ist). Einige wie Schmitt, Moeller oder der frühe Jünger nähern sich diesem Typus

sehr stark an; andere sind sehr weit davon entfernt (etwa Spengler mit seinem Imperium mundi); wieder andere beziehen mittlere Positionen. Anders ausgedrückt: der »Neue Nationalismus« ist ein wissenschaftlicher Begriff, der Unterscheidungen möglich macht. Wohingegen der Terminus »Konservative Revolution« gerade darauf zielt, Unterschiede zurücktreten zu lassen, also ideologisch wirkt. Es ist deshalb auch bei Ideologen sehr beliebt, sei es den Ideologen der rechten Sammlungspolitik wie Mohler, sei es bei den Ideologen des Antifaschismus, für die das politische Spektrum schon rechts vom linken Flügel der SPD eine braune Färbung anzunehmen beginnt.

Heidbrink: Inwiefern hat dieser »Neue Nationalismus« den Weg in den Nationalsozialismus geebnet? Liegt der eigentliche Kern der »Konservativen Revolution« nicht vielmehr in einem politischen Messianismus, der auch die NS-Ideologie kennzeichnet?

Breuer: Entscheidend ist, daß die deutsche Mehrheitsklasse nach 1918 nicht bereit war, das Ergebnis des Krieges zu akzeptieren. Darin waren sich alter Nationalismus, neuer Nationalismus und Nationalsozialismus einig. Der Neue Nationalismus hat diese Disposition nicht geschaffen, aber natürlich mit seinen Mitteln, die im wesentlichen publizistischer Art waren, verstärkt. Er hat damit an der Radikalisierungsspirale gedreht, die auch die Bildungsschichten immer weiter nach rechts driften ließ. Für viele Mitglieder dieser Schichten hat er die Machtergreifung der Nazis, die ja eher eine Machtübergabe war, überhaupt erst akzeptabel gemacht. Allerdings sollte man den Einfluß der rechten Intellektuellen (wie den der Intellektuellen schlechthin) nicht überschätzen. In Gang gesetzt wurde die Spirale durch weltwirtschaftliche und weltpolitische Gegebenheiten, nicht durch Ideen welcher Art auch immer.

Mit der Kategorie des politischen Messianismus trifft man m. E. nicht den Kern, sondern allenfalls eine Strömung in der Weimarer Zeit. Erlösungserwartungen, bezogen auf eine Person, finden Sie bei Stapel, jedoch nicht bei Moeller, Spengler oder Jünger. Das schließt apokalyptische Denkmuster nicht aus, wie ich im ersten Teil des Buches zeige, aber Apokalypse und Messianismus sind nicht dasselbe. Mit dem Nationalsozialismus gibt es wohl eine Berührung in der Betonung charismatischer Strukturen, wobei die Neuen Nationalisten aber vor allem an der ordnungsstiftenden Leistung des Charismas interessiert sind, an seiner Veralltäglichsung bzw. Institutionalisierung in einem hierarchischen, autoritären Staat. Dagegen dominiert im Nationalismus weit mehr die

personale, antistrukturale und antiinstitutionelle Seite des Charismas. Das hat die historische Forschung von Franz Neumann bis hin zu Martin Broszat und Hans Mommsen sehr klar gezeigt. Die pseudoreligiösen Züge des Nationalismus sind übrigens gerade von Autoren wie Niekisch oder Edgar Jung scharf kritisiert worden.

Heidbrink: Sie sparen in Ihrem Buch die Aktualitätsbezüge absichtlich aus. Deshalb die unvermeidliche Frage: Worin besteht das Vermächtnis der – ich bleibe einmal dabei – »Konservativen Revolution«? Lassen sich gegenwärtig Probleme wie Neonationalismus, Fundamentalismus oder Rechtsextremismus in diese Tradition stellen?

Breuer: Ein Vermächtnis der Konservativen Revolution als ganzer sehe ich nicht, da ich ja gerade die Kohärenz dieser Strömung bestreite. Anders sieht es aus, wenn Sie nach der Aktualität der allgemein im rechten Spektrum von Weimar vertretenen Positionen fragen – da lassen sich natürlich viele Linien ziehen. Sie finden in diesem Spektrum den Neuen Nationalismus, aber auch, z. B. im George-Kreis, einen Quasi-Fundamentalismus, der viele Merkmale heutiger Fundamentalismen aufweist, allerdings nicht unter dem Vorzeichen einer Mobilisierung der religiösen Tradition, sondern unter demjenigen eines Surrogats derselben, der Kunstreligion. Aber, wie gesagt, das ist nur ein Strang. Es gibt daneben auch einen radikalen Modernismus, z. B. bei Jünger oder Moeller van den Bruck.

Bezogen auf die deutsche Gegenwart würde ich eher die Distanz betonen. Wer die Texte der damaligen Zeit liest, findet in ihnen ungeheuer viel Deutsches, nur aus der deutschen Geschichte und den Traditionen des deutschen Bildungsbürgertums Verständliches. Das alles ist mit dem Deutschen Reich 1945 untergegangen. Weltwirtschaft und Weltpolitik haben sich danach grundlegend verändert, und mit ihnen die Position der Mehrheitsklasse. Sie ist gegenwärtig von allem, was die Weimarer Republik an Nationalismus gekannt hat, um Lichtjahre entfernt. Ich behaupte nicht, daß das so bleiben muß. Aber mit Blick auf hier und heute erscheinen mir die angestregten Versuche, aus Botho-Strauß-Artikeln und dergleichen eine Renaissance dieses Erbes zu konstruieren, für bar jeder Urteilskraft; einmal davon abgesehen, daß Strauß weder mit Spengler noch mit Jünger etwas gemeinsam hat. Eine gesellschaftliche Basis für den Neuen Nationalismus besteht z. Z. nur in Ländern außerhalb der Kernzone des Weltsystems, die ihre Position mit dem Mittel der Gewalt verbessern wollen. Der ge-

genwärtig in Deutschland grassierende Rechts-extremismus ist wiederum ein anderes Phänomen. Er steht quer zu den Interessen der Mehrheit, er ist amorph, polyzentrisch, nihilistisch – das Ergebnis einer Wohlstandsgesellschaft, die die Familie zerstört und damit das Aufwachsen von ›Wolfsmenschen‹ begünstigt, von Wesen außerhalb aller Sozialisation, ohne Fähigkeit zur Empathie, aber auch ohne jeden Respekt vor jenen Ordnungen, die dem Neuen Nationalismus über alles gingen. Mit der alten Antifarahetorik verstellt man sich vollkommen das Verständnis für dieses neue Phänomen.

Heidbrink: Ich möchte noch einmal auf die »Gesellschaft des Verschwindens« zurückkommen. Sie sprechen dort von der Vernichtung alles »Heiligen« durch die ungehemmte Entfaltung von Wissenschaft und Technik. Und am Ende des Buches lassen Sie die moderne Zivilisation in einer flammenden »Götterdämmerung« verschwinden. Es entsteht der Eindruck einer abgrundtiefen Hoffnungslosigkeit über die verlorene und verratene Schöpfung. Würden Sie sich als »Apokalyptiker« bezeichnen?

Breuer: Ich spreche von einer Metamorphose des Heiligen unter anderem in dem Sinne, daß die ihm zugeschriebene Zerstörungskraft an die sich absolut setzende Gesellschaft übergegangen ist. Am apokalyptischen Gedanken ist daher eine Menge dran, aber ich würde mich nicht als Apokalyptiker bezeichnen. Das sind Propheten, die durch die Straßen rennen und rufen: »Das Ende ist gekommen!« Das führt zu einer sterilen Aufgeregtheit, die auch noch die letzten Eingriffsmöglichkeiten verschenkt. Also, große Sympathie für den apokalyptischen Gedanken selbst, von dem man viel lernen kann, aber wir sollten uns nicht irremachen lassen und uns von der apokalyptischen Verführung fernhalten, da sonst kein Handeln mehr möglich ist.

Heidbrink: Wenn aber die Gesellschaft selbst zum Absoluten geworden ist und die entwickelten Teilbereiche nur noch ihren eigenen Gesetzen gehorchen, existiert dann überhaupt noch ein Standpunkt, von dem aus Kritik ausgeübt werden kann? Verwickelt sich ein theoretischer Ansatz, der von der Totalität der Funktionalisierung ausgeht, nicht in unaufhebbare Widersprüche, da er selbst Teil dieser Funktionalisierung ist? Setzen Sie dabei nicht ein Bild des »Ganzen« voraus, das heute nicht mehr existiert?

Breuer: Vom »Ganzen« zu reden, ist heute nur noch in analytischer Einstellung möglich, nicht mehr in normativ-kritischer. Kritik kann auch nicht mehr wie bei Kant oder Marx geführt werden, als »grenzsetzendes« Geschäft, son-

dern nur noch systemimmanent, etwa in dem Sinne, daß man ein kleineres gegen ein größeres Übel ausspielt.

Heidbrink: Damit entkleiden Sie sich aber doch jeder Möglichkeit, Aussagen über das Absolute zu machen. Dennoch zielt ihre Kritik auf die Absolutheit der modernen Gesellschaft, die ihren Untergang vorbereitet. Schlägt hier nicht in letzter Konsequenz eine kulturkritische Verfallsperspektive durch?

Breuer: Da müßten wir uns genauer über den Begriff der »Kritik« verständigen. In der »Kritik der reinen Vernunft« und der »Kritik der politischen Ökonomie« ist damit immer ein Unternehmen gemeint, das einen bestimmten Absolutismus – den der Vernunft oder den des Kapitals – durch den Aufweis einer Gegeninstanz zu Fall bringt. Ich versuche zu zeigen, daß die absolute Gesellschaft diese Gegeninstanzen aufgezehrt hat. Insofern ist mein Unternehmen keine Kritik in diesem starken Sinne mehr – allenfalls in einem schwachen Sinne, als ich eine »kritische« Tendenz herauszuarbeiten versuche, nämlich die zur Selbstzerstörung. Aber das ist strenggenommen eher eine Art Selbstbeschreibung des Gesellschaftssystems, die ihrerseits bestreitbar ist und von der ich im übrigen hoffe, daß sie bestritten wird. Insofern wäre ich gerne eine Cassandra, die widerlegt wird.

Kopf in den Sand??



Wer den Kopf nicht in den Sand stecken will, für den ist unser Naturschutzpaket gedacht: Broschüren, Handlungstips, Zeitschriften, Projektinfos, Öko-News... Schicke und einfach diese Anzeige und 6 DM Unkostenbeitrag (Briefmarken) zu!



Naturschutzjugend
Königstraße 74
70597
Stuttgart

JÜRGEN MANEMANN

Politisch-theologische Anmerkungen zu Heidegger

Heideggers Philosophie hat auf die Entwicklung der Theologie im 20. Jahrhundert einen großen Einfluß gehabt. Seine Fundamentalontologie wurde aber ohne eine dezidierte Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit rezipiert. Bis in die Gegenwart hinein ist der Umgang mit Heideggers Philosophie – ungeachtet des »Historikerstreits« (1986) und der »Philosophendebatte« (1987) – weitgehend von der Ignoranz bezüglich seiner Biographie gekennzeichnet. Eine Einschätzung biographischer Daten ist aber auch für den Umgang mit der Philosophie unentbehrlich.

Dies gilt besonders für eine theologische Hermeneutik. Sie darf von ihrem eigenen Verständnis her keine kontextlose Interpretation vornehmen. Es geht der theologischen Hermeneutik immer um die Subjekte und die Geschichte, die in den Texten zum Ausdruck kommen. Aus dieser Verfahrensweise exklusiv die von der Zeit und den Ereignissen »Unberührten und Unbelleagerten« auszuschließen, impliziert die Gefahr einer Engführung, die sich letztlich als Einfühlung in die Täter offenbaren kann. Gerade nach dem »Historikerstreit« darf eine politische Theologie, die sich als Theologie *nach Auschwitz* versteht und die versucht, von der Perspektive der Opfer aus Geschichte und Gesellschaft in den Blick zu bekommen, diesen Weg nicht beschreiten. Sie muß deshalb auch Auschwitz zum hermeneutischen Ausgangspunkt der Beurteilung Martin Heideggers machen.

Die Heidegger-Affäre

Eine zeitgeschichtliche Einordnung und Beurteilung Martin Heideggers ist ungeheuer schwierig. An Heidegger scheiden sich die Geister, und das besonders seit dem 1987 auf französisch erschienenen Buch von Farias »Heidegger und der Nationalsozialismus«. Die Heidegger-Affäre in Frankreich führte auch in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Reaktualisierung der Beschäftigung mit der Heideggerschen Vergangenheit. Dabei ist die Verbindung Heideggers zum Nationalsozialismus schon seit den 30er Jahren bekannt gewesen. J.-P. Sartre, E. Lévinas und K. Jaspers seien exemplarisch

genannt. Die Tagespresse berichtete von Heideggers Verhalten, so daß die Deutschen unterrichtet waren. Den Franzosen war spätestens seit Kriegsende die Einstellung Heideggers allgemein bekannt, denn die französische Behörde entzog Heidegger aufgrund dieses Wissens die Lehrerlaubnis. 1961 publizierte der Schweizer Guido Schneeberger eine zwar einseitig ausgewählte, doch umfangreiche Dokumentation über Heideggers nationalsozialistische Vergangenheit. Die Frage, die sich hier aufdrängt, lautet: Warum löst die Beschäftigung mit der bekannten Vergangenheit erst 1987 einen sogenannten »Philosophenstreit« aus? Weiter: Gibt es vielleicht einen Zusammenhang zwischen »Philosophenstreit« und »Historikerstreit«? Bevor auf eine mögliche Parallelität beider Kontroversen einzugehen ist, sei festgehalten, daß der »Historikerstreit« zunächst primär eine bundesrepublikanische Angelegenheit gewesen ist, während die Heidegger-Affäre eine zunächst französische Affäre war und reimportiert wurde. Der Grund für die letzte Beobachtung liegt darin, daß gerade Frankreich in der düstersten Zeit in Heideggers Leben durch den 1946 an J. Beaufret adressierten Brief »Über den Humanismus« zum »Bannerträger seines Nachkriegsruhms« wurde.

Der Humanismusbrief wurde aufgrund einer positiven Bezugnahme auf Marx als Affront gegen den bürgerlichen Humanismus in Frankreich verstanden. In den Jahren der Studentenrevolte fand man deshalb im Pariser Studentenviertel Quartier Latin eine etwas dubiose Nachbarschaft vor: Marx, Lenin, Mao und Heidegger. Nach der Aussage Aubenques fühlte Heidegger sich dadurch geschmeichelt. Ein weiterer Grund für die bis in die 80er Jahre hineinreichende peripher wahrgenommene Verstrickung Heideggers mag die Rezeption durch die französischen Postmodernisten sein.

Im folgenden werden sechs divergierende Umgangs- und Interpretationsformen der Heideggerschen Vergangenheit vorgeführt. Die Charakterisierung erfolgt lediglich entlang der zentralen Argumentation, wobei die Grenzen der verschiedenen Schemata teilweise fließend sind.

Affirmative Darstellung

Unter diesem Aspekt sind Interpretationen zu subsumieren, in denen Heideggers Selbstdarstellungen rezipiert werden, zum Beispiel das posthum publizierte Spiegel-Interview oder der von Heideggers Sohn herausgegebene Rechenschaftsbericht »Tatsachen und Gedanken« aus dem Jahre 1983.

Exemplarisch für eine derartige Umgangsweise sei hier Hartmut Tietjen genannt, einst letzter Privatsekretär Heideggers und Nachlaßverwalter, der Heidegger zum Widerstandskämpfer stilisiert.

Andere Schüler Heideggers betreiben eine Affirmation, die sich wie folgt darstellt: Heideggers Intention sei es gewesen, die Universität zu retten. Dabei habe er sich ca. 10 Monate für nationalsozialistische Zwecke einspannen lassen. Nachdem er aber über die Machenschaften Klarheit erlangt hätte, sei er auf Distanz gegangen und schließlich sogar observiert worden. Dieser Argumentation zufolge ist Heidegger zwar kein Held gewesen, aber ein großer Philosoph, dessen Denken von den 12 Jahren unbehelligt geblieben sei.

Die apologetische Rede vom Irrtum

Die apologetische Rede vom Irrtum Heideggers wird gerade von einigen seiner Schüler angeführt. Stellvertretend für diese Position sei hier der Philosoph H.-G. Gadamer genannt.

Die Argumentation beruht auf einer Analogie mit Platon. Dieser unternahm – wie bekannt – drei Reisen nach Syrakus: Die Reisen endeten jeweils mit einem Desaster für Platon, der sich schließlich enttäuscht zurückzog. Auf diesen historischen Tatbestand rekurriert Gadamer, indem er folgenden Zusammenhang anführt:

Daß Heideggers Universitätsrevolution gescheitert war und seine Verwicklung in die Kulturpolitik des Dritten Reiches eine traurige Geschichte war, der wir von Ferne mit Beklommenheit zuschauten, hat wohl manchen daran denken lassen, was Plato in Syrakus widerfuhr. Nach Heideggers Rücktritt vom Rektorat hat einer von Heideggers Freiburger Freunden, als er ihn in der Straßenbahn traf, ihn begrüßt: »Zurück aus Syrakus?«

Der Argumentation liegt das Heideggerische Motiv der Führung des Führers zugrunde. Heidegger hätte nun, so Gadamer, eine große Erneuerung aus der geistigen und sittlichen Kraft des Volkes ersehnt und sich von daher auch gar nicht für die Barbarei verantwortlich gefühlt.



Martin Heidegger

Foto: dpa

Folgende Anfragen sind einer derartigen Interpretation entgegenzuhalten: Besteht nicht zwischen den Zeiten Platons und dem 20. Jahrhundert ein Unterschied? Sind in Syrakus Vernichtungslager für Millionen Menschen eingerichtet worden? Die Rede vom Irrtum läßt sich auf Selbstaussagen Heideggers zurückführen und kann somit auch als Affirmation begriffen werden, denn Heidegger selbst hat den Satz geprägt: »Wer groß denkt, muß groß irren.«

Der historische Versuch

H. Ott, Wirtschafts- und Sozialhistoriker an der Universität Freiburg, veröffentlichte 1988 eine Arbeit über Heidegger unter dem Titel »Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie«.

Die Studie von Ott verfährt nach einem von Heidegger selbst gewonnenen Prinzip, »daß er in der Mitte des Lebens (1935) mit zwei Pfählen zu schaffen habe – mit der Glaubensproblematik und dem politischen Scheitern«, spricht: dem Glauben der Herkunft, das ist der Katholizismus, und dem Freiburger Rektorat 1933/34. So entwirft Ott einen mit historischer Methodologie entwickelten biographischen Aufriß, der Heideggers »Mentalität der Zerrissenheit«

deutlich macht. Dieser ist mit dem Rüstzeug des Historikers, der an Spurensuche gewohnt ist und der Spuren findet, die bewußt verwischt wurden, erstellt worden, und zwar: »sine ira et studio – leidenschaftslos, doch mit dem gebotenen Engagement«. Obwohl teilweise psychologisierend, ist die Forschungsarbeit von Ott als seriös zu beurteilen und von der für den vorliegenden Entwurf zugrundegelegten Literatur als die brauchbarste und beste Darstellung anzusehen. Das einzige Manko der Untersuchung ist der fehlende Bezug zur Philosophie.

Da später ausführlich Ergebnisse von Ott rezipiert werden, seien an dieser Stelle nur einige Erkenntnisse seiner Forschung kurz genannt: Heidegger war nach genauem Plan eines kleinen Kaderns nationalsozialistischer Professoren als Rektor durchgesetzt worden. Er betrieb zielstrebig die Gleichschaltung der Universität und wollte der Führer der Führer des geistigen Deutschlands werden. Nachdem er erkannt hatte, daß man an seiner Führungsfähigkeit zweifelte, der Traum von der geistigen Führerschaft aus war, trat er 1934 zurück.

Anzeige eines politischen Verbrechens

Farias stellt in seinem Buch »Heidegger und der Nationalsozialismus« ausführlich politische Aktivitäten des Philosophen dar und synthetisiert diese mit den philosophischen Inhalten. Seine zentrale These lautet: »Martin Heidegger entschied sich für den Eintritt in die nationalsozialistische Partei, nachdem er einen langen Weg der Vorbereitung zurückgelegt hatte.«

Farias weist auf eine für ihn sichtbare frühe antisemitische Denkweise des Theologiestudenten Heidegger hin, der 1910 eine Laudatio auf Abraham a Sancta Clara hielt, einen der Väter des deutschen Antisemitismus. Er stellt die Agitation Heideggers im Sinne des Nationalsozialismus dar, sieht dabei Heidegger in der Linie der »revolutionären« Variante des Nationalsozialismus mit Ernst Röhm und der SA und macht deutlich, daß er auch nach dem Mißlingen seines Rektorats die Bindungen an die Partei aufrechterhielt. Farias beendet sein Buch mit der Deutung einer weiteren Rede Heideggers über Abraham a Sancta Clara aus dem Jahre 1964, in der Farias ein Bekenntnis zu Auschwitz vermutet. J.-F. Lyotard hat recht, wenn er davon spricht, daß Farias Buch als Anklageschrift zu interpretieren ist, die der Rhetorik der Beschuldigung folgt.

Farias verfährt als Nicht-Historiker in einer nicht-historischen Weise. Er argumentiert oft einseitig, einiges ist dabei derart konstruiert, daß seine Argumentation häufig auf Vermen-

gungen und Assoziationen beruht. Auch seine philosophisch-historische Synthese bleibt oberflächlich.

Die philosophische Sichtweise

Silvio Viettas Darstellung »Heideggers Kritik am Nationalsozialismus und an der Technik« enthält affirmativ-apologetische Begründungszusammenhänge. Ausgangspunkt seiner Argumentation ist die Genese des philosophischen Denkens Heideggers.

Vietta sieht die Ursache für Heideggers Ablehnung an den Nationalsozialismus im Jahre 1933 in einer noch nicht genug reflektierten Philosophie, die Heidegger selbst spätestens 1935/36 kritisch beurteilt. Vietta folgert daraus, daß der besonders von Habermas vorgebrachte Vorwurf einer gleichbleibenden Nähe Heideggers zum Faschismus nicht haltbar sei.

Heidegger entdeckte – so Vietta – einen Kontinuitätszusammenhang, der es ihm ermöglichte, auch in Friedenszeiten einen permanenten Kriegszustand zu sehen und so Schlimmeres als das Geschehene zu prognostizieren. Die Menschheit habe sich danach einer »machialen Ökonomie« verschrieben. Heidegger vollzog von daher gesehen in seinem Denken eine Kehre: vom Standpunkt der Subjektivität hin zu einem Denken der Seins-Zugehörigkeit, weg von der egozentrischen Vernunft hin zu einem Seinsdenken.

Gerade Heideggers Blick in die metaphysikgeschichtliche Tiefendimension seiner Geschichtsepoche und des im Nationalsozialismus auftretenden Herrschafts- und Vernichtungsdenkens habe es ihm nicht mehr erlaubt, in Form von noch so aufrichtig empfundenen Bekunden des Schmerzes und der Trauer diese Geschichtsphase gleichsam bewältigen zu wollen.

Die europäische Sicht der Ereignisse

Vietta folgt in seiner positiven Behandlung der Vergangenheit Heideggers dem Prinzip, Person und Werk weitestgehend zu trennen. Biographische Daten fehlen fast völlig. Ein weiteres Problem ist, daß sich Vietta sehr stark auf die Denkebene Heideggers einläßt, dabei aber die nötige Distanz als Voraussetzung zur Kritik verliert. Schwierig ist in diesem Zusammenhang die Auffassung, Auschwitz lediglich als Produkt technischer Innovation zu begreifen; es so in den Gang der abendländischen Geistesgeschichte einzuordnen, daß diese Katastrophe nicht in ihrer Singularität als ein Bruch erscheint.

Ernst Nolte, Historiker und Hauptakteur im sogenannten »Historikerstreit«, unternimmt in seiner Darstellung Heideggers eine Einordnung des Rektorats in das Umfeld der europäischen Zeitgeschichte. Er geht aus vom Begriff einer »problematisierend problematischen Gesellschaft«, mit dem er die Gesellschaft bezeichnet, die mindestens bis zum Ersten Weltkrieg die welthistorisch bestimmende gewesen sei. Problematisierend ist für Nolte eine Gesellschaft, in der dasjenige nicht mehr selbstverständlich ist, was für Jahrtausende Grundlage aller Gesellschaften gewesen sei: der Komplex religiöser Überzeugungen. Reformation, Aufklärung, Säkularisierung und Industrialisierung hätten zu einer »Abstraktion des Lebens« geführt. Der damit einhergehende krisenhafte Vorgang sei Resultat einer problematischen Gesellschaft, und für die große Problematik sei eine große Lösung gesucht worden. Die erste Antwort auf diese Problematik sieht Nolte in dem großen Lösungsversuch, den der Marxismus in der Form des Bolschewismus geboten habe. Der Bolschewismus sei der zur Macht gelangte große Lösungsversuch, ein, wie er es nennt, präzedenzloser Enthusiasmus und präzedenzloser Schrecken, die Partei der Vernichtung.

Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise sei es, so Nolte, zur Entwicklung eines kleinen Lösungsversuches gekommen, so zum Beispiel in Frankreich und England. Der kleine Lösungsversuch habe national statt international sein und den Begriff der Volksgemeinschaft in den Mittelpunkt stellen müssen, um die Klassen zu binden. Dieser kleine Lösungsversuch sei auch ein Element des Nationalsozialismus gewesen.

Heidegger habe sich nun, so Nolte weiter, für den kleinen Lösungsversuch entschieden, den nationalen Sozialismus. Daß er die Verknüpfung der drei Elemente von nationalem Sozialismus, sozialem Nationalismus und Radikalfaschismus in Hitler nicht wahrgenommen habe, sei sein Irrtum gewesen. Dieser müsse aber als objektiv und nicht als subjektiv bezeichnet werden. Vorwürfe seien daher nicht zu erheben. Heidegger habe auch nie die Ursache der Probleme in den Juden gesucht und könne deshalb kein Nazi gewesen sein. Deshalb, so Nolte weiter, sei es unsinnig, von Heidegger ein Schuldgeständnis zu fordern, denn nicht Schuld, sondern Tragödie sei die richtige Kategorie der Verhältnisbestimmung.

Heidegger sei ein temporärer Nazi gewesen, permanenter Anti-Marxist, Anti-Kommunist und Abendländer. Einen konkreten Gegner habe er nur ein einziges Mal genannt, und zwar in der Rede an die Notstandsarbeiter: den

Marxismus. Daher habe sich Heidegger in einem Brief an Marcuse 1947 mit dem Hinweis gerechtfertigt, im Nationalsozialismus ein Bollwerk gegen die Gefahren des Kommunismus gesehen zu haben.

In Noltés Theorie wird eine antikommunistische Haltung deutlich, die sogar Auschwitz exkulpiert, da für ihn zwischen dem Archipel Gulag und Auschwitz ein kausaler Nexus besteht. Auch hier ist wieder in erster Linie der Bolschewismus die Partei der Vernichtung, während der Nationalsozialismus aus drei Elementen besteht und somit nicht ausschließlich eine Partei der Vernichtung ist. Durch diese Unterscheidung enthebt Nolte Heidegger aus der Verantwortung. Nolte überschätzt ferner einseitig die Phobie Heideggers vor dem Kommunismus, denn 1932 sagte Heidegger, daß der Jesuitianismus schlimmer sei als der Kommunismus.

Der Nationalsozialismus gilt Nolte nur in seiner überschießenden Form, deren Ursache der Bolschewismus gewesen sei, als zu verurteilend, während seine gemäßigte Form, als kleiner Lösungsvorschlag, gerade auch im Hinblick auf die heutige politische Konstellation der Mächte im historischen Recht gewesen sei.

Aus politisch-theologischer Sicht

Zum Schluß werden Anmerkungen zu einer Beurteilung der Vergangenheit Heideggers aus politisch-theologischer Sicht aufgezeigt. Heidegger selbst waren biographische Bekenntnisse zuwider. Über Aristoteles sagte er einmal: »Er wurde geboren, arbeitete und starb.« Eine politische Theologie darf sich nicht um den Zusammenhang von Personen und Werk bringen, von Politik und Philosophie.

Auschwitz als Fokus

Ausgangspunkt des politisch-theologischen Umganges mit dem Nationalsozialismus ist die Anerkennung der Singularität von Auschwitz. Der Name Auschwitz ist kein Begriff, sondern ein das Besondere bezeichnender Name, der nicht mit anderen Orten von qualitativ anderen Verbrechen auf einer Linie liegt. Auschwitz ist der Name für das größte Konzentrations- und Vernichtungslager in der Geschichte der Menschheit. In der Artikulation dieses Namens offenbart sich das Wesen des Nationalsozialismus, so daß jede Theorie über den Nationalsozialismus von dieser Katastrophe ihren Ausgang nehmen muß.

Singularität, das bedeutet Einzigartigkeit, die sich ergibt aus der Unverstehbarkeit. Die

Reichweite dieses ungeheueren Verbrechens ist nicht einzufangen. Die behauptete Singularität bezieht sich sowohl auf die geschichtliche Erscheinung als auch auf die grundsätzliche moralische Dimension als Bruch mit der europäischen Zivilisation. Die Singularitätsthese entspringt nicht zuletzt dem Interesse, die Erinnerung an die Opfer und ihre Aussagen zu retten. Die Frage, die sich nach dem kurzen Exkurs über die Singularität anschließt, lautet: Was hat diese Behauptung mit der Einschätzung und Beurteilung des Lebens eines einzelnen, mit Heidegger, zu tun?

Dazu ist folgendes zu sagen: Wie bereits dargestellt, entstand die Singularitätsthese nicht zuletzt aus den Aussagen der Opfer, deren Erkenntnisse darauf hinauslaufen, daß keine Theorie des Nationalsozialismus, die die Judenvernichtung nicht in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellt, diesem adäquat sei. Eine biographische Alltagsgeschichte schreiben wollen hieße nun, die Sicht der Täter gegen die Sicht der Opfer zu favorisieren, da eine Horizontverschmelzung beider Perspektiven nicht möglich ist. Das Außerordentliche ist qua definitione vom Blickwinkel der Normalität aus gesehen nicht faßbar.

Aus dem Gesagten ergibt sich für eine Beurteilung Heideggers aus politisch-theologischer Sicht, d. h. aus der Sicht der Opfer, die Forderung, die Biographie vom Ende zu beginnen, von der Katastrophe aus, die zum Blickwinkel der Darstellung werden muß. Eine solche Darstellung kann auch nicht, wie Ott von der eigenen Forschung sagt, *sine ira et studio* sein, denn dies führt letztlich in die kognitive Komplizenschaft mit den Tätern. Die Sprache der Darstellung muß der moralischen Qualität des beschriebenen Gegenstandes entsprechen.

Das Schweigen als hermeneutischer Schlüssel

Eine Hermeneutik der Vergangenheit Heideggers hat deshalb ihren Ausgangspunkt bei seinem Schweigen zu nehmen und diesen Ansatzpunkt mit der Singularitätsthese zu verbinden. Gerade dem Schweigen kommt bezüglich der Katastrophe von Auschwitz eine entscheidende Bedeutung zu. Wichtig ist, darauf aufmerksam zu machen, daß Schweigen für viele Opfer keine Antwort ist, sondern Zeugenschaft. Schweigen kann nämlich nach zwei Seiten hin schuldig werden: in der Indifferenz gegenüber den Opfern und in der Komplizenschaft mit den Tätern.

Heideggers Schweigen entstammt nicht der Einsicht, daß jeder Versuch, verständlich und

erhellend von Auschwitz zu reden, von einem völlig falschen Verständnis jenes Geschehens zeugen würde. Dies beweist die zweimalige Durchbrechung seines Schweigens: 1949 sagte er in einem Vortrag in Bremen: »Ackerbau ist jetzt motorisierte Ernährungsindustrie, im Wesen dasselbe wie die Fabrikation von Leichen in Gaskammern und Vernichtungslagern, dasselbe wie die Blockade und Aushungerung von Ländern, dasselbe wie die Fabrikation von Wasserstoffbomben.« (Farias) Man vergleiche diese Aussage mit der Argumentation Noltes im »Historikerstreit« und seiner Reduktion von Auschwitz auf das Produkt einer technischen Innovation. Es ist auch zu fragen, inwieweit sich Argumentationsstränge Noltes im »Historikerstreit« auf Äußerungen Heideggers nach dem Zweiten Weltkrieg zurückführen lassen, die sich auf die Technikkritik beziehen.

Am 20. 1. 1948 verglich Heidegger in einem Brief an Marcuse die Judenvernichtung mit der Vertreibung der Ostdeutschen. Hier wird ein weiterer Zusammenhang mit dem »Historikerstreit« deutlich. Es handelt sich um Thesen, die dort von Andreas Hillgruber im April 1986 vorgebracht wurden. Dazu läßt sich unkommentiert die Antwort Marcuses vom 13. 5. 1948 wiedergeben:

»Stehen Sie nicht mit diesem Satz außerhalb der Dimension, in der überhaupt noch ein Gespräch zwischen Menschen möglich ist – außerhalb des Logos? Denn nur völlig außerhalb dieser ›logischen Dimension ist es möglich, ein Verbrechen dadurch zu erklären, auszugleichen, zu ›begreifen‹, das Andere so etwas ja auch getan hätten.«

Paul Celan, einer der größten Dichter Deutschlands und »Zeuge für die veräscherten Zeugen« (Steiner), kam am 25. 7. 1967 zu Heidegger auf die Todtnauberger Hütte, um eine Antwort zu erhalten. Er, der wie kein anderer ein Recht darauf hatte, bekam diese nicht. Entweder gab Heidegger Celan triviale Ausreden wie im Spiegelinterview oder er verzichtete auf Reden durch absolutes Schweigen. Enttäuschung spiegelt sich in den Zeilen des Gedichtes »Todtnauberg« wider. Zeigt sich hier nicht die Kälte des bürgerlichen Subjekts? Steiner ist von dieser zum Ausdruck kommenden Kälte angewidert. Vor drei Jahren erzählte er in Marburg, wie er sich mit dem großen Dichter Ezra Pound in Venedig traf. Pound, der im Zweiten Weltkrieg für die italienischen Faschisten im Rundfunk las, reichte Steiner ein Kärtchen, auf dem stand: »Verzeihen Sie, ich möchte mit diesem Mund, der so viel Scheußliches gesagt hat, nicht zu Ihnen sprechen.« Warum war Heidegger nicht zu einer derartigen Geste fähig?

Heidegger hielt nach 1945 Reden über planarische Technik, aber zu Auschwitz fand er kein Wort. 1946 fand Heidegger Unterstützung bei Jean Beaufret. Dieser war in Frankreich sein aktivster Schüler. Schüler von Beaufret ist Robert Faurisson, mit dessen These von der Auschwitzlüge Beaufret sich in zwei Briefen 1978 und 1979 solidarisierte. Ist es möglich, daß das Gespräch zwischen Heidegger und Beaufret auch um das Thema Auschwitz kreiste? Hinzuweisen sei auch auf die ungebrochene Freundschaft zu Eugen Fischer, der in Deutschland einer der Hauptorganisatoren der sogenannten »Euthanasie an den Geisteskranken« war und der am 20. Juni 1939 explizit die Judenvernichtung forderte.

Wie soll man mit Heideggers Verhalten umgehen, seinem Schweigen über Auschwitz, seinen häufig zu widerlegenden Selbstdarstellungen? Durch einen euphemistischen Umgang, wie er seitens einiger seiner Schüler bezüglich seines Schweigens vorgetragen wird, begibt man sich, wie deutlich wurde, in eine kognitive Komplizenschaft mit Heidegger und verrät die Opfer. Daß es sich hier nicht um Übertreibungen handelt, zeigen weitere frühere Geschehnisse:

Als Heidegger im April 1933 das Rektorat in Freiburg übernahm, offenbarten die Wochen vor der Reichstagswahl am 5. 3. 1933 den Charakter nationalsozialistischer Politik: Reichstagsbrand und Notverordnungen, Kesseltreiben gegen politische Gegner, Mobilisierung der Straße. Man hörte in den Monaten März und April von »wildem« Konzentrationslagern in Kellern und Lagerräumen. Die Aussagen Heideggers in der Zeit von 1933–34 sind allgemein bekannt, erinnert sei z. B. an die Laudatio auf Albert Leo Schlageter, die Rektoratsrede, die Diffamierung Baumgartens, die Proklamation zum Austritt aus dem Völkerbund, die Denunziation Staudingers etc. Keineswegs hat er nach der Aufgabe seines Rektorats im April 1934 dem Nationalsozialismus den Rücken gekehrt. Davon zeugen die Erinnerungen Karl Löwiths, aber auch Heideggers Vorlesungen »Einführung in die Metaphysik« und »Ister«. Ott resümiert, daß der erratische Block Nationalsozialismus unangetastet bleibt.

Folgt man Heideggers Aussagen, so könnte man annehmen, in den Jahren von 1935 bis 1942 hätte sich nichts getan – als gäbe es nicht die Nürnberger Rassengesetze, die »Reichskristallnacht«, die Deportationen etc. Immer wieder werden exegetische Betrachtungsweisen angeführt, die von der Doppeldeutigkeit der Sprache Heideggers ausgehen oder die vom Nationalsozialismus lediglich den überschießen-

den Charakter verurteilen und eine gemäßigtere Variante legitimieren. Dazu ist zu sagen: Wer sich zum Nationalsozialismus bekannte, schloß sich einem Antisemitismus an. Glaubte man an eine mögliche Trennung, so verkannte man nicht nur offensichtlich die Bewegung, sondern man dachte wohl daran, daß der Sieg der Bewegung ein wenig Antisemitismus wert wäre: »Antisemitismus wurde zur Angelegenheit einer Kosten-Nutzen-Analyse. . .« (Lacoue-Labarthe).

Der hier dargelegte Entwurf hat – wie deutlich wurde – nichts mit einer »Heidegger-Hatz« zu tun, sondern weiß sich den Erinnerungen der Opfer verpflichtet. Er könnte weiter ausgeführt werden, wird hier aber mit einem Zitat Marcuses vom 13. 5. 1948 aus einem Brief an Heidegger abgeschlossen:

»Viele von uns haben lange auf ein Wort von Ihnen gewartet, das sie klar und endgültig von dieser Identifizierung befreien würde, ein Wort, das Ihre wirkliche, heutige Einstellung zu dem, was geschehen ist, ausdrückt. Sie haben ein solches Wort nicht gesprochen, wir können die Trennung zwischen dem Philosophen und dem Menschen Heidegger nicht machen, – sie widerspricht Ihrer eigenen Philosophie. Ein Philosoph kann sich im Politischen täuschen – dann wird er seinen Irrtum offen darlegen. Aber er kann sich nicht täuschen über ein Regime, das Millionen von Juden umgebracht hat – bloß weil sie Juden waren, das den Terror zum Normalzustand gemacht hat und alles, was je wirklich mit dem Begriff Geist und Freiheit und Wahrheit verbunden war, in sein blutiges Gegenteil verkehrt hat.«

Abschließende Problematisierung

Viele Unklarheiten bleiben bestehen, so z. B. Heideggers Verhältnis zum Antisemitismus. Einige sagen, dafür sei Heidegger zu kultiviert gewesen. Sein Lehrer Edmund Husserl hatte aber bereits im Mai 1933 einen »in den letzten Jahren immer stärker zum Ausdruck kommenden Antisemitismus« Heideggers beklagt. Auf die Äußerung bezüglich eines Gutachtens über Baumgarten ist schon hingewiesen worden. Auch Toni Cassirer, die Frau Ernst Cassirers, sah Heidegger als Antisemiten. Die hohe Zahl jüdischer Heidegger-Schüler scheint einen derartigen Vorwurf zu entkräften (Arendt, Jonas, Anders, Löwith, Marcuse, Brock). Demgegenüber soll Heidegger aber während seines NS-Engagements keinen jüdischen Schüler promoviert haben. Mit Hannah Arendt verband ihn jedoch eine jahrelange Freundschaft, auch mit der Jüdin Elisabeth Blochmann, deren Brief-

wechsel mit Heidegger zu seiner Rehabilitierung beitragen soll und jetzt veröffentlicht wurde. Aber auch dieser Briefwechsel kann ambivalent beurteilt werden.

Neuerdings ist ein Brief Heideggers entdeckt worden, dessen Adressat der parteilose, sich besonders für Juden einsetzende Geheimrat Schwoer ist. Dieser zeigt, daß ein aus taktischen Gründen durchgeführter Antisemitismus hier nicht zutrifft. In diesem Brief geht es um ein Stipendiums-gesuch für Baumgarten. Dabei schreibt Heidegger: »... es geht um nichts geringeres als um die unaufschiebbare Besinnung darauf, daß wir vor der Wahl stehen, unserem deutschen Geistesleben wieder echte bodenständige Kräfte und Erzieher zuzuführen oder der wachsenden Verjudung im weiteren und engeren Sinne endgültig auszuliefern« (DIE ZEIT v. 22. 12. 1989). Durch diesen vom 2. Oktober 1929 datierten Brief erhält die These Farias bezüglich Heideggers Antisemitismus Transparenz.

Oder man denke an Heideggers Verständnis von Sprache: Nur Griechisch und Deutsch sprechen oder denken darf, wer in die letzten Tiefen des Ontologischen eindringen will. Die bedrückende Frage, wie es dazu kommen konnte, daß ein Philosoph von Heideggers Ausmaß sich in die Niederungen der Barbarei begibt, ist unverständlich, verzweifeln aber läßt sein Schweigen über Auschwitz. Soll man es mit Steiners Erklärung halten: »Wir kleinen Professoren, Mandarine, Stubenhocker, Bücherwürmer, Bibliotheksratten, wir sitzen tagelang über staubigen Papieren, und in uns ist eine verzehrende Sehnsucht nach großer Tat und nach Gewalt.« Oder ist Heidegger durch und durch Nazi gewesen und liegt die Ursache dafür in seiner Philosophie begründet?

Für Heidegger, den Meister des Fragens, dachte man oder glaubte man. Mit dem Glauben schafft man Antworten, mit dem Denken Antwortlosigkeit. Manchmal aber sind Antworten besser als Fragen. Steckt nicht in der Antwortlosigkeit des Denkens ein Nihilismus? Im Wort Antwort steckt auch das Wort Verantwortung. Führt dies vielleicht dazu, daß der so antwortlos Denkende auch im Politischen der Verantwortung ausweicht? Gerade in diesem Zusammenhang ist an Vietta die Frage zu richten, ob er sich in seiner Affirmation der Heideggerschen Technikkritik bewußt ist, daß diese in einen Wertrelativismus mündet, in dem alle Verfügte des Ge-stells sind.

Am 20. Juli 1945 schrieb Heidegger an Rudolf Stadelmann, er habe über das geschichtliche Selbstbewußtsein, dessen Wesen und Vermögen nachgedacht. Dabei hätte er an Stadel-

mann gedacht. Erklärend muß gesagt werden, daß letzterer am 9. 11. 1933 unter dem Thema »Das geschichtliche Selbstbewußtsein der Nation« die nationalsozialistische Revolution hochleben ließ. Heidegger sinnt darüber nach, als ob in den 12 Jahren dazwischen nichts geschehen sei und beschließt seinen Brief: »Alles denkt jetzt den Untergang. Wir Deutschen können deshalb nicht untergehen, weil wir noch gar nicht aufgegangen sind und erst durch die Nacht hindurchmüssen.« Man denke nur an die Situation des Chaos von 1945, ja des tatsächlichen Unterganges. Solche Aussagen entspringen einem Bewußtsein, dessen Grund nur für Erwählte betretbar ist.

CHRISTIAN JÜRGENS

Die Mimesis des Politischen

Heideggers Diktum, daß es »keine Philosophie von Heidegger gibt«, ist zu bedenken: es gibt Thesen Heideggers, die man befürworten und solche, die man verneinen kann, zu der Einheit eines Werkes lassen sie sich nicht fügen. Die Heidegger-Kontroverse hat besonders auf seiten der empörten Ankläger (vgl. Farias) bemerkenswerte interpretatorische Gewaltakte gezeitigt, in denen auf unredliche Weise Biographie, Philosophie und deren tatsächlicher Bezug zum Faschismus ohne Verifikation kurzgeschlossen wurden.

Deshalb gilt es zu differenzieren: es ist notwendig zu zeigen, inwiefern Heideggers Texte von nationalsozialistischen Motiven durchwirkt sind (vgl. Derrida), denn Heideggers Verstrickung darf weder gerechtfertigt noch entschuldigt werden.

I.

Daneben muß aber auch wahrgenommen werden, daß Heidegger vom Tag seines »Bruches« an nicht allein scharfer Kritiker des Nationalsozialismus war, sondern daß vielmehr Heidegger es möglich macht, die wesentlichen Züge der faschistischen Bewegung zu denken. Dies soll angedeutet werden.

Der von 1936–40 entstandene *Nietzsche* spiegelt, kaum versteckt, Heideggers kritische

Auseinandersetzung mit dem Faschismus (vgl. *Vietta*). Indem Heidegger die unschwer auf die nationalsozialistische Bewegung applizierbaren Theoreme von »Willen zur Macht«, »Umwertung aller Werte«, »Nihilismus« und »Übermensch« in den Kontext einer Reflexion über die mit Plato anhebende Geschichte der Metaphysik einschreibt, entlarvt er den Nationalsozialismus als Vollendung der Metaphysik durch deren Umkehrung im neuzeitlichen Subjektivismus, in welchem der Wille zur Macht »ziel-los« sich selbst entfesselt. Der Kritik an der Idee der Subjektivität korrespondiert die durchgängige Kritik der späteren Schriften an der Technik, deren Herrschaft Heidegger als »Weltnacht« bezeichnet.

Zugleich erkennt Heidegger die dem Nationalsozialismus zu Grunde liegende irreduzible Verbindung von Politik und Ästhetik (vgl. *Der Wille zur Macht als Kunst*), auf die Philippe Lacoue-Labarthe in seinem Buch *Die Fiktion des Politischen* aufmerksam macht. Lacoue-Labarthes These ist es, »daß Heideggers Diskurs über die Kunst die Wahrheit über das enthält, was ich Nationalästhetizismus nenne«. Der Begriff *Nationalästhetizismus* nennt die unter dem Nationalsozialismus zu entziffernde Idee der Ästhetisierung des Politischen im Gesamtkunstwerk, die Lacoue-Labarthe bis auf ihre griechischen Wurzeln zurückverfolgt. Er kann so zeigen, daß der Nationalsozialismus die Kulmination einer langen Überlieferung ist, die angenommen hat, das Politische bestünde in der *Bildung* von Einzelnen und Gemeinschaften. Der zentrale Begriff der Bildung, dem *Bild* inhärent ist, verweist auf die ästhetische Dimension: das Bilden der Gemeinschaft besteht in der gemeinschaftlichen Identifikation mit einem (Vor)bild, das angeeignet werden soll. Lacoue-Labarthe kann so die Massen-Kino-Ästhetik von Nürnberg und Bayreuth als *strukturelle Mimesis* der attischen Dionysien lesen: die politische Gemeinschaft konstruiert ihre Identität in einer autopoetischen Geste, in der das Volk, zum Staat versammelt, das Schauspiel seiner selbst und seiner Gründung sich bietet.

Der Nationalsozialismus projizierte den Mythos als Bild. Der Rassenmythos sollte als »Mythos des Mythos« die integrierende und identitätsstiftende Kraft verleihen. Vor diesem Hintergrund kann Lacoue-Labarthe die Idee der »jüdischen Bedrohung« als phantasmatisches Konstrukt verstehen, das gemäß der von Derrida erkannten Logik des Ausschlusses funktioniert: der Mangel innerhalb der postulierten Identität der Nation wird in ein Außen projiziert. Der ausgeschlossene Sündenbock ist Indiz des Fehls im Innern: »Die Juden sind un-

vorstellbar mimetische Wesen, das heißt, Ort einer zugleich unabsehbaren und unorganischen Mimesis ohne Zweck, die keine Kunst hervorbringt und zu keiner Aneignung führt. Die Verunsicherung selbst.«

Weil Heidegger die Bestimmung seiner Zeit in eine 2000 Jahre überspannende metaphysikgeschichtliche Besinnung über Kunst und Politik einbettet, erlaubt er dieses zu sehen: daß das Wesen des Politischen in der Neuzeit, weit davon entfernt, modern zu sein, Imitatio des griechischen Vorbildes ist, daß das Politische einem Denken der Identität unterworfen bleibt, die über die Aneignung eines Bildes sich vermitteln soll, dem die synthetisierende Kraft des Symbols zugesprochen wird.

II.

Schon 1938 (*Die Zeit des Weltbildes*) hat Heidegger die von ihm erkannte Eroberung und Auflösung der Welt im Bild angeklagt; sein ästhetisches Projekt bricht mit der gesamten abendländischen Philosophie der Kunst, um im Abstreifen der tradierten Verstehensmuster die Frage der Kunst neu zu stellen (*Der Ursprung des Kunstwerks*).

Und ist es nicht Heidegger, der, auch wo er wieder einer Philosophie der Identität und Eigentlichkeit verfällt, den Weg weist zu einem *nicht-assimilierenden* Denken des Anderen als Anderem, der Frage als Frage?

Der Identifikation mit dem Bild – wer könnte sagen, sie sei überwunden? – wäre zu entgegnen mit dem differentiellen und unabschließbaren Spiel der Rollen. Das Primat des Differentiellen und Unabgeschlossenen muß immer auch für die Interpretation gelten: dem *theatrum philosophicum* diente Heidegger in der sogenannten Kontroverse um ihn oft allzu sehr als Bühnen-Bild, in dem es in einem Akt der Selbstbespiegelung und neuerlichen Selbstlegitimation die Fiktion »Heidegger« sich aneignen – und auflösen konnte.

Die neue Blutrünstigkeit

Wenn ein zum reaktionären Schwätzer herabgesunkener bedeutender Dramatiker einen unsäglichem Essay im SPIEGEL publiziert, so kann er sich, unabhängig von Qualität, des Medieninteresses sicher sein. Was im SPIEGEL steht, erweckt seit eh und je Aufmerksamkeit. So hat der Anschwellende Bocksgesang von Botho Strauß (Nr. 6/1993) eine Fülle von Stellungnahmen hervorgerufen, die durchwegs – und das ist noch das Erfreulichste am ganzen Vorgang – fundiert-negativ ausgefallen sind. Aber auch diejenigen Stimmen, die »Gelassenheit« empfehlen – wie die WELTWOCHEN (Strauß beschädige mit seiner Kampfschrift vor allem sich selbst) fertigten die Emanationen des von dem »Unseren, dem Angerichteten« Durchdrungenen keineswegs lapidar, sondern in Form einer sehr ausführlichen Replik ab. Ernstgenommen wird er jedenfalls, dieser hermetisch-elitäre, abtrünnige Linke, dem man zwar nicht absprechen kann, daß er die gegenwärtige gesellschaftlich-politische Misere erahnt (das tun aber viele), dem es jedoch nicht gelingt, präzise Fragen zu stellen geschweige denn Antworten zu geben oder anzudeuten. Sieht man einmal von der »Unfähigkeit zum Stil« ab – in der FAZ hat Michael Maar die sprachliche Verquollenheit und Verquastheit dieses neuen »Apostels der Eigentlichkeit« einer sehr exakten Analyse unterzogen –, die bald innerlich-betulich, bald dekorativ-ästhetizistisch dahinströmende Suada verweist auch, und dies ist viel gefährlicher als die ständig verunglückenden Sätze, auf die neue Blutrünstigkeit, die von bestimmten Intellektuellen neuerdings, alten Vorbildern folgend, demonstriert wird. Pars pro toto: »Der Fremde, der Vorüberziehende wird ergriffen und gesteinigt, wenn die Stadt in Aufruhr ist. Der Sündenbock als Opfer der Gründungsgewalt ist jedoch niemals lediglich ein Objekt des Hasses, sondern ebenso ein Geschöpf der Verehrung: Er sammelt den einmütigen Haß aller in sich auf, um die Gemeinschaft davon zu befreien. Er ist ein metabölisches Gefäß.«

Die faschistoide oder faschistische Masche ist hinreichend bekannt, aber immer wieder neu gefährlich: primitive, regressive Bösartigkeit wird in eine pseudo-mythische Dimension gestellt und damit aufgewertet; man verletzt oder mordet aus Verehrung; der pathetische Wortschwall vermag, wie die deutsche Geistesgeschichte zeigt, von der Banalität des Bösen ab-

zulenken und wüste Triebdynamik mit einer Aura des Besonderen zu versehen. Man möchte Botho Strauß, diesem lange Zeit von einer ziemlich unkritischen Kritik verhätschelten Dichter und Pseudodenker einmal die konkrete Erfahrung des Sündenbocks wünschen, damit er aus seinem esoterischen Sprachspiel zur Wirklichkeit des leidenden, verfolgten Objekts zurückfindet. Das Empörende an solchen und anderen Feststellungen ist die Unverfrorenheit, mit der das reale Leiden der Verfolgten und Verferteten durch inhaltlich bodenlosen Gestus pseudosublimiert wird und damit indirekt selbst noch den stiernackigen und glatzköpfigen Skinheads, die mit Molotowcocktails Mordtaten verüben, ein transzendierender Schein verliehen wird.

Die starken Worte schwacher Denker haben vielfach ihre Wurzeln in einem tiefverankerten Minderwertigkeitskomplex, der – und das würde das psychoanalytische Eindringen in die Privatsphäre rechtfertigen – fatale gesellschaftliche Folgen hat. Abgeschieden vom konkreten Leben, zurückgezogen in ein ideologisches Puppenheim, kompensiert man die Wirklichkeitsferne bzw. den Wirklichkeitsverlust, indem man diese Wirklichkeit aus dem Bauch heraus denunziert. Sich an der Dreckarbeit der Reform zu beteiligen, weist der in seinen mythischen Irrationalismus eingesponnene Intellektuelle entrüftet von sich. Handeln würde die reine Seele beflecken. Das wotanische Wüten wird als Katharsis mißverstanden. Hermetiker, die sich mit Bescheidenheit ins einfache Leben zurückziehen, kann man respektieren. Solche jedoch, die ihren Rückzug vom Prinzip Verantwortung mit hochgestochenen gesellschaftskritischen Dekor versehen, sind Heuchler *par excellence*. Wir haben keinen Mangel an Protagonisten, denen die Rolle des Tartuffe auf Leib und Gehirn geschrieben ist. Die bei Botho Strauß noch einigermaßen versteckt in Erscheinung tretende neue Blutrünstigkeit wird immerhin von Presse und Medien kritisch beachtet. Vor allem wohl deshalb – so wird man vermuten können –, weil dieser Autor mit seinen unfreiwillig komischen Sprechblasen die bei Feuilletonisten ausgeprägte Sprachkultur verletzt. Wird die neue Blutrünstigkeit geschliffen, messerscharf artikuliert, ist dies offensichtlich anders.

Bei Karl Heinz Bohrer jedenfalls konnte man kaum kritische Stimmen vernehmen; er

verbleibt im Lager der intellektuellen Solidar-
gemeinschaft, von der er sich selbst in immer
neuen stilistisch elaborierten und raffinierten
Traktaten lossagt. Im Artikel Deutsche Revolu-
tion und protestantische Mentalität (MERKUR,
Nr. 522/523, 1992) heißt es einleitend: »Das
Beste, das ich bisher über das deutsche Dilem-
ma las, stammt von einem französischen In-
tellektuellen: Nach einer Gewaltherrschaft sol-
ten die Säuberungen »danach kurz und blutig
sein«, schreibt Joseph Rovin und fährt begrün-
dend fort: »Blutig, weil mit den Mitteln des
Rechtsstaates das Erbe an Haß, Wut, Entrü-
stung und Verachtung nicht bewältigt werden
kann, das die Tyrannei materiell und psychisch
hinterläßt, und weil Terrorperioden, die aber so
kurz wie möglich sein sollten, den nicht zu ver-
meidenden Übergang zur Amnestie erleichtern.
Diesen braucht die Gesellschaft besonders
dann, wenn die Gewaltherrschaft so lange ge-
dauert hat, daß von den Bürgern nur wenige
nicht in irgendeiner Weise kompromittiert, ein-
bezogen, mitschuldig gemacht worden sind.
Der blutige Aspekt der »Säuberung« ist eine Art
von Kollektivopfer, mit dem die Götter versöhnt

werden sollen wie die Kinderopfer einst in Kar-
thago.«

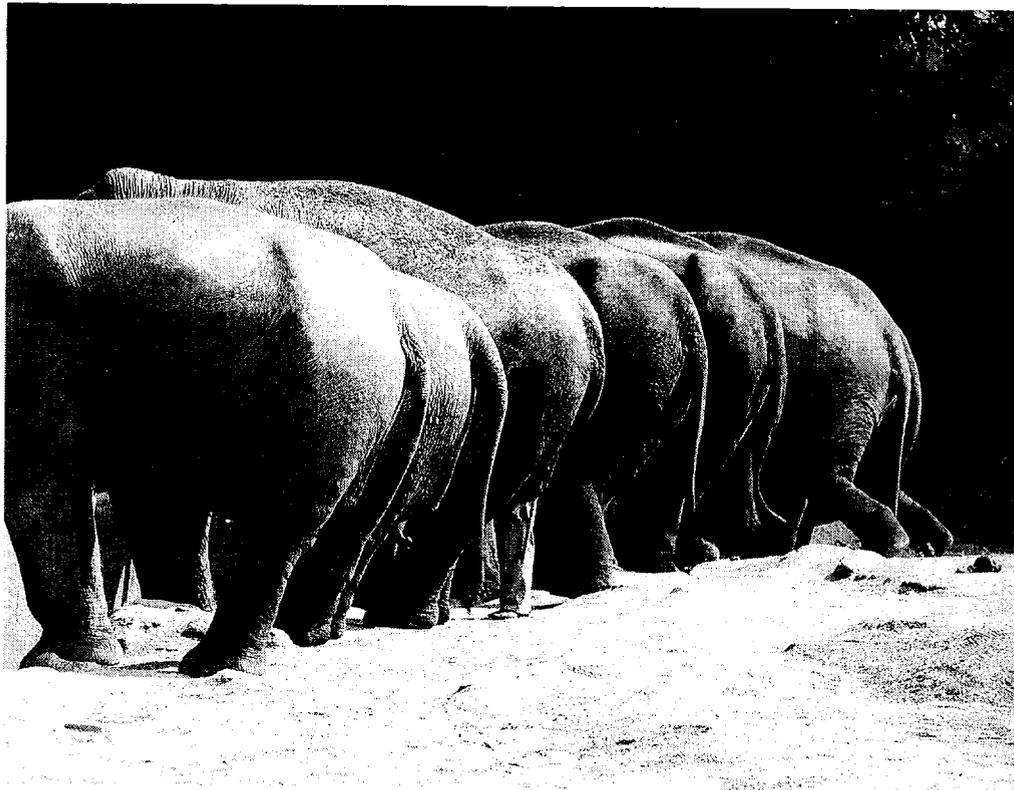
Karl Heinz Bohrer identifiziert sich so (zu-
nächst noch zitologisch) mit politischer Un-
kultur, die den jahrzehntelangen, insgesamt
durchaus erfolgreichen Bemühungen der Bun-
desrepublik um Rechtsstaatlichkeit hohnspre-
chen:

Eine Gewaltherrschaft wird mit Säuberung
»bewältigt«; man beachte, daß der stalinistische
Ausdruck »Säuberung« zunächst nicht einmal
in Anführungszeichen gesetzt wird.

Die Mittel des Rechtsstaates werden als un-
geeignet bezeichnet; aber nicht nur das positive
Recht ist damit gemeint, auch das Prinzip der
Gerechtigkeit wird abgewertet. Ist Gegenge-
walt als ritualistischer Befreiungsschlag er-
folgt, beendet Amnestie, die eine differenziert-
abwägende Beurteilung nicht braucht, die blu-
tige Abrechnung (zumindest bis zur nächsten
Säuberung).

Der blutige Aspekt der Säuberung wird als
»eine Art Kollektivopfer« bezeichnet; mag man
das auch inhaltlich nicht voll verstehen, der
Sprachgestus verhilft sicherlich denjenigen, die

Foto: Sittig/Voller Ernst, aufgenommen in Carl Hagenbecks Tierpark Hamburg



sich zwar von aufgeklärter Moral gelöst haben, aber noch Skrupel zeigen, über solche Hemmnisse hinweg.

Das leere Pathos der Rede von der Säuberung als Kollektivopfer wird nochmals gesteigert: Die Götter sollen dadurch versöhnt werden; der »Abendland GmbH«, die ansonsten den christlichen Gott für sich reklamiert und instrumentalisiert, ist in solchen Zusammenhängen der antike Polytheismus recht und billig.

Die Säuberung als das mit den Göttern versöhnende Kollektivopfer wird schließlich den »Kinderopfern einst in Karthago« gleichgesetzt; das zeigt in besonders erschreckender Weise, wie besinnungs- und bewußtlos das heroische Pathos eines solchen metaphorösen Stils selbst von der eigenen Klientel hinwegträgt; denn diese hat ansonsten doch mit ihrem »Jargon der Eigentlichkeit« das »Gute, Schöne und Wahre« usurpiert und eine an sich ergreifende idealistische Trias im Rahmen affirmativer Kultur zwar auf eine nichtssagende Leerformel heruntergeredet, aber immerhin noch als Matrize verfügbar.

Nach einer, die Identifikation mit der Aussage von Joseph Rován begründenden Exegese attackiert Karl Heinz Bohrer die protestantische Innerlichkeit vor allem deshalb, weil sie kurzen und blutigen Säuberungen offensichtlich im Wege steht. Ob damit der deutsche Protestantismus richtig charakterisiert wird – geschichtlich zeigt die Allianz von Thron und Altar nicht die beanstandete moralische Sensibilität –, sei dahingestellt. Bohrer jedenfalls artikuliert als »überzeugter katholischer Atheist« damit sein »tiefverwurzeltes Mißtrauen vor der Reformation«. Das ist beim Kult der Gewalt verständlich, steht doch diesem ein um Gerechtigkeit und Freiheit ringender, sein Gewissen befragender und nicht auf papalautoritative bzw. autoritäre Instanzen vertrauender Christenmensch im Wege.

An der moralischen Aufgeregtheit der protestantischen Theologie hätten auch jene westdeutschen Intellektuellen Anteil, »die nicht zur notorischen Gesinnungsfraktion der kleinbürgerlichen Lehrer und »Schriftsteller« (die dem gleichnamigen Verband Verbliebenen) gehören, sondern zum letzten Rest einer adlig-protestantischen Oberschicht, die eine evangelische Brüderlichkeit nicht ohne gouvernementale Betulichkeit pflegt, ohne daß es sich ausschließlich um Vertreter Evangelischer Kirchentage oder Autoren der Zeit handelt. Der rhetorisch Begabteste dieser Gruppe ist der Bundespräsident, der eleganteste der Pädagoge Hartmut von Hentig und der energischste der Historiker Rudolf von Thadden. Von diesen vornehmen

Leuten und den von ihnen moralisch Beeindruckten – und das ist sozusagen das gesamte offizielle Deutschland – wird inzwischen ein Stil im öffentlichen Umgang mit der DDR-Erbenschaft gepflogen, der leider nicht zur gebotenen Klarheit eines Rován führt, an dem man aber die Ursachen der aufgekommene Verschwommenheit studieren kann«.

Karl Heinz Bohrer's »neue Blutrünstigkeit« ist offensichtlich so subtil und artifiziellos artikuliert, daß sie nicht nur von einem breiten, medienabgebrühten Publikum nicht verstanden, sondern auch in linken Intellektuellen-Kreisen übersehen wird – obwohl doch diese sonst als feinfühlig Seismographen auf reaktionäre Entwicklungen in der Bundesrepublik rasch reagieren.

Ist zu vermuten, daß die von Karl Heinz Bohrer degoutierten Intellektuellen protestantischer Moral sich durch die Eskapaden des Herausgebers nicht ein so anerkanntes und qualitativ hochstehendes Forum wie den MERKUR für ihre gesellschaftskritischen Analysen und Ermahnungen vermiesen lassen wollen? Die Mitarbeit an dieser Zeitschrift nobilitiert; will man den publizistischen Adelsbrief nicht zurückgeben? Immerhin sollte man den Opportunismus von Intellektuellen, wie deren Geschichte deutlich macht, nicht völlig ausschließen; handsome is who handsome does erfreut sich keineswegs allgemeiner Zustimmung. Zwar wird bei Gegnern und Feinden das Fehlen ethischer Kompetenz beanstandet; dementsprechend wird etwa dem greisen Ernst Jünger dessen alte Blutrünstigkeit unentwegt nachgetragen; handelt es sich aber um einen Angehörigen der zumindest früher gleichen Blutgruppe, kommt es schon vor, daß man großzügig über dessen skandalöse Eskapaden hinwegsieht.

Das Gleichgewicht

So meinte anläßlich der Salzburger Strauß-Premiere Das Gleichgewicht der SPIEGEL-Redakteur Volker Hage im Rückblick auf die höchst umfangreiche Reaktion zum Anschwellenden Bocksgesang – damit seine sonst stets gezeigte kritische Sensibilität gegenüber reaktionärem Wurzeldeutsch und -denken verleugnend (hat man doch nun den Autor in den Dunstkreis der Sympathie einbezogen) –: »Die Kraft dieses Aufsatzes rührt nicht zuletzt daher, daß Strauß Verstörung zeigt, nicht Meinungsstärke – eine Verstörung, die das Bild des fast tänzerischen Miteinanders in der Gesellschaft gefährdet sieht: Ist da nicht ein »letztes knisterndes Sich-Fügen« zu hören, ein »leises Einschnappen, wie ein Schloß, ins Gleichgewicht.«? Danach könnte

alles reißen, heißt es bei Strauß: Nerven, Netze, Träume.« (Nr. 30/1993) Peter Iden vergaß angesichts der Uraufführung von Das Gleichgewicht den fatalen »Bocksgesang« völlig (ein objektiver Kritiker muß in der Tat jedes neue Werk unvoreingenommen beurteilen) und pries die Persönlichkeit des Botho Strauß in höchsten Tönen (was er jedoch nicht hätte tun müssen): »Die infamen Kritiker von Strauß, die hergefallen sind über ihn, weil er nicht denken und reden wollte wie sie – weggefegt müssen sie sich vorkommen jetzt. Luc Bondy und den Schauspielern ist wie Peter Stein zu danken dafür, daß sie zu dem Dichter gestanden haben, der am deutschen Theater seinesgleichen nicht hat.« Es ist schon überraschend, wie einer, der seinen moralischen Präzeptorenanspruch selbst nie unter den Scheffel gestellt hat, »aus dem Gleichgewicht« geraten kann – als ob die Einwände gegen Strauß darin bestünden, daß er nicht so rede wie seine Kritiker!

Deutsche Sorgen – Martin Walser, »einst Wortführer der linken Intellektuellen und Sympathisant der DKP«, klagte in einem gleichnamigen SPIEGEL-Essay über »die gestörte Identität der Deutschen als Nation. Der Rechtsextremismus sei eine ›Antwort auf die Vernachlässigung der Nationalen durch uns alle.« (Nr. 26/1993) Der dritte prominente Dichter und Denker im Bunde neuer Blutrünstigkeit? So einfach liegen die Dinge erfreulicher Weise nicht. Der »hemmungsloseste Monologist«, »Deutschlands gescheiteste Plaudertasche« (*Marcel Reich-Ranicki*) brachte eine Reihe präzise formulierter Punkte vor, etwa:

Nach 1968 habe man durch weitgehende Urteile aus aufbegehrenden Studenten unbelehrbare Terroristen gemacht; jetzt machten wir Rechtsradikale aus Jugendlichen, die ihren Protest so kraß wie möglich kostümierten. Wenn diese Jugendlichen sich den Satz »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein« an den Arm kleben, dann sollten wir zuerst einmal überlegen, wie es zu diesem Satz komme.

Wenn einer nichts anderes besitze, worauf er stolz sein könne, als seine Nationalität, dann sei er (als Deutscher) zwar wirklich arm dran, doch könne man aus einer Nation auch nicht austreten wie aus einem Verein, um nicht mittragen zu müssen, was diese Nation als Nation angestellt habe.

Daß Europa nur aus Nationen entstehen könne, wäre überall in Europa bekannt, nur in Deutschland beziehungsweise bei einer bestimmten Art deutscher Intellektueller nicht; der Vergangenheit wegen hätten einige Intellektuelle befunden, man müsse Deutschland für immer und ewig geteilt lassen.

Keiner habe 1989 einen besseren Vorschlag gemacht als Helmut Kohl. »Keiner! Um das notorische Gewieher, das eine solche Ansicht auslöst, noch ein bißchen zu verstärken, gestehe ich, daß sich, nach meinem Verständnis, Kohl als lernfähiger erwiesen hat als alle seine Kritiker. Er hat, obwohl er in die Schule des Kalten Krieges ging, sehr schnell mit Gorbatschow von Pullover zu Pullover gesprochen.«

Natürlich muß man die vielfältigen Wurzeln und Ausprägungen des Rechtsradikalismus sorgfältig analysieren, um geeignete komplexe Gegenstrategien entwickeln zu können. Es genügt nicht, wenn ständig gute Menschen guten Menschen gegenüber das Bild böser Menschen aufzeigen; man wird sich um eine »offene Pädagogik« bemühen müssen (so schwer dies angesichts der brutalen Erscheinungsformen der Neofaschisten auch fällt).

Man kann in der Tat nicht aus seiner Nation aussteigen; deshalb ist ja »Trauerarbeit« für jeden Deutschen so wichtig. Gleichermaßen ist »Stolz-Arbeit« ein notwendiger Teil von Identitätsbildung.

Man wird realistisch zugeben müssen, daß Europa nur aus Nationen entstehen kann; doch sollte man darüber das »Europa der Regionen« als gegensteuerndes Element zur Hegemonie des »Nationalen« nicht vernachlässigen – freilich zugleich bedenken, daß ein ethnozentrischer regionaler Nationalismus, verbunden mit religiösem Fundamentalismus, sein Unwesen treibt.

Ohne dem Loblied auf Kohl zuzustimmen, wird man zugeben müssen, daß ein Teil der Linken und damit der Sozialdemokratie nicht engagiert genug für die Vereinigung eingetreten ist (damit Willy Brandt die Gefolgschaft verweigert); gerade aus einem über-nationalen, den Nationalismus transzendierenden Grund hätte man dies tun müssen: Würde doch dadurch Freiheit endlich denen gegeben, die so lange unter einem menschenverachtenden Regime gelitten haben; mit der Brutalität des Stalinismus und Kommunismus hatte ein großer Teil der Linken sich nicht genügend auseinandergesetzt, stattdessen falsche Kompromisse eingehend, politik-ethische Prinzipien vernachlässigend.

Was Martin Walser freilich als eigentlichen Kern der Versäumnisse angibt, ist unhaltbar und gefährlich: »Weil wir aus den allertriftigsten Gründen die Nation so klein und schlecht gemacht haben, deshalb haben Landsleute, die das nicht ertragen wollten oder konnten, den Nationalismus in Pflege genommen. Ich glaube, die Entwicklung rechtsextremer Gruppierungen sei eine Antwort auf die Vernachlässigung

des Nationalen durch uns alle. Und wir alle haben diesen Pflegern nationaler Tendenzen immer jede Legitimität verweigert. Mit dem verständlichen und doch etwas schematischen Hinweis auf die NS-Zeit.«

Die erneute Regression auf einen geschichtlich, kulturell und moralisch völlig gescheiterten Nationalismus wäre wohl ein »tödliches Heilmittel«. Wer den Nationalismus als Therapie für Frustrationsaggressivität empfiehlt, versucht, vergiftete Seelen mit Gift zu heilen. Vielmehr sollten wir endlich engagiert begreifen, daß (durch die Geschichte der Bundesrepublik verifiziert) ein »Angebot« zur Verfügung steht, das jede emotionale wie rationale Zuwendung verdient: das Grundgesetz nämlich, vor allem die dort garantierten Grundwerte.

Für den Verfassungspatriotismus ist Heimat ein »Territorium für Seinsgewißheit«, ein Ort, da der »arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch zugleich in Ruhe sich selbst erfassen und das Seine ohne Entäußerung in realer Demokratie begründen« kann (*Ernst Bloch*).

Mit Verfassungspatriotismus – in Dankbarkeit und Freude über ein nun bereits einige Jahrzehnte bestehendes demokratisch-republikanisches Staatswesen, geprägt durch das Bemühen um sozialstaatliche Gerechtigkeit (gegen deren Gefährdung man natürlich stets kritisch ankämpfen muß) – ist auch die Auseinandersetzung mit der »neuen Blutrünstigkeit« zu führen. Bei dem Bemühen um Verstärkung des gerade ins tägliche Tun umzusetzenden Verfassungspatriotismus, mit dem Ziel, am »unvollendeten Projekt Aufklärung« unentwegt weiter zu arbeiten, wird man sich auf die deutschen Intellektuellen nur partiell verlassen können; larmoyant und ästhetizistisch, sind viele von der allgemeinen Tendenzwende ergriffen; sie sind des grübelnden, nachdenklichen und moralisch differenzierenden »Protestantismus« überdrüssig geworden und haben sich kopfüber, vor allem kopflos – der Anstrengung des Begriffs enthoben – dem mystisch-mythischen Geraune überantwortet. Diesen Kreisen mit ihrem neuen Glanz von innen – die Achtundsechzigerdämmerung bewirkend oder ihr nachfolgend – steht übrigens der dunkle Botho Strauß näher als der sich stringent artikulierende Karl Heinz Bohrer. Bodo Kirchoff: »Ich habe ein Kind, seitdem mache ich mir Gedanken um das vierte Gebot. . . Das Außerkrafttreten des vierten Gebots durch unsere Generation hat zu einer Lockerung des fünften Gebots bei den heutigen Jugendlichen geführt; wir müssen das vierte Gebot neu definieren – das hat Botho Strauß nicht geschrieben, aber wahrscheinlich gemeint.«

Kritik

JUDITH KLEIN

Palästinaberichte aus einem halben Jahrhundert

Die alten Reiseberichte werden so kostbar sein wie die größten Werke der Kunst«, notierte Elias Canetti 1943 – kostbar, weil über unbekannte und deshalb heilige Erde berichtend. »Heiliges Land« betreten auch die Palästina-Reisenden, unbekannt war es schon lange nicht mehr, aber doch Ort eines neuen, eines einzigartigen sozialen »Experiments«, das leidenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich zog. Unter den Palästina-Reiseberichten dieses Jahrhunderts gibt es kostbare literarische Werke, in ihrer Mehrheit sind es aber parteiische, politisch oder religiös ausgerichtete Augenzeugenberichte.

Die jüdischen Palästina-Reisenden aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei reisten nicht ziellos, sondern in der Absicht, am Ort der nationalen Wiedergeburt des jüdischen Volkes zu weilen und das Experiment gemeinschaftlicher jüdischer Siedlung kennenzulernen. Viele flohen vor einer Zivilisation, in der hochentwickelte Technik und Produktivkraft mit Weltkrieg und Elend Hand in Hand gingen; sie folgten ihrer Sehnsucht nach jüdischer Gegenkultur und neuer Menschlichkeit. Oft zeichneten sie ein verklärtes Bild vom bereisten Land: sie wollten die Liebe zu Erez Israel und die Spendenbereitschaft zugunsten der frommen Juden Palästinas oder der zionistischen Organisation steigern. Es gibt aber auch negative Reisebeschreibungen. Zu Anfang des Jahrhunderts reisten nicht wenige in kritischer Absicht nach Palästina: sei es, daß sie die Verquickung des Zionismus mit europäischer Gewaltpolitik mißbilligten und schwer lösbare Konflikte entstehen sahen, sei es, daß der zionistische Traum ihr Bedürfnis nach ungeteilter Zugehörigkeit zu Deutschland störte.

Es waren »Pilger« unter ihnen, denen es nicht um politische Identifikation oder Abgrenzung und nicht um Beobachtung oder Erkenntnis ging, sondern um die Intensität ihrer Beziehung zu Zion. Orthodoxe Juden reisten mit dem Spruch der Psalmen im Ohr: »Sollt' ich dich vergessen, Jerusalem, so versage meine Rechte! Kleben soll meine Zunge mir am Gaumen, so ich dein nicht gedenke, so ich nicht erhebe Jerusalem auf den Gipfel meiner Freude!«

Dabei galt ihr Interesse durchaus auch dem Aufbau eines jüdischen Palästinas »im Geiste der Thora«.

Andere reisten nach Palästina, um die Modalitäten ihrer Niederlassung dort abzuklären, ihre Reise zielte auf eine Seinsmöglichkeit und nicht bloß auf Identifikation und Erkenntnis. Ab 1933 kamen diejenigen, die nicht Reisende zu nennen sind, sondern Flüchtlinge, Vertriebene, weil ihre Abreise erzwungen und endgültig war. Sie unternahmen Reisen nicht *nach*, sondern *in* Palästina und vermittelten in ihren Berichten potentiellen Auswanderern aus Deutschland »ein anschauliches Bild Palästinas als einer möglichen neuen Heimat« (S. 101 f.).

Reiseeindrücke

Eines kennzeichnet alle Palästina-Reisen: sie entspringen keinem offenen Projekt, sind kein zielloses oder rein vergnügliches Durch-die-Welt-Streifen, sondern ein durch Traditionen, ideologische und religiöse Prämissen, durch Vorkenntnisse und politische Bestrebungen überdeterminiertes Unternehmen. Entdeckungen zu machen, die die Grenzen der vorgefaßten Gedanken und vorgegebenen Zugehörigkeiten überschritten, fiel diesen Reisenden schwer. Palästina, das heilige Land, war – so ließe sich sagen – ihnen fast zu bekannt, es war Objekt eines zu alten und zu festen Wissens, Inhalt zu schöner und heftiger Träume, um sich ihnen in seiner Konkrettheit vollends zu erschließen. Lange Zeit waren sie zu geblendet vom Gedanken an mythische Vergangenheit und vom Glauben an die verheißene Zukunft, um die Gegenwart klar wahrzunehmen. Nachum Goldmann, später hoher zionistischer Funktionär und 1947 Verfechter einer Nahost-Konföderation, beteiligte sich 1913 an einer vom »Comité für Palästinawanderfahrten jüdischer Turner und Studenten« organisierten Gruppenreise. In seinen *Reisebriefen aus Palästina* (1914 und 1982) wird die Übermacht des Mythos über die Gegenwart deutlich: »[...] ich fühle mich so heimisch zwischen diesen kahlen Bergen. Trotz dieser fremden Besitzer; es ist doch mein Land. Die Vergangenheit ist mächtiger als die Gegenwart« (S. 147). Viel später erkannte Nachum Goldmann die Existenz der palästinensischen Nation und die Legitimität ihrer Bestrebungen an und trat für Verständigung ein; seine politische Entwicklung ist exemplarisch für den Wandel der Wahrnehmung Palästinas und seiner Bevölkerung und für die allmähliche Anerkennung ihrer politischen Rechte. Die Geschichte der Palästina-Reiseberichte, die nun vorliegt, ist eine Geschichte dieses Wandels –

der Rückschläge und der Rückfälle in kolonialistische Verachtung auch; sie ist um so interessanter, als die Autoren etlicher Reiseberichte zur Zeit ihrer Reise oder später offizielle Repräsentanten zionistischer oder jüdischer Organisationen waren und weitere schriftliche Zeugnisse hinterließen.

Insbesondere Anhänger eines ethischen Zionismus, die sich das zu schaffende »geistige« Zentrum des Judentums nicht als exklusiv jüdischen Staat vorstellten und ein »kommunitäres«, ja »anarchistisches« Modell zionistischer Siedlung entwarfen, machten sich von mythischen Vorstellungen und europäischem Herrendükel frei. Waren sie auch Anhänger marginaler Strömungen oder der Intelligenzschicht angehörende »Einzelkämpfer«, so ist ihre Linie doch gerade in den Reiseberichten bis in die Anfangszeiten des Zionismus zurückzuverfolgen. Sie traten für die Bildung eines binationalen jüdisch-arabischen Staates ein oder hielten schon die Schaffung eines Netzes anarchisch strukturierter Gemeinden in einem arabischen Palästina für ein hinreichendes oder erstrebenswertes Ziel. Sie beriefen sich auf die jüdische Ethik und Geschichte. »Jüdische Politik« definierten sie durch die Abwesenheit irgendwelcher Gewalttendenzen oder Machtprinzipien. Während viele deutsch-zionistische Autoren vor 1920 den Eindruck vermittelten, Palästina und seine Bevölkerung führten ein geschichts- und identitätsloses Dasein, das auf Anstoß und Inbesitznahme von außen harrte, entwarf Hugo Herrmann 1925 in seinem Bericht *Eine werdende Welt. Reiseeindrücke aus Palästina* ein ganz anderes Bild von der arabischen Geschichte des Landes: »Und die Araber, die, ein junges aufstrebendes Volk, Besitz ergriffen von dem verlassenen Lande, sie hatten nicht die Unbekümmertheit des Geschichtslosen, sondern sie fühlten, daß diese Steine lebten, zitterten vor Vergangenheit. Sie nahmen sich der verwaisten Heiligtümer an, adoptierten sie oder ließen sich von ihnen adoptieren.« Hier spricht Dank dafür, daß ein verwaistes Gut gehütet wurde, Dank, der jeden einseitigen Besitzanspruch ausschloß.

Vielfach durchbrechen die Autoren die instrumentelle Sprache des Berichtens, Benennens und Erklärens, geben sich dem Sehensrausch oder der Phantasie hin und übersetzen Bilder eines traumwandlerischen Blicks. Die Reisetagebücher und die Reisebriefe drücken die unmittelbaren subjektiven Gefühle am authentischsten aus, lassen die Reise wie einen Film vor uns ablaufen. Wie viele solcher bewegender Dokumente mögen noch unveröffentlicht in Schubladen liegen, – bewegend und kostbar vor allem, wenn es sich um Zeugnisse

der endgültigen »Reise«, der erzwungenen Auswanderung handelt!

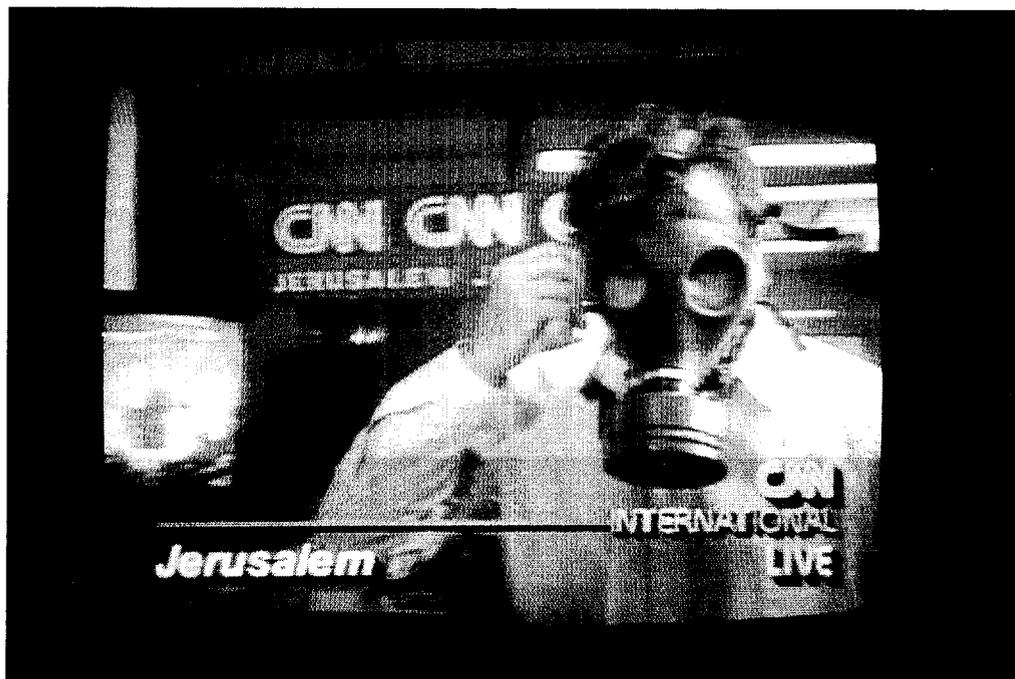
Wenige schrieben Reise-Dichtung. Die Übermacht des Mythos ist besonders deutlich in Else Lasker-Schülers »poetisch-religiösem Entwurf« (S. 339) *Das Hebräerland* von 1937. Die Dichterin hat drei Jahre nach ihrer Reise Realität neu imaginiert, hat ihren Traum von Palästina gezeichnet: zwar werden hier schärfste Gegensätze angesprochen, aber um aufgelöst zu werden im Bild von paradiesischem Glück und Frieden, im Bild »einträchtig zusammenarbeitender Juden und Araber«. Waren die heiligen Stätten Jerusalems schon damals Zankapfel der verfeindeten Religionen, so ist Jerusalem für Else Lasker-Schüler die »Lieblingsstadt Gottes«, »Sternwarte des Jenseits«; Palästina ist »nicht von dieser Welt«, sondern »Vorhimmel des Himmels«; ihr »Hebräerland« ist ein poetisch-ästhetisches Traumgebilde, in das die von Literatur und Malerei geprägten europäischen Orientvorstellungen – im 19. Jahrhundert war Palästina ein Pilgerland der französischen Romantiker – eingegangen sind. Else Lasker-Schüler ist die einzige vom Autor vorgestellte Frau, neben ihr wird nur Grete Fischer kurz erwähnt, die 1934 unter dem Pseudonym Joseph Amiel das Buch *Das erlaubte Land* veröffentlichte, in dem sie die Probleme der Einwanderung deutscher Juden beschrieb.

Widersprüche

Alle Reiseberichte haben eine unterschwellige Struktur gemein: Die Autoren hatten an der Debatte um Legitimität oder Nicht-Legitimität der europäischen Ansiedlung in einem arabischen Land teil, und sei es unwillentlich, dadurch, daß sie schwiegen oder mit der gebieterisch aneignenden Attitüde europäischer Herren reisten. Mag so die alle Texte strukturierende Thematik bezeichnet sein, so darf doch deren historische Bedingtheit nicht übersehen werden: die Araber Palästinas als religiös gespaltene, unpolitische Masse darzustellen bedeutete um 1905 anderes als um 1935. Wolfgang Kaiser urteilt zuweilen über die imaginäre Ethnographie der Reiseberichte von der Höhe des späteren Wissens aus. Das erstaunt, macht er doch durchaus deutlich, daß die Berichte Spiegelbilder der historischen Situation und der jeweiligen Stadien zionistischer Aktivität sind: Zionismus als Zionsehnsucht, als philanthropisches Unternehmen, als praktische Siedlungsarbeit etc. bedingte eine andere Haltung gegenüber Palästina und seiner Bevölkerung als ein rigider Staatszionismus. Die grundlegende Frage des Buches lautet zu Recht, »wie der tiefgreifende Wandel Palästinas und die damit verbundenen Probleme von Zeitgenossen wahrgenommen und bewertet worden sind« (S. 16).

CNN-Studio in Jerusalem kurz nach irakischem Raketenangriff auf Israel

Foto: JOKER/Lutz Schmidt



Wolfgang Kaisers gigantische, nach politischen Orientierungen und Wahrnehmungsmustern geordnete, chronologisch aufgebaute und Formen wie Reisesessay, Tagebuch und Reportage etc. unterscheidende Artikel fürchtet keine Brüche. Sie enthält im Hauptteil über 30 Einzelanalysen von veröffentlichten Werken, deren zeitgenössische Rezeption ebenfalls berücksichtigt wird; darüber hinaus liefert sie eine Einführung in die Geschichte Palästinas sowie der deutschsprachigen Juden und einen Überblick über frühere Palästina-Reisen und die christliche Reiseliteratur. Der Zugang ist ein enzyklopädischer: *alle* Reiseberichte sollen berücksichtigt werden; das geht zu Lasten der theoretischen Durchdringung, denn ein solch formal, politisch, psychologisch vielfältiges Spektrum an Texten läßt sich theoretisch nur schwer erfassen, *muß* voller Widersprüche und Sprünge bleiben.

Im Bemühen um Aktualität gibt Wolfgang Kaiser einen Ausblick auf die Nachkriegszeit, in der sich die Voraussetzungen für Palästina-Reisen deutschsprachiger Autoren grundlegend geändert hatten, wenn auch das »zentrale Problem und die Reaktionen darauf im wesentlichen gleichgeblieben sind« (S. 523). Was haben aber die von Hoffnung erfüllten Reisebeschreibungen jüdischer Überlebender mit den Berichten der von Schuldgefühlen heimgesuchten oder von aggressivem Antisemitismus vergifteten nicht-jüdischen Reisenden gemein?

Die Aktualität der Reiseberichte liegt anderswo: Erst in Kenntnis des kulturgeschichtlichen Phänomens der kollektiven und individuellen Repräsentationen anderer Völker – hier des jüdischen und des arabischen Volkes in Palästina – ist der Versuch möglich, fortdauernde ethnische Feindschaften zu erklären und aufzulösen. Aktualität können die Berichte aus einem halben Jahrhundert aber auch dadurch gewinnen, daß sie Entwürfe für ein demokratisches Zusammenleben zwischen Juden und arabischen Palästinensern enthalten, die heute wieder durchdacht werden sollten.

Wolfgang Kaiser: Palästina-Erez Israel. Deutschsprachige Reisebeschreibungen jüdischer Autoren von der Jahrhundertwende bis zum Zweiten Weltkrieg, Hildesheim/Zürich/New York 1992, Georg Olms Verlag, 585 S., DM 68,-

In Aharon Meggeds Roman *Fojglman* ist das Übersetzen thematischer Drehpunkt und zugleich Metapher für vielschichtige Prozesse des Verstehens und Nicht-Verstehens. Es symbolisiert die schwierigen Prozesse des Übersetzens: von einer Welt oder einer Erfahrung in die andere, von der Wissenschaft ins »wirkliche« Leben, von der Diaspora nach Israel, vom Bewußten ins Unbewußte, von der Erinnerung in die Gegenwart – und umgekehrt. Die Komplexität dieser Verweisungszusammenhänge macht die Größe des Buches aus.

Ein fremder Text reicht plötzlich in die Lebenswelt eines israelischen Wissenschaftlers hinein: die jiddischen Gedichte Fojglmans, für die er, der Ich-Erzähler Zwi Arbel, dessen Name im Hebräischen semantisch – und im Deutschen phonetisch – an Wirbel und Strudel anklängt, nach einem hebräischsprachigen Übersetzer sucht. Fremd sind ihm die Gedichte und ihr Autor, und doch auch unheimlich vertraut, denn er forscht über eine Geschichte, die Fojglmans Leben eingeschrieben ist: die drei Katastrophen des Ostjudentums, die Massaker Chmelnizkis (1648/49), die Pogrome Petljuras (1919) und die Ausrottung durch die Nazis. Fojglman, der das Leiden an diesen Katastrophen ebenso verkörpert wie die Wärme und die humorvolle Zärtlichkeit der vernichteten jiddischen Kultur, wirbelt das ruhige Leben des Wissenschaftlers durcheinander. Zuweilen sieht es so aus, als könne die »Übersetzung« von einer Welt in die andere gelingen: Arbel ist von einigen Gedichten Fojglmans tief berührt, empfindet auch zuweilen »eine große Nähe«, und als er einen jiddischen literarischen Abend besucht, erlebt er eine »Offenbarung«: »Und obwohl ich dem Anschein nach nicht zu dieser Gemeinschaft gehörte [. . .], dachte ich: Ich bin unter meinem Volk, und das Gefühl aus Traurigkeit, Sehnsucht und Schmerz strömte von den anderen auf mich über, und von mir wieder auf sie.«

An zwei Stellen des Romans taucht das Dädalus- und Ikarus-Motiv auf, das im übrigen dem Leitmotiv des Vogels entspricht. Als der Ich-Erzähler endlich einen Übersetzer für die jiddischen Gedichte gefunden hat, fühlt er sich befreit, erlöst, losgekauft auch von seiner »Schuld« gegenüber dem Überlebenden Fojglman: »Freude erfüllte mich, als ich auf die Straße trat. Ich fühlte mich, als wäre ich selbst der Dichter, als wäre ich Fojglman, und ich ging wie auf Wolken. [. . .] Ich war wie Dädalus, der seinem selbstgebauten Labyrinth mit

Hilfe von Flügeln entkommt, die er sich an seinem Körper befestigt hat« (S. 165). Hier scheint blitzartig die dem Übersetzen eigene Erlösung auf: die Versöhnung der Sprachen, der jiddischen und der hebräischen. Aber die »Heilige Hochzeit« zwischen Original und Übersetzung findet nicht statt. Fojglman stellt fest, daß die beiden Sprachen inkompatibel sind. Die Unübersetzbarkeit des Jiddischen ist um so tragischer, als viele jiddische Worte scheinbar nur rückübersetzt werden müßten, weil sie aus dem Hebräischen stammen: »Dieses Hebräisch ist so stolz, daß es einen seiner Sprößlinge, der das Haus verlassen hatte, bei seiner Rückkehr so kalt empfängt, als wäre er ein Fremder«, sagt Fojglman.

»Unübersetzbarkeit« herrscht auch zwischen den Menschen. In einer der Tagebuchnotizen Fojglmans heißt es über die Begegnung mit Arbel: »Ohne ihn wären meine Gedichte nicht übersetzt worden [. . .]. Doch andererseits ist da keine Wärme zwischen uns. Er wahrt Distanz. Er begleitet mich höflich überall hin. [. . .] Und ich möchte ihn am liebsten an der Schulter packen und sagen: ›Reb Hirsch, sei nicht so höflich zu mir! Sei warm! Warm! Wir sind doch jüdische Brüder!« Es gelingt nicht, die jiddischen Gedichte in Israel heimisch zu machen. Die Feier zum Erscheinen des Buches endet mit Scherben, das Buch findet keinen Rezensenten. »Und wieder erlebte ich eine Enttäuschung nach der anderen«, meint der Erzähler im Rückblick.

Zwi Arbels Frau, die dem Ansturm der Jiddischkeit nicht standhält, bringt sich um – eine Tat, deren kausale Verkettung im dunkeln bleibt. Fojglman, der inzwischen eine Wohnung in Israel erworben hat, dort aber isoliert lebt, stirbt. Die Nachwirkungen der »Hölle von damals« und die menschlichen Enttäuschungen in Israel, die ihre Zerstörungskraft aufgrund der vorgängigen Erfahrung entfalten, scheinen Ursache des Todes zu sein. Fojglmans Aufzeichnungen enthalten den Satz: »Meine Seele ist in Stücke zerrissen, und ich sehe sie in alle Richtungen davonfliegen, genau wie damals, als ich aus der Hölle kam.« Arbel seinerseits entkommt der Vergangenheit nicht: »Der Schmerz frißt mich auf«, so lautet der vierte Satz seiner Aufzeichnungen, einem komplizierten Geflecht aus Reflexion, Gesprächen, Dokumenten. Immer ist Fojglman, Verkörperung der vernichteten jiddischen Kultur, präsent; wie ein Dibbuk ist der tote Dichter in Zwi Arbels Seele übergesetzt: »Er geht in meiner Wohnung herum, sitzt auf dem Sofa, steht in der Küche. [. . .] Er weigert sich, aus mir herauszukommen.« Die Rückübersetzung gelingt nicht.

Erst jetzt, als alles verloren ist, als Arbels Frau tot ist, als Fojglman nicht mehr lebt, entfalten seine Gedichte Leben. Zum zweiten Mal taucht das Ikarus-Motiv auf, gespiegelt in einem Gedicht, das Zwi Arbel keine Ruhe läßt: »Meine Flügel sind müde vom Fliegen,/ nein, nicht wie Ikarus/ werde ich in der Sonne schmelzen./ Ich werde hinunterstürzen/ und im Feuer der Erde verbrennen.«

In Meggeds Roman sprühen nicht nur thematische Vielfalt und dialektische Lektüre der jüdischen Kultur, dieser Roman kann auch als einzigartiges und zugleich paradigmatisches Stück der israelischen Literatur gelesen werden: Das Trauma der Vernichtung geht dort mehr als in jeder anderen Literatur über in das Gefühl von Schuld: Schuld, weil man die Sprache der Überlebenden nicht teilt, weil Weiterleben auch »leben wie vorher« heißt. Das Thema der Judenvernichtung ist im Roman präsent und entrückt zugleich: Zwischen die Lesenden und die Geschichte der Verfolgung hat der Autor die schriftstellerischen Versuche Fojglmans und die wissenschaftlichen Arbeiten Arbels geschoben. Das ist ein Mittel ästhetischer Darstellung nicht-darstellbarer Realität: In diesen Spuren ist am ehesten das Unmögliche realisiert, das Grauenhafte zu benennen.

Aharon Megged: Fojglman. Aus dem Hebräischen übersetzt von Mirjam Pressler, Stuttgart 1992, Bleicher Verlag, 325 S., ca. DM 30,-

URSULA HOMANN

Wider die inszenierte Trauer

Je weiter wir uns zeitlich von Auschwitz entfernen, um so schwieriger gestaltet sich unser Umgang mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte, um so intensiver und kontroverser werden die Debatten über seinen Stellenwert und seine Bedeutung – nicht von ungefähr, ist doch für viele junge Menschen die NS-Zeit mit all ihren Schrecken längst graue Vergangenheit. Aber nicht nur das – selbst ältere Durchschnittsdeutsche befassen sich heute nur höchst ungern noch mit dem Holocaust.

Doch allen Abwehrreaktionen und Leugnungsversuchen zum Trotz ist und bleibt dieses

Kernstück nationalsozialistischer Barbarei ein für das Selbstbild der Deutschen und das Selbstverständnis des Menschen überhaupt beunruhigender Angelpunkt. Allerdings wird gegenwärtig nicht ausschließlich und auch nicht in erster Linie über das Verdrängen, Leugnen und Vergessen des nationalsozialistischen Völkermords diskutiert und gestritten, sondern vor allem über die Methode seiner Vermittlung. Wer nämlich das Schlüsselereignis unseres Jahrhunderts stereotyp mit eingefahrenen Begriffen oder moralischer Penetranz behandelt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er bei jenen, die er erreichen möchte, lediglich Widerwillen und Überdruß erzeugt statt Anteilnahme und Gefühl für Verantwortung.

Wie also kann das im Grunde unfaßliche und unvorstellbare Geschehen des nationalsozialistischen Massenmords adäquat vermittelt, erklärt und bewertet werden? Welche Lehren sind aus ihm zu ziehen? Über diese Fragen diskutierten im Oktober 1991 in Frankfurt am Main Historiker, Philosophen, Publizisten und Museumsleute und legten gleichzeitig mit ihren Reflexionen erste theoretische Bausteine für ein von der Stadt Frankfurt geplantes Lern- und Dokumentationszentrum des Holocaust. Die damals gehaltenen Vorträge liegen jetzt, ergänzt um einige zusätzliche Beiträge, gedruckt vor – eine beachtliche Sammlung von oft weit ausholenden Darstellungen und Zusammenfassungen über den bisherigen Umgang mit der braunen Diktatur in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Wer sich in die Aufsätze vertieft, ist überrascht von der Spannweite der auf dem Symposium ausgetragenen Kontroversen, von der Schärfe der angeschnittenen Fragen und der Fülle der von einzelnen Debattanten erhobenen Forderungen und entwickelten Strategien.

Kein Zweifel, die Beschäftigung mit dem Holocaust hat nach dem Ende der DDR und dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ein neues Gesicht bekommen. Wenn wir jedoch weiterhin einen selbstkritischen Umgang mit der NS-Erfahrung pflegen wollen, müssen wir zunächst wissen, wie auf das Dritte Reich in den beiden deutschen Nachfolgesellschaften historisch und moralisch reagiert worden ist.

In einigen Referaten werden daher die verschiedenen Phasen in der Auseinandersetzung mit dem Holocaust, und zwar sowohl in der Bundesrepublik (*Hans Mommsen u. a.*) als auch in der ehemaligen DDR (*Olaf Gröhler*), dezidiert und kritisch beleuchtet. Andere Autoren betrachten die Struktur der Tätergesellschaft aus kriminologischer Sicht (*Herbert Jäger*), fragen nach den Mechanismen der gesellschaft-

lichen Verdrängung (*Manfred Messerschmidt*), diskutieren die Asymmetrie zwischen christlichem und jüdischem Gedenken (*Edna Brocke*) oder überlegen, wie eine vorbildliche und fruchtbare Erinnerungskultur der Moderne beschaffen sein müsse (*Thomas Sandkühler*).

Was aber bedeutet der Holocaust in der menschlichen, insbesondere der abendländischen Geschichte? Radikalster Bruch mit den vermeintlichen Gewißeheiten unserer Zivilisation? Trauriger Höhepunkt in der langen Geschichte der Verfolgung der Juden? Eine letzte, nicht mehr überbietbare Steigerung in der Kontinuität jüdischer Leidensgeschichte? Ein Beweis für die Bösartigkeit und Abgründigkeit des Menschen? Es sei unmöglich, ihn zu erklären, geschweige denn zu verstehen, suggerieren nicht wenige Zeitgenossen. Doch in diesem Band warnen die meisten Autoren davor, ihn aus der Geschichte herauszunehmen und vorschnell zu einem unfaßlichen metaphysischen Schicksal, »zur Tragödie beyond history« zu stilisieren, weil man damit Verantwortung, Scham und Umkehr ausblenden und zugleich darauf verzichten würde, jene Ideologien, Strukturen und Prozesse zu erforschen, die den millionenfachen bürokratischen Massenmord ermöglicht haben.

Ein Dokumentationszentrum müsse nicht nur die Entwicklungsstränge aufzeigen, die direkt zur Katastrophe geführt haben, betont Mommsen. Es müsse auch die Gründe benennen, warum sich breite Schichten, selbst Eliten, moralisch indifferent verhalten und antisemitische Diskriminierungen begünstigt, ja nicht selten sogar aktiv gefördert haben. Für die Zukunft komme es darauf an, neben das Gedenken an die Opfer die nüchterne Erkenntnis zu setzen, daß die Genesis des Judäozid auf politischen Strukturen beruhe, die in gewandelter Form in politischen Diktaturen immer wieder wirksam werden könnten. »Insofern gilt es, ohne die Einzigartigkeit des Vorgangs zu verstellen, die grundlegende paradigmatische Bedeutung dieses größten Verbrechens der bisherigen Menschheitsgeschichte herauszuarbeiten« und jene politischen Konstellationen zu verhindern, die den bürokratischen Massenmord an den Juden nach sich gezogen haben. Die Erinnerung an die Massenvernichtung sei mithin, so *Micha Brumlik*, von unmittelbarer Bedeutung für jede Politik, die mit den Risiken von Nationalismus und Fremdenhaß konfrontiert sei.

Auch *Götz Aly* plädiert für die wissenschaftliche Erforschung und darüber hinaus für die Einordnung des Holocaust in die bevölkerungspolitischen Verbrechen dieses Jahrhun-

derts. Seine Befürchtung, daß der gegenwärtige Erinnerungsbetrieb und die derzeitige Gedenk-Kultur mit Kranzniederlegungen, obligatorischen Feierstunden, Ehrungen der Opfer des NS-Regimes und inszenierter Trauer eher der Beruhigung dienen als einen wirklichen Stachel bedeuten könnten, ist nicht von der Hand zu weisen. Denn allzu häufig drängt sich der Eindruck auf, daß Gedenkstätten und Holocaust-Museen nicht aus Achtung vor den Ermordeten, aus Einsicht in historische Verantwortung oder aus humaner Gesinnung entstehen, sondern weil Grundsteinlegung und Eröffnung dieser Einrichtungen inzwischen zum Kanon öffentlicher Pflichten und Aufgaben gehören und dem eigenen Ansehen dienen. Eklatant sei zumindest das Mißverhältnis, findet Micha Brumlik, »zwischen den oft läppischen Inszenierungen und dem Grauen, auf das sie Bezug nehmen«. Gerade bei Gedenkstättenbesuchen durch Schülergruppen zeigt sich, wie *Dellef Garbe* plausibel darlegt, daß diese kein pädagogisches Allheilmittel sind, mit denen sich Fremdenfeindlichkeit und andere Vorurteile abbauen ließen.

Eine dauerhafte Verankerung einer historischen Grunderfahrung im Bewußtsein sei nur in der Verknüpfung von drei Dimensionen denkbar: »der Individualerfahrung, der wissenschaftlichen Aufklärung und der medialen Repräsentation«, schreibt Hanno Loewy, und das Resümee des amerikanischen Professors James Edward Young, der ebenfalls die Holocaust-Gedenkstätten kritisch unter die Lupe nimmt, lautet: »Eine Erinnerung, die ohne Folgen bleibt, trägt den Keim der Zerstörung in sich. Wenn die Art des Erinnerens uns nicht verändert, dann haben wir uns nicht erinnert.«

»Je mehr Menschen über die Zeit des Dritten Reiches nicht mehr sprechen wollen«, sagte Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, kürzlich bei seinem Israel-Besuch in Yad Vashem, um so nachdrücklicher müßten andere an die Nazi-Verbrechen erinnern. Bubis richtete seine Mahnung gewiß nicht nur an die immer kleiner werdende Schar von Zeitzeugen. Wer eine friedliche Zukunft haben wolle, fügte er hinzu, dürfe die Vergangenheit nicht vergessen. »Vergessen verlängert das Exil«, steht auf einem Stein in Yad Vashem, oder, wie es im Judentum auch noch heißt: »Erinnerung ist das Geheimnis der Erlösung.«

Hanno Loewy (Hrsg.): Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte. Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg 1992, 287 S., DM 18,90

INGEBORG HECHT

Bilder einer Ausstellung aus dem Warschauer Ghetto

Vor 50 Jahren haben die Juden im Warschauer Ghetto ihren Aufstand begonnen, haben mit der Waffe in der Hand und nicht im Gas sterben wollen. Daran wird in diesem Jahr 1993 erinnert, in Publikationen, Filmen, Gedenkveranstaltungen.

Eines der darüber erschienenen Werke ist auf außerordentliche Weise entstanden: Es werden Fotos gezeigt, wie man sie noch niemals vorher gesehen hat. Unter dem Titel »Geburtstagsspaziergang in die Hölle« schreibt der Autor: »Die folgenden Fotos hat der Wehrmachts-Feldwebel Heinrich Jöst aus Langenlonsheim am 19. September 1941 in Warschau gemacht. Er wurde an diesem Tag 43 Jahre alt. Die Filme ließ er von einem polnischen Drogisten entwickeln und davon Abzüge machen. Zu Hause mochte er die Bilder nicht zeigen und verschloß sie in seinem Schreibtisch. 41 Jahre später, am 19. November 1982, gab er sie Günther Schwarberg zur Veröffentlichung im STERN . . . Das Magazin konnte sich lange nicht zur Veröffentlichung entschließen. Im Frühling 1988 wurden die Bilder in einer Ausstellung der jüdischen Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gezeigt . . . Heinrich Jöst hat das nicht mehr erlebt. Er ist am 3. Dezember 1983 gestorben.«

In diesem Gedenkjahr nun ist ein Paperback-Band herausgekommen, in dem viele der Fotos veröffentlicht wurden, mit Kommentaren des Autors und mit Bemerkungen des Fotografen. Jöst konnte damals noch nicht wissen, was mit denen geschehen würde, die nicht bereits vor den Augen seiner Kamera schon fast gestorben waren. Günther Schwarberg berichtet in einem den Bildern vorangestellten Textteil über Geschehen im Ghetto. Er zitiert die Erlebnisse Überlebender, berichtet von einem Großunternehmer aus dem Reich, der tausende von Juden bis zu deren Vernichtung beschäftigt hat, reich geworden ist und sich später jeglicher Verantwortung zu entziehen verstand; die deutsche Justiz hat es ihm in der ersten Nachkriegszeit leicht gemacht. Täterberichte hat Schwarberg zitiert, meist aus dem Hamburger Prozeß gegen den Warschauer Ghetto-Gestapo-chef Dr. Ludwig Hahn im Jahre 1960.

Die Warschauer Bilder aus dem Jahre 1941 zeigen einen »Totentanz«, denn Jöst hat Gestalten mit der Kamera festgehalten, die eben noch gerade »lebten«. Auf dem Klappentext liest

man zum Titelfoto über einen Mann mit einer Geige: »Er spielt immer die gleichen Töne und ist im Gesicht schon tot.« Und dann die Erinnerung des Fotografen: ». . . Seine Augen folgten mir, ich weiß nicht, ob aus Angst, oder weil er auf ein Geldstück hoffte . . .« Aber im Laufe dieses höllischen Tages lernte er zu ahnen, daß keiner der Hungernden, Bettelnden, Kranken, Sterbenden, keiner der Greise, Frauen und Kinder, keiner von denen, die sich nur noch an düstere Mauern gelehnt aufrecht halten konnten, keiner von den kindlichen Leichenträgern, den abgemagerten Rikscha-Fahrern, die mit Mühe ihre menschliche Last zogen, keines von den in Fetzen und meist barfuß herumstehenden Kindern mit den uralten Gesichtern, – daß von all denen niemand mehr darauf hoffte, von einem deutschen Soldaten Hilfe zu erhalten.

Schwarberg hat Dokumente hinzugefügt, die zeigen, daß alles das in Berlin geplant worden ist. Als Seuchen und Hunger die »Endlösung« nicht schnell genug schafften, kamen die »Aussiedlungen« – so nannte man die Transporte in die Vernichtungslager. Der Feldwebel kommentierte eines seiner Bilder des so grauenerfüllten verelendeten Ghettos: »Was soll ich dazu sagen? Menschen über Menschen auf der Straße. Ich konnte mir damals nicht vorstellen, wohin die alle sollten.« In Berlin wußte man es. Schwarberg: »Am 2. August 1942 diktierte (der ss-Obergruppenführer und General der Waffen-ss) Karl Wolff an den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Dr. Theodor Ganzenmüller: »Mit besonderer Freude habe ich von Ihrer Mitteilung Kenntnis genommen, daß nun schon seit 14 Tagen täglich ein Zug mit je 5000 Angehörigen des Ausgewählten Volkes nach Treblinka fährt . . .« Es dauerte 22 Jahre, ehe Karl Wolff für seine Beteiligung am 300 000fachen Mord am 30. September 1964 vom Landgericht München zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Nach sieben Jahren wurde er begnadigt.« Eine von vielen Informationen, wie sie in diesem Buch den Totentanz kommentieren.

Kommentiert wurden die Zustände im Warschauer Ghetto damals auch in Deutschland, – mit gestellten Fotos und entsetzlich zynischen Texten. So erschien am 24. Juli 1941 in der BERLINER ILLUSTRIRTEN unter dem Titel »Juden unter sich« von einem der Reporter der Propagandakompanien ein Bericht, darin von »verwahrlosten, schmutzstarrenden Judenvierteln« gesprochen wurde – ohne zu erklären, wie die deutschen Behörden durch ihre schrecklichen Anordnungen, durch das Zusammenpferchen unendlich vieler Menschen in engen Grenzen, durch das Abwürgen jeglicher Möglichkeiten

zum Verdienen, die Verwahrlosung bewußt herbeigeführt haben. Und wie viele Leser glaubten das alles . . .

Zum Schluß eines der hier geschilderten Ereignisse, wie es einem Überlebenden geschah und in dem man den Dank an Heinrich Jöst zusammenfassen möchte, – den Dank dafür, daß er im hohen Alter, in einer Zeit also, in der man sein Leben überdenkt, den Weg an die Öffentlichkeit gefunden hat: Ahron Potschnik hat Polen vor der deutschen Schreckensherrschaft verlassen, ist nach Palästina ausgewandert und hatte 1941 das letzte Lebenszeichen von seinen bis dahin gut situierten Eltern und den fünf kleinen Geschwistern erhalten. In Yad Vashem sah er 1988 diese Ausstellung und stand plötzlich vor dem Bild einer armseligen verhärmten alten Frau, die irgendetwas auf der Straße verkaufte: es war seine Mutter. Mit seinen Kindern und Enkeln steckte er in seinem Haus die Gedenkkerze an. Monatelang danach hatte er Alpträume. Er sagte: »Aber ich bin diesem deutschen Soldaten dankbar, weil er mir ein letztes Lebenszeichen meiner Mutter gegeben hat.«

Günther Schwarberg: Das Ghetto: Steidl Verlag, Göttingen 1993, 224 S., Großformat, DM 24,-

RÜDIGER GÖRNER

Wende ohne Wandlung?

Hans Mayer über

»Deutsche und Deutschland«

Aus Erinnerungen werden Reflexionen, ob am »Abend der Vernunft« oder in der Morgenröte gewisser Hoffnungen. Hans Mayers jüngstes Buch *Wendezeiten* beweist überdies einmal mehr, daß sich politisches Bewußtsein und ästhetische Urteilskraft nicht zu behindern brauchen, sondern sich gegenseitig befruchten können, sofern sie von ideologie- und selbstkritischem Interesse getragen werden. Die entschieden persönliche Note, die Mayers Studien seit jeher auszeichnet haben, bestimmt auch diesen Band; besonders kommt sie in Mayers Porträtskizzen zum Ausdruck, ob sie Peter Weiss, Erich Fried, Johannes R. Becher, Willy Brandt oder Herbert Wehner gelten.

Im Mittelpunkt des Buches stehen freilich Thomas Mann, Schiller und immer wieder Heine, der Dichter der ironischen Aufklärung in restaurativer Zeit. Eine kursorische Untersuchung über »Das Jahrhundert der deutschen Restaurationen« leitet Mayers *Wendezeiten* ein; sie konstatiert, daß das Restaurative ein beherrschender Zug deutscher Befindlichkeit gewesen sei. Nur: Was genau ist es, daß sich wieder und wieder *restauriert* findet? Franz von Baader hatte bereits 1834, mitten in der Restauration, Zweifel am Aussagewert dieses Begriffs angemeldet: »Falscher war wohl keine Benennung als die der Restauration nach Napoleons Sturz, weil ihre Leistung keine andere war, als durch Bedeckhaltung des Revolutionsgeschwürs mit dem Königsmantel dieses bis zur Zeitigung warmzuhalten. . .« Hofmannsthal prägte ein knappes Jahrhundert später die Bezeichnung »schöpferische Restauration«, worunter er die Wiederherstellung humaner Verhältnisse in Europa verstand.

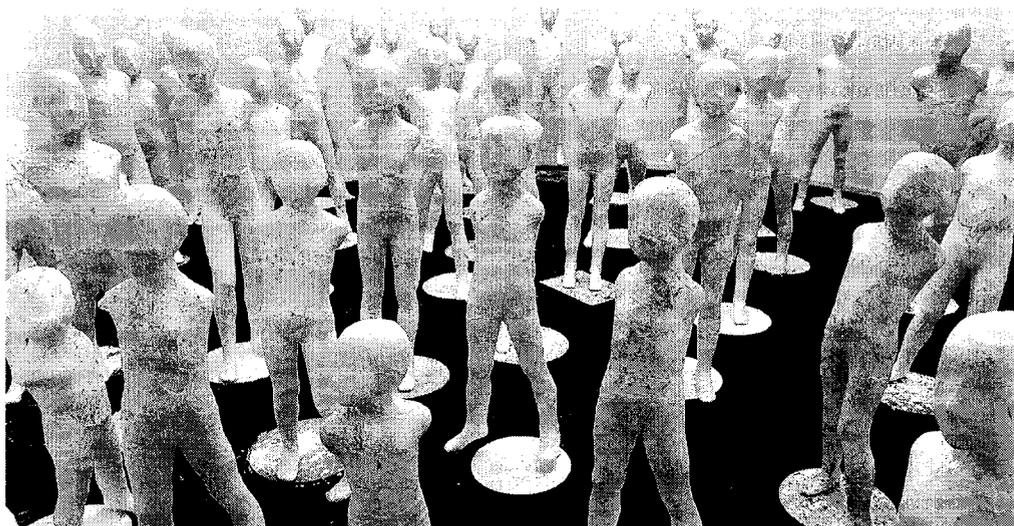
Mayers assoziativer Stil legt es nahe, auf die thematischen Querverbindungen in den *Wendezeiten* zu achten, auch dort, wo Mayer sie nicht ausdrücklich thematisiert. Ich meine jene zwischen dem Begriff der »Restauration« und der »Kultur als Reproduktion«, die Walter Benjamin analysiert hat. Mayer betont, daß das *Prinzip Reproduktion* im Zentrum des »heutigen Kulturschaffens und heutiger Kulturreflexion« stehe. Mayer erklärt weiter: Nach Benjamin könne »das seiner Aura beraubte Werk immer seltener *unmittelbar* erlebt werden, immer häufiger bloß *vermittelt*«. Um einen Schritt weiterzugehen: Haben wir, seit Generationen

an das konsumorientierte *Prinzip Reproduktion* gewöhnt, nicht längst die Fähigkeit verloren, etwas, sei es ästhetischer oder politischer Art, »unmittelbar« zu erfahren? Mehr noch: Gehen nicht »Restauration« und »Reproduktion« Hand in Hand und ersticken (potentiell revolutionäre) Neuansätze schon im Keim?

Und dennoch scheint es sie zu geben, die Wende. Das kurze Kapitel »Schreiben in einer Wende«, ein anregender Exkurs in die Bedeutungsgeschichte dieses zum Schlagwort gekommenen Begriffs, zeigt, daß hinter ihm der »Traum vom Anderswerden« geträumt worden ist, der jedoch seinerseits Aufklärung voraussetzt, Aufklärung über die Menschen- und Bürgerrechte, über »rationale Lebensformen« und den Sinn humaner Selbstbestimmung. Worum es aber gerade in Deutschland seit Hegel wieder und wieder geht in den Reden über die Wende, bezeichnet Mayer mit dem jungen Heine präzise, nämlich um den »Umschlag von der Revolte in die Reflexion«. Daß dabei die Art, ja, Kunst der Reflexion die ihr vorausgegangene (politische) Revolte ersetzen könne, war fraglos die (unausgesprochene) Hoffnung des späteren Hegel.

Man glaubt ihn zu hören beim Lesen dieser Texte, den so einzigartig vortragenden Hans Mayer, der das Pathos nicht verschmäht (nur jenes der Distanz!), der am Ende eines komplexen Gedankens plötzlich innehält und verkündet: »Ich kannte sie alle«, um dann eine Namensliste voller Kronzeugen aufzuführen, durchsetzt mit einschlägigen Anekdoten und Reminiszenzen. Es ist Mayers Art zu illustrieren, was es heißt, die verloren geglaubte Zeit

Foto: JOKER/Lutz Schmidt



wiederzufinden. Immer hat es etwas Beschwörendes, wenn er diese Namen ausspricht: Thomas Mann, Bert Brecht, die großen Pole der deutschen literarischen Kultur in diesem Jahrhundert, verbunden, wider Willen, durch die, wenn auch grundverschiedene Exilerfahrung.

Eine Schwäche dieses Bandes, sie ist nicht zu verschweigen, trübt das Bildungserlebnis, das stets mit der Lektüre eines Buches von Hans Mayer verbunden ist: Die allzu vielen Wiederholungen bestimmter Zitate und Gedanken. Eine gründlicher lektorierende Hand hätte hier Abhilfe schaffen können, ohne den Gehalt der Essays im mindesten zu beeinträchtigen.

Die Schlußpunkte des facettenreichen Bandes werden sinnvollerweise vielfach gesetzt: Zum einen durch Christa Wolfs aufschlußreichen Versuch »Über Hans Mayer«, ein »Vierergespräch über Thomas Mann, Deutschland und die Deutschen« und mit Hermann Hesses großem Gedicht »Der letzte Glasperlenspieler«, gewissermaßen eine (spät-)moderne Entsprechung zu Prosperos Schlußmonolog in Shakespeares *Sturm*. Der gesprächswisen Klärung des Deutschland-Bildes von Thomas Mann durch Inge und Walter Jens; Hanjo Kesting und Hans Mayer ließ letzterer eine dringliche Aufforderung folgen: »Was heute in Deutschland am wichtigsten ist: eine Kritik der Sprache, eine Kritik des Klischees, eine Kritik an dem unklaren Denken.« Wie recht Hans Mayer mit dieser dringlichen Mahnung hat, ist inzwischen, ein Jahr nach diesem Vierergespräch, von einem der prominentesten deutschen Schriftsteller, Botho Strauss, bewiesen worden. Es bedarf schon der kritischen Verve eines Lessing und der entlarvenden Ironie eines Heine, um das Symptomatische jener bereits zu Bocksgesängen anschwellenden Sottisen aufzuzeigen, die dieser Autor glaubte, anstimmen zu müssen.

Hans Mayer, Deutscher »auf Widerruf«, hat sie leidvoll erfahren: »das Herzasthma des Exils, die Entwurzelung, die nervösen Schrecken der Heimatlosigkeit«, von denen Thomas Mann sprach. Was er am Ausgang des Jahrhunderts konstatiert, ist eine Selbstentfremdung des Politischen, ein Mangel an wirklicher Wandlung in der Wende, Selbstgefälligkeit statt Mitleidens. Ob es die Literatur in Deutschland zu einer wirklichen Wende bringt, ob sie jenen Freiheitsimpuls wird bewahren können, der das Jahr 1989 durchwirkt hat, bleibt abzuwarten. Mayer ist zuzustimmen: Bedeutende Literatur ist immer aufs engste mit Sprachkritik verbunden gewesen. Wie sehr sie nützt, beweist allein die Tatsache, daß in Deutschland Rechtsradikale die seit jeher mit einem besonderen ethischen Anspruch verbundene Bezeich-

nung »Republikaner« usurpieren können, einen Namen, der gewöhnlich für Toleranz steht, für die Bürger einer *res publica*, die sich durch Gemeinsinn und Offenheit auszeichnen und eben nicht durch nationalistische Großsprecherei.

»Das harmloseste Lied ist, wenn man Konsequenzen daraus ziehen wollte, hochverräterisch«, schrieb der republikanische Schriftsteller Georg Herwegh im Jahre 1839, und er fügte hinzu: »Eine Seite der Freiheit wird der Welt nie verloren gehen, und das ist die Seite, welche sich in den Sängern der Völker herausbildet; die Subjektivität wird ewig Protest einlegen gegen jegliche Beugung durch die Objektivität. Mit dem ersten Dichter wurde der erste Protestant geboren; schon Homer war ein Protestant.« Das ist der Geist Büchners, Heines, selbst jener Platens, wenn man an seine Polen-Lieder denkt. Daß sie zu Außenseitern erklärt wurden, daß sich dieser Geist als Ungeist verketzert sah, wer hat das genauer beschrieben als Hans Mayer, das muß uns Grund genug sein, an der Gestaltung der »Kultur im heutigen Deutschland« nicht als Abwickler oder Flurbereiniger mitzuwirken, sondern als schöpferisch Suchende.

Hans Mayer: Wendezeiten. Über Deutsche und Deutschland. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1993, Ln., 409 S., DM 44,-

SIEGMAR MOSDORF

Die Kultur der Selbstzufriedenheit

Das römische Weltreich verlor an Macht. Die Römer selbst aber ignorierten Ihre Schwäche und lebten weiterhin so, als seien sie unangefochten die Herren der Welt.«

Mit diesem welthistorischen Vergleich eröffnet der große alte Mann der nordamerikanischen Wirtschaftswissenschaften, der Harvard-Ökonom John Kenneth Galbraith, seine Betrachtungen über den wirtschaftlichen Niedergang Amerikas. Nach dem Scheitern des kommunistischen Systems will Galbraith gerade jetzt auf die Risse in der Fassade der kapitalistischen Alternative aufmerksam machen. Er zeigt es auf am Beispiel Amerikas; aber mit einem geringen *time-lag* lassen sich die amerikanischen Entwicklungen durchaus auch auf die anderen hochentwickelten Länder der OECD-Welt übertragen. Durch das eklatante Führungsversagen

der letzten Jahre kommt dabei Deutschland der Entwicklung Amerikas schon jetzt am nächsten. Der Attentismus und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte haben in den letzten drei Jahren Deutschland die zwölfjährige Reagan/Bush-Ära wie im Zeitraffer einholen lassen. Galbraiths Studie über »Die Herrschaft der Bankrotteure« hat deshalb auch für die deutsche Entwicklung einen hohen Aussagewert. Seine Kritik an den planlosen Eliten in Wirtschaft, Verwaltung und Politik ist für Deutschland genauso zutreffend, wie die Beobachtung der Unterordnung des sozialen Konsenses unter die Maxime eines kurzfristigen Eigennutzes. Der sich ausbreitende Egoismus zerstört in den Vereinigten Staaten und in Deutschland immer mehr die Grundlagen eines demokratischen Gemeinwohls. Galbraith beschreibt in seinem neuen Buch, das in den USA unter dem Titel »The Culture of Contentment« erschienen ist, die Tatsache, daß die neue Mehrheit der Selbstzufriedenheit fast jede politische Veränderung verhindert. Seine zentrale These ist, daß sich geradezu eine Kultur der Zufriedenheit ausgebreitet hat, die bestehende soziale Probleme und die neuen ökonomischen, kulturellen und ökologischen Herausforderungen einfach ignoriert. Diese Haltung fühlt sich durch das Scheitern des Kommunismus bestätigt: »Der Kommunismus hatte versagt, der Kapitalismus hatte triumphiert. Die Machteliten im Westen hielten jeden für einen verqueren Pessimisten, der auch in dem erfolgreichen System und versteckt in einem flexiblen demokratischen Rahmen gefährliche Risse erkannte. Wirklich neu in den sogenannten kapitalistischen Ländern ist das Phänomen, daß die Zufriedenheit und die sich daraus ergebende Überzeugung heute die Haltung der Mehrheit und nicht die einer Minderheit widerspiegelt. Diese Mehrheit sucht ihren Vorteil unter dem Schutz der Demokratie, auch wenn diese Demokratie einen großen Teil der Bürger ausgrenzt. Auf diese Weise wird eine Regierung gewählt, die sich nicht an der Realität orientiert und an den gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern an dem Weltbild der Zufriedenen, die jetzt eben die Mehrheit der Wähler stellen.« Dies führt dazu, daß wichtige Zukunftsprojekte kaum noch eine Chance haben, »weil eben die sofort anfallenden Kosten und Steuern genau zu beziffern sind, niemand aber genau zu sagen vermag, wem genau entsprechende Maßnahmen in der Zukunft nützen werden. Mit anderen Worten: Die Generation, die investiert, ist nicht die, die profitiert. Warum sollte man für Leute, die man gar nicht kennt, bezahlen? Diese Form aus der Zufriedenheit geborener Ignoranz gewinnt zuneh-

mend Einfluß auf unser soziales Leben«.

Mit der Entwicklung der westlichen Wohlfahrtsstaaten in den letzten 100 Jahren wurde aus dem Kapitalismus pur eine soziale Marktwirtschaft. Der Wohlfahrtsstaat hatte dabei nicht nur die Aufgabe der sozialen Korrektur bei der Verteilung der Wertschöpfung, sondern er sollte auch den »Wohlstand für alle« schaffen und verhindern, daß die wirtschaftlich Schwächsten in Armut versinken. Für eine solche Steuerungsfunktion des Staates gab es eine Mehrheit, weil die Mehrheit der Bevölkerung nachvollziehen konnte, was Armut heißt und das Risiko, selbst davon betroffen zu sein, groß war. Im Zuge der Wohlfahrtentwicklung hat sich jetzt ein neues Spannungsverhältnis zwischen Leistung und Gerechtigkeit entwickelt. Einerseits hat der Grenznutzen der Solidarität für den einzelnen scheinbar abgenommen, weil die Mehrheit der Bevölkerung in einem mehr oder weniger großen Wohlstand lebt. Andererseits ist die Integrität des Gerechtigkeitsbegriffs beschädigt, weil viele vor allem in der Mittelschicht das tiefgreifende Gefühl haben, daß es nicht mehr gerecht zugeht und deshalb nicht länger bereit sind, den doppelten Mißbrauch des Leistungs-Staates auch noch zu finanzieren: den Steuer- und Subventionsmißbrauch, der sich in der Oberschicht immer mehr ausbreitet, und auch den Sozialversicherungsmißbrauch. Deshalb wendet sich die Mehrheit heute gegen Steuererhöhungen und teilweise auch gegen den Wohlfahrtsstaat selbst, was z. B. in Schweden zu neuen politischen Mehrheiten geführt und in den USA die lange Reagan/Bush-Ära überhaupt erst möglich gemacht hat.

Die weltweite Wirtschaftskrise hat allein in den OECD-Ländern zu 36 Mio. Arbeitslosen geführt. Und die Krise wird sich weiter verschärfen, weil die Auflösung des Ost-West-Systemgegensatzes nicht nur die Außenpolitik, sondern auch die Wirtschaftspolitik vor dramatische neue Herausforderungen stellt. Auf einmal stehen neue Märkte offen, allerdings haben die Märkte keine Kaufkraft. Weil sie aber komparative Kostenvorteile bei den Faktoren Rohstoffe und Arbeit haben, werden dort neue Produktionsstätten entstehen, mit denen sich diese Volkswirtschaften selbst versorgen, Kaufkraft schaffen und die bisher führenden Industrieländer mit Gütern gleicher Qualität, aber zu konkurrenzlosen Preisen beliefern können. Deutschland hat z. B. mit der Tschechischen Republik und die USA haben mit Mexiko quasi Hongkong vor der Tür. Aus »Made in Germany« oder »Made in the USA« wird jetzt »Made for Germany« oder »Made for the USA«. Außer-

dem kommt es in den nächsten 20 Jahren allein durch die demographische Entwicklung zu einer fundamentalen Verlagerung der Schwerpunkte der Weltwirtschaft. Experten gehen davon aus, daß Europa bis zum Jahr 2015 bei einer Einwohnerzahl von 460 Mio. stagniert, während in der gleichen Zeit die Einwohnerzahlen in Asien von 2,5 Mrd. auf 3,7 Mrd. – also um rd. 50 % – und in Afrika von 460 Mio. auf 1 Mrd. – also um 100 % – ansteigen werden. Das Durchschnittsalter liegt dann in Asien bei 31 Jahren und in Afrika sogar bei 23 Jahren, während es in Europa im selben Zeitraum auf 41 Jahre ansteigt. Diese Entwicklung wird das bisher ungebremsste Wachstum der Wohlstandsentwicklung in den westlichen Industrieländern deutlich verlangsamten und zu hoher Arbeitslosigkeit führen. Galbraith geht davon aus, daß der »soziale Charakter der Selbstzufriedenheit« dazu führt, daß diese Probleme zunächst ignoriert und die Arbeitslosigkeit und Massenarmut einfach hingegenommen werden. Abgesehen davon, daß Dauerarbeitslosigkeit die Menschen seelisch krank macht und Massenarbeitslosigkeit nicht fortwährend zu finanzieren ist, wäre es ein Trugschluß zu glauben, daß diese Entwicklung friedlich verlaufen wird. Galbraith: »Die im Wohlstand und Komfort leben, waren schon immer der Auffassung, daß die auf der anderen Seite des Grabens ihr Schicksal friedvoll und glücklich akzeptieren. Dieser Irrglaube könnte eines Tages wie eine Seifenblase zerplatzen.«

Er verweist auf die Verslumung amerikanischer Großstädte, die dramatisch zunehmende Kriminalität und die Gewaltausbrüche z. B. in Los Angeles und in der Bronx. In Deutschland zeigt sich das Aufeinandertreffen von Luxus und Verelendung in den großen Städten stellvertretend nicht zuletzt in der Fremdenfeindlichkeit, sondern auch in rechtsextremem Wahlverhalten und in der Eskalation der Gewalt. Die Energie der Hoffnungslosen drückt sich gerade heute oft in der Gewalt aus. Wenn diesen Hoffnungslosen keine Perspektiven gegeben, wenn sie nicht in den regulären Arbeitsprozeß zurückgeführt werden können, dann verliert die Gesellschaft allein dadurch die Kraft, die sie braucht um ihren ökonomischen und sozialen Spitzenplatz zu sichern. Galbraith: »Für Deutschland besteht die Herausforderung darin, zu einer erfolgreichen Wirtschaft zu finden. Wir dürfen die Aufgaben des Staates und der Wirtschaftspolitik nicht auf den simplen Nenner bringen, einfach den Preis für wirtschaftliche Anpassung auf die Ärmsten der Bevölkerung abzuwälzen.«

Galbraith geht davon aus, daß der völlig

überschuldete Staat in den USA – und dies gilt auch für Deutschland – die laufenden und notwendigen Investitionen in die Infrastruktur vernachlässigt. Wichtige Zukunfts-Projekte wie z. B. eine hohe Qualifizierung der Generationen von morgen, die notwendige Nach-Qualifizierung der Arbeitskräfte von heute und auch die bereits überfällige ökologische und technologische Modernisierung der Volkswirtschaft werden nicht mehr in Angriff genommen. Weil die Wirtschafts- und Politik-Eliten und -Bürokraten von der kurzfristigen Zustimmung der auf Besitzstandswahrung ausgerichteten Mehrheit abhängig sind, entwickeln sich diese Länder zu stationären, reformunfähigen Gesellschaften. Eine politische Führung aber, die sich unter das Diktat der Gegenwart zwingen läßt, verschärfte die Krise und verbaut die Zukunft für die nachfolgenden Generationen.

Deutschland, das nach der Vereinigung von Platz 5 des Pro-Kopf-Sozialprodukts auf Platz 16 – hinter Italien und Österreich – zurückgefallen ist, verliert gegenwärtig vor allem bei den Industrien, den Technologien und den Infrastrukturen des 21. Jahrhunderts an Vorsprüngen. In Deutschland wirkt immer noch so etwas wie ein »Gesetz des bremsenden Vorsprungs«: Weil es uns heute noch verhältnismäßig gut geht, denken wir nicht an morgen. Und die heraufziehende Krise wird mit Konzepten von gestern beantwortet: länger arbeiten, weniger Bildung und weniger Umweltschutz. Dieser Atavismus wird als Rückkehr in die zwar harte, aber »gute alte Zeit« verkleidet. Der neue Fortschritt aber verlangt etwas anderes, weil wir nicht einfach auf eine frühere Entwicklungsstufe zurückkehren können, die jetzt andere Nationen und Volkswirtschaften beherrschen. Galbraith: »Die Vereinigten Staaten sind Teil eines gigantischen globalen Prozesses der Verlagerung von Massenproduktion in neue Länder, wo Arbeitskosten und sonstige Produktionsbedingungen günstiger und Unternehmensmanager frischer und ehrgeiziger sind. Ländern wie den USA und Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als sich in der Produktion auf ein immer höheres Niveau zu bewegen und bei der Entwicklung und Anwendung von Technologie im weltweiten Konkurrenzkampf noch erfindereischer zu sein.« Der neue Fortschritt verlangt also ein intelligenteres und intensiveres Arbeiten, höhere Qualifikation, mehr Umweltschutz, höhere Rohstoff-, Material- und Energieproduktivität und vorausschauende Zukunftsinvestitionen.

Der Teufelskreis von wirtschaftlichem Niedergang und den Veränderungs-Blockaden durch die Besitzstandsmehrheiten, ist nur mit

einem breiten Konsens für eine Erneuerung der Volkswirtschaft und der Politik zu durchbrechen. Der hierfür notwendige Verzicht auf Konsum muß alle treffen, ist aber nur möglich, wenn die Mehrheit das Konzept als gerecht empfindet und im Verzicht gleichzeitig den Gewinn von morgen sieht. Ein neues Denken muß sich aber nicht nur bei den Regierungen und Bürokratien, sondern auch bei den Unternehmen und Managern selbst durchsetzen. Zu viele von ihnen haben sich auf Markt- und Besitzstandswahrung konzentriert und neue Ideen, neue Technologien, neue Produktionskonzepte und neue Produkte vernachlässigt. Ihre Risikobereitschaft ist gering und den Schumpeter'schen Unternehmer, der etwas Neues wagt, muß man mit der Lupe suchen. Viele Unternehmer und Manager sind in den letzten Jahren einfach ausgestiegen, haben das Unternehmen verkauft und ihr Geld in Finanzanlagen oder Immobilien investiert. Es gibt heute in Deutschland mehr Buddenbrocks der dritten Generation als Bosch' der ersten Generation.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verlangen jetzt aber ein neues Denken in Wirtschaft und Politik: Die neuen ökonomischen Fragen der Verlagerung der Schwerpunkte der Weltwirtschaft und das industrielle Konzept der »globalen Lokalisierung« der großen Unternehmen, die mehr und mehr zentral planen und steuern, aber dezentral produzieren, müssen wirtschafts- und industriepolitisch beantwortet werden.

Die neuen ökologischen Fragen nach der Einbeziehung der Ökologie in die Fertigung, der Verhinderung des grenzenlosen Verbrauchs natürlicher Ressourcen, der Zerstörung der Umwelt und der Schaffung eines dauerhaften, nachhaltigen Wachstums (sustainable development) für die Industriegesellschaften verlangen ein konkretes Umsteuern.

Die armen Länder der Welt dürfen nicht auch noch in unsere wirtschaftliche Entwicklungslogik gepreßt werden, sie sollten vielmehr von unseren ökonomischen, ökologischen und sozialen Erfahrungen profitieren, um nicht den Umweg über unsere Probleme nehmen zu müssen. Für diesen Prozeß brauchen sie unsere besondere Unterstützung.

Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen dem gegenwärtigen Konsum und den Zukunfts-Investitionen, zwischen Arbeit und Umwelt und zwischen Leistung und Gerechtigkeit.

Um diesen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden zu können müssen wir dem Fortschritt eine neue Richtung geben. Es darf nicht mehr einfach auf die *fast-food-economy* der Geld-Junkies gesetzt werden,

sondern wir müssen die Perspektive für eine globale, dauerhafte, gemeinwohlorientierte Schumpeter-Wirtschaft entwickeln.

Galbraiths Plädoyer macht deutlich, daß es mitten in der Krise auch Chancen gibt. Allerdings können diese Chancen nur mit neuen Ideen, einem neuen Fortschritt und einem neuen Vertrauen in Politik und Wirtschaft genutzt werden. Denn, wenn zu den leeren Kassen auch noch leere Köpfe kommen, dann ist der Niedergang nicht mehr aufzuhalten.

John Kenneth Galbraith: Die Herrschaft der Bankrotteure: Der wirtschaftliche Niedergang Amerikas, Hamburg; Hoffmann und Campe, 1992, 204 S., DM 35,-

HANS-JOACHIM SCHABEDOTH Agenda 2000

Hans Matthöfer gehört nicht in die Reihe ehemaliger Spitzenpolitiker, die es drängt, sich mit Rückbetrachtungen auf die einst mitgestalteten oder begleiteten Abläufe der Politik in Erinnerung zu halten. Zweifellos könnte er als langjähriger SPD-Bundesminister (Forschung und Technologie 1974–1978, Finanzen 1978–1982, Post- und Fernmeldewesen 1982) sowie als Schatzmeister der SPD (1985–1987) einiges aus der Bonner Schule plaudern. Auch wer von 1953–1972 hauptamtlicher IG-Metall-Funktionär war und seit 1987 Verantwortung als Vorsitzender des Vorstandes der Gewerkschafts-Holding BGAG trägt, wüßte manches zu erklären und zu korrigieren, was in gängiger Münze des scheinbar gesicherten (Vor-)Urteils über sozialdemokratische Reformpolitik, gewerkschaftlichen Gestaltungseinfluß und den Niedergang der Gemeinwirtschaft auf dem Markt ist. Die professionellen Verwerter des historischen Insiderwissens werden bei Matthöfers *Agenda 2000* nicht fündig. Auf die zeitgeschichtliche Quelle Matthöfer wird man weiter warten müssen. Aktuell geht es ihm nicht um Deutungen oder Verklärungen des Vergangenen, sondern um die Bewältigung von Zukunftsherausforderungen. Matthöfer will dazu »einige größere Zusammenhänge und langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungslinien aufzeigen, die uns Maßstäbe für tagespolitische Entscheidungen geben.« (S. 7) Ihm ist klar, damit selbst nur »ein Minimalprogramm dessen zusammengetragen zu

haben, »was in Deutschland und in der Welt verwirklicht werden muß, wenn wir auch in Zukunft frei und menschenwürdig leben wollen.« (ebd.)

Matthöfers Leitziel, »frei und menschenwürdig leben«, bestimmt seine (Voraus-)Sicht auf die Dinge. Konsequenter hält er am Vollbeschäftigungsziel fest. Wer hätte schon in den 70er Jahren daran gedacht, daß man in den 90ern – nach Problemverdrängung der Konservativen in den 80ern – damit gegen den Zeitgeist votiert? Matthöfer setzt auf staatliches Fördern und Steuern des Strukturwandels. Seine Instrumente sind Forschungs-, Technologie-, Finanz- sowie regionale und sektorale Strukturpolitik (S. 40). Das stimmt heute wie damals, auch wenn das gegen die Dogmen der Wirtschaftsliberalen und Marktradikalen verstößt. Wahr ist aber auch, daß ohne eine staatlich geförderte und tarifpolitisch abgesicherte Strategie der individuellen Arbeitszeitverknappung das Vollbeschäftigungsziel eine Utopie bleibt. Es ist ein Defizit der Matthöfer-Vorschläge, diesen Aspekt einer »zukunftsbezogenen Modernisierungspolitik« nicht in der Ausführlichkeit ausgedeutet zu haben, mit der er die beschäftigungssichernde Funktion des qualitativen Wachstums darstellt (S. 83–128).

Der politisch interessierte Leser hat vieles an anderer Stelle schon einmal ähnlich gelesen. Der Autor macht das durch lange Zitate – vom Verlag grau unterlegt – auch kenntlich. Matthöfer schreibt nicht für den Elfenbeinturm, sondern eher, aus Erfahrung geprägt, für die politische Bildungsarbeit. Auch seinen Ausführungen zur Humanisierung der Arbeit und zur Entwicklungspolitik merkt man es an. Hier geht es um die Vermittlung von Praxiswissen und Grundorientierungen. In der Sachargumentation wird die Kontinuität der eigenen politischen Arbeit sichtbar, die ja auch eine Kontinuitätslinie sozialdemokratischer Reformpolitik ist. Matthöfers Kritiker mögen zu Recht einwenden, daß fast alle Vorschläge zur Agenda 2000 schon auf den Agenden 1970–1993 stehen. Sozialverantwortliche Techniknutzung, Vollbeschäftigung, ökologisch ausgerichtete Beschäftigungs- und Strukturpolitik, Energie sparen, qualitatives Wachstum, Mitbestimmung, Humanisierung der Arbeit, europäische Einigung, Rüstungslasten und Disparität in der Weltentwicklung sind ja nicht nur Aufhänger für besinnliche Diskussionen auf Kirchentagen, sondern eben »Bewährungsproben der Gegenwart und Zukunft«. Natürlich reflektiert Matthöfer auch die weltpolitischen Turbulenzen nach dem »verdienten, erbärmlichen Zusammenbruch des Sowjetsystems«. Daß Matthöfer

mit seinen Problemdeutungen und Vorschlägen nicht alleine gegen den »Strom der herrschenden Meinungen« (Klappentext) schwimmt, sondern oft nur wiederholt, was inzwischen fester Bestandteil von Gegenströmungen ist, spricht ja nicht gegen den Autor, sondern verweist eher auf die prinzipielle Frage nach der Reformbereitschaft und -fähigkeit der Industriegesellschaft. Matthöfer deutet die Sickerprozesse zwischen Problemerkennung, Problembewußtsein, Problembearbeitung und Problemverdrängung an. Der Politiker Matthöfer weiß: »Viele Widerstände erschweren die Durchsetzung politischer Ziele in der Wirklichkeit: Der Koalitionspartner, der politische Gegner, die Interessengruppen, die öffentliche und veröffentlichte Meinung, ausländische Freunde und Bündnispartner, technische Schwierigkeiten, Zwangsläufigkeiten oder eigene Fehler kommen hinzu. Oft sind die äußeren Umstände zu ungünstig, die Zeit, in der man Einfluß hat, zu kurz, die Apathie der Freunde zu groß, der Widerstand der Gegner zu stark; oder die eigene Überzeugungs-, Durchsetzungs- und Durchhaltkraft reicht einfach nicht aus . . . Wenn die Überzeugungskraft nicht ausreicht, weil man auf verhärtete Interessen oder tiefsitzende Vorurteile stößt, hilft der gute Wille nichts.« (S. 7/8)

Ob solches Wünschen und Zuversicht dem Pfeifen im finsternen Walde gleichen und inwieweit sich gute Argumente überzeugungsfähig präsentieren lassen, wird einmal mehr in den 1994 anstehenden Wahlen erprobt. Wer Probleme nicht nur fortschreiben will, muß sich im Kräfterdreieck Sozialdemokratie, Gewerkschaften und soziale Bewegungen engagieren. Daran macht Matthöfer kein Geheimnis. Die Antwort der Aufklärung auf *Roll-back-* oder *Sleep-in-*Strategien der Gegenaufklärung kann nicht sein, das Rad immer nur neu erfinden zu wollen, sondern es weiterzudrehen. In diesem Sinne sollte man Matthöfers Vorschläge verstehen, obwohl er ihre Tragweite skeptisch beurteilt: »Ich weiß zwar, daß es fast sinnlos ist, der SPD und den Gewerkschaften von außen etwas zu empfehlen, besonders wenn man damit schon einmal als Insider gescheitert ist, ich wollte es aber trotzdem noch einmal versuchen.« (S. 203) Von solchen Versuchen leben nicht nur die Buchverlage und der politische Diskurs, sondern auch die Hoffnungen der Menschen, die Zeit bis zur Lösung der drängenden Probleme unbeschadet zu überstehen.

Hans Matthöfer: Agenda 2000. Vorschläge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 1993, 205 S., DM 19,80.

Zu den Autorinnen und

DIRK ASCHWANDEN, geb. 1962, Politikwissenschaftler, lebt in Aachen.

FREIMUT DUVE, geb. 1936, Bundestagsabgeordneter und Publizist.

AMIR ESHEL, geb. 1965, Student aus Haifa, lebt z. Z. in Hamburg.

THOMAS FRIGO, geb. 1965, Student der Geschichte, Philosophie und Kunstgeschichte, ist derzeit Doktorand am Seminar für Alte Geschichte der Universität Bonn.

HERMANN GLASER, geb. 1928, war von 1964 bis 1990 Kulturreferent der Stadt Nürnberg.

RÜDIGER GÖRNER, geb. 1957, lehrt als Professor für deutsche Literatur an der Universität Surrey/GB.

INGEBORG HECHT, geb. 1921, lebt als freie Autorin in Freiburg i. Br.

LUDGER HEIDBRINK, geb. 1961, Lehrbeauftragter für Philosophie an den Universitäten Hamburg und Rostock.

FRIEDHELM HENGSBACH, geb. 1937, Professor für Christliche Sozialwissenschaft an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt/M.; Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften.

HORST HOCHGREVE, geb. 1933, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Landesbezirk Hessen.

URSULA HOMANN, geb. 1930, ist freie Publizistin. Veröffentlichungen in: DAS PARLAMENT, TRIBÜNE, FAZ und NEUE ZÜRCHER ZEITUNG.

CHRISTIAN JÜRGENS, geb. 1969, Philosophiestudent, Publizist, lebt in Hamburg.

EVE-MARIE KALLEN, geb. 1947, Publizistin und Übersetzerin, lebt in Hamburg.

JUDITH KLEIN, geb. 1946, Literaturwissenschaftlerin und Publizistin, lebt in Osnabrück.

THOMAS KRAPP, geb. 1955, lebt als freier Publizist in Jerusalem.

JÜRGEN MANEMANN, Theologe, lebt und lehrt in Münster.

ANKE MARTINY, geb. 1939, frühere Kultursenatorin in Berlin, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel.

SIEGMAR MOSDORF, geb. 1951, ist Bundestagsabgeordneter, leitet die Kommission »Standort Deutschland«.

TIM RIEDEL, geb. 1969, Politikologiestudent, absolviert einen Forschungsaufenthalt in Amman.

LUDWIG WATZAL, geb. 1950, ist Redakteur der in Bonn erscheinenden Zeitschrift AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE (Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT).

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 21
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 14,80 DM/ÖS 116,00/sFr 15,80 frei Haus; Jahresabonnement 99,00 DM/ÖS 780,00/sFr 100,80 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.